

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: **4801**

Schubkoff

LEITZ

Leitz-Ordner R 80

Personal -
handwritten Ho

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 4801

SM

125 765



Richard Didier (29.10.1903)

A 668

26.3.41 Rendel
31.3.42 Rendel

Sch, Z

zweimal ausgeholfen

bei D, V A

wh Okt./Nov. 43: R, S u. Q
auschließl.

Ratenverteilung Zugewoben

subjektives Th im wesentl. beschrieben (A 671)

Für Einl: Frage:

wenn 2 Todesfälle das
schlechten Lebensbedingungen
im Lager zugeordnet haben
will, muß er von
geringer Lebenserwartung der
Häftlinge ausgegangen sein

5.4.68

S. 9

Vorplatz im Lager knappen als draußen
schwer körperliche Arbeit, Unterbringung
sanitären Verhältnissen, ärztl. Versorgung schlecht
sein kein Haus, kein Land
wegen des Lagerschicksals & Möglichkeit
schwerer als in der Freiheit das Leben zu
verleben.

- Einzelfälle, Beziff. nach Anklageschrift -

D i d i e r

S 15, 52

Sch 1-3, 4, 6, 7, 8/9, 11-15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24/25,
26-28, 30 - 33, 34, 35, 38 - 42, 44, 47/48

Z 1 - 4, 5, 6 - 14

54, davon 5 und 10

D i d i e r

erhielt in folgenden Fällen die Sterbemitteilungen:

R 21

S 15, 52

Sch 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11 - 13, 14, 15 - 17, 18 - 20, 21, 23,
24, 25, 26, 27, 28, 30, 32 - 35, 36 - 38, 39, 40, 41, 42, 43-45,
47, 48

Z 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8 - 10, 11, 12, 13, 14, 15

Die Häftlinge verstarben in diesen Fällen in folgenden Monaten:

7.40 Sch 44

4.41 Sch 14

5.41 Sch 35, Z 11

7.41 Z 4, 12, 15

8.41 Sch 25 Z 2

9.41 Sch 3, 11 - 13, 36, 38, 42, 45, 48 Z 3, 7, 9, 10, 13

10.41 Sch 15, 33

11.41 Sch 37

12.41 Z 1

1.42 Sch 20, 40

2.42 Sch 16, Z 6

3.42 Sch 32

6.42 " 30

7.42 " 9, 21, 24

8.42 " 8, 34, 43

9.42 " 4, 6, 7, Z 14

10.42 " 39, 41, 47

11.42 " 5, 17, 27

12.42 " 19

7.43 " 18

8.43 " 1, 23 Z 8

11.43 R 21

12.44 S 15, 52

Karl - Heinz Kosmehl (19.4.1911) (A 672 #)

Springer (Urlaub - u. Krankheitsverbrechungen)

April / Sept. / Okt. 1941 : Rat M, St
(Kasabe = ständ. Beab. : keine Dokumente)

Jan. - Ende Febr. 42 : Rat L, P, U
(Krumrey = ständ. Beab. - zw. 10.1. u. 14.3. keine Dok.)

April - Juni 42 : Rat B
(Bonahe = ständ. Beab. - 31.3. - 3.7.42: keine Dok.)

Oktober 42 - Jan. 43 : Rat L, P, U
Krumrey geholfen
(X) bearbeitet [Krumrey P]

Mitte April - Mitte Mai 43 : Rat K
(Verbot von Küssen)

Juni 43 : Rat L P U
Bündel (P)
[Krumrey : L]

Febr. - Mai 1944 : Rat Sch, Z

Kosmich

(2)

Ratenverteilung : Einbauung : um Hilfsrechnung beite
 22.1.68 uff 4.6.66 S. 9. (17 675)
mitj. Tlo (17 675 ff)

4.6.66 S. 22 ff

23.1.69 S. 8 ff

zur y Einschlussung
 Todesquote bei joden
 nicht höher erschienen

dem si aufffallen, dß
 bei joden im allgem. zwischen
 Einlegung in KL bis zu ihrem
 Ableben ein relativ kurzer Zeitraum
 lag

hebe damit hervor, daß ein
 Jude, der als Schicksalsopfer
 in ein KL kam, nicht
 mehr lange leben würde, bzw.
 seine Hoffnungen begeben
 konnte

nicht gelebt, daß gewalttätig
 getötet, dß si die Strapazen
 gemeint, dß si die Strapazen
 eines schweren körperl. Arbeit
 bei jedem Wetter u. unzureichender
 Ernährung nicht aushalten
 hätten.

-Einzelfälle, Beziff. nach Anklageschrift -

K o s m e h l

B 7, 14, 19, 26, 39, 40, 46, 54, 64, 69/70, 77, 87, 88, 92,
105, 110, 111, 113/4, 116, 124, 133, 136, 139

K 3, 71

L 53

M 15, 26, 80

R 22

S 42, 64, 71

St 4, 38, 39

W 19

39, davon 1 und 6

K o s m e h l

erhielt in folgenden Einzelfällen die Sterbemitteilungen:

B 14, 31, 46, 139

H 64

K 39, 79

L 1, 16, 18, 34, 41, 49, 50, 61, 62, 66, 67, 70, 78, 79

M 1, 2, 9, 10, 11, 22, 24, 27, 28, 29, 30, 36, 37, 40, 43, 44, 53,
54, 55, 58, 59, 64, 66, 67, 68, 70, 73, 74, 78, 79

P 2, 3, 8, 22

R 7

S 35

St 1, 7, 16, 19, 27, 28, 31

T 5, 10

W 3, 25, 35, 41

Die Häftlinge verstarben in diesen Fällen in folgenden Monaten:

4.41 M 37

8.41 M 28, 53, 73, St 1

9.41 M 1, 9, 11, 22, 29, 30, 36, 43, 44, 54, 55, 58, 59, 64, 66, 68,
70, 74, 79 St 7, 16, 19, 27, 28, 31

10.41 M 2, 10, 24, 27, 40, 67, 78

2.42 L 79

3.42 K 39

6.42 B 14, 46, 139

7.42 R 7, 5, 10, W 3, 25, 35, 41

8.42 S 35

9.42 P 8

10.42 L 1, 16, 18, 34, 49, 61, 66, 67 P 2, 3, 22

11.42 L 62, 78

12.42 L 50, 70

4.43 K 79

9.43 L 41

10.43 H 64

GenSta bei dem Kammergericht Berlin

1 Js 7/65 (RSHA)

Vernehmende:

Staatsanwalt N a g e l

Kriminalobermeister S c h u l t z

21

4. 8.

66

auf Vorladung

xx

Berlin 61, Bergmann -

xxx

111

66 19 13

K o s m e h l

Karl Heinz Hermann

19.4.11

Berlin

Kreuzberg

Berlin

Deutschland

Lehrer - Beamter a.L. -

Kaufmann

PS, POS, ROS im RSHA

Beamter a.L.

1.OTZ, Berlin 44, Rüttlistr. 41

entf.

entf.

ca. 360.--RM monatl. netto

ca. 1800.--DM monatl. brutto

verh.

Charlotte K., geb. Trense
verw. Weise

wie Ehemann wohnh.

Ärztin - Dr. med. -

1

25 J.

Hermann Kosmehl
Kaufmann
1910 verst.

Henriette K., geb. Behrendt
Büroangestellte
1946 verstorben
entf.

Dt.

keine

BPA Nr. 0296959 PP Berlin,
Pol.-Rev. 104 v. 11.3.64

keine

Entnazifizierungsverfahren vor
Office of Military Government Bln.
AZ.: APO 742-A, US Army v. 24.6.48.
" nomineller Nazi"

Dem Beschuldigten wurde eröffnet, welche Tat ihm zur Last gelegt wird - Beteiligung der Referate IV C 2 und IV B 4 des ehemaligen NSHA an der Schutzhafteinweisung von Juden in KL mit dem Ziel der Tötung - und welche Strafvorschriften - § 211 StGB a.u.n.F. - in Betracht kommen.

Er wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freisteht, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jeder Zeit, auch schon vor Beginn seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Er erklärte:

Ich will mich jetzt zu der Beschuldigung äußern.

Noch zur Person:

Von 1917 bis 1927 besuchte ich die Volks- und Oberrealschule bis zur Mittleren Reife. Danach befand ich mich bis etwa 1930 in der kaufm. Lehre.

Im Jahre 1930 erfolgte meine Einstellung bei der Polizeischule Brandenburg, dort befand ich mich 13 Monate. Ich war dann als Polizeiwachtmeister als Angehöriger der preußischen Schutzpolizei bis 1935 in Kottbus, Berlin und Düsseldorf. Zwischenzeitlich, 1934, erfolgte die Übernahme in die Landespolizei.

Vor 1933 trat ich dem damaligen Schrader-Verband ein, dies war wohl kurz nach Eintritt in die Polizeischule Brandenburg. 1935 wurde ich als aktiver Obergefreiter in die Luftwaffe übernommen; ich nehme an, daß dies wegen meiner Zugehörigkeit zum Schrader-Verband geschah. Bei der Luftwaffe wurde ich der Fliegerhorstkompanie Faßberg bei Celle zugeteilt.

Ksi

Bei einem Flug von Faßberg nach Berlin stürzte die Maschine, in der ich mich befand, bei der Landung in Staaken ab. Ich zog mir dabei neben einer Gehirnerschütterung einen komplizierten Oberschenkelbruch zu, dessen Behandlung in verschiedenen Lazaretten

über zwei Jahre in Anspruch nahm. Danach wurde ich im Jahre 1938 mit Zivilversorgungsschein dienstunfähig entlassen.

Ich bewarb mich nunmehr bei verschiedenen Behörden um Einstellung in den Verwaltungsdienst. Ich wurde an das Geheime Staatspolizeiamt verwiesen, ich glaube, daß dies durch das Polizeipräsidium Berlin geschah. Meine Einstellung erfolgte beim Gestapa Anfang 1939 im Dienstgebäude Prinz-Albrecht-Straße. Die Einstellung selbst nahm Herr T r i n k l vor. Im folgenden Jahr lief ich durch die verschiedensten Dienststellen, so Kasse, Hauptregistratur, Gebäudeverwaltung, Einwohnermeldeamt des Pol.Präs. Berlin, PI Schöneberg und Schutzhaftreferat des Gestapa.

In der Hauptregistratur wurden sämtliche Eingänge mit dem Eingangsstempel versehen und das zuständige Referat darin vermerkt. - wie Dok.bd. 11 Bl. 59-.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich gleich erwähnen, daß ich im Schutzhaftreferat, das sich seinerzeit wohl noch II D, danach IV C 2 und gegen Kriegsende IV A 6 b nannte, verblieb.

Während der Lazarettzeit befaßte ich mich sehr viel mit fremdsprachlicher Lektüre und faßte den Plan, mein Abitur zu machen. Ich besuchte dann in den Jahren von 1939 bis 1941 stets nach der Dienstzeit das Abendgymnasium (BAG) und schloß 1941 mit dem Abitur ab.

Nach dem Abitur studierte ich an der auslandswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Karl-Universität. Um die Vorlesungen wahrnehmen zu können, und auch an den Seminaren teilnehmen zu können, sorgte Herr Dr. B e r n d o r f f dafür, daß ich entsprechend dienstlich eingeteilt wurde. Durch die Verlegung unserer Dienststelle nach Prag mußte ich das Studium abbrechen.

Kurz vor Kriegsende verbrannten wir dann in Prag unsere gesamten Akten, oder jedenfalls einen Teil davon. Danach wichen wir in die Gegend von Leitmeritz aus. In dieser Gegend verstreuten wir uns, und ich blieb in der Folgezeit mit Theodor K r u m r e y zusammen.

Noch in Leitneritz gaben wir unsere Gestapo-Ausweise ab und erhielten Personalausweise mit falschen Berufen und Wohnanschriften in Leitneritz. In meinem Personalausweis war als Beruf Kunstmaler eingetragen.

Mit KrumreyX schlug ich mich dann bis Komotau durch, wo wir in russische Kriegsgefangenschaft gerieten. Von den Russen wurden wir an die Amerikaner übergeben, von diesen wiederum an die Russen. Während der Gefangenschaft traf ich kurz mit Kurt H a r d e r - Bild 12 d. Lichtbildmappe 1 Js 7/65 RSHA - zusammen.

In Pirna kam ich dann mit KrumröyX auseinander. Während der gesamten Zeit meiner Gefangenschaft wurde ich als Angehöriger einer Wehrmachtseinheit geführt. Es ist nicht bekannt geworden, daß ich Angehöriger der Gestapo war; ich hatte auch nicht die Blutgruppe eingetragen. Wegen Krankheit wurde ich Ende 1946 nach Berlin entlassen. In Berlin hielt ich mich nur kurze Zeit auf und ging dann nach Halle. Nach einer Eignungsprüfung wurde ich in Bitterfeld als wissenschaftlicher Hilfslehrer eingestellt. Neben dieser Tätigkeit nahm ich die Seminausbildung wahr und schloß sie mit der pädagogischen Prüfung als wissenschaftlicher Hilfslehrer ab.

Aufgrund der Entwicklung in der SBZ ließ ich mich 1948 ordnungsgemäß entlassen und kam nach Westberlin. Hier bewarb ich mich bei der Freien Universität zur Immatrikulation an der philosophischen Fakultät. Nach drei Semestern meldete ich mich zum Staatsexamen, das ich jedoch nicht bestand.

Zwischenzeitlich erfolgte durch eine US-Behörde mein Entnazifizierungsverfahren, das mit dem Ergebnis "Nomineller Nazi" abschloß. Der Entnazifizierungskommission gehörten Deutsche an. Ich hatte dort meine Zugehörigkeit zum RSHA nicht verschwiegen und auch Erklärungen von Leuten beigebracht, deren Angehörige ich vor einer Verbringung in ein KL hatte bewahren können, bzw. die auf mein Betreiben aus der Schutzhaft entlassen worden waren.

Im Jahre 1950 trat ich als Schulamtsbewerber in Spandau in den Lehrerdienst ein. Bei meiner Einstellung hatte ich angegeben, beim Chef der Sicherheitspolizei beschäftigt gewesen zu sein. Nach meiner Tätigkeit dort wurde ich nicht weiter gefragt.

Nach Ablegung der entsprechenden Prüfungen bin ich jetzt Lehrer mit zwei Vhilfächern an der 1. OTZ in Berlin-Neukölln.

Meine Einstellung im Gestapa erfolgte als Pol.-Büro-Assistent auf Probe. Etwa 1940 bestand ich die Prüfung zum Pol.-Büro-Assistenten und wurde als solcher ernannt; etwa 1942 wurde ich Pol.-Schr. und etwa 1943 Pol.-O.Schr. bzw. ROS.; als ROS bekam ich Ministerialzulage in Höhe von 30,-- RM.

1940 trat ich in die NSDAP ein. Dies/erfolgte, weil ich mehrfach innerhalb des Referats und auch bei der Personalstelle mehrfach darauf angesprochen worden war, ob ich denn nun endlich Parteimitglied sei. Derartige Fragen waren an mich schon während meiner Assistentenanwärter-Zeit gerichtet worden. Ich wollte endlich inso- weit meine Ruhe haben, zumal man mir sagte, daß ich nicht in eine Ortsgruppe käme und deshalb keine Parteiarbeit zu verrichten hätte. Wie die übrigen Angehörigen des RSHA kam ich dann auch tatsächlich in die Ortsgruppe "Braunes Haus".

Der SS trat ich nie bei; ich war förderndes Mitglied.

Während der Prager Zeit erhielt ich eine SS-Uniform mit den Dienstgradabzeichen eines Untersturmführers. Wann ich den Angleichungs- dienstgrad als SS-U.Stuf. erhalten habe, kann ich nicht sagen. Es wäre möglich, daß ich ihn anlässlich meiner Ernennung zum POS be- kommen habe. Uniform trug ich nur sehr selten. Ich erhielt sie auch erst in der letzten Prager Zeit.

Nach Kontakten zu ehemaligen Angehörigen des RSHA befragt:

Den von mir bereits mehrfach erwähnten K r u m r e y (Bild 22) habe ich nach dem Krieg gesprochen. Wie ich dabei von ihm erfuhr, war er in Pirna von den Russen entlassen worden. Etwa 1946/47 wurde er in der SBZ beim Hamstern gefaßt, und er befand sich anschließend 11 Jahre in russischer Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung such- te er mich hier in Berlin auf. Er wohnt jetzt in Hannover. Außerdem sprach ich einmal kurz mit G e l l e z u n , ferner habe ich auf der Straße G a h r und J u n g n i c k e l gesehen, aber nicht mit ihnen gesprochen.

Die Vernehmung wird zur Einnahme des Mittagessens um 12.15 Uhr unterbrochen.

Die Vernehmung wird um 12.50 Uhr fortgesetzt.

Z u r S a c h e:

Während der Durchlaufzeit innerhalb der einzelnen Dienststellen in der Gestapa hatte ich in der Kasse mit Gehaltszahlungen und Reisekostenberechnungen zu tun. In der Hauptregistratur erfolgte, wie ich bereits angab, die Verteilung der Posteingänge an die einzelnen Referate. Dies geschah anhand des Geschäftsverteilungsplanes entweder nach dem Inhalt des Schreibens, dem im Betreff angegebenen Inhalt oder nach vorhandenen Aktenzeichen. Beim EMA des PP. war ich in der Meldekartei in dem Buchstaben D tätig.

Meine letzte Dienststelle während dieser Zeit war das Schutzhaftreferat, bei dem ich dann auch bis Kriegsende tätig war. Leiter dieses Referates, das in der Folgezeit mit Referat IV C 2 genannt wird, war Dr. B e r n d o r f f, er war seinerzeit Regierungs- und Kriminalrat; sein Vertreter war während der ersten Zeit meiner Tätigkeit der KR L i n d o w. Obwohl KR L i n d o w noch bei IV C 2 war, kam als sein späterer Nachfolger der KR F ö r s t e r zu uns. KR F ö r s t e r wurde von L i n d o w eingearbeitet, L i n d o w selbst kam zu einer anderen Dienststelle. An weitere Kriminalräte innerhalb dieses Referates kann ich mich nicht erinnern. Der mir hier genannte KR W o l t e r s d o r f - Bild 54 - ist mir völlig unbekannt.

Dr. B e r n d o r f f kam bei der Verlegung unserer Dienststelle nach Prag zwar mit nach dort, blieb aber nur kurze Zeit und kam gelegentlich kurzfristig zu uns. Überwiegend hielt er sich wohl in Hof bzw. Berlin auf. Während seiner Abwesenheit wurde das Referat IV C 2 in Prag von KR F ö r s t e r geleitet.

Das Referat IV C 2 befand sich ursprünglich im Gebäudekomplex Prinz-Albrecht-Straße, jedoch in einem Seitentrakt, der einen eigenen Ausgang hatte. Ich kann nicht mehr genau sagen, ob dieser Ausgang zur Wilhelm- oder Zimmerstraße führte.

Nach 1941 erfolgte die Verlegung unseres Referates nach Steglitz in die Wrangelstraße, und etwa im Oktober/November 1943 dann nach Prag.

In Prag wohnte ich mit den anderen Referatsangehörigen in einem Haus in der Leihantgasse; das Dienstgebäude selbst befand sich in einem ehemaligen Bankgebäude in der Heinrichgasse.

Ich war im Referat IV C 2 bis etwa März 1941 Registrator und anschließend Hilssachbearbeiter bis etwa März 1945.

Als Registrator war ich überwiegend in der von K ü n n e bearbeiteten Rate gemeinsam mit G e l l e z u n tätig. Vertretungsweise arbeitete ich aber auch für I b s c h , K r a b b e und B o n a t h .

Nachdem mir gesagt wurde, daß K ü n n e die Buchstabenrate "X" bearbeitete, fällt mir ein, daß es wohl so gewesen ist. An die Raten der anderen von mir soeben genannten Sachbearbeiter erinnere ich mich jedoch nicht mehr.

Soweit ich mich erinnere, gab es für jeden Buchstaben ein gesondertes Registrierbuch. In dieses Buch wurde jeder neu eingehende Vorgang eingetragen und bekam eine laufende Nummer, die Haftnummer. Für jeden Neuvorgang wurde eine Karteikarte angelegt, zum Teil waren den Neueingängen bereits Karteikarten beigelegt, die so wie die mir hier aus DokB. 5 Bl. 94f in Fotokopie vorgelegte Karteikarte aussahen. Vielleicht war es auch so, daß die von den Stapostellen beigelegten Karteikarten zu den Akten genommen wurden und auch in diesen Fällen von uns neue Karteikarten ausgefüllt wurden. Die Karteien in den einzelnen Registraturen des Referats IV C 2 dienten ausschließlich dem Zweck, den Vorgang aufzufinden, wenn ein Schreiben ohne Aktenzeichen einging. Auf den Karteikarten waren die Personalien sowie die Tagebuch- = Haftnummer vermerkt.

Ich möchte noch erwähnen, daß ich bei Beginn meiner Tätigkeit als Registrator von K e t t e n b o f e n , dem Personalchef des Referats IV C 2 und zugleich dem Sachbearbeiter der Geheimrate,

sinngemäß etwa wie folgt belehrt worden bin: "Denken Sie immer daran, daß jede Akte einen Menschen bedeutet, dessen Haftzeit Sie, wenn Sie irgendwelche Eingänge verschlampen, verlängern. Morgen könnten Sie anstelle des Häftlings sein und dann würde Ihnen das auch nicht passen."

Wie es nun eigentlich dazu kam, daß mir die Arbeit eines Sachbearbeiters übertragen wurde, kann ich nicht sagen. Beworben habe ich mich darum nicht. Ich kann mir denken, daß Dr. B e r n d o r f f meinte, ich sei für die Tätigkeit eines Sachbearbeiters geeignet, weil ich aus eigenem Antrieb das Abitur nachholte. Es ist aber auch möglich, daß B e r n d o r f f oder K e t t e n h o f e n auf mich aufmerksam wurden, als ich einmal irgend einen Sachvermerk komplizierterer Art zu fertigen hatte.

K e t t e n h o f e n - ich glaube, er war es - rief mich jedenfalls eines Tages im Frühjahr 1941 zu sich und sagte mir, K ü n n e gehe auf Urlaub, ich solle mich in sein Zimmer setzen und seine Arbeit machen. In den ersten Tagen meiner Tätigkeit als Sachbearbeiter wurde ich zu Dr. B e r n d o r f f gerufen, der mir folgendes sinngemäß sagte: "Sie müssen jeden Vorgang von Anfang an auf eine mögliche Entlassung hin aufbauen. Sie dürfen Ihre Akten nicht lagern lassen, sondern müssen sie ständig bewegen."

K e t t e n h o f e n sagte mir hierzu sinngemäß beispielsweise, daß schon in der Begründung des Schutzhaftbefehls die Worte "zum gegenwärtigen Zeitpunkt" aufzunehmen seien, da sie eine Möglichkeit böten würden, die Haft zu verkürzen. In allen Fällen war dies natürlich nicht möglich.

Weiterhin wies mich K e t t e n h o f e n darauf hin, daß das Publikum anständig zu behandeln sei, es sei schlimm genug, daß deren Angehörige in Haft wären, morgen könnten meine Angehörigen selbst diejenigen sein, die im Referat voraprächen. Dieser Hinweis K e t t e n h o f e n s hinterließ auf mich aus folgenden Gründen einen nachhaltigen Eindruck:

Meine Ehefrau, die ich im März 1941 geheiratet habe, hatte seit dem 7. Jahre 1939 der KPD angehört, und hatte bis 1933 in der Firma D e r o p (Deutsch-russische Erdölproduktion) gearbeitet, in der fast nur Kommunisten tätig waren. Als wir noch verlobt waren, hatte ich während meiner Arbeit in der Hauptregistratur die dort über meine ~~xxx~~ Verlobte vorhandene Karteikarte aus der Kartei genommen und vernichtet.

Während meiner Tätigkeit als Sachbearbeiter hatte ich weder in Berlin noch in Prag eine feste Rate. Vielmehr war ich in verschiedenen Raten tätig, und zwar wenn der zuständige Sachbearbeiter in Urlaub oder erkrankt war, aber auch, wenn dieser arbeitsmäßig überlastet war. Die längste Zeit war ich wohl in der Rate mit dem Buchstaben "P", deren Sachbearbeiter K r u m r e y war, tätig. - Vorstehend ist mehrfach im Hinblick auf meine Tätigkeit das Wort "Sachbearbeiter" geschrieben worden. Ich lege Wert darauf, daß es heißen soll: "Hilfssachbearbeiter". Ich bin mit dieser Einschränkung einverstanden, wenn es im weiteren Text gelegentlich heißen sollte: "Sachbearbeiter". -

K r u m r e y hatte außer "P" noch einen weiteren Buchstaben zu bearbeiten, und ich teilte mir mit ihm die Arbeit. Wie diese Teilung erfolgte, kann ich heute nicht mehr sagen, da ich in zu vielen Raten tätig war.

Auch in Prag arbeitete ich mit K r u m r e y überwiegend zusammen. Vielfach mußte ich jedoch in anderen Raten aushelfen. So kann ich mich daran erinnern, daß ich nach dem Tode von I b s c h und auch schon zuvor während seiner Erkrankung dessen Rate zu bearbeiten hatte.

Den Auftrag, wann ich in welcher Rate zusätzlich oder vertretungsweise zu arbeiten hatte, bekam ich von Dr. B e r n d o r f oder K e t t e n h o f e n . Auch in Prag ich hatte keine feste Rate.

In den Monaten März und April 1945 war ich mit der Löschung von Strafvermerken für Angehörige des Bataillons D ü r l e w a n g e r befaßt.

Ich will nun im einzelnen schildern, welcher Art meine Tätigkeit als Hilfssachbearbeiter war und was ich dabei zu tun hatte:

Neueingehende Schutzhaftsachen kamen bei IV C 2 zunächst zur Botenmeisterei, von dort wurden sie entsprechend dem Anfangsbuchstaben des Namens des Betroffenen auf die einzelnen Registraturen verteilt. Mit einiger Bestimmtheit möchte ich sagen, daß die Neueingänge nicht schon Herrn Dr. B e r n d o r f f vorgelegt wurden, bevor sie zu den Sachbearbeitern kamen. Der Vorgang wurde sodann dem Sachbearbeiter vom Registratur in einer Weisermappe vorgelegt, nachdem dieser die erforderlichen Registraturarbeiten vorgenommen hatte. Der Vorgang wurde sodann in allen Fällen - ich kann mich jedenfalls an keine Einzelausnahme erinnern - von mir dem jeweils zuständigen Fachreferat des RSHA zur Stellungnahme übersandt, beispielsweise bei Kommunisten dem Kommunistenreferat, bei Geistlichen dem Kirchenreferat, bei Juden dem Judenreferat und bei Polen dem Polenreferat. Es handelte sich bei diesen Fachreferaten ausnahmslos um Referate des Amtes IV. Wie ich nun die Übersendung verfügte - ob durch Diktat, Stempelaufdruck oder handschriftlich -, kann ich nicht mehr sagen.

Ich kann mich in diesem Zusammenhang noch daran erinnern, daß in einigen Fällen der Schutzhaftantrag nicht von einer Stapostelle gestellt wurde, sondern direkt von einem Fachreferat des RSHA kam. Es handelte sich hierbei dann jeweils in der Regel um irgendwelche Aktionen, beispielsweise um Festnahmen nach der A-Kartei.

Nach einigen Tagen kamen die Akten dann mit der Stellungnahme des Fachreferats zurück. Diese Stellungnahmen sahen unterschiedlich aus. In Ausnahmefällen war eine längere eigene Stellungnahme beigefügt. In der Regel erklärten sich die Fachreferate lediglich kurz mit dem Vorschlag der Stapostelle einverstanden und schlugen die Überführung in ein KL der Stufe ... vor. Ich kann mich daran erinnern, daß es auch formularmäßige Stellungnahmen gab, in denen beispielsweise stand, daß die Inschutzhaftnahme des ... für erforderlich gehalten werde nach dem Erlaß

Diese ersten Stellungnahmen der Fachreferate waren in aller Regel nur von einem Sachbearbeiter und nicht von dem jeweiligen Referatsleiter gezeichnet. Die Referatsleiter zeichneten diese Stellungnahmen allenfalls dann, wenn es sich um besonders prominente Häftlinge handelte.

Die von den Stapostellen eingehenden Schutzhaftanträge bestanden aus: Personalbogen mit Lichtbild, jedoch kamen die Lichtbilder mit- später vom KL (wie Dok.bd. 1 Bl. 62 f), ~~dem~~ Antragschreiben unter auf Inschutzhaftnahme (wie Dok.bd. 1 Bl. 5f), Vernehmungsniederschriften und mitunter auch Ärztlichen Attesten auf Lager- und Haftfähigkeit.

In aller Regel schlossen sich die Fachreferate dem Antrag der Stapostellen an. Gelegentlich gab es jedoch auch Fälle, in denen dies nicht der Fall war, jedoch kann ich mich an keine Einzelfälle erinnern. Bei Juden hat das zuständige Fachreferat des RSHA jedoch bestimmt in keinem einzigen Fall entgegen dem Antrag einer Stapostelle die Verhängung der Schutzhaft abgelehnt.

In einigen Fällen waren die Antragschreiben der Stapostellen unzureichend, beispielsweise, wenn ohne nähere Begründung Schutzhaft beantragt wurde, weil der Betreffende "eine Gefahr für Volk und Staat" bedeutete. In diesen Fällen gaben die Fachreferate dann eine ausführlichere Stellungnahme ab.

Wenn die Akte mit der Stellungnahme des Fachreferats versehen zurückkam, hatte ich eine Verfügung mit etwa folgendem Inhalt abzusetzen:

1. Vermerk: Die Stapoleitstelle hat den X festgenommen, - beispielsweise nach Verbüßung einer Strafe wegen Hochverrats - und beantragt Schutzhaft. Das Fachreferat - es hieß bei uns: "Sachreferat" - tritt diesem Antrag bei und schlägt Überführung in ein KL, Stufe, vor.

2. Kanzlei schreibe: Schutzhaftbefehl für: Personalien siehe oben.
Als Schutzhaftgrund ist einzusetzen: weil er aufgrund seiner Verurteilung wegen Hochverrats befürchten läßt, daß er sich auch in Zukunft zum Schaden des Deutschen Reiches betätigen werde. -

Es gab etwa ein Dutzend derartiger Standardbegründungen, mit denen die meisten Fälle erfasst wurden. Ich kann mich noch daran erinnern, daß Dr. B e r n d o r f f mitunter bei Dienstbesprechungen die meist stereotype Art der Begründung der Schutzhaftbefehle bemängelte: "Meine Herren, fällt Ihnen denn gar nichts anderes ein?" Besonders ärgerte er sich über die ständig wiederkehrende Formulierung: "... , indem er dadurch, daß er ..." -

Weiterer Text der Verfügung: Der ... ist in das KL ... als Häftling der Stufe ... zu überführen. Begleitpapiere pp. sind dem Transport mitzugeben.

Als Haftprüfungstermin setze ich den ... fest.

3. Dem Leiter des Referats IV C 2,

- ich kann nicht mit absoluter Bestimmtheit sagen, ob die Akten mit dieser Verfügung Herrn Dr. B e r n d o r f f automatisch vorgelegt wurden, oder ob die Vorlage besonders verfügt werden mußte. Jedenfalls bekam Herr Dr. B e r n d o r f f alle Verfügungen auf Inschutzhaftnahme vorgelegt.

4. Wiedervorlage 3 Monate.

Nunmehr werden mir aus Dok.bd. 1 die Fernschreiben Bl. 28 f, 38 f vorgelegt. Es ist richtig, daß die Verfügungen in dieser Art per Fernschreiber an die Stapostellen gingen. In der ersten Zeit gingen sie den Stapostellen per Post zu.

Mit Bestimmtheit weiß ich, daß nur sehr wenige Akten zur Unterschrift an H e y d r i c h bzw. K a l t e n b r u n n e r oder M ü l l e r zur Unterschrift gingen. Ich weiß, daß sämtliche Schutzhaftbefehle von einem der drei Genannten "unterschrieben" waren. Um eine echte Unterschrift hat es ^{Sie} jedoch nicht gehandelt,

da sie die meisten Akten überhaupt nicht vorgelegt bekamen. Eine Vorlage geschah vielmehr nur in Ausnahmefällen und ich weiß daher, daß H e y d r i c h und K a l t e n b r u n n e r mit grünen, M ü l l e r mit orangefarbenem und H i m m l e r mit braunem Farbstift zeichneten. Ich bin ziemlich sicher, daß Dr. B e r n a d o r f f und in Prag F ö r s t e r einen Faksimile-Stempel hatten, mit dem sie die Verfügungen unter dem Namen M ü l l e r , pp. signierten.

- Die Vernehmung wird um 16.30 Uhr unterbrochen. Sie soll am 5. August 1966 um 09.00 Uhr fortgesetzt werden. -

Weiterverhandelt am 5. August 1966, 09.00 Uhr.

Ich habe mir soeben die Niederschrift vom gestrigen Tage durchgelesen. Sachlich ist meine Aussage vom gestrigen Tage richtig wieder gegeben worden; ich möchte sie lediglich dahingehend ergänzen, daß ich G e l l e z u n ebenfalls in russischer Gefangenschaft gesehen habe.

Ich will nun die bei der Inschutzhaftnahme einer Person abzusetzende Verfügung näher erläutern.

Die Einteilung der KL in die Stufen I, II, III bestand nicht von Anfang an; sie wurde vielmehr erst später eingeführt. Ursprünglich erfolgten die Einweisungen in dasjenige Lager, das dem Ort am nächsten lag, in dem der Betreffende inhaftiert war. Nach der späteren Regelung wurden die KL nach verschiedenen Lagerstufen eingestuft.

Hierzu habe ich in Erinnerung, daß unter Stufe I folgende KL fielen: Sachsenhausen und Dachau, Stufe II Buchenwald und Flossenbürg. Hierbei ist zu erwähnen, daß Auschwitz zur Stufe I und II gehörte. Stufe III Mauthausen.

In die Lager der Stufe I wurden leichte Fälle bzw. Betroffene mit kürzerer Haftzeit und in die Lager der Stufe II schwerere Fälle eingewiesen. In das Lager der Stufe III kamen, wenn ich mich recht erinnere, Berufsverbrecher und Sicherungsverwahrte. Ich meine aber, daß diese Fälle nicht durch das Referat IV C 2 bearbeitet wurden. Ansonsten kamen nach Mauthausen nur besonders schwere Fälle.

Die jeweilige Stapo(leit)stelle schlug die entsprechende Lagerstufe vor; das zuständige Sachreferat entschied darüber. Jedoch war nicht in jedem Falle ein Vorschlag in den Schutzhaftanträgen der Stap(leit)stellen enthalten. In diesen Fällen beantragte dann das zuständige Sachreferat die Einweisung in eine entsprechende Lagerstufe. Tat dies auch das Sachreferat nicht, so wurde unsererseits angenommen, daß es sich um einen leichten Fall handeln würde und wir verfügten dann die Einweisung in ein Lager der Stufe I; im Zweifelsfalle wurde das Sachreferat in dieser Frage nochmals angesprochen.

Wenn die Anträge hinsichtlich der Stufe der Stapostelle und des Sachreferats nicht übereinstimmten, so hatte der Antrag des Sachreferats das größere Gewicht. Ich kann mich jedoch nicht an Fälle erinnern, in denen beispielsweise das Sachreferat Stufe I, die Stapostelle hingegen Stufe III beantragt hat.

Wenn der Vorschlag der Stapostelle und des Sachreferats hinsichtlich der Lagerstufe, in die der Betreffende eingewiesen werden sollte, offensichtlich nicht gerechtfertigt war, so mußte nach meiner Erinnerung ein Vermerk niedergelegt und die Akte Herrn Dr. B e r n d o r f f vorgelegt werden. Der Sachbearbeiter hatte dann keine Entscheidungsbefugnis. Ich nehme an, daß Herr Dr. B e r n d o r f f sich dann an den Amtschef wenden mußte.

Die nun die Regelung hinsichtlich der Einteilung in Lagerstufen den Sachbearbeitern bekannt gemacht wurde, kann ich nicht mit Sicherheit angeben. Es ist möglich, daß wir hierüber in einer Dienstbesprechung unterrichtet wurden. Vielleicht haben wir aber auch den entsprechenden Erlaß bekommen. Ich habe mir soeben den Erlaß des CdSipo vom 2. Juni 1941 betreffend Einstufung der KL

aus Dok.bd. 7 Bl. 6/7 durchgelesen. Inhaltlich habe ich diesen Erlaß so in Erinnerung. Auch nach Durchlesen kann ich jedoch nicht sagen, ob ich ihn damals in die Hand bekommen habe.

Da ich nur Hilfssachbearbeiter war, hatte ich damals überhaupt keine eigene Erlaßsammlung. Vielmehr verfügte ich jeweils immer über die Erlaßsammlung, die sich im Zimmer desjenigen Sachbearbeiters befand, den ich jeweils zu vertreten bzw. dem ich zu helfen hatte. Daher weiß ich noch, daß die einzelnen Sachbearbeiter nicht über eine gedruckte Erlaßsammlung verfügten, wie sie mir hier unter der Bezeichnung "Allgemeine Erlaßsammlung(AES)" vorgelegt wurde. Die Sachbearbeiter hatten vielmehr eine selbst zusammengestellte Sammlung mit den Erlassen, die sie für richtig hielten und die sie im Umlaufwege erhalten hatten; sie machten sich dann von dem sie interessierenden Teil Auszüge. Inhaltlich ist mir der grundlegende Erlaß des Reichsministers des Innern betreffend Schutzhaft vom 25. Januar 1938 bekannt; ich habe mir diesen Erlaß soeben aus Dok.bd. 8 Bl.60/63 durchgelesen. Dieser Erlaß galt grundlegend bis Kriegsende weiter, er erfuhr jedoch verschiedene Änderungen und hinsichtlich seiner Auslegung war man nicht kleinlich. So wurde z.B. die Bestimmung im § 7, wonach die Schutzhaft nur so lange aufrecht zu erhalten sei, als ihr Zweck es erfordere, nachdem von mir gewonnenen Eindruck von den einzelnen Sachreferaten nach Gutdünken ausgelegt.

Die Auslegung der Generalklausel für die Zulässigkeit der Einschutzhafnahme ... "durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden" (§ 1 des Erlasses vom 25. Januar 1938) oblag den Sachreferaten. Wir konnten an der Entscheidung der Sachreferate auch dann nichts ändern, wenn wir damit nicht übereinstimmten. Wir konnten nur in besonders krassen Fällen einen Aktenvermerk niederlegen, wonach die Begründung den Erlaß eines Schutzhaftbefehls nicht rechtfertige. Die Akten wurden sodann mit diesem Vermerk Herrn Dr. B e r n d o r f f zur Klärung vorgelegt. Er hatte dann wohl die Möglichkeit, die Akten mit seiner Unterschrift, die mehr Gewicht hatte, dem Sachreferat zur Nachprüfung seiner Entscheidung vorzulegen.

In einigen wenigen Fällen schrieb Dr. B e r n d o r f f , wenn das Sachreferat trotzdem bei seiner Stellungnahme verblieb, auf Anregung und in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Sachbearbeiter die Akten mit einem entsprechenden Vermerk dem Amtschef zur Entscheidung zu. Ich möchte hiermit nicht sagen, daß die Sachbearbeiter sich hierzu nur selten bereit fanden. Es gab jedoch nur wenige entsprechend gelagerte Fälle, in denen man sich von einer Vorlage an den Amtschef M ü l l e r überhaupt Erfolg versprechen konnte. In der überwiegenden Zahl der Fälle - insbesondere, wenn es sich um Juden handelte - schloß sich M ü l l e r der Stellungnahme des Sachreferats an und entschied gegen den Vorschlag des Referats IV C 2. Dies ist jedenfalls mein persönlicher Eindruck gewesen.

Wenn ich selbst besonders am Anfang meiner Tätigkeit als Hilfssachbearbeiter im Unklaren darüber war, ob der Sachverhalt eine In-schutzhaftnahme rechtfertige, ging ich häufig zu Dr. B e r n d o r f f zur Rücksprache. Wenn Dr. B e r n d o r f f sich meiner Meinung anschloß, führte ich entweder eine neue Stellungnahme des Sachreferats herbei, oder ich sandte die Akten im Einvernehmen mit ihm an die Stapostelle zurück, d.h., es wurde ein entsprechendes Schreiben an die Stapostelle abgesetzt.

Mitunter mag es vorgekommen sein, daß die Sachreferate die In-schutzhaftnahme einer Person befürworteten unter Bezugnahme auf einen Erlaß. In diesen Fällen wurde nachgeprüft, ob der vom Sachreferat herangezogene Erlaß tatsächlich eine In-schutzhaftnahme vorsah, bzw. rechtfertigte. Derartige Einzelerlasse lagen in der Regel den Sachbearbeitern im Schutzhaftreferat in Schnellheftern vor. Wenn man den Entsprechenden Erlaß nicht zur Hand hatte, mußte er gesucht werden. Wenn er anders nicht aufzutreiben war, hatte ihn auf jeden Fall F e u ß n e r . F e u ß n e r hatte für diese Einzelerlasse ein außerordentlich gutes Gedächtnis und fand sie meist schnell heraus.

Mir sind in diesem Zusammenhang aus Dok.b. 8 Bl. 76/87, 88/100, 107/127 verschiedene Erlasse des RSHA vorgelegt worden, die für ein bestimmtes Verhalten von Juden die Verhängung von Schutzhaft vorschrieben. Inhaltlich kommen mir diese Erlasse bekannt vor. Ich möchte sicher meinen, daß sie F e u ß n e r vorlagen und F r o h w e i n (Bild 10), der Registrator F e u ß n e r s , mußte dies gleichfalls wissen, da er sie zu registrieren hatte. Die Erlasse lagen bei F e u ß n e r in voller Länge; die einzelnen Sachbearbeiter dürften für ihre Sammlungen jeweils immer nur Auszüge erhalten haben; bzw. sich diese gefertigt haben, wenn die Erlasse im Umlauf durchliefen. Zu den Erlassen selbst möchte ich bemerken, daß schon daraus, daß sie vom Referat IV B 4 ausgingen, hervorgeht, daß die Sachreferate die entsprechende Entscheidung über die Frage der Inschutzhaftnahme hatte; denn es ist in den Erlassen vorgeschrieben, daß im Falle eines Verstoßes Schutzhaft zu verhängen sei. Ich weiß nicht, ob mir damals aufgefallen ist, bzw. aufgefallen wäre, daß in einigen dieser Erlasse davon die Rede ist, Verstöße seien "mit Schutzhaft zu ahnden". Heute fällt mir diese Formulierung beim Durchlesen gleich auf, und ich möchte heute meinen, daß eine "Ahndung", die einer Bestrafung entsprechen würde, nach dem grundlegenden Erlaß vom 25. Januar 1938 nicht zulässig ist. In den von den Sachbearbeitern des Referats IV C 2 gefertigten Auszügen war nach meiner Erinnerung der Wortlaut der Erlasse nicht enthalten, sondern nur in Form eines Stichwortes festgehalten.

Ich habe noch folgende Gründe für die Inschutzhaftnahme von Juden in Erinnerung:

Rassenschande, Wirtschaftsvergehen, Verstöße gegen die Devisenbestimmungen, Übertretung der Sperrstunde, Nichteinhaltung der Einkaufszeiten, Schwarzkauf von Lebensmitteln, Mißhelligkeiten am Arbeitsplatz bzw. dessen unbefugtes Verlassen. x

An Fälle, in denen Juden in Schutzhaft genommen wurden und die ich selbst zu bearbeiten hatte, weil die Betreffenden den Judenstern nicht getragen, den Zwangsvornamen nicht geführt, öffentliche Veranstaltungen besucht hatten, kann ich mich nicht erinnern.

Ich möchte meinen, daß derartige Verstöße nicht allein als Grund für eine Inschutzhaftnahme angesehen wurden, sondern lediglich jeweils zusammen mit anderen Verstößen. Hierbei möchte ich auch bleiben, wenn mir verschiedene Einzelfälle genannt werden, in denen beispielsweise die Nichtführung des Zwangsvornamens, das Nicht- bzw. Verdecktragen des Judensterns oder der Verbotene Besuch von Veranstaltungen als Grund für eine Inschutzhaftnahme ausreichten. Ich selbst hatte derartige Fälle nach meiner Erinnerung jedenfalls nicht zu bearbeiten.

Abgesehen davon hatte ich wohl den Eindruck, daß die Bestimmungen hinsichtlich der Juden besonders hart gehandhabt wurden. Bei Juden reichten wesentlich geringere Verstöße für Stapostelle und Judenreferat IV B 4 aus, beim Referat IV C 2 Inschutzhaftnahme zu beantragen. Wenn man aber in Einzelfällen der angegebenen Begründung für den Antrag auf Erlaß eines Schutzhaftbefehls nachging, stieß man immer auf einen Erlaß, in dem dies vorgesehen war.

Im Gegensatz der üblichen Handhabung bei sog. Ariern war es bei Juden praktisch nicht möglich, einzuhaken. Ich ^{sing} schon mitunter zu Dr. B e r n d o r f f , wenn ich meinte, daß eine geringe Aussicht auf Erfolg wenigstens bestehe, wenn es sich um einen besonders krassen Fall handelte. Dr. B e r n d o r f f hatte dann eine besondere Art, mit dem Kopf zu schütteln und sagte dann, "Versuchen Sie es beim Amtschef IV". Ich versuchte dann, in einem Vermerk irgendwelche menschlichen oder sozialen Gesichtspunkte herauszustellen, beispielsweise, wenn es sich um Kriegsteilnehmer aus dem ersten Weltkrieg handelte. Die Aussichten einer derartigen Vorlage waren bei Juden äußerst gering. Wenn man sich die Arbeit machte, einen entsprechenden Vermerk zu schreiben, konnte man bei nahe schon sicher sein, daß er nicht zu einem Erfolg führen würde. Ich für meinen Teil sagte mir jedoch, daß man es wenigstens versuchen müsse. Von einem späteren Zeitpunkt - etwa 1942/43 - ab gab es die Möglichkeit, beispielsweise bei älteren Personen und bei Kriegsteilnehmern, vorzuschlagen, daß der Betreffende nicht in ein KL eingewiesen wurde, sondern nach Theresienstadt kam.

Ich weiß nicht genau, ob Dr. B e r n d o r f f über einen derartigen Vorschlag zu entscheiden hatte, oder ob er die Sache auch in diesen Fällen M ü l l e r vortragen mußte.

Beim Judenreferat IV B 4 war grundsätzlich eine Abänderung der Stellungnahme nicht zu erreichen. Ich habe es mehr als einmal versucht und weiß, daß auch andere Sachbearbeiter dies taten. Wir wußten in diesen Fällen immer schon vorher, daß das Judenreferat auf einer Inschutzhaftnahme beharren werde. Zwischen dem Judenreferat und dem Schutzhaftreferat bestand nicht zuletzt deshalb eine Art Spannung. Mit anderen Referaten kam man immer noch häufiger klar als mit dem Judenreferat.

Mit Sachbearbeitern des Judenreferats habe ich persönlich oder fernmündlich nicht verhandelt. Die Namen K r y s c h a k , M o e s und W e h r n sagen mir nichts, allerdings kommt mir der Name M o e s irgendwie bekannt vor.

Ich möchte an dieser Stelle nachtragen, daß die Stellungnahmen der Sachreferate zur Frage der Inschutzhaftnahme in aller Regel von irgendwelchen Sachbearbeitern unterschrieben waren. Der Referent selbst unterschrieb nur in Ausnahmefällen.

Die unter Mitwirkung des Referats IV C 2 in KL eingewiesenen jüdischen Schutzhäftlinge stammten aus den verschiedensten Gegenden des Reiches. Die Anträge waren dementsprechend von allen möglichen Stapostellen gestellt. Ich kann mich nicht daran erinnern, daß bzw. welche Stapostellen besonders viele derartige Anträge stellten. An Einweisungen von Juden aus dem Ausland kann ich mich nicht erinnern; insbesondere kann ich nicht sagen, ob aus den Niederlanden Juden unter Mitwirkung des Referats IV C 2 in ein KL eingeliefert wurden. Wir bekamen allerdings mitunter Mitteilungen aus den Konzentrationslagern, daß dort Schutzhäftlinge von Stapostellen mit dem Sitz im Ausland eingeliefert worden waren. Insbesondere denke ich hierbei an die sog. Nacht und Nebel-Häftlinge. Mit diesen Fällen hatten wir hinsichtlich der Einweisung nichts zu tun; wir wurden vielmehr erst nachträglich von der bereits erfolgten Einlieferung verständigt.

Ich möchte meinen, daß wir die entsprechenden Nachrichten nur bekamen, damit wir wußten, daß ^{über} diese Häftlinge keine Auskunft gegeben werden durfte.

Den Anteil von Juden unter den Schutzhäftlingen möchte ich mit etwa 25 % angeben. Jedoch war dieser Anteil nicht gleichmäßig und ich möchte die Zahl auch nur rein gefühlsmäßig mit Vorbehalt nennen. Zunächst stieg der Anteil der jüdischen Häftlinge beständig an; er nahm dann aber - ohne daß ich den genaueren Zeitpunkt angeben könnte - ziemlich rapide ab.

Die jüdischen Häftlinge wurden zunächst entsprechend den Richtlinien und der Lagerstufe in alle möglichen bestehenden Konzentrationslager eingewiesen. Ich habe jedoch keinen einzigen Fall in Erinnerung, daß von uns aus ein Häftling in das KL Lublin eingeliefert worden ist. Ich weiß nicht einmal etwas davon, daß es überhaupt ein KL Lublin gab, während mir die anderen KL noch ziemlich deutlich dem Namen nach in Erinnerung sind.

Von einem späteren Zeitpunkt an - etwa 1942/43 - kamen jüdische Häftlinge, und zwar auch die Frauen, nur noch in das KL Auschwitz. Ich kann mich von diesem Zeitpunkt ab an andere Einweisungslager für jüdische Schutzhäftlinge nicht mehr erinnern. Jedoch mag es bei Mischlingen Ausnahmen gegeben haben. An Fälle, in denen Juden nach Mauthausen kamen, kann ich mich überhaupt nicht erinnern.

Die Vernehmung wird zur Einnahme des Mittagessens um 12.20 Uhr unterbrochen.

Fortsetzung der Vernehmung 13.00 Uhr.

In den laufenden Schutzhaftsachen waren regelmäßig Haftprüfungen vorzunehmen. Die Fristen hierfür betrugen jeweils drei Monate. Es wurde in allen Fällen bei Ablauf der Dreimonatsfrist von den Lagerkommandanten ein Führungsbericht angefordert. Ich kann mich noch daran erinnern, daß diese Führungsberichte in aller Regel beim erstenmal so ausfielen, daß eine Entlassung unter keinen Umständen

in Betracht kommen konnte. Es gab mitunter auch Fälle, in denen wir den Betreffenden trotz ablehnender Stellungnahme des Lagerkommandanten entließen.

Die Anforderung dieser Führungsberichte erfolgte unsererseits unter Verwendung von Formularen. Wenn eine Entlassung nach unseren Erfahrungen in den Bereich des Möglichen gerückt war, versahen wir die Formulare mit Zusätzen, die die Lagerkommandanten zu einer zustimmenden Stellungnahme bewegen sollte.

Wenn Eingaben von Angehörigen wichtige Gründe für eine Entlassung^{enthielten} nahmen wir dies auch außerhalb der eigentlichen Haftprüfungstermine zum Anlaß, einen Führungsbericht zu erfordern.

Eine Entlassung konnte nicht vom Sachbearbeiter selbst verfügt werden. Vielmehr war grundsätzlich neben dem Führungsbericht des Lagerkommandanten noch eine Stellungnahme des Sachreferats einzuholen. Dies erfolgte nicht bei jedem anstehenden Schutzabfittermin sondern nur wenn eine Entlassung möglich schien. Lagen zustimmende Stellungnahmen des KL und des Sachreferats vor, so konnte nach meiner Erinnerung Herr Dr. B e r n d o r f f die Entlassung verfügen. Wenn irgendwelche Komplikationen bestanden, konnte die Entlassung jedoch nur von M ü l l e r bzw. Heydrich/Kaltenbrunner verfügt werden. Bei jüdischen Schutzhäftlingen war von einem bestimmten Zeitpunkt an eine Entlassung nicht mehr erlaubt. Ich kann nicht mit Bestimmtheit sagen, ob bei jüdischen Schutzhäftlingen die Haftprüfungsterminen wahrgenommen wurden; jedenfalls wurden Führungsberichte für diese nur in Ausnahmefällen angefordert.

Wenn mir hier gesagt wird, daß verschiedene Entlassungsverfügungen auch von einzelnen Sachbearbeitern des Referats IV C 2 unterzeichnet worden sind, so kann ich mich daran erinnern, daß es einen Erlaß gab, wonach Sachbearbeiter die Entlassung dann verfügen konnten, wenn sie vorher vom Amtschef IV entschieden worden waren. Möglicherweise durften Sachbearbeiter auch solche Entlassungsverfügungen in Schutzhaftesachen unterschreiben, in denen von vornherein eine befristete Einweisung verfügt worden war.

Beim Ableben von Häftlingen kam von den betreffenden KL jeweils Fernschreiben an, die so wie die mir hier aus dem Dok.Bd.7 Bl. 114, 117 vorgelegten Muster aussahen.

Listen, in denen der Tod einer Anzahl jüdischer Schutzhäftlinge mitgeteilt wurde, habe ich nicht gesehen. Ich weiß von derartigen Listen auch nach Erörterung des Erlasses des WVHA vom 21. Nov. 1942 (Dok.Bd.7 Bl. 21f) nichts. Wohl kann ich mich dagegen noch daran erinnern, daß ich in manchen Akten Vermerke über das Ableben von Schutzhäftlingen gesehen habe, die von Registratoren gefertigt worden waren.

Möglicherweise kann ich über diese Frage deshalb nichts sagen, weil ich nicht zu allen Dienstbesprechungen hinzugezogen wurde. Dienstbesprechungen fanden unter Teilnahme des Referatsleiters, seines Stellvertreters und der ordentlichen Sachbearbeiter etwa ein- bis zweimal wöchentlich im Zimmer von Dr. B e r n d o r f f statt. Auf diesen Dienstbesprechungen wurden einmal Angelegenheiten allgemeiner Art - wie neue Erlasse und Dienstanweisungen - und zum anderen Einzelforgänge besprochen, die als Einzelfall für alle Sachbearbeiter von allgemeinem Interesse war. Von derartigen Einzelfällen hatte Herr Dr. B e r n d o r f f regelmäßig einen ganzen Stuhl auf seinem Tisch liegen, die dann eine nach der anderen besprochen wurden. Die Dienstbesprechungen dauerten durchschnittlich 1/2 bis 3/4 Stunde. Ich nahm an ihnen nur teil, wenn ich gerade aushilfsweise als Sachbearbeiter tätig war. Zwischendurch war ich nämlich immer wieder als Registrator eingesetzt, wenn gerade ein Aushilfssachbearbeiter nicht benötigt wurde.

Die von den KL angegebenen Todesursachen waren meist neutral gehalten. Am häufigsten waren: Herz- und Kreislaufschwäche, Sepsis, Phlegmone und epidemische Krankheiten. Besonders häufig kamen derartige Todesmitteilungen aus dem KL Buchen^{wald}, Auschwitz, Mauthausen. Ich kann heute nicht mehr sagen, ob ich im Zusammenhang mit Mauthausen besonders häufig gelesen habe, daß der Betreffende auf der Flucht erschossen worden sei. Dies habe ich eher zu Buchenwald in Erinnerung.

Zusätzlich zu jeder Todesmeldung erhielten wir in jedem Falle - ich glaube, bei Juden nicht, zumindestens nicht in späterer Zeit - einen ausführlichen Bericht des Lagerarztes über Entstehung und Verlauf der Krankheit mit nochmaliger Erwähnung der Todesursache.

Auf Vorhalt:

Ich hatte nicht den Eindruck, daß Schutzhäftlinge - insbesondere Juden -, wenn sie in ein KL eingewiesen wurden, als Todeskandidaten zu bezeichnen waren, obwohl ich zugeben muß, daß die Todesquote jüdischer Schutzhäftlinge höher war als die bei anderen Häftlingsgruppen. Ich war immer der Meinung, daß sich die Bestimmungen hinsichtlich der Schutzhaftverbhängung zu gegebener Zeit wieder lockern könnten. * Insbesondere führe ich das darauf zurück, daß auch für Juden alle drei Monate Haftprüfungstermine angesetzt wurden.

Mir wurden soeben aus der Opferkartei Einlieferungs- und Todesdaten jüdischer Schutzhäftlinge vorgelesen, wonach diese nur relativ kurze Zeit in den KL lebten. In der mir hier vorgelesenen Häufigkeit wirkt die Zeit zwischen der Einlieferung und Todestag weit krasser, als wir das damals mitbekamen, zumal wir damals ja nicht nur jüdische Schutzhäftlinge hatten. Allerdings muß uns das damals auch auffallen sein, und ich möchte die Todesmitteilungen überhaupt als das dunkelste Kapitel meiner damaligen Tätigkeit bezeichnen. Mir war damals schon klar, daß Juden eine wesentlich schlechtere ^{Chance} hatten als andere Schutzhäftlinge. Deshalb habe ich auch Theresienstadt vorgeschlagen, wann immer dies möglich war. Ich habe damals schon damit gerechnet, daß ein Jude, der als Schutzhäftling in ein KL kam, dort nicht mehr lange leben würde.

Wenn ich gefragt werde, weshalb ich dann trotzdem auch bei jüdischen Schutzhäftlingen bzw. bei der Inschutzhaftnahme von Juden, die mir als Hilfsachbearbeiter übertragenen Arbeiten ausführte, so bemerke ich:

In einem einzigen Fall ist es mir geglückt, die Inschutzhaftnahme eines Juden zu verhindern. Es handelte sich hierbei um einen Armin Lubliner, der in Wiesbaden wohnte, in Mischehe verheiratet gewesen war, seine Frau war gestorben, jedoch entstammten der

Ehe Kinder. Herr Lubliner war im Dezember 1942 verhaftet worden, weil er mit der Straßenbahn gefahren war. Die Stapo Wiesbaden stellte Schutzhaftantrag gegen ihn. Sein Sohn Siegfried suchte mich in der Wrangelstraße auf; damals war ich gerade Sachbearbeiter für diesen Buchstaben. Siegfried L. hatte in der Wehrmacht gedient, war jedoch als Mischling entlassen worden. Nach seinem Soldbuch hatte er an vielen Kämpfen teilgenommen. Ich machte dann einen langen Vermerk, daß im Hinblick hierauf und auf die Geringfügigkeit des Verstoßes eine Inschutzhaftnahme seines Vaters nicht gerechtfertigt sei. Ich schickte den Vorgang dann zum Judenreferat, das aber bei seinem Antrag auf Inschutzhaftnahme blieb. Nunmehr trug ich Herrn Dr. B e r n d o r f f die Angelegenheit vor und führte über ihn die Stellungnahme des Amtschefs M M U l l e r herbei. M U l l e r schickte dann den Vorgang zu IV B 4, damit dieses Referat seine Stellungnahme revidieren solle. E i c h m a n n lehnte mich einem von ihm persönlich unterzeichneten Schreiben eine Rücknahme des Antrages ab. Ich weiß noch genau, daß E i c h m a n n dieses Schreiben selbst unterschrieb, weil ich darüber sehr deprimiert war. Der Vorgang ging dann noch zu H i m m l e r, der eines Tages entschied, daß Armin L u b l i n e r zu entlassen sei. Eine Woche nach seiner Entlassung wurde Herr L u b l i n e r von der Stapo Wiesbaden erneut verhaftet, und ich weiß noch, daß wir darüber sehr ungehalten waren, wie die Stapo Wiesbaden derart eine Entscheidung H i m m l e r s umgehen wollte. L u b l i n e r wurde jedenfalls erneut entlassen, nahm sich aber unmittelbar daran anschließend das Leben.

Ich überreiche hier eine von Herrn Siegfried L u b l i n e r in meinem Spruchkammerverfahren abgegebene Erklärung vom 26. September 1946 und bin damit einverstanden, daß hiervon Ablichtungen gefertigt und als Anlage zum Protokoll genommen werden.

Nach diesem Fall und auch aufgrund der vorangegangenen Schwierigkeiten sah ich, daß man unter besonderen Umständen eine wenn auch nur geringe Chance hatte, auch die Inschutzhaftnahme eines Juden abzuwenden.

Im Zusammenhang mit diesem Fall äußerte sich F ö r s t e r sich mir oder K r u m r e y gegenüber - K r u m r e y hatte mir in dieser Angelegenheit bei einigen Formulierungen geholfen - dahin, daß dies der einzige ihm bekannt gewordene Fall gewesen sei, daß ein Volljude entgegen dem Antrag der Stapostelle und des Sachreferats nicht in Schutzhaft genommen worden sei.

Wenn ich mich unabhängig hiervon generell geweigert hätte, an der Inschutzhaftnahme von Juden mitzuwirken, dann wäre ich ein Held gewesen. Ich stand immer auf dem Standpunkt, daß es leicht gewesen wäre, einen Sachbearbeiter an meine Stelle zu setzen, der die Sachen schematisch bearbeitet hätte, aber möglicherweise nicht so leicht jemand, der sich Mühe gibt, alle Möglichkeiten für Erleichterungen auszuschöpfen.

Ich hatte schon häufiger den Gedanken, meine Arbeit im Schutzreferat hinzuwerfen. In Prag hatte ich mich einmal deshalb auch zur Waffen-SS gemeldet, jedoch lehnte B e r n d o r f f oder F ö r s t e r bei einer telefonischen Rücksprache meine Freistellung ab. Ich habe mich einmal mit F ö r s t e r über die Häufung von Todesmitteilungen bei jüdischen Schutzhäftlingen unterhalten und ihm dabei gesagt, ich wisse nicht, wie lange ich so etwas noch mitmachen könne. F ö r s t e r redete mir väterlich zu und sagte, daß müsse jeder mit sich selbst abmachen. Er setzte hinzu, er nehme an, daß ich das nicht dienstlich zu ihm gesagt hätte, da es sonst für mich sehr unangenehm werden könne.

Wenn ich eben sagte, daß ich ein Held hätte sein müssen, wenn ich eine Mitwirkung bei der Inschutzhaftnahme von Juden hätte verweigern wollen, so meine ich hiermit folgendes: Ich selbst hätte mit einer Weigerung nach meiner Überzeugung unweigerlich riskiert, in ein KL zu kommen. Hinzu kam, daß ich für meine Frau wegen ihrer früheren Tätigkeit in der KPD Befürchtungen hatte, für den Fall, daß ich bei einer Arbeitsverweigerung auch die Freiheit meiner Frau riskiert hätte, zumal im September 1941 unser gemeinsamer Sohn geboren worden ist. Im übrigen möchte ich noch bemerken, daß meine Familie und ich in Berlin mit einer Familie K r a m e r in

einer Wohnung zusammenlebte. Herr K r a m e r war ein jüdischer Mischling, und ich mußte befürchten, daß man sich von seiten der Gestapo mit ihm näher befaßte, wenn ich bei der Stapo in dieser Weise aufgefallen wäre. Denn Herr K r a m e r war als jüdischer Mischling nicht registriert.

Ich persönlich habe die Stellung der Nationalsozialisten zu den Juden nie verstehen können. Ich für meine Person habe zu keiner Zeit in jüdischen Bürgern Menschen zweiter Klasse gesehen. Das einzige Gefühl, was ich gegenüber Juden in der fraglichen Zeit hatte, war das des Mitleids hinsichtlich ihres Schicksals.

Ich möchte noch bemerken, daß ~~er~~^{ich} zur damaligen Zeit keine konkreten Vorstellungen darüber hatte, was sich wirklich in den KL abspielte. Mit ruhigem Gewissen kann ich sagen, daß ich über die Vergasungen erst nach Kriegsende etwas erfahren habe. Ich bin auch niemals in einem Konzentrationslager gewesen. Herr Dr. B e r n d o r f f fuhr als einziger Angehöriger des Referats IV C 2 häufiger zum KL Sachsenhausen. In einer Dienstbesprechung regten verschiedene Sachbearbeiter und auch ich mehrmals in längeren Abständen an, daß auch wir dieses KL einmal besichtigen wollten, um zu sehen, was dort passiere. Herr Dr. B e r n d o r f f bog dies jedoch jedesmal ab.

Ich möchte nun wieder auf die Stapo-Mitteilungen zu sprechen kommen.

Die von den KL mitgeteilten Todesursachen zweifelte ich nicht an, obwohl sie sich fast ständig wiederholten, da in jedem Falle ausführliche und korrekt scheinende Arztberichte an uns ergingen. Ich hatte daher keinerlei Veranlassung, Verdacht zu schöpfen, daß es sich bei den angegebenen Todesursachen um erfundene Todesarten handelte, die unverdächtig erscheinen sollten.

Ich erinnere mich, daß entweder die Todesmeldung oder der Arztbericht an der oberen rechten Ecke einen lila Farbstrich trug. Allerdings war mir seinerzeit die Bedeutung dieses Striches nicht bekannt.

Heute ist mir klar, daß Dr. B e r n d o r f f , während seiner Abwesenheit F ö r s t e r , demzufolge von diesen Todesfällen Kenntnis erhalten hatte.

Die Todesmeldungen und die Arztberichte wurden zur entsprechenden Schutzhaftakte genommen; diesen Akten gingen dann dem zuständigen Sachreferat, das an der Einweisung beteiligt war, zur Kenntnisnahme zu. Ich erinnere mich auch, daß von den örtlich zuständigen Stapostellen Vollzugsmeldungen über die erfolgte Benachrichtigung der Angehörigen von im KL Verstorbenen Schutzhäftlingen bei uns eingingen und auch diese Meldungen zur Akte genommen wurden. Ich glaube, mich daran zu erinnern, daß die Akten mit der Todesmitteilung in ein und derselben Verfügung dem Sachreferat zur Kenntnisnahme und der Aktenhauptverwaltung zum Verbleib übersandt wurden.

Ich kann nicht sagen, was dem Führungstab in Berlin für Akten übersandt wurden, während sich der größte Teil des Referats IV C 2 in Prag befand. Allerdings weiß ich noch, daß F i s c h e r und O r t h in dieser Zeit häufig als Kuriere mit mehreren Kisten voller Akten zwischen Berlin und Prag hin und her fuhren.

Mir werden nunmehr die Namen der übrigen Beschuldigten aus dem Referat IV C 2 genannt, und ich werde jeweils (gegebenenfalls an Hand der Lichtbildmappe) sagen, was ich über die Betreffenden noch weiß.

Dr. B e r n d o r f f , Emil
erwähnte ich bereits mehrfach.

B o n a t h , Gerhard (Bild 3)
war schon Sachbearbeiter, als ich zum Schutzhaftreferat kam. Ich glaube, noch in Erinnerung zu haben, daß er keine besonders herausragende Stellung bei IV C 2 hatte.

D i e ß e r , Richard
war gleichfalls Sachbearbeiter.

F e u ß n e r , Konrad

erwähnte ich schon mehrfach. Er bearbeitete die allgemeinen Sachen und ich glaube, daß er K e t t e n h o f e n bei dessen Abwesenheit vertrat und umgekehrt.

F i n k e n z e l l e r , Adolf

war von Anfang an Bearbeiter einer eigenen Rate.

Zu F i s c h e r , Karl-Heinz, Bild 7

äußerte ich mich schon.

Ebenso zu F ö r s t e r , Karl, Bild 8

und G i e s e n , Bruno,

der ursprünglich ebenso wie ich Registrator war und später als Hilfssachbearbeiter in verschiedenen Raten aushalf. In Prag machte er die Hausverwaltung.

H a r d e r , Kurt, Bild 12

war nach meiner Erinnerung nur Registrator und nicht Sachbearbeiter.

I b s c h , Paul

erwähnte ich bereits.

J u n g n i c k e l , Helmut

war nach meiner Erinnerung nur Registrator. Mir ist nicht bekannt, ob er noch Sachbearbeiter geworden ist.

K e t t e n h o f e n , Felix

war Personalbearbeiter und bearbeitete die Geheimrate.

K r a b b e , Otto

war Sachbearbeiter, ~~xxx~~ kam aber wohl erst später zu IV C 2. Soweit ich weiß, wohl von der Stapo Hamburg.

Zu K r u m r e y , Theodor, Bild 22

habe ich mich bereits geäußert.

K u e s c h , Paul

war von Anfang an Sachbearbeiter.

K ü n n e , Walter

ebenfalls.

O b e r s t a d t , Reinhold, Bild 30

gleichfalls.

P a n z i n g e r , und Dr. R a n g

ka sind mir beide nur dem Namen nach bekannt. Nach meiner Meinung liefen diejenigen Schutzhaftsachen, die aus dem Referat IV C 2 zum Amtschef gingen, nicht über den Gruppenleiter, sodaß dieser nicht mit den Einzelnen Schutzhaftvorgängen befaßt war. Über den Gruppenleiter liefen wohl nur die allgemeinen Sachen, wie Erlaßentwürfe.

R e n d e l , Walter, Bild 34

war nach meiner Erinnerung nur Registrator. Er kam jedoch irgendwie von IV C 2 weg.

R o g g o n , Richard, Bild 35

war Sachbearbeiter, kam erst später zu IV C 2 und blieb dort nicht bis Kriegsende.

S c h u l z , Otto, Bild 38 nicht mit Sicherheit,

war zuerst Registrator; ich weiß nicht sicher, ob er Sachbearbeiter wurde.

S c h w a n s s c k e r , Fritz, Bild 39

war Sachbearbeiter, blieb aber nicht bei IV C 2.

S t o b e r , Emil

war erst Registrator. Ob er später Sachbearbeiter wurde, weiß ich nicht.

Von den übrigen Angehörigen des Ref. IV C 2 kann ich mich noch erinnern an:

B a c k h a u s , Gerhard (Bild 2)

war Registrator, kam aber später weg.

F a l b e, Hildegard (früher M chalski)
schrieb einige Zeit für mich.

F e u e r s e n z e r, Waldemar,
war Registrator, ebenso wie

F r o h w e i n, Waldemar und

G a h r, Wilhelm, sowie

G e l l e z u n, Emil

H a r d e r, Gustav,
war Registrator der Geheimrate

Ein Frä. H e s s e l b a r t h, (Doris ?)
war Registratorin; sie wohnte ~~xxxxix~~ in Steglitz und war damals noch
noch ein junges Mädel

K a u l, Arthur,
war Registrator bei B o n a t h

K r a u s e, Karl (Bild 52)
war Registrator für K r u m r e y

M o a c k, Ilse,
war meine erste Schreibkraft

R e i c h e r t, Ursula
war Schreibkraft und schrieb gelegentlich für mich

R ö w e, Ursula
ebenfalls

T u n k, Hans
war Registrator

Verschiedene andere Referatsangehörige sind mir noch dem Namen nach
in Erinnerung, da ich nähere Einzelheiten zu ihnen nicht sagen kann,
ist dies nicht zu Protokoll genommen worden.

Wie ich aus der Unterschrift R e n d e l 's auf zwei Führungs-
anfragen folgern möchte, dürfte man allein daraus noch meiner
Ansicht nicht entnehmen, daß der Betreffende Sachbearbeiter
war. Ich halte es nämlich für möglich, daß der eine oder andere
Registrator derartige Führun sanfragen für seinen Sachbearbei-
ter schrieb.

Ende der Vernehmung 17.00 Uhr.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt, unterschrieben:

Unger

Minist

--- *Karl Heinz Kosmehl* ---

Me.

SIEGFRIED LUBLINER

Diplom-Kaufmann

WIESBADEN, den 26. Sept., 1946
Heiligenbornstraße
Haus Lubliner

Erklärung

Am 14. Dezember 1942 wurde mein Vater Armin Lubliner im Rahmen einer der damals häufigen Judenverfolgungen unter dem Vorwand der Übertretung einer Verkehrsvorschrift von der Wiesbadener Gestapo verhaftet und in das dortige Polizeigefängnis verbracht, aus dem, wie mir bekannt war, die jüdischen Häftlinge nach kürzerer oder längerer Frist in ein Konzentrationslager verbracht wurden, und zwar meist nach Auschwitz, von wo es bekanntlich für Juden keine Rückkehr gab.

Ich selbst lebte damals in Berlin und versuchte alles um meinem Vater zu helfen. Zunächst hatte ich bei keiner der Dienststellen, die ich aufsuchte, Erfolg. Schließlich erfuhr ich von einem Juden den Namen und die Dienststelle des damaligen Polizeisekretärs Karl Heinz Kosmehl, der mir als alter SPD - Mann bezeichnet wurde, der schon in vielen Fällen zugunsten jüdischer und politischer Häftlinge eingegriffen habe.

Kosmehl, den ich alsbald aufsuchte, versprach mir, nachdem er mich angehört hatte, sein möglichstes zu tun, um meinen Vater zu befreien. Ich habe ihn im Laufe der nächsten Monate sehr oft besucht, bzw. bin ich mit ihm an dritten Orte zusammengetroffen, denn es war gerade zu der Zeit sehr schwierig, einen Juden aus der Schutzhaft zu befreien. Kosmehl hatte zunächst Schwierigkeiten, die Bearbeitung des Falles überhaupt in die Hände zu bekommen, da er anscheinend wegen seiner früheren politischen Vergangenheit dienstlichen Rückstellungen und Widerständen ausgesetzt war. Es war ihm dann aber doch gelungen die Sache zu bearbeiten und er erreichte zunächst, dass mein Vater, der schon zum Abtransport nach Auschwitz bestimmt war, im letzten Moment zurückgestellt und im Polizeigefängnis behalten wurde. Ich hatte bei den vielfachen Rücksprachen erkannt welche Mühe sich Herr Kosmehl gab um meinem Vater zu helfen und dass er sich dabei selbst grossen Risiken aussetze. Er gab mir Auskünfte über den Stand der Angelegenheit die im Gegensatz zu seinen Dienstvorschriften standen und ich gewann Einsicht in die internen Vorgänge. Es waren außer dem Referat, in dem er saß und das die Sache nur rein verwaltungsmäßig bearbeitete, noch zwei andere Referate beteiligt, darunter das bekannte Judenreferat in der Kurfürstenstraße. Von dieser Seite wurden ihm die meisten Schwierigkeiten gemacht. Es gelang Herrn Kosmehl jedoch, die Angelegenheit bis zum Amtschef vorzutreiben. Die von ihm angefertigten Schriftsätze und die persönlichen Unterredungen mit seinem unmittelbaren Vorgesetzten, der sich übrigens nie von mir sprechen ließ, hatten schließlich den Erfolg, daß mein Vater im Mai 1943 auf freien Fuß gesetzt wurde.

Ich habe mich Herrn Kosmehl gegenüber mehrfach erkenntlich zeigen wollen, jedoch hat er jeden sichtbaren Beweis meiner Dankbarkeit mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß er es für seine menschliche und politische Pflicht halte, im Rahmen seiner wenn auch eng begrenzten dienstlichen Möglichkeiten den Opfern des Rassenwahnes zu helfen. Er sagte mir einmal, dass er es als seine Aufgabe ansehe nicht die Menschen in, sondern aus den Konzentrationslagern herauszubringen.

Die Handlungsweise des Herrn Kosmehl ist ein Beweis seiner völligen politischen Unbedenklichkeit und absoluten Uneigennützigkeit. Ich wünsche ihm herzlichst, dass seine Rehabilitierung im vollen Umfang gelingen möge.

Siegfried Lubliner



Die Richtigkeit der Unterschrift des
Friedrich Lübner
wird amtlich beglaubigt.

Wiesbaden, d. 10. d. 10. 1946



Schreibendbuch-Nr. 224/46



Otto Krabbe (2.4.1893)

A 679 #

ab Aug. 1940

Raten M, St

aus Kriebler { ab Ende Okt / Nov 43 T, W, X u. Y

2x ausgeholte Raten H u. O

ausgeholfen
Borath
Kismehl
↓
Haut u.
End. Okt. 1941

18.9.67 Raten verteilung angegeben (A 681)
Seite 2 im Wesentlichen [Wiedt]
mit j. Tb A 682/83

~~20.9.66~~

S. 9

Kannst Manthausen als "Mordhausen"
nennen, das in Lagerhaft III Steinmetzarbeiten

~~21.9.66~~

S. 16 ff

Todesurteil gegen (T.M.)

habe meine Zweifel an der
Richtigkeit des T.M.
in der, bei "auf der Ficht erschossen"
auffällig viele Punkte unter dem
Toten (insbes. Fh.) und
hier noch einige
in der großen Menge der verurteilten
Punkte schon während der ersten
drei Monate von Lager

S. 17

habe den Eindruck, dass
beim Ableben von jmd
"nachgeholfen" wurde
(verschonungsvoll, zusammenfassend)

S. 18

ich ist wirklich, was mit
jmd passiert, dachte ich
dass jmd. besser dran, dass ich konnte
nicht nicht vorstellen, dass und
nicht abgelehnt. ist tot worden.
Todesurteil !! [Liste]

!!

18.9.67
(nicht tot.)

S. 5

durft von der vom Sachverständigen
vorgelegenen Legezeit nicht
abweichen (aber Keimern)

8.8.

finden sollte ins KL
(Etwas des Erlaus)

19.9.69
(n'th.)

S. 3

in einer größeren Anzahl von
Fällen anfallen, dass jüdl.
Schulhaft. beruht. selektiv bewirkt
wird noch ins KL-Einw.
untersuchen. (ein von
Wo oder Monach)

S. 3/4

sehr innerhalb der ersten 3 Monate

S. 4

Vermutung, dass in den KL
beim Tode von jüdl. Leuten
nicht stimmen können —
wohl noch helfen —
(hoch dekret. oder Kopf, eng p
Aus. p. d. jüdl. Hygiene)
nicht glaubt, dass gewalttätige
Tötung

aber: auf der Tücht
erschossen;
muss. Esch. p. p. p.
das muss a. auf
der Tücht" gewesen
sein??

S. 4

die meisten Todesmeldungen
kommen aus Fr.

S. 6

klar, dass
mit jüdl. in KL nicht
alles i.O. (Tod noch hastig)
dass man jüdl. in KL
bewusst stehen lässt

- Einzelfälle, Beziff. nach Anklageschrift-

K r a b b e

M 1 - 4, 8, 9, 10, 12, 14, 16 - 20, 21, 22 - 25, 27 - 30, 31,
33, 34, 35 - 39, 41 - 73, 75 - 79, 81

St 1 - 4, 5, 6, 8, 9, 11, 12, 13, 15, 16, 17, 18 - 20, 21, 22,
23, 24, 25, 26 - 29, 31, 33 - 37

T 12

W 18

102, davon 1 und 16

K r a b b e

erhielt in folgenden Einzelfällen die Sterbemitteilungen:

M 3, 4, 5, 6, 7, 8, 13, 14, 15, 17, 18, 20, 21, 23, 25, 26, 31,
32, 33, 34, 35, 38, 39, 41, 45, 46, 48, 50, 56, 57, 60, 61, 62,
63, 65, 69, 71, 72, 75, 76, 80, 81

St 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9, 13, 14, 15, 17, 18, 20, 21, 22, 23, 24,
25, 29, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39,

T 12, 14

W 4, 18

Die Häftlinge verstarben in diesen Fällen in folgenden Monaten:

5.41 M 75

8.41 " 35

10.41 " 61, 71 St 8, 38

12.41 " 5, St 4, 9

1.42 M 80

2.42 " 48 St 14, 24

3.42 " 15

4.42 St 22, 39

5.42 St 37

6.42 M 65, St 18, 20, 34

8.42 M 6, 13, 25, 38, 46, 57, 60, 63 St 5, 21

9.42 M 32, 50, 69 St 2, 23

10.42 M 7, 8, 21, 34, 41, 76 St 3, 6, 15, 17

11.42 M 4, 17, 18, 56

12.42 M 26, 45 St 25, 29

1.43 M 20, 23, 31, 62, 81

2.43 M 14

4.43 M 39

7.43 M 33, 72, St 36

8.43 M 3 St 33, 35

12.43 W 4

3.44 W 18

2.45 T 12, 14

GenStA bei dem Kammergericht Berlin

1 Js 7/65 (RSHA)

Vernehmende:

Staatsanwalt N a g e l Z.Z. Hamburg
Kriminalobermeister S c h u l t z

20. 9. 66

auf Vorladung

xx

205 Hamburg 80, Binnenfeldredder
738 44 60

XXXXXX 42

K r a b b e

Otto Carl Theodor

2.4.1893

Hamburg

Hamburg

Hamburg

Deutschland

Reg.Insp. i.R.

Fol.-Verw.-Beamter

Reg.Ob.Insp. b. RSHA

Beamter a.L.

Pensionsstelle (Zahlstelle):

Behörde für Wirtschaft und Verkehr

Hamburg, Große Bleichen 23/27

entf.

ca. 500.--RM
877.-- DM netto
verw.

Lilly K., geb. Putfarken

1949 verstorben

1

32 J.

Hans KRABBE

Zollassistent

10.12.1910 verstorben

Martha K., geb. Kay

Hausfrau

Juli 1943 verstorben

entf.

Dt.

keine

~~hat nicht vorgelegen~~

PP Nr.: 558 2565 v. 17.4.62

Freie und Hansestadt Hamburg

Mitgetragen: Flur. Nr. 9.66

keine

Dem Beschuldigten wurde eröffnet, welche Tat ihm zur Last gelegt wird - Beteiligung der Referate IV C 2 und IV B 4 des ehem. RSHA an der Schutzhafteinweisung von Juden in KL mit dem Ziel der Tötung-- und welche Strafvorschriften - § 211 StGB - a.u.n.F. - in Betracht kommen.

Er wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freisteht, sich zu der Beschuldigung zu äußern, oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor Beginn seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Er erklärte:

Ich will mich jetzt zu der Beschuldigung äußern.

Noch zur Person:

In Hamburg besuchte ich bis zum Jahre 1910 die Volks- und in Eimsbüttel die Oberrealschule, die ich mit der Obersekunda verließ. Anschließend arbeitete ich zunächst für ein halbes Jahr bei einem Rechtsanwalt.

Da mein Vater Beamter war, war es sein Wunsch, daß ich gleichfalls die Beamtenlaufbahn einschlagen solle. Am 1.5.1911 wurde ich auf meine Bewerbung hin bei der Polizei in Hamburg als Polizeieleve eingestellt. Bis Sept. 1914 wurde ich sodann ebenfalls in Hamburg im Polizeiverwaltungsdienst ausgebildet. Ich machte dann die erste Verwaltungsprüfung.

Am 1.Okt. 1914 wurde ich zum Heeresdienst eingezogen; ich blieb beim Heer bis zum 30. April 1919.

Dann kam ich wieder zum Polizeiverwaltungsdienst in Hamburg, wo ich im Jahre 1921 die zweite Verwaltungsprüfung ablegte. Nach dieser Prüfung wurde ich zum Polizeiobersekretär ernannt. Diese Bezeichnung wurde, ohne daß damit eine Beförderung verbunden gewesen wäre, später in Polizeiinspektor umbenannt.

Bis 1936/37 versah ich bei der Gewerbepolizei, danach bei der Wohlfahrtspolizei in Hamburg meinen Dienst.

Bei der Wohlfahrtspolizei, die sich seinerzeit Abt. I nannte, war ich Vertreter des Dienststellenleiters und sollte nach dessen Pensionierung seine Stelle übernehmen.

Im März 1939 kam vom Reichsministerium des Innern die Anordnung an die Polizeibehörde Hamburg, einen Polizeiverwaltungsbeamten nach Berlin zum Geheimen-Staatspolizeiamt zu versetzen.

Ich selbst war für diese Versetzung ursprünglich nicht ausersehen, sondern es waren zwei andere Kollegen hierfür benannt worden, nachdem sich auf eine entsprechende Rundfrage kein Beamter innerhalb unserer Abteilung sich hierzu bereitgefunden hatte. Einer dieser beiden Kollegen mußte sich jedoch gerade zu diesem Zeitpunkt einer schweren Operation unterziehen und der andere meldete sich gleichfalls krank. Es hieß bei uns gerüchtweise, daß er irgendwie Wind von seiner beabsichtigten Versetzung bekommen hatte und "erkrankt" sei, um dieser zu entgehen. So fiel schließlich die Wahl auf mich. Ich war nun auch ganz und gar nicht damit einverstanden von Hamburg nach Berlin zu ziehen. Alle meine Verwandten und auch die meiner Ehefrau wohnten hier in Hamburg. Ich selbst hatte damals einen Bausparvertrag abgeschlossen und wollte hier in Hamburg ein Haus bauen. Ich habe mit diesen Argumenten versucht, um die Versetzung nach Berlin herumzukommen. Dies gelang mir jedoch nicht.

Am 1. Mai 1939 erfolgte meine Versetzung nach Berlin, d.h. zunächst war es eine Abordnung, die jedoch später in eine Versetzung umgewandelt wurde.

Beim Gestapa in Berlin stellte ich mich in der Prinz-Albrecht-Straße bei dem Personalchef Z i m m e r m a n n v.r. Auch diesem sagte ich, daß und aus welchen Gründen ich aus Hamburg nicht weg wolle. Er gab mir zu verstehen, daß man hiervon nur abschen könne, wenn ich eine Ersatzkraft stellen könne, was mir jedoch nicht möglich war.

Im Gestapa war ich zunächst einige Monate, bis etwa um die Zeit des Kriegsausbruchs herum, im Ref. II A 5 des Gestapa - Emigranten u. Ausbürgerung - unter Assessor J a g u s c h. Dort war ich als Sachbearbeiter mit Ausbürgerungssachen befaßt. Meine Haupttätigkeit bestand in dem Entwurf von abschließenden Berichten an den RMdI, der die Ausbürgerungen auszusprechen hatte. Aus dieser Zeit kenne ich noch den auf Bild 1 der Lichtbildmappe 1 Js 7/65 RSHA abgebildeten Karl Anders.

Im Anschluß daran hatte ich auf Geheiß von Herrn ZIMMERMANN eine Zusammenstellung der im Zusammenhang mit dem Attentat im Bürgerbräukeller eingegangenen Berichte über den Attentäter zu fertigen und diese von einer Schreibkraft auf der sogen. Führerschreibmaschine mit den großen Buchstaben schreiben zu lassen. Dies dauerte etwa drei Monate.

Dann wurde ich etwa anfang 1940 zum Schutzhaftreferat IV C 2 - Ref.-Leiter Dr. B e r n d o r f f - versetzt. Man sagte mir bei dieser Versetzung, daß einer der Sachbearbeiter des Emigrantenreferates zum Schutzhaftreferat abgestellt werden müsse und die Wahl fiel auf mich, weil ich von den im Emigrantenreferat tätigen Sachbearbeitern dort als letzter hingekommen war. Im Schutzhaftreferat blieb ich bis Kriegsende, und ich war mit dem Referat nacheinander im Hause Wilhelmstr., in der Wrangelstr. in Steglitz und schließlich auch in Prag. Kurz vor Kriegsende setzte ich mich mit den übrigen Angehörigen des Referats unter Leitung von KR F ö r s t e r (Bild Nr. 8), dem Vertreter von Dr. BERNDORFF, unter Mitnahme unserer Familien von Prag nach Leitmeritz ab.

In Saaz griet ich in russische Gefangenschaft, und zwar zusammen mit einigen anderen Referatsangehörigen, deren Namen mir im Augenblick nicht einfallen. In der Gefangenschaft wurde ich von den anderen Referatsangehörigen getrennt. Nach sechsmonatiger Gefangenschaft wurde ich wegen Muskelschwunds entlassen. Ich kam dann über Berlin und Munster-Lager, wo ich jedoch nicht inhaftiert war, sondern nur zur Entlassung durchlief, nach Hamburg.

In Hamburg war ich zunächst nicht arbeitsfähig. Durch Vermittlung des Arbeitamtes arbeitete ich ^{von} 1946 bis 1951 als Arbeiter in einer Mineralwasserfabrik, die von den Engländern beschlagnahmt worden war.

Hier in Hamburg wurde ein Spruchkammervorfahren in dieser Zeit gegen mich durchgeführt. Dieses Verfahren endete am 27.12.1948 mit der Einstufung ⁱⁿ der Gruppe V als Entlasteter. Hierauf bezieht sich der mir hier aus meinem Personalheft Bl. 12 vorgelegte Entlastungsschein.

Im Jahre 1951 wurde ich auf meine Bewerbung hin im Rahmen des G 131 hier in Hamburg zunächst als Angestellter und später wieder als Regierungsinspektor eingestellt.

Hier arbeitete ich die gesamte Zeit bis zur Erreichung der Altersgrenze und meiner damit verbundenen Pensionierung am 30. April 1958 bei der Behörde für Wirtschaft und Verkehr, Amt für Wirtschaft.

Nach meiner Pensionierung war ich hier in Hamburg noch bis zum Jahre 1964 beim Betreibssportverband e.V. Hamburg 1949 tätig, dort verrichtete ich Büroarbeiten.

Während der Zeit meiner Tätigkeit beim Gestapa wurde ich im Juli 1941 zum POI und am 1.8.1942 zum ROI ernannt.

Einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP auf intensive Ermahnungen und entsprechende Fragen meiner Dienstvorgesetzten^{hier} stellte ich am 1. Mai 1937. Ich erhielt nie ein Parteibuch und bin der Meinung, daß ich nur Parteianwärter war und nicht ordentliches Mitglied. Jedoch zahlte ich einen monatlichen Mitgliedsbeitrag und ich war auch im Besitz der Parteianstecknadel.

Angehöriger der SS wurde ich zu keinem Zeitpunkt. Man hat zwar versucht, mich während der Kriegszeit zum Eintritt in die SS zu bewegen; dies konnte ich jedoch dadurch vermeiden, daß ich unter Bezugnahme ^{auf} meiner Kriegsverletzung aus dem 1. Weltkrieg - Durchschuß vor der rechten Kniescheibe - darauf hinwies, daß ich den sportlichen Anforderungen nicht gewachsen war.

Bei der Verlagerung unserer Dienststelle nach Prag erhielt ich jedoch eine Uniform mit dem Dienstgradabzeichen eines SS-O'Stuf., meiner Dienststellung als ROI entsprechend als Angleichungsdienstgrad.

Nach Kontakten zu ehem. Angehörigen des Schutzhaftreferats befragt:

K r u m r e y wollte einmal von mir eine schriftliche Bescheinigung haben, ich konnte mich jedoch nicht an ihn erinnern. Vor einigen Jahren suchte mich R e n d e l (Bild 34) einmal hier in Hamburg auf.

- Die Vernehmung wird um 12.45 Uhr zur Einnahme des Mittagessens unterbrochen.

Fortsetzung der Vernehmung um 13.35 Uhr. -

Zur Sache:

Während der gesamten Zeit meiner Tätigkeit im Schutzhaftreferat hatte ich dort die Aufgaben eines Sachbearbeiters wahrzunehmen, und zwar bearbeitete ich eine Buchstabenrate. In Berlin war in dieser Buchstabenrate mit Sicherheit der Buchstabe "M" enthalten. Nachdem mir soeben aus meinem Personalheft die dort Bl. 14 bis Bl. 32 in Ablichtung enthaltenen Dokumente vorgelegt worden sind, fällt mir ein, daß zu dieser Rate auch der "Buchstabe St" enthalten war gehörte. Soweit die Dokumente meine Unterschrift (wie z.B. auf Bl. 14) oder meine Paraphe (wie z.B. Bl. 26) enthalten, erkenne ich diese wieder.

In Prag wurden die Buchstabenraten den einzelnen Sachbearbeitern neu zugeteilt und ich bekam eine andere Rate. Zu dieser gehörte nach meiner Erinnerung der Buchstabe "T" und möglicherweise auch der Buchstabe "W". Der Buchstabe "O" gehörte nach meiner Erinnerung nicht zu der von mir bearbeiteten Buchstabenrate. Das mir aus meinem PH Bl. 37 vorgelegte Dokument mit der Haftnummer "O" mag ich eventuell vertretungsweise unterzeichnet haben.

Bei meinem Dienstantritt im Ref. IV C 2 meldete ich mich zunächst bei Herrn Dr. B e r n d o r f f.

Nach meiner Erinnerung sprach er mit mir nicht über die eigentliche Materie. Er sagte mir jedoch, daß ich mit irgendwelchen Fragen zu ihm oder zu meinen Kollegen gehen solle. Ich möchte an dieser Stelle noch einfügen, daß mein Vorgänger im Schutzhaftreferat K ö n i g s h a u s war; dieser wies mich ein oder zwei Tage in das Arbeitsgebiet ein.

Ob ich bei meinem Arbeitsantritt oder in der späteren Zeit als Arbeitsgrundlage eine Erlaßsammlung, etwa in der Art der mir hier in Fotokopie vorgelegten "AES" bekam, kann ich nicht mehr sagen. Ich weiß auch nicht, ob wir einen Auszug aus verschiedenen entsprechenden Erläßen hatten. Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat und der Kundenerlaß des RmdI vom 25.1.1938 - mir hier aus der AES vorgelegt - war mir damals allerdings bekannt.

Ich will nun zunächst schildern, welche Arbeiten ich als Sachbearbeiter im Ref. IV C 2 bei Schutzhaftvorgängen zu verrichten hatte.

Neueingehende Schutzhaftanträge kamen von allen möglichen Stapo(leit)stellen des Reichsgebiets. Anträge von Stapobehörden, die ihren Sitz außerhalb des Reichsgebiets hatten, habe ich nicht gesehen.

Diese Anträge enthielten außer dem formellen Antragsschreiben der Stapostelle als Anlagen Personalbogen - diese jedoch nicht mit Lichtbildern - und Vernehmungsniederschriften - dies jedoch nicht in allen Fällen - sowie gelegentlich ärztliche Atteste auf Lager- und Haftfähigkeit.

Nach Erörterung fällt mir auf Vorhalt jetzt ein, daß die Akten mit den Neueingängen alsbald in sogen. Weisermappen den jeweils in Betracht kommenden Sachreferaten zugeleitet wurden. Mir fällt weiterhin ein, daß es wohl Gummi-Stempel gab, deren Aufdruck etwa lautete:

UR mit Anlagen an..... mit der Bitte um Stel. ungenahme.
Das in Betracht kommende Sachreferat wurde handschriftlich eingesetzt, ebenso das Datum. Zugleich wurde das Referat auf der Weisermappe vermerkt.

Die Sachreferate schickten dann die Akten mit ihrer Stellungnahme versehen zurück. Diese Stellungnahmen waren meist kurz. Ob diese Stellungnahmen jeweils von den Referatsleitern oder von einem Sachbearbeiter unterschrieben wurden kann ich nicht sagen, da ich die einzelnen Angehörigen der Sachreferate nicht kannte. Die Stellungnahmen waren nach meiner Erinnerung nicht in einem befehlenden, sondern vielmehr in einem empfehlenden Ton gehalten.

Ich selbst fühlte mich damals an die Stellungnahmen der Sachreferate gebunden, ohne aber heute noch sagen zu können, ob es eine dementsprechende Regelung gab. Ich erinnere mich auch nicht, ob es einen Erlaß oder eine möglicherweise interne Dienstanweisung gab, aus der zu erschen war, inwieweit die Stellungnahme der Sachreferate auf die Schutzhaftverhängung Einfluß hatte und inwieweit das Schutzhaftreferat an diese Stellungnahmen gebunden war.

Wenn eine Stapostelle die Inschutzhaftnahme einer Person beantragt hatte, das Sachreferat diesem Antrage zustimmte, ich jedoch der Überzeugung war, daß die angeführten Gründe für den Erlass eines Schutzhaftbefehls nicht ausreichend waren, da das dem Betroffenen zur Last gelegte Verhalten geringfügiger Art war, so machte ich eine Vorlage an den Ref.-Leiter Dr. B e r n d o r f f.

Ich faßte in einem Vermerk die Begründung der Stapostelle zusammen und erwähnte die Stellungnahme des Sachreferats. Ich brachte zum Ausdruck, daß nach meiner Ansicht aus den und den Gründen eine Inschutzhaftnahme nicht gerechtfertigt wäre. Den Vorgang schrieb ich an Dr. B e r n d o r f f zur Entscheidung zu.

Nach meiner Erinnerung konnte er die Entscheidung selbst treffen. In den meisten Fällen schloß sich Dr. BERNDORFF meiner Meinung an. Ich möchte jedoch erwähnen, daß es sich hierbei überwiegend um solche Fälle handelte, bei denen eine Inschutzhaftnahme offensichtlich nicht gerechtfertigt erschien.

Ich will nun die von mir als Sachbearbeiter zu treffende Verfügung in den Fällen schildern, in denen die sogen. Schutzhaftverfügung abzusetzen war.

Die Verfügung gliederte^{sich} in mehrere Ziffern.

Die Ziffer 1 hatte einen Vermerk zu enthalten, in dem der Sachverhalt kurz dargelegt und der Antrag, sowie die Stellungnahme der Stapostelle bzw. des Sachreferats erwähnt wurden.

In Ziffer 2 wurde verfügt: Kanzlei schreibe, Schutzhaftbefehl für..... (Personalien); Begründung:

Für die Begründung der Schutzhaftbefehle gab es verschiedene immer wiederkehrende Standardbegründungen, die ich jeweils meiner Schreibkraft - für mich geschrieben im wesentlichen Frl. G r i e g e r u. Frl. J a n t o s - ins Konzept zusammen mit der üblichen Verfügung diktierte. Die Begründung dieser Schutzhaftbefehle möchte ich als rein schematische Arbeit bezeichnen; lediglich bei ausgefallenen Tatbeständen mußte eine entsprechende Begründung neu formuliert werden.

Zugleich war in Ziffer 2 zum Ausdruck zu bringen, in welches KL der Betreffende zu überführen sei. Mir wurde hier nur mehr aus Dok.bd. 1, das dort enthaltene FS Bl. 28/29, sowie Bl. 38/39 vorgelegt; der dort enthaltene Text deckt sich mit der unter dieser Ziffer abzusetzenden Verfügung.

Es bestand ein Erlaß, in dem die einzelnen KL nach Lagerstufen enthalten waren. Es gab drei Lagerstufen. Das KL Mauthausen war das einzige KL der Stufe drei (III); außerhalb der Behörde hörte ich, dass Mauthausen auch mit "Mordhausen" bezeichnet wurde, ich kann jedoch heute nicht mehr sagen, in welchem Zusammenhang mir dies bekannt wurde. Die Lagerstufe III war jedenfalls die schwerste Stufe, dort wurden Steinbrucharbeiten ausgeführt.

In die Lager der Stufe I erfolgten Einweisungen leichterer Fälle, z.B. Arbeitssabotage; in Stufe II schwerere Fälle, z.B. schwere Wirtschaftssabotage und nach Mauthausen besonders schwere Fälle, z.B. Berufsverbrecher u. Sicherungsverwahrte. Kommunisten jedoch nur dann, wenn es sich nicht um prominente Personen handelte, diese kamen wohl nach Sachsenhausen od. Dachau. Frauen kamen nach Ravensbrück.

Zu einem mir nicht mehr erinnerlichen Zeitpunkt kamen Juden nur noch nach Auschwitz. Auf entsprechenden Vorhalt ist mir erinnerlich, daß von diesem Zeitpunkt an auch jüdische Frauen nur noch nach Auschwitz kamen.

Danach befragt, wer zu bestimmen hatte, in welche Lagerstufe der Schutzhäftling einzuweisen sei, möchte^{ich} folgendes sagen: In einigen Fällen wurde bereits im Antrag der Stapo-Stelle das KL und die Lagerstufe in Vorschlag gebracht; allgemein hieß es jedoch in diesen Anträgen nur, daß der Befreffende in ein KL eingewiesen werden solle. Ich meine, daß in diesen Fällen Herr Dr. B e r n d o r f f darüber entschied, welches KL und welche Lagerstufe in Betracht käme. Hierzu möchte ich jedoch sagen, daß der jeweils zuständige Sachbearbeiter unseres Referates in seinem Konzept für die Schutzhaftbegründung bereits das Konzentrationslager vorschlagen mußte, das anhand des Erlaßes über die Einteilung der KL in verschiedene Lagerstufen in Frage kam. Bei den von Dr. B e r n d o r f f geleiteten Dienstbe-

sprechungen ist vielfach das Thema der in Vorschlag zu bringenden KL erörtert worden, was ebenfalls bei unseren Vorschlägen berücksichtigt werden mußte.

Ich selbst habe in den meisten Fällen, soweit dies vertretbar war, das KL Sachsenhausen vorgeschlagen, weil es ein Lager der Stufe I war. Fast immer entschied sich Dr. BERNDORFF für meinen Vorschlag; nur in seltenen Fällen änderte er diesen in ein Lager der Stufe II ab, wohl wenn er meinte, Sachsenhausen sei gemessen an dem zur Last gelegten Vergehen, nicht vertretbar.

Standen mehrere KL der gleichen Stufe zur Auswahl, so richtete sich die Einweisung nach dem Sitz der beantragenden Stapostelle oder des Wohnortes des Betroffenen, genau kann ich das heute nicht mehr sagen.

In Ziffer ~~xxx~~ 3 der Verfügung wurde die Wiedervorlage zum Haftprüfungstermin, der alle drei Monate stattfand, angeführt.

Nunmehr wurde der Vorgang ohne besondere Verfügung Herrn Dr. B e r n d o r f f zugeleitet. Dieser setzte, sofern er mit der bisherigen Bearbeitung einverstanden war, den Faksimilestempel "HEMDRICH" auf das Schutzhaftbefehlsformular. Hatte er irgendwelche Einwände, so vermerkte er durch ein "R" (Rücksprache), daß er den Sachbearbeiter des Vorganges wegen sprechen wolle.

Zur Einschutzhafnahme von Juden möchte ich sagen, ^{gegen} diese bei geringsten Vergehen die Schutzhaft zu verhängen war, hingegen war dies gegen einen Arier, der des gleichen Deliktes wegen bei der Stapo anfiel, nicht der Fall. Insbesondere war ich etwa ab 1942/43 der Meinung, daß die Stapostellen regelrecht Gründe suchten, um gegen einen Juden die Schutzhaftverhängung zu beantragen.

- Die Vernehmung wird für den heutigen Tag gegen 17.10 Uhr beendet. Die Fortsetzung soll am 21.9.1966 gegen 09.00 Uhr erfolgen. -

Geschlossen:

Agel
Schulz

..... *Siebert* gelesen, genehmigt, unterschrieben:

..... *Otto Schulz*

Ra.

Raubow

Weiterverhandelt am 21.9.1966 gegen 09.00 Uhr.

Ich habe mir soeben die Vernehmungsniederschrift vom gestrigen Tage durchgelesen. Die dort protokollierte Aussage stimmt mit meinen Angaben überein und entspricht meiner Erinnerung. Ergänzend möchte ich noch bemerken, daß J u n g n i c k e l mich vor etwa 10 Jahren schriftlich um eine Bestätigung bat, daß er noch Obersekretär geworden sei.

Ich möchte nun weiter auf die Haftprüfungen zu sprechen kommen.

Bei jedem Haftprüfungstermin wurden von dem KL, in dem der betreffende Häftling einsaß, Führungsberichte angefordert. Dies geschah jedoch nicht bei polnischen, jüdischen und russischen Schutzhäftlingen, bei denen bis Kriegsende eine Entlassungssperre bestand. Bei Polen und bei Russen gab es allerdings insbesondere wegen Arbeitssabotage Einweisungen auf eine bestimmte Zeitdauer, nach deren Ablauf sodann die Entlassung verfügt wurde. Bei Juden geschah dies jedoch nicht.

Wenn der Führungsbericht schlecht ausfiel, wurde eine Wiedervorlagefrist verfügt.

Eine Stellungnahme des Betr. Sachreferats wurde nur dann herbeigeführt, wenn nach dem Führungsbericht eine Entlassung möglich schien.

Stellungnahmen der Stapostellen wurden wohl in einzelnen Fällen angefordert; ich kann jedoch nicht sagen, ob dies immer geschah.

Auch wenn die Stellungnahme des Sachreferats und ggf. der Stapostelle positiv ausfiel, konnte ich als Sachbearbeiter die Entlassung nicht selbst verfügen. Soweit gingen die Befugnisse der Sachbearbeiter nicht. Vielmehr mußte der Vorgang dann Herrn Dr. B e r n d o r f f vorgelegt werden, der dann die Entlassung anordnete. In Prag oblag dies dem KR FÖRSTER, der während dieser Zeit auch die Einweisungsverfügungen zu zeichnen hatte. Ich kann nicht sagen, welche Sachen während der Prager Zeit Herrn Dr. B e r n d o r f f nach Berlin zu übersenden waren.

Mir ist während der gesamten Zeit meiner Tätigkeit im Ref. IV C 2 nicht ein Fall bekanntgeworden, ⁱⁿ dem ein jüdischer Schutzhäftling aus dem KL entlassen worden ist.

Ich möchte nun im Anschluß an das Ende meiner Aussage vom gestrigen Tage insbesondere auf die Schutzhaftverhängung gegen Juden zu sprechen kommen.

Wie ich bereits bemerkte, wurde gegen Juden Schutzhaft bei geringsten Vergehen ausgesprochen. Hierzu kann ich mich noch an folgende Gründe für den Erlass eines Schutzhaftbefehls und die Einweisung in ein KL erinnern:

Nichttragen des Judensterns, unbefugter Besuch öffentlicher Veranstaltungen, unbefugte Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Nichtführung des Zwangsvornamens Sarah bzw. Israel in den Personalpapieren oder Lebensmittelkarten.

Mir sind in diesem Zusammenhang aus Dok.bd. 8, Bl. 76 bis 128 verschiedene Erlaße bekanntgegeben worden, in dem für ein bestimmtes Tun oder Unterlassen von Juden Ahndung durch Schutzhaft vorgeschrieben war. Diese Erlaße kommen mir durchaus bekannt vor, jedenfalls hinsichtlich der dort angeführten Gründe für die Inschutzhaftnahme. Ich möchte meinen, daß wir Abdrucke der Erlaße nicht zum Verbleib erhielten. Vielmehr dürften sie uns entweder inhaltlich bei Dienstbesprechungen bekanntgegeben worden sein oder sie sind evtl. auch als Umlauf bei uns durchgegangen.

Rein menschlich gesehen hielt ich damals diese Erlaße und die darin getroffenen Bestimmungen für übertrieben und mir kam es damals so vor, als ob diese ganzen Erlaße und Bestimmungen deshalb ergingen, damit die Stapostellen in jedem Fall irgendeinen Grund für die Stellung eines Schutzhaftantrages zur Hand hatten. Ich selbst bin nie ein Gegner des Judentums gewesen. Ein Schwager von mir, der Senatsdirektor Dr. LOEFFLER hier in Hamburg, war selbst Jude. Er war damals mit einer Schwester meiner Ehefrau eng befreundet, konnte sie aber aufgrund der damals bestehenden Rassegesetze nicht heiraten. Er wurde aus Hamburg deportiert und hatte das Kriegsende überlebt.

Ich mußte mich als Sachbearbeiter im Referat IV C 2 an diese Erlaße halten und war an die Anordnungen und Befehle gebunden. Ich hatte nicht die Möglichkeit, eigenmächtig anders zu handeln.

In Dienstbesprechungen wurde möglicherweise von mir oder einem der anderen Sachbearbeiter einmal zur Sprache gebracht, daß dieses oder jenes Verhalten kein Verstoß gegen den Bestand und die Sicherheit von Volk und Staat sei und eine Inschutzhaftnahme nicht rechtfertige. Wenn so etwas besprochen wurde - was ich wie gesagt nicht ~~genau~~ mehr genau weiß - dann hätte es jedenfalls geheißen, bzw. hieß es, daß nach diesen Erlassen zu verfahren sei.

In Dienstbesprechungen ~~finden~~ wurde über neue Erlaße, Entlassungs- und Einweisungssperre sowie über ähnliche grundsätzliche Angelegenheiten gesprochen. Ich kann mich auch noch daran erinnern, daß Dr. BERNDORFF bei einer derartigen Gelegenheit die Begründung von Schutzhaftbefehlen bei Juden - mitunter wußte man nicht, was man so recht als Schutzhaftgrund angeben solle und setzte hinter den vorgeschriebenen Text lediglich die Worte "wegen seiner/ihrer Rassezugehörigkeit" ein - bemängelte. Er wies darauf hin, daß sich irgendein konkreter Vorwurf schon aus dem Antrag entnehmen lasse.

Derartige Dienstbesprechungen fanden nach Bedarf etwa alle 8 bis 14 Tage statt; sie wurden von Dr. BERNDORFF und in Prag von F ö r s t e r geleitet, wenn nicht gerade Dr. BERNDORFF in Prag war.

Wenn ich mich geweigert hätte, die mir obliegenden Arbeiten bei der Inschutzhaftnahme von Juden auszuführen, so hätte nach meiner Überzeugung mir selbst die Einweisung in ein KL und meiner Familie die Sippenhaft gedroht. In Dienstbesprechungen wurden zwar keine derartigen Maßnahmen angedroht, ich selbst war aber insbesondere wegen der Kriegsgesetze davon überzeugt, daß man so verfahren wäre. Ich hörte einmal von einem Fall, in dem eine Stenotypistin für einige Monate in ein KL kam, weil sie bewußt schlechte Arbeit leistete, nachdem ein von ihr gestelltes Entlassungsgesuch abschlägig beschieden worden war.

Mir ist während der gesamten Zeit meiner Tätigkeit im Schutzhaftreferat kein Fall bekanntgeworden, in dem ein Angehöriger der Gestapo aus Gewissensgründen die Durchführung seiner Arbeit verweigerte. Ich habe daraus aber nicht den Schluß gezogen, daß er in einem solchen Falle nicht über das Schutzhaftreferat in ein KL eingewiesen worden wäre. Vielmehr war ich der Ansicht, daß es solche Fälle nicht gab wegen der besonderen Kriegsverhältnisse.

Ich weiß nicht, ob mir damals bekannt war, daß ich der SS- und Polizeigerichtsbarkeit unterstand. Allerdings bekamen wir damals im Umlaufwege die Befehlsblätter vorgelegt, aus denen sich auch etwas über Verurteilungen von Angehörigen der SS bzw. Polizei ergab. Ich kann mich an keinen Fall erinnern, in dem ein Polizeiangehöriger wegen der Verweigerung seiner Arbeit unter Hinweis auf Gewissensgründe verurteilt worden ist.

Herrn Dr. B e r n d o r f f selbst habe ich nicht auf die Fälle der Schutzhaftverhängung gegen Juden angesprochen. Mitunter habe ich ihn gefragt, ob meine Rückversetzung nach Hamburg jetzt in Betracht komme. Dies lehnte er jeweils unter dem Hinweis auf die Kriegsverhältnisse ab. Ein formelles Gesuch stellte ich deshalb erst gar nicht.

Nach dem Anteil der Schutzhaftfälle Juden betr. in meiner Rate befragt möchte ich sagen, daß sie etwa bis 1941/42 5 bis 10% aller Fälle ausmachten. Die Begründungen, die von den Stapostellen mitgeteilt wurden, schienen mir damals fundiert und glaubwürdig, sodaß die Inschutzhaftnahme gerechtfertigt erschien.

Ab 1942 etwa - ich möchte sagen, etwa ab Beginn des Feldzuges gegen die Sowjet-Union - stieg der Anteil jüdischer Schutzhaftfälle etwa auf das Doppelte. Während dieser Zeit hatte ich den Eindruck, daß die Gründe konstruiert waren, um einen Schutzhaftantrag gegen einen Juden überhaupt einreichen zu können.

Etwa ab 1944 ebnete der Anfall von Schutzhaftanträgen gegen Juden ab; in der Folgezeit gingen dann nur noch vereinzelt derartige Anträge ein. Soweit ich mich erinnere, waren zu dieser Zeit überwiegend in Mischehe lebende Juden davon betroffen.

Ich könnte nicht sagen, daß eine oder mehrere bestimmte Stapostellen besonders viel Anträge auf Inschutzhaftnahme von Juden bei uns einreichte; ich meine vielmehr, daß es auf die Größe des Stapostellenbereiches ankam.

Ich wurde nun danach befragt, ob ich im Hinblick auf Schutzsachen Juden betr. einmal persönlichen oder fernmündlichen Kontakt zu Angehörigen des Judenrates aufgenommen habe. Dies war nicht der Fall. Jedoch kenne ich den mir in diesem Zusammenhang genannten M o e s, den ich auf Bild 28 der Lichtbildmappe mit völliger Sicherheit wiedererkenne. M o e s habe ich kurz vor unserer Evakuierung aus Prag dort kennengelernt. Er war kurz davor nach meiner Erinnerung wegen Lungenentzündung in einem Lazarett behandelt und aus diesem entlassen worden. Auf der Flucht schloß er sich uns an. Man merkte seinem ganzen Verhalten an, daß er seelisch sehr mitgenommen war. Er war wohl auch körperlich noch geschwächt und mag befürchtet haben, daß er einen langen Fußmarsch nicht durchhalten könne, zumal wir unterwegs auch ^{tschechischen} tschechischen Zivilisten mitunter bedroht wurden.

Auf dem Wege von Leitmeritz zu einer Bahnstation kamen wir zusammen mit M o e s durch eine Ortschaft, die schon weiss geflaggt hatte. Kurz nach diesem Ort ging M o e s etwas abseits, als ob er austreten wolle. Wir hörten dann einen Schuß und eilten hinzu. Dabei mußten wir feststellen, daß M o e s sich erschossen hatte, und zwar durch einen Schuß in den Kopf, der wohl etwas unglücklich angesetzt war, sodaß er furchtbar zugerichtet aussah. Es handelte sich mit Sicherheit um M o e s und er war auch bestimmt tot. Wir haben dann noch eine flache Grube ausgehoben und ihn darin beigesetzt, sodaß sein Leichnam gerade bedeckt war. An den Namen der nahegelegenen Ortschaft kann ich mich nicht erinnern.

Bei der Beisetzung von M o e s waren mit Sicherheit FÖRSTER, J u n g n i c k e l u. G i e s e n anwesend, sowie noch weitere Angehörige unseres Referats, nicht aber die fremden Referate. Ich möchte noch erwähnen, daß M o e s nach den mit mir geführten Gesprächen früher einmal hier in Hamburg-Altona bei der Polizei oder jedenfalls bei einer Verwaltungsdienststelle gearbeitet hatte.

Ich möchte nunmehr auf die Sterbemitteilungen zu sprechen kommen.

Wenn ein Häftling in einem KL verstarb, erhielten wir jeweils ein LB bzw. einen Schnellbrief unter Angabe von Todestag und Todesursache. Ich habe in Erinnerung, daß als Todesursache häufig - besonders aus Mauthausen - "auf der Flucht erschossen" angegeben war. Daneben wurden auch neutrale Todesursachen wie Typhus, Herz- und Kreislaufversagen, Lungenentzündung, gelegentlich auch Unglücksfall, angegeben. Nach einigen Tagen kam dann noch der ärztliche Befund nach. Es handelte sich hierbei um größere Formulare mit Angabe der Personalien und des vom Lagerarzt unterschriebenen Arztbefundes. Für jeden Todesfall kam jeweils je eines dieser Formulare.

Ob diese Sterbemitteilungen über den Referatsleiter eingingen bzw. ob Vorlage zur Kenntnisnahme durch den Ref.-Leiter zu verfügen war, kann ich nicht mit Sicherheit sagen.

Nach Eingehen einer Sterbemitteilung warteten wir in den Fällen, in denen das Arztformular noch nicht gleich beigelegt worden war, einige Tage ab, bis es ebenfalls zu den Akten gelangte. Alsdann hatte ich eine handschriftliche Verfügung mit etwa folgendem Inhalt zu treffen:

1. Kartei berichtigen
2. Sachreferatzur Kenntnisnahme
3. Zentralkartei zur Auswertung
4. Aktenhauptverwaltung zum Verbleib

Entsprechend dieser Verfügung wurde der Weg, den die Akten dann noch zu gehen hatten, auf der Weisermappe handschriftlich vermerkt.

- Die Vernehmung wird um 12.25 Uhr zur Einnahme des Mittagessens unterbrochen.

Fortsetzung der Vernehmung um 13.35 Uhr. -

In meiner Rate hatte ich, ohne mich jedoch auf diese Zahlen festlegen zu können, täglich etwa 10 bis 20 neuankommende Schutzhaftsaachen zu bearbeiten. Die Zahl der Todesmitteilungen

war wesentlich geringer; auf etwa 10 neue Sachen mag durchschnittlich eine Todesmitteilung gekommen sein.

Hinsichtlich der Richtigkeit der Todesmitteilungen hatte ich trotz der nachkommenden Arztbefunde gewisse Zweifel insbesondere in den Fällen, wo als Todesursache "auf der Flucht erschossen" angegeben worden war. Diese Todesmitteilungen kamen besonders häufig aus Auschwitz und Mauthausen.

Mir ist damals aufgefallen, daß verhältnismäßig wenig Geistliche sich unter den verstorbenen Häftlingen befanden.

Hingegen befanden sich auffällig viel Juden unter den Verstorbenen. Insoweit habe ich besonders Auschwitz in Erinnerung. In einigen Fällen fiel mir auf, daß jüdische Häftlinge schon kurz nach ihrer Einlieferung verstarben. In der großen Mehrzahl der Fälle war es so, daß jüdische Schutzhäftlinge schon während der ersten drei Monate ihres Lageraufenthalts verstarben.

Mir wurden nunmehr aus der "Opferkartei" sowie aus dem KORHERR-BERICHT Einzelfälle mit den Buchstaben "M" u. "St" sowie die im KORHERR-BERICHT enthaltenen Zahlen bekanntgegeben. Diese Zahlen und insbesondere die Einzelfälle, vor allem hinsichtlich der Lebensdauer jüdischer Schutzhäftlinge in KL, stimmen mit dem von mir seinerzeit gewonnenen Eindrücken und so wie ich sie heute noch in Erinnerung habe überein.

Ich habe damals den Eindruck gewonnen, daß beim Ableben jüdischer Schutzhäftlinge in den KL "nachgeholfen" wurde. Auf welche Art dies geschah, habe ich seinerzeit nicht erfahren, sondern erst nach dem Kriege etwas darüber gehört. Damals dachte ich, daß man sie entweder verhungern ließ durch zu geringe Kost oder daß man sie in zu großer Zahl zusammensperrte.

In einer Dienstbesprechung wurde nach meiner Erinnerung weder von mir noch von einem anderen Sachbearbeiter bzw. dem Ref.-Leiter die Sprache hierauf gebracht. Mit Dr. B e r n d o r f f oder KR F Ü r s t e r habe ich offiziell darüber auch nicht gesprochen, jedoch möchte ich es für wahrscheinlich halten, daß ich mit Herrn Dr. BERNDORFF einmal von Mensch zu Mensch darüber sprach, ohne daß ich dies heute noch genauer wüßte.

Wohl hingegen kann ich mich noch mit Bestimmtheit daran erinnern, daß ich über die Todesfälle jüdischer Schutzhäftlinge mit B o n a t h (Bild 3) und J u n g n i c k e l sprach; mit beiden hatte ich engeren menschlichen und privaten Kontakt. Wir stimmten darin überein, daß wir das nicht für richtig hielten, daß uns aber die Hände durch Befehle und Anordnungen gebunden waren.

Zu meiner Kenntnis von der sogen. "Endlösung der Judenfrage" befragt, gebe ich folgendes an:

Ich wußte damals wie wohl jeder Deutsche, daß nach der Ansicht der Führung des Staates die Juden während der Dauer des Krieges eine Gefahr für die Sicherheit des Staates darstellten. Von der Tötung der Juden im großen Maßstab im Rahmen der "Endlösung" war mir jedoch nichts bekannt. Als ich merkte, was mit den jüdischen Schutzhäftlingen passierte, dachte ich, daß die deportierten Juden besser dran seien, denn ich konnte mir nicht vorstellen, daß auch diese absichtlich getötet wurden.

Auf Vorhalt fällt mir noch ein, daß von einem späteren Zeitpunkt an die Todesfälle jüdischer Schutzhäftlinge nicht mehr per FS bzw. Schnellbrief und unter Beifügung bzw. Nachreichung eines Formblattes mitgeteilt wurden. Vielmehr bekamen wir für jeden Todesfall einen Papierstreifen auf dem die erforderlichen Angaben standen. Diese Streifen wurden von den Registratoren auf ein Blatt Papier aufgeklebt und uns sodann mit den Akten zur Abschlußverfügung vorgelegt.

Registrator war für die von mir bearbeitete Rate in Berlin Herr S i e v e r s unter Mithilfe von Frau W u r o w, in Prag etwa zwei Monate J u n g n i c k e l, an dessen Nachfolger^{Kann} ich mich nicht mehr erinnern. ~~kann~~.

Ich möchte noch erwähnen, daß in das KL Lublin von IV C 2 aus oder jedenfalls ~~nicht~~ über meine Rate, keine Schutzhäftlinge eingewiesen wurden. Auch in das Ghetto Theresienstadt wurden von unserem Referat aus keine Schutzhäftlinge eingewiesen, Theresienstadt war kein Einweisungslager. Ich kann keine Angaben dazu machen, wie es auch in der Zeit nach Ende 1942 möglich war, daß jüdische Schutzhäftlinge nicht nur in das KL Auschwitz, sondern auch in andere KL wie Mauthausen u. Buchenwald eingewiesen wurden.

Zu Sammelhaftbestätigungen wurden mir aus Bd. VIII, Bl. 134, 135, soweit Blauklammer, die Angaben des Beschuldigten K r u m r e y vorgelesen. Ich kann diese Angaben bestätigen.

In Dienstbesprechungen wurde von Seiten verschiedener, ich möchte sogar meinen aller Sachbearbeiter aus, mehrfach an Herrn Dr. B e r n d o r f f der Wunsch herangetragen, einmal ein KL zu besichtigen. Maßgebend hierfür war ~~unser~~ unser Wunsch, daß wir die Einrichtungen eines KL einmal mit eigenen Augen sehen wollten, um uns selbst ein Bild darüber machen zu können, wie die Häftlinge untergebracht, gepflegt usw. wurden. Wir wurden von Herrn Dr. B e r n d o r f f immer wieder getröstet, und als wir dann erst nach Prag evakuiert worden waren, bestand diese Möglichkeit ohnehin nicht mehr.

Ich werde nun nach verschiedenen ehem. Angehörigen des Ref. IV C 2 befragt, und mache hierzu folgende Angaben:

G i e s e n

verwaltete in Prag die Kasse des Referates. Ich habe ihn zuletzt in Leitmeritz gesehen. Von dort verschwand er mit der Kasse.

H a r d e r, Kurt (Bild 2)

war mit mir in Gefangenschaft. Bei der Entlassungsaktion fiel er durch seine Blutgruppentätowierung auf und wurde von den Russen festgenommen. Ich habe von ihm nichts mehr gehört. Bei IV C 2 war er Registrator.

J u n g n i c k e l

erwähnte ich bereits, er war Registrator und später Hilfssachbearbeiter. Ich selbst habe ihn in die Sachbearbeitung eingeführt.

K e t t e n h o f e n

sah ich zuletzt in Leitmeritz. Er ist mit den Frauen und Kindern per Fahrzeug (Pferde- oder Ochsen gespann) von dort weggekommen.

K ü n n e

sah ich zuletzt in Prag, wo er noch Amtmann wurde. Er bekam noch Urlaub nach Berlin. Frau K. schrieb meiner ~~nach~~ Frau nach Hamburg etwa 1948, daß ihr Mann von den Russen abgeholt worden sei. Über sein Schicksal habe sie nichts erfahren.

Dr. R a n g (Bild 33)

ist mir vom Bild her unbekannt. Ich kenne seinen Namen nur dadurch, daß Vorgänge, die an M U L L E R - Amtschef IV - oder noch höher gingen, sein Zeichen trugen, wenn sie wieder zu IV C 2 zurückkamen. Wie Dr. R a n g zeichnete, kann ich nicht mehr sagen.

R e i p e r t (Bild 56)

kommt mir nur nach dem Bild bekannt vor. Er war nicht Sachbearbeiter bei IV C 2. Sein Name ist mir unbekannt. Eine in seinem Zusammenhang genannte größere Entlassungsaktion von in KL einsitzenden Sozialdemokraten während der Prager Zeit ist mir unbekannt.

S c h w a l e n s t ö c k e r (Bild 39)

war Sachbearbeiter in Berlin in unserem Referat.

S p i e c k e r (Bild 51)

war Registrator bei IV C 2, ich weiß aber nicht mehr, zu welcher Zeit.

W o l t e r s d o r f (Bild 54)

war als KR bei IV C 2; über seine Funktion kann ich keine Angaben machen, denn er war nur kurze Zeit dort.

Mir wurde anheim gestellt, über die heutige Vernehmung und vor allem über deren Inhalt und meiner Einlassung zu keinem ehem. RSHA angehörigen etwas verlauten zu lassen, um den Verdacht der Verdunkelungsgefahr zu vermeiden.

Ende der Vernehmung 16.00 Uhr.

Geschlossen:

..... gelesen, genehmigt, unterschrieben:

Ugeil
Müller

..... *Otto Traubner*

Ra.

12.11.60

Theodor Krummey 12.4.1899 (A 684)

v. Juni 1940 - Okt/Nov. 43

Ent.: Hpt. 40
18.1.68 S. 1

L P U

in Krimmende

K

Krimmende v. Ende Jan - Ende Feb.
1942

Okt. 42 - Jan. 43

Krummey nur P

Juni 1942 in L

Rest jeweils Krimmende

(L. bzw. P.)

5.6.44 Krimmende

10.6.44 Hader

Ratenverteilung fuggb. (A 686) abe

30.6.67 S. 3

19.7.68 S. 4

13.9.66 S. 5

z.T. Rhythmus nicht gegeben u. unregelmäßig
Krummey

14.9.66 S. 14

" 15

Todesmeldungen

(z.B. auf d. F. ersch.)

Triton durch Elektrozaun

ber. häufig aus An.

in jeder ohne Anwesenheit

überzeugt, dass Todesurach trefen

(8) Beibehaltung

" 19

Entlang der Bahnlinie (unregelmäßig
nach dem Verkehr)

" 20

in Einzelfällen hat uns auch
das Juchel laut Einl. +

30. 6. 67

(nicht.)

S. 3

zu Wöhren

Pistole - es wird nicht
erschossen, wenn es
not tute

30. 6. 67

S. 3 unter

Vorhalt

Krumm

Wöhren

18. 1. 68

(nicht.)

19. 1. 68

(nicht.)

S. 5 ff

beschriftet

unter S. 7 mit

S. 10

Häufigkeit des Abbleens von
Fäkalien in Kl's damit
erklärt, dass Lebensbedingungen
dort wesentlich ungünstiger
als in Freiheit (schlechte Essen + hygien.
Vch., Arbeit)

[zu Todesursachen: auf der Flucht erschossen
Tod durch Elektrotrauma]

Vorhalt!

beschriftet, dass Vorhalt
erschafft.

K r u m r e y

erhielt in folgenden Einzelfällen die Sterbemitteilungen:

K 27, 70, 71, 72

L 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 - 13, 14, 15, 17, 19, 20, 21, 22, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 33, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 43, 45, 46, 47, 48, 50, 51, 52, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 63, 64, 68, 71, 72, 73, 75, 76, 77, 80, 81, 82

P 1, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 11 - 14, 18, 19, 20, 21, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48 - 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 59, 60

Diese Häftlinge verstarben in folgenden Monaten:

1.41 P 42

4.41 L 24, 36

5.41 P 5, 28, 30, 56

7.41 L 9, 59 P 6, 10, 14, 31

8.41 L 33, 54 P 39

9.41 L 10, 14, 19, 22, 26, 27, 29, 43, 50, 51, 55, 75, 77, 80, 82

P 1, 4, 7, 23, 24, 32, 33, 36, 38, 41, 46, 48 - 51, 53, 54, 57

10.41 L 5, 15, 21, 25, 28, 46, 52, 58, 76 P 11, 18, 19, 25, 60

12.41 L 40, 88, 71, P 37, 40

3.42 L 81, P 43

4.42 L 48, 64

5.42 L 3, 72

6.42 L 7, 47 P 29

7.42 L 8, 11, 31, 42, 56, 57, P 27, 55

8.42 L 2, 12, 17, 20, 37, 39, 45, 63 P 35, 5252

9.42 P 9, 12, 13, 20, 21, 34, 47, 59

2.43 L 73

3.43 L 38

4.43 P 26

6.43 L 13

7.43 L 4, 6

12.43 K 27, 70

10.44 K 72

12.44 K 71

- Einzelfälle, Beziff. nach Anklageschrift -

K r u m r e y

K 27, 81

L 1 - 4, 5, 6 - 8, 9, 10, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20 - 22,
24 - 29, 30, 31, 33, 34, 36, 37, 38, 39, 41, 42, 43, 45, 46,
47, 48, 50 - 52, 54 - 56, 57 - 59, 61, 63, 67, 70, 74 - 77,
78, 79, 80, 81

P 1, 2, 3, 4 - 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 18, 19, ²⁰⁾21, 22,
23 - 25, 27, 28, 29, 30 - 33, 34, 35, 36 - 41, 43 - 46, 47,
48 - 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60

120, davon 7 und 43



Reinhold Oberstadt (6.4.07) A 696 //

- Nov 43 R S Q
 als Nov. 43 M St
 Mai 1944 bei 'V' ausgeholfen

Ratenverklemm

Züge geben

1.12.66 (HA)
 3.4.68 (LH.)

S. 4 R, S
 S. 3 ab Nov. 43 M St
 'Qu'

S 12 ff

Todesmeldungen

13

hatte zu keine Zeit in
 Abhängigkeit der Gefühl, dass
 zu mit dem Ableben von jüd.
 Selbsthelfern nicht sein wollen
 Dinge haben können

14

gelegt. (in Tod muss es
 einbringen) Ableben auf
 die schlechten Lebensbedingungen
 zurückgeführt

9.12.66

15

nicht angenommen, dass Juden
 Todesbedürfnisse gibt bei allen
 Häftlingen gleiche Todesfälle, alle
 Häftlinge der gleichen Gefährdung
 (schwere Los im KL, schlecht
 Verpf.) ausgeht

9.12.66 - S.17 - Vernehmung, gemacht

2 [warum wollte O. denn weg?
 vgl. S. 18]

3.4.68 (nicht.) S.7 mptk, daß Mauthausen Lager III
 mit Steinbrucharbeiten

S. 8, 11
 12

Todesurlaube für
 Mauthausen meldete viele Todesfälle

haben geglaubt, daß unter den
 schlechten Lebensverhältnissen, der
 geringen Verpf. u. der harten Arbeit
 die Menschen sich schnell verbrauchen
 u. an Herz- u. Kreislaufschwäche
 oder an allgem. Entkräftung starben
 darauf hin: KL war ein Ort,
 an dem es sich schneller
 starb als in Freiheit wegen
 der bes. Verhältnisse (bei allen
 Häftlingen)

es fällt durch

"potenzielle Todeskandidaten"

13

haben am Buchanhang zu
 in Freiheit befreit. Jeder
 wusste, daß sie in
 KL auch schwerer leben
 würden als die übrigen Häftlinge
 (verpf. u. arbeitsmäßig)

14

zu Mauthausen "auf der Flucht
 eingeschlossen" Häftlinge haben Tod
 gesucht (grausam) 14/1

- Einzelfälle, Beziff. nach Anklageschrift -

O b e r s t a d t

Q 1

R 1, 2, 3, 4, 5, 7, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 16 - 20, 21, 23, 24,
25 - 29, 30, 35, 36, 38, 40, 40, 45, 46, 50

S 2, 4 - 6, 9, 10, 11, 12 - 14, 16, 17, 18, 19, 21, 23, 26, 28,
29, 30, 31, ³²⁾33, 35, 36 - 38, 39 - 41, 43 - 46, 48, 54, 55, 57,
58, 60, 61, 62, 63, 65 - 70, 71 - 73

St 32

85, davon 2 und 40

O b e r s t a d t

erhielt in folgenden Fällen die Sterbemitteilungen:

M 12, 16, 19, 42, 47, 52, 77

R 1, 2, 3, 4, 5, 6, 9, 13, 14, 15, 16, 20, 22, 23, 24, 28, 29, 30,
31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 39, 41, 43, 44, 45, 47, 48, 49, 50,

S 1, 2, 3, 5, 7, 10, 11, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 26,
27, 28, 29, 30, 32, 33, 34, 36, 37, 39, 42, 45, 46, 47, 48, 49,
50, 51, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 71,
72, 73

St 13. 26. 32

Diese Häftlinge verstarben in folgenden Monaten:

4.41 R 16, 50, 59, 61

5.41 R 24, 65

6.41 S ~~45~~-54 5, 26, 60

7.41 S 45, 54

10.41 S 30, 36, 37, 73

12.41 R 1, 34, 36, 43, 47, 48 S 27, 47, 53, 58

1.42 R 20, 28 S 34

2.42 R 5, 44 S 1, 21, 24

3.42 R 4, 31, 49 S 22, 49

4.42 S 28, 46

5.42 R 3, 32

6.42 R 33, S 50

7.42 S 11, 19

8.42 R 29, 37 S 51, 57, 72

9.42 R 22 S 7, 10, 32, 42

10.42 R 60, 15, 30, 35, 41 S 2, 3, 17, 23, 64, 71

12.42 R 23

1.43 R 14, 39, 45 S 16, 29, 55

2.43 S 18

6.43 R 2

7.43 S 20, 48

8.43 S 33, 56, 62, 63, R 9, 13

9.43 S 39

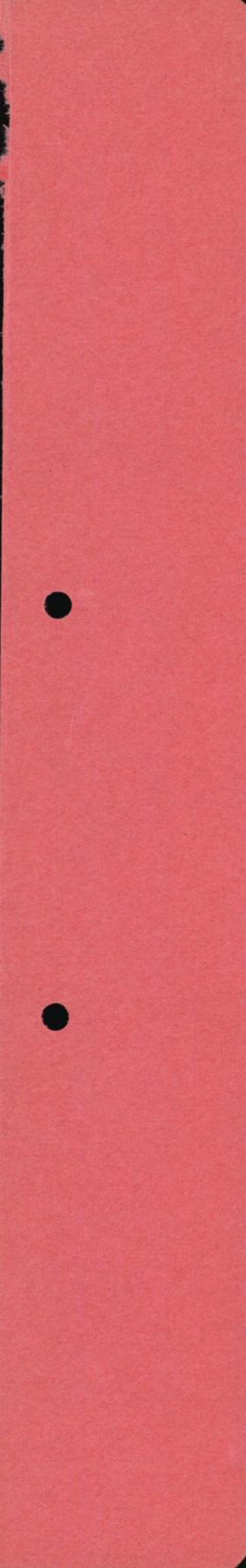
12.43 M 12, 16, 52, 77

1.44 M 47 St 26

2.44 M 42, St 13

4.44 St 32

9.44 M 19



Walker Rendel (A.M. 03) (A 701)

keine f. Arbeit

21.8.67 (v.d.H.) R.3

1.4.42 - 1.6.43

von April 42 - Mai 43

u.c. bei D. die " Pöge Krabbe
Kinn

18.8.66 (STA) S. 4 ab 1.4.42 ^{einige Monate} bei 1002
- D. die - auf Seilbahnsteig -
nicht vorbereitet

S. 5 Seilbahnsteigtätigkeit (auf der
Tafel von D. die zugewiesen)
einmal Krabbe während dessen
Abwesenheit vollständig verbracht

S. 10 in Münchener Steinbrucharbeiten

S. 12 ff Todesmeldungen

13 Entschaffung u. Verpf. im
F. L. mit ungewohnter Arbeit
u. schlechter Bekleidung, schon
eine zieml. große Menge an
K. - offentlich zu überleben

19.8.66

14

überprüft, ob Todesurteile anrichtend
in allen Fällen richtig
u. ob nicht in manchen Fällen
von Lagerpersonal noch helfen
wurde

15

nicht Todesurteilung von An + Man

21. 8. 67 (nichtk.)

S. 8 ff

Todesmeldungen

S. 10

Schulbuchverfälschung

SS Juden entwerfen

M

hatte innerlich die Ver-
mutung, dass in den
Lagern mit den Ableben
der Juden etwas nicht i.O.
sehe konnte

R e n d e l

erhielt in folgenden Fällen die Sterbemitteilungen:

a) als Sachbearbeiter die Fälle

H 2, 9, 13, 32, 54, 56, 75

b) als Registrator - Rate Sch, Z von Januar 1941 bis 31.3.1942 -
die übrigen nachstehend in zeitlicher Reihenfolge angeführten
Fälle

4.41 Sch 14

5.41 Sch 35, Z 11

7.41 Z 4, 12, 15

8.41 Sch25 Z 2

9.41 Sch 3, 11 - 13, 36, 38, 42, 45, 48 Z 3, 7, 9, 10, 13

10.41 Sch 15, 33

11.41 Sch 37

12.41 ~~Sch-37~~ Z 1

1. 42 Sch 20, 40

2.42 Sch 16 Z 6

3.42 Sch 32, 22, 31

8.42 die oben zu a) angeführten Fälle

GenSta bei dem Kammergericht Berlin

1Js 7/65 (RSHA)

./.

Vernehmende:

Staatsanwalt N a g e l z.Z. Bad Segeberg
Kriminalobermeister S c h u l t z

18. 8. 66

auf Vorladung

xx

Bad Segeberg, Falkenburger

xxx 97 d

3429

R e n d e l

Alfred Walter

17.11.03 Schöbendorf
Jüterbog
Jüterbog
Dt.

kfm. Angestellter
Polizeibeamter
Pol.-Verw.-Beamter im RSHA
Beamter a.L.

entf.

ca. 260.--RM monatl.
600.--DM brutto "

verh.

Frieda R., geb. Bartz

Berlin-Kaulsdorf, Krätkestr. 16

Hausfrau

3

33, 26, 24 J.

Alfred R.

Tischlermeister

1934 verst.

Berta R., geb. Richter

Hausfrau

1950 verst.

entf.

Dt.

keine

PA Nr. 0514350 der BRD
Der Bürgermeister in Wahlstedt
am 15.12.60

Okt. 1947 Spruchgericht Bielefeld
AZ. 4 Sp. Ls. 85/47 - 2 J. Gefängn
Kontr.Ratsges. Nr. 10 i.V. VO Nr.
69 der Brit. Mil.Reg.

Dem Beschuldigten wurde eröffnet, welche Tat ihm zur Last gelegt wird - Beteiligung der Referate IV C 2 und IV B 4 des ehemaligen RSHA an der Schutzhaftereinweisung von Juden in KL mit dem Ziel der Tötung - und welche Strafvorschriften - § 211 StGB a.u.n.F. - in Betracht kommen.

Er wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freisteht, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und zu jeder Zeit, auch schon vor Beginn seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Er erklärte:

Ich will mich jetzt zu der Beschuldigung äußern.

Noch zur Person:

Ich überreiche hier einen von mir handgeschriebenen Lebenslauf und bin damit einverstanden, daß er zu den Akten genommen wird. Ich mache diesen Lebenslauf zum Inhalt meiner heutigen Aussage und ergänze ihn im einzelnen auf Befragen wie folgt:

Bis Anfang 1953 handelte ich mit Textilien und Backwaren. Zu diesem Zeitpunkt gab ich den Handel mit Textilien auf.

Ende Nov. 1963 beendetet ich auch meine Tätigkeit als ambulanter Backwarenhändler.

Am 1.12.1963 wurde ich beim Textilwerk Segeberg in der Zentralregistratur eingestellt. Ich werde dort als Angestellter beschäftigt.

Gem. Art. 131 GG wurde ich mit Wirkung vom 1.12.1965 nach Vollendung des 62. Lebensjahres zwangsweise in den Ruhestand versetzt; seit dem beziehe ich vom Pensionsamt Kiel Ruhesgeld als POS in Höhe von knapp 600.-DM.

Im Jahre 1958 stellte man mir die Frage, ob ich einen Unterbringungschein annehmen oder darauf verzichten wolle. Ich verzichtete darauf, da ich sonst jede mir gebotene Arbeit hätte annehmen müssen.

Zur Sache:

Ich will nun näher auf meine Tätigkeit im Schutzhaftreferat im RSHA zu sprechen kommen.

Bevor ich Angaben zu meiner damaligen Tätigkeit im Schutzhaftreferat mache, möchte ich noch kurz die Zeit meiner Tätigkeit bei der Stapoleitstelle Berlin erläutern.

Am 1.3.1937 begann meine Ausbildung als Polizeibüroassistent. Ich war anfangs in der Registratur des Kirchenreferates tätig. An den Namen des Leiters dieses Referates erinnere ich mich nicht mehr - soeben fällt mir ein, daß er C h a n t r é hieß -. Anschließend war ich etwa von August 1937 bis Jan. 1938 im Zuge der Ausbildung zur Polizeiverwaltung Berlin abgeordnet.

Danach kam ich zurück zur Stapoleitstelle Berlin und war bis zu meiner Ernennung als Polizeibüroassistent unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtinnenverhältnis auf Lebenszeit als Registrator in einem mir nicht mehr erinnerlichen Referat tätig. An Personal aus diesem Referat erinnere ich mich nicht mehr.

Vom 1.4.1938 bis zum Okt. 1938 war ich als Registrator in der Personalabteilung der Stapoleitstelle Berlin tätig, die von PR J u n g geleitet wurde.

Anlässlich meiner Versetzung zum Gestapa kam ich gleich in das Schutzhaftreferat, das sich damals II D nannte, Leiter war Dr. B e r n d o r f f, Vertreter KR L i n d o w, danach KR F ö r s t e r. Ein KR W o l t e r s d o r f ist mir nicht bekannt; mir wurde aus der Lichtbildmappe 1 Js 7/65 Bild 54 vorgelegt, und die dort abgebildete Person ist mir nicht bekannt. Ich kann mich noch daran erinnern, daß das Schutzhaftreferat später in IV C 2 und noch später in IV A 6 b umbenannt wurde.

Ich hatte mich beim Gestapa zunächst bei dem PR Z I M M E R M A N N auf der Geschäftsstelle vorzustellen. Von dort wurde ich sogleich dem Schutzhaftreferat zugeteilt. Dort wurde ich dem Sachbearbeiter D i d i e r als Registrator zugewiesen. D i d i e r bearbeitete während der ganzen Zeit, als ich für ihn Registrator war, eine Buchstabenrate mit den Buchstaben Sch und Z. Zur damaligen Zeit und auch später gab es im Schutzhaftreferat eine Anzahl von Buchstabenraten, in denen die Schutzhaftfälle entsprechend dem Anfangsbuchstaben des Nachnamens des Betroffenen bearbeitet wurden.

Zu jeder Buchstabenrate gehörten in der Regel ein Sachbearbeiter, ein Registrator und eine Schreibkraft. Schreibkraft für D i d i e r war Frä. S c h n e i d e r.

Danaben gab es noch eine Geheim-Rate, die K e t t e n h o f e n bearbeitete und die von F e u s n e r bearbeitete Rate mit den allgemeinen Sachen.

Ich war jedoch nicht ausschließlich nur für D i d i e r als Registrator tätig; zwischenzeitlich wurde ich vielmehr als Registrator aushilfsweise zur Aufarbeitung von Registraturarbeiten in einer anderen Rate eingesetzt. Bei dieser handelte es sich nach meiner Erinnerung um die Rate Nr. 9, jedoch sind mir die dort bearbeiteten Buchstaben und auch der Name des Sachbearbeiters nicht geläufig.

Auch für die Sachbearbeiter F i n k e n z e l l e r, O b e r s t a d t und den Vorgänger von R o g g o n habe ich zeitweilig aushilfsweise Registraturarbeiten verrichtet.

Bei D i d i e r habe ich aushilfsweise zur Einarbeitung leichtere Sachbearbeiteraufgaben ausgeführt. Es handelte sich hierbei lediglich um die Absetzung der Verfügung, mit der die Akten bei neueingehenden Schutzhaftanträgen den Sachreferaten zur Kenntnis- und Stellungnahme zugeschrieben wurden, sowie um die Anforderung von Führungsberichten. Andere Sachbearbeiteraufgaben - insbesondere die Absetzung der Verfügung, die bei der Einweisung eines Schutzhäftlings zu treffen waren - habe ich während dieser Zeit nicht verrichtet.

Mir werden nunmehr aus meinem Personalheft die Bl. 38 u. 40 vorgelegt, auf denen ich unter der Haftnummer Sch. im März 1942 und am 26.3.41 Führungsberichte angefordert habe. Diese Verfügungen meinte ich in meiner vorstehenden Aussage.

Am 1. April 1942 wurde ich zur Vorbereitung auf die Laufbahn des gehobenen Polizeiverwaltungsdienstes zugelassen.

Ich blieb dann zunächst einige Monate noch im Ref. IV C 2. Dort wurde ich zur Tätigkeit im Sachbearbeiterdienst vorbereitet.

Während dieser Zeit verrichtete ich die vollständige Tätigkeit eines Sachbearbeiters für die mir jeweils zugewiesenen Fälle. Soweit ich mich erinnere, bekam ich von B i d l e r im wesentlichen leichter gelagerte und nicht komplizierte Fälle zur Bearbeitung. Ich weiß aber noch mit Bestimmtheit, daß ich einmal K r a b b e während dessen Abwesenheit vollständig zu vertreten hatte.

Während dieser Zeit mußte ich zu B o n a t h gehen und diesen um Rat fragen, wenn ich einmal nicht wußte, was in der Akte zu verfügen war. Von B o n a t h bekam ich jedoch nie einen Rat; er sagte immer zu mir: "Sie müssen doch wissen." Ich ging dann zu Herrn O b e r s t a d t, der mir half.

Nach dieser Zeit wurde ich als Durchläufer in den folgenden Arbeitsgebieten der Verwaltungspolizei eingesetzt:

Kas enwesen, Wirtschaftswesen, Unterkunft, Besoldung, Reisekosten, Bekleidung, Beihilfe und Unterstützungen der Beamten. Diese Durchlaufzeit dauerte bis zu meiner am 1.6.1943 erfolgten Abordnung zum Polizeiinspektorenlehrgang.

Als ich diesen Lehrgang im Okt. 1943 beendet hatte, war das Schutzhaftreferat bereits nach Prag verlagert worden. Ich meldete mich auf der Geschäftsstelle des Amtes IV bei PR P i e p e r zurück.

P i e p e r sagte mir, daß er mich zum Dienst in der Geschäftsstelle des Amtes II vorgesehen habe. Da der Beamte, den ich dort ablösen sollte, jedoch noch nicht versetzt worden sei, sollte ich mich zunächst Herrn Dr. B e r n d o r f f weiter zur Verfügung stellen. Ich meldete mich daraufhin bei Herrn Dr. BERNDORFF zurück, der nicht mit nach Prag gegangen war und seinen Dienstsitz nunmehr im Hause Zimmerstr. 19 hatte.

Dr. B e r n d o r f f übertug mir die Überwachung des Kurierverkehrs zwischen der Verbindungsstelle Berlin und der Dienststelle in Prag.

Daneben wurde mir die Aufgabe übertragen, diejenigen Besucher zu empfangen, die um Sprech- bzw. Besuchserlaubnis oder um die Entlassung von KL-Häftlingen baten.

Außerdem hatte ich jeweils auf Geheiß von Dr. B e r n d o r f f den Sachreferaten diejenigen Akten zur nochmaligen Stellungnahme

zu übersenden, in denen er mit der vorliegenden Stellungnahme nichteinverstanden war.

Diese Tätigkeit übte ich bis zu meiner Verwundung am 3. Febr. 45 aus. Wie ich bereits erwähnte, befand ich mich anschließend bis Kriegsende in verschiedenen Lazaretten.

Nach Kontakten zu ehemaligen Angehörigen des Schutzhaftreferates befragt, möchte ich angeben, daß ich 1950, während des Umschulungslehrganges, M e i s s n e r, wiedertraf, mit dem ich auch im Internierungslager zusammen war. M e i s s n e r gehörte wohl bis 15.8.1939 dem Schutzhaftreferat an.

Ebenso traf ich R o g g o n während der Internierungszeit wieder, und 1955 suchte ich K r a b b e einmal in seiner Hamburger Wohnung auf, jedoch ließ er mich nicht in seine Wohnung hinein, sondern traf sich mit mir im Hafen.

Mir wird soeben noch vorgehalten, daß die Zeugin M u n s k y ausgesagt hat, ich wäre etwa Mitte 1943 in der Wrangelstr. Sachbearbeiter gewesen und sie habe dort für mich als Registratorin gearbeitet.

Ich kann mich zwar an Frau M u n s k y erinnern; sie war mit Frl. S c h m o c k beim Verbindungsstab in Berlin. Nach meiner Erinnerung war sie aber nicht Registratorin für mich in der Zeit davor. Auch nach längerer Überlegung kann ich nicht sagen, ob ich vor meiner Einberufung zum Polizeiinspektorenlehrgang und im Anschluß an meine Durchlaufzeit noch einmal kürzere Zeit im Schutzhaftreferat tätig war.

Die Vernehmung wird gegen 12.05 Uhr zur Einnahme des Mittagessens unterbrochen.

Fortsetzung der Vernehmung um 13.20 Uhr.

Ich will nun näher schildern, wie die einzelnen Schutzhaftvorgänge im Ref. IV C 2 bearbeitet wurden.

Die Anträge auf Verhängung der Schutzhaft kamen von den verschiedenen Stapo(leit)stellen mit dem Sitz im Reichsgebiet.

Ich kann nicht genau sagen, ob derartige Anträge auch von Stapostellen kamen, die ihren Sitz im Ausland hatten
- beispielsweise dem BdS Den Haag --

Die Anträge kamen über den üblichen Verteilungsweg innerhalb des RSHA zunächst zum Schutzhaftreferat. Dort wurden sie - wie ich meine ohne Vorlage bei Herrn Dr. B e r n d o r f f - sodann der Registratur zugeleitet, die für den Anfangsbuchstaben des Nachnamens zuständig war. Dort wurde zunächst nachgesehen, ob der Betroffene schon in der Kartei erfasst war. War dies nicht der Fall, so wurde der Vorgang im Registrierbuch eingetragen. Dieses Registrierbuch hatte in der linken Spalte fortlaufende Nummern, die ^{die} Haftnummern darstellten. Daneben wurden die Personalien des Betroffenen eingetragen und in die folgenden Spalten kamen die sogenannten Stellvermerke.

Weiterhin waren Karteikarten auszufüllen. Auf diese kamen folgende Eintragungen:

Vor- und Zuname, Beruf, Geburtstag u. Ort, Religionszugehörigkeit, von welcher Dienststelle festgenommen und deren Aktenzeichen, stichwortartiger Schutzhaftgrund und die Haftnummer. Weiterhin wurde gegebenenfalls der Entlassungstag bzw. der Todestag eingesetzt.

Der Vorgang ging sodann in einer Weisermappe zum Sachbearbeiter.

In den Antragsschreiben der Stapostellen standen die Personalien des Betroffenen und die Begründung für die beantragte Inschutzhaftnahme. Diesen Antragsschreiben waren Vernehmungsniederschriften und Personalbogen, sowie ärztliche Atteste auf Lager- und Haftfähigkeit begefügt. Mitunter wurden die Anträge auch in Form von Fernschreiben gestellt und die betreffenden Unterlagen wurden nachgereicht bzw. angefordert.

Der Sachbearbeiter leitete sodann diese Anträge dem jeweils in Betracht kommenden Sachreferat im RSHA zur Stellungnahme zu. Dies geschah in Form eines Gummistempels, in den lediglich die Bezeichnung des Sachreferats, sowie das Datum einzutragen waren. Derartige Stempel hatten alle Sachbearbeiter des Schutzhaftreferats

Die Stellungnahmen der Sachreferate wurden nach meiner Erinnerung mit Schreibmaschine geschrieben. Sie waren verschieden lang und ich kann mich daran erinnern, daß beispielsweise bei der Inschutzhaftnahme der polnischen Intelligenz ein summarisches Verfahren eingeschlagen wurde.

Ich kann nicht mit Bestimmtheit sagen, von wem die Stellungnahmen der Sachreferate unterschrieben wurden. Jedoch möchte ich meinen, daß dies überwiegend die Sachreferenten bzw. deren Stellvertreter taten, und ich erinnere mich insbesondere daran, daß die Stellungnahmen des Judenreferats IV B 4 - dieses Bezeichnung ist mir noch geläufig - meist von E i c h m a n n unterschrieben waren.

An Sachbearbeiter des Judenreferates kann ich mich nicht erinnern.

Die Stellungnahmen der Sachreferate hatten etwa folgenden

Inhalt:

Ich erkläre mich mit dem Vorschlag der Stapo-Stelle einverstanden und schlage die Überführung in ein KL der Stufe.... vor.

Die Stellungnahme des Sachreferates war entscheidend für die Verhängung der Schutzhaft. Ich kann mich daran erinnern, daß die Sachreferate in vielen Fällen entgegen dem Antrag der Stapo-Stelle die Verhängung der Schutzhaft nicht für erforderlich hielten. Ob und welche Referate nun besonders großzügig waren, kann ich nicht sagen.

Der Vorgang ging sodann mit der Stellungnahme des Sachreferates zunächst zu Herrn Dr. B e r n d o r f f, der über die weitere Sachbearbeitung zu entscheiden hatte. Er schrieb dann beispielsweise an den Rand der Stellungnahme "einverstanden", unterstrich die Lagerstufe oder verfügte: "drei Monate".

Wenn er mit der Stellungnahme des Sachreferats nicht übereinstimmte, gab er die Akten mit einer kurzen eigenen Stellungnahme nochmals an das Sachreferat zurück oder er führte die Entscheidung des Amtschef IV herbei.

An dieser Stelle möchte ich erwähnen, daß alle Vorgänge, die von IV C 2 aus an den Amtschef IV bzw. dessen Vorgesetzte gingen, über den Gruppenleiter IV C, Herrn Dr. R a n g, gingen, der den Vorgang gegenzuzeichnen hatte.

Wann diese Entscheidung von Herrn Dr. B e r n d o r f f aktenkundig gemacht war, hatte der Sachbearbeiter eine Verfügung mit folgendem Inhalt abzusetzen:

1. Vermerk über den Sachgegenstand: festnehmende Stapostelle, Grund für die Einschutthaftnahme, Antrag der Stapostelle und Stellungnahme des Sachreferats.
2. Kanzlei schreibe: Schutzhaftbefehl für X, als Schutzhaftgrund ist einzusetzen: folgt die Begründung.....

Weiter war in der Verfügung zu schreiben, daß der Betreffende als Häftling der Stufe... in das KL zu überführen sei. Zugleich mußte ein Haftprüfungstermin angesetzt werden.

Mit dieser Verfügung gingen die Akten sodann nochmals an Herrn Dr. B e r n d o r f f. Dieser drückte sodann auf das Schutzhaftbefehlsformular oder auf die Verfügung den Faksimilestempel mit der Unterschrift H e y d r i c h 's bzw. KALISEBRUNNERS.

Wie diese Entscheidung der Stapostelle mitgeteilt wurde, kann ich nicht sagen und ich erinnere mich daran auch nach Vorhalt (zunächst wie Dok.bd. 1 Bl. 7/8 und später wie Bd. 1 Bl. 28/29) nicht.

Von IV C 2 aus gingen häufig Akten an M ü l l e r bzw. dessen Vorgesetzte. Ich weiß dies auch aus der Zeit meiner Registratortätigkeit, da ich es dem Weiser entnehmen konnte. Es handelte sich hierbei um Fälle, in denen das Schutzhaftreferat mit der Entscheidung des Sachreferats nicht einverstanden war oder auch um Fälle, in denen das Sachreferat von sich aus bat, die Entscheidung des Cdsipo herbeizuführen. Mitunter hatte dies das Sachreferat schon selbst getan und es hieß dann in der Stellungnahme beispielsweise: der RFSS hat entschieden.....

Die Einteilung der KL in die Stufen I, II u. III habe ich noch in Erinnerung. Ich meine, daß die Einteilung der Stufen entsprechend der Art der Beschäftigung der Häftlinge erfolgte. Nach meiner Ansicht richtete sich die Frage, in welche KL-Stufe der Häftling eingewiesen wurde, nach dessen Gesundheitszustand und nach der Art seines Vergehens. In Stufe I war leichte Arbeit zu verrichten, in Stufe II schwerere und in Stufe III schwere Arbeit.

In Mauthausen gab es, wie uns damals bekannt war, Steinbrüche, in denen die Häftlinge zu arbeiten hatten.

Wenn die Anträge hinsichtlich der Lagerstufe der Stapostelle und des Sachreferats nicht übereinstimmten, so hatte das Sachreferat den größeren Einfluß.

Wenn das Sachreferat entschieden hatte, so war ich an diese Entscheidung gebunden und ich konnte auch dann nichts machen, wenn ich diese Entscheidung für zu hart hielt.

Ich selbst hatte keine ^{eigene} Erlaßsammlung; eine derartige besaßen aber wohl die ständigen Sachbearbeiter.

Ich weiß noch, daß die gesetzliche Grundlage für die Verhängung der Schutzhaft die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat war. Die einzelnen Erlasse über Schutzhaft habe ich als Registrator nicht gekannt. Zu Beginn meiner Tätigkeit als Sachbearbeiter mußte ich sie mir durchgelesen haben, ohne dies heute aber mit Bestimmtheit sagen zu können. Ich hatte damals in Einzelfällen keine Veranlassung, in die entsprechenden Erlasse hineinzusehen, denn mit Vorliegen der Entscheidung des Sachreferats, sowie von Herrn Dr. B e r n d o r f f hatte ich ohnehin keine eigene Entscheidungsbefugnis mehr. Wenn das Sachreferat in seiner Stellungnahme zur Begründung für die Notwendigkeit der Schutzhaft auf irgendeinen Erlaß Bezug nahm und der Inhalt dieses Erlasses mir nicht bekannt war, so hatte ich trotzdem keinen Anlaß, mich mit dem Inhalt dieses Erlasses vertraut zu machen; denn ich konnte ja an der Entscheidung von Herrn Dr. B e r n d o r f f ohnehin nichts ändern.

Ich werde nunmehr darüber befragt, was ich zur Schutzhaftverhängung über jüdische Bürger zu sagen habe.

Vor Kriegsausbruch wurden beim Anschluß Österreichs und auch im Zusammenhang mit der sogen. Reichskristallnacht viele Juden in Schutzhaft genommen. Während des Krieges erfolgte bis zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Inschutzhaftnahme aus den selben Gründen, wie sie auch bei der übrigen Bevölkerungsschicht durchgeführt wurde, beispielsweise bei Festnahmen nach der A-Kartei.

Von einem späteren Zeitpunkt ab wurden nach meiner Erinnerung Juden nicht mehr unter Mitwirkung des Schutzhaftreferats in

Schutzhaft genommen, sondern nur noch vom Judenreferat allein.

Gründe, die zu einer Schutzhaftverhängung gegen Juden führten, habe ich nicht mehr in Erinnerung und sie fallen mir auch auf Vorhalt ^{nicht} ein. Allerdings möchte ich meinen, daß gegen Juden vielleicht leichter Schutzhaft verhängt wurde als gegen sogen. Arier, vor allem bei Verstößen gegen Wirtschaftsbestimmungen und auch bei Verstößen gegen die ihnen im einzelnen auferlegten Beschränkungen.

Mir sind in diesem Zusammenhang verschiedene Erlasse aus Dok. 8, Bl. 76 bis 126 auszugsweise bekanntgegeben worden, in denen Juden für ein bestimmtes Tun oder Unterlassen Schutzhaft angedroht worden ist. Inhaltlich glaube ich diese Erlasse damals ^{zu} zumindest teilweise zur Kenntnis genommen haben, ohne dies aber im einzelnen heute noch sagen zu können. Ich meine auch, daß während der Zeit meiner Tätigkeit im Ref. IV C 2 Juden in Schutzhaft genommen wurden, weil sie gegen den einen oder anderen dieser Erlasse verstoßen hatten.

Juden kamen zunächst wie auch die übrigen Häftlinge in dasjenige KL der entsprechenden Lagerstufe, das ihrem Wohnsitz am nächsten lag. Nach Auschwitz kamen auch welche. Mir wurden soeben aus Dok.bd.7, die Erlasse vom 2.10. u. 5.11.1942 betr. Einweisung von jüdischen Häftlingen und deren Überführung in das KL Auschwitz vorgelesen. Ich kann nicht sagen, ob jüdische Schutzhäftlinge ausnahmslos nach Auschwitz kamen.

In diesem Zusammenhang kann ich mich daran erinnern, daß auch aus Theresienstadt Juden im Wege der Schutzhaftverhängung auf Antrag der Stapostelle Prag in das KL Auschwitz eingeliefert wurden, weil sie sich irgendwelches ^{Lutten} zu Schulden kommen lassen.

Ich weiß, daß in Lublin ein Lager war, kann aber nicht sagen, ob von IV C 2 aus Schutzhäftlinge dorthin eingewiesen wurden.

Ich habe mich gedanklich soeben nochmals mit dem Vorbesprochenen beschäftigt, und mir fällt jetzt folgendes ein:

Der Erlass Dok. Bd. 7 Bl. 17 a vom 2.10.1942 betr. Einweisung weiblicher jüdischer Häftlinge kommt mir so bekannt vor, daß ich mit Bestimmtheit meinen möchte, ihn damals gesehen zu haben.

Ebenso fällt mir jetzt ein, daß jüdische Schutzhäftlinge wohl überwiegend in KL der Stufe II eingewiesen worden sind.

Beim Ableben von Schutzhäftlingen im KL erhielt das Schutzhaftreferat jeweils durch Fernschreiben davon Kenntnis. Es waren überwiegend neutrale Todesursachen angegeben, wie z.B. Herz- und Kreislaufschwäche, Lungenentzündung und irgendwelche Infektionskrankheiten; seltener war "auf der Flucht erschossen" oder "Freitod durch Elektrozaun" angegeben. Ich könnte beim besten Willen heute nicht mehr angeben, ob und ggf. welches KL die letztgenannten Todesarten besonders häufig mitteilte.

Diese Todesmitteilungen wurden zum Vorgang genommen; der Todestag wurde auf der Karteikarte vermerkt.

Der Sachbearbeiter hatte dann etwa folgende Schlußabfertigung zu treffen:

1. Häftling am... verstorben
2. Ref.-Leiter zur Kenntnis
3. Referat... mit der Bitte um Kenntnisnahme (es handelte sich hierbei um das bei der Schutzhaftverhängung beteiligte Sachreferat des RSMA)
4. zur Auswertung (hiermit war die Statistik gemeint)
5. Aktenhauptverwaltung zum Verbleib.

Listen, in denen der Tod einer ganzen Reihe von Häftlingen mitgeteilt wurde, habe ich damals ebensowenig gesehen wie zettelmäßige Mitteilungen.

Ich habe mir damals Gedanken darüber gemacht, daß häufig die gleiche Todesursache mitgeteilt wurde, und mir ist auch aufgefallen, daß manche Häftlinge schon ^{bald} ~~maximal~~ nach ihrer Einlieferung starben. Ich dachte mir, daß diese die Umstellung und vielleicht die ungewohnte Arbeit nicht vertragen hätten.

Ich habe nicht gedacht, daß in den KL Häftlinge getötet wurden bzw. daß die angegebenen Todesursachen falsch sein könnten.

Mir ist ebenfalls nicht aufgefallen, ob bzw. welche Häftlingskategorien in den KL keine besonders große Lebenserwartung hatten. Dies gilt auch für jüdische Schutzhäftlinge, über deren prozentualen Anteil bei den Einweisungen und beim Ableben ich keinerlei Zahlen angeben kann.

Damals habe ich außerdem noch gedacht, daß die KL nicht so eingerichtet wären, daß der normale Mensch, der aus einer gepflegten Wohnung kommt, da leben kann, ohne an seiner Gesundheit Schaden zu erleiden. Ich dachte mir, daß Unterkunft und Verpflegung im Zusammenhang mit ungewohnter Arbeit und schlechter Bekleidung schon eine ziemlich gesunde Natur erfordert, um den KL-Aufenthalt zu überstehen.

Hinsichtlich des Ablebens jüdischer Schutzhäftlinge sind mir aus der Opferkartei verschiedene Einzelfälle mit dem Buchstaben Sch. vorgehalten worden, und es wurden mir aus dem Korherr-Bericht die dort enthaltenen Angaben über "Juden in den KL" aus Dokbd. 7, Bl. 50/51 genannt.

Ich wußte damals, daß schon die in der Freiheit befindlichen Juden es schlechter hatten, als die übrigen Bevölkerungskreise. Demzufolge möchte ich aufgrund der mir soeben gemachten Vorhaltungen heute annehmen, daß sie damals in den KL ebenfalls schlechter behandelt wurden als die übrigen Häftlinge. Zur damaligen Zeit habe ich mir diese Gedanken nicht gemacht.

Die Vernehmung wird für den heutigen Tag um 18.05 Uhr beendet. Sie soll morgen am 19.8.66 um 09.00 Uhr fortgesetzt werden. Außer der Mittagspause war eine weitere Pause oder sonstige Unterbrechung der Vernehmung nicht erforderlich, ich konnte ihr in allen Punkten folgen und habe alle Fragen richtig verstanden. Da laut diktiert wurde, verzichte ich ausdrücklich darauf, das Protokoll heute noch selbst durchzulesen; ich will dies vielmehr morgen vor Fortsetzung der Vernehmung tun.

Geschlossen: laut diktiert, genehmigt, unterschrieben
Ugell
Müller *v. Vermerk*

V e r m e r k:

Die Unterschrift wurde ohne durchlesen des Protokolls am heutigen Tage von dem Beschuldigten *M e n d e l* verweigert.

Müller

Ugell

Rauben

Ra.

Rauben

In Fortsetzung der Vernehmung vom 18. August 1966 w e i t e r -
v e r h a n d e l t am 19. August 1966 um 08.00 Uhr.

Ich habe mir soeben das Vernehmungsprotokoll vom gestrigen Tage durchgelesen. Die Niederschrift entspricht in allen Punkten meiner gestrigen Aussage. Ich habe keinerlei Änderungen vernehmen müssen.

Zum Ableben von Schutzhäftlingen jüdischen Glaubens wurden mir soeben die Aussagen folgender bisher vernommener Personen - soweit Blauklammer - vorgehalten:

K a u l, Bd. V, Bl. 86 bis 88;
S i e v e r s, Bd. V, Bl. 208/209;
K o s m e h l, Bd. VII, Bl. 138, 140, 141;
B o n a t h, Bd. VII, Bl. 168, 171, 172.

Ich werde nun gefragt, was ich zu diesen Aussagen zu sagen habe und ob ich meine Aussage vom gestrigen Tage zu ergänzen bzw. zu berichtigen habe.

Ich bin der Meinung, daß dies Angaben der Vernommenen sind, die sich an diese Dinge genauer erinnern können, wozu ich nicht in der Lage bin. Ich muß in diesem Zusammenhang nochmals auf meine gestrige Aussage hinweisen, daß das Ableben der Juden in den KL mit schlechter Unterkunft und Verpflegung im Zusammenhang zu bringen ist.

Im Hinblick auf die vielen Todesmitteilungen hatte ich damals schon innere Zweifel, ob die angegebenen Todesursachen wirklich in allen Fällen zutrafen oder ob da nicht in dem einen oder anderen Fall von dem Lagerpersonal nachgeholfen wurde. Ich hatte aber nicht die Möglichkeit, mich damals davon zu überzeugen, ob diese Zweifel berechtigt waren oder nicht. Ich möchte meinen, daß ich damals mit Frl. S c h m o c k und Herrn S p i e c k e r (Bild 54 der Lichtbildsappe 1 Js 7/65 RSHA) darüber sprach. Beide hatten dieselben Zweifel wie ich.

Ich weiß, daß damals Dienstbesprechungen bei Herrn Dr. B e r n d o r f f stattfanden; jedoch erinnere ich mich nicht daran, ob ich an derartigen Dienstbesprechungen teilgenommen habe.

Ich bin damals nicht zu Herrn Dr. B e r n d o r f f gegangen, um mir von dieser Aufklärung geben zu lassen. Jedoch meine ich mich daran erinnern zu können, daß er bei irgendeinem Anlaß zu erkennen gab, daß er/meine inneren Zweifel teile. Dr. B e r n d o r f f war in seiner menschlichen Art und als Jurist gründlich eingestellt und manches an den ihm erteilten Weisungen behagte ihm nicht.

Wenn ich nun danach gefragt werde, ob mir aufgefallen ist, daß bzw. welche Häftlingsgruppen in den KL auffallend häufig unter den Verstorbenen waren, so bemerke ich:

Von den im KL Dachau untergebrachten Geistlichen starben nur wenige. Bei Juden verstarb eine weit höhere Anzahl, jedoch kann ich mich auf eine Zahl nicht festlegen.

Von den Todesmitteilungen kamen eine besonders hohe Anzahl und während längerer Zeiträume aus den KL Mauthausen und Auschwitz. Eine Zeitlang kamen wohl xx im Zusammenhang mit einer Epidemie eine recht hohe Anzahl von Todesmitteilungen aus den KL Neuen-gamme und Buchenwald.

Ich erinnere mich, daß in vereinzelt Fällen zu den Todes-meldungen Arztberichte nachgereicht wurden. Diese Berichte stammten von dem jeweiligen Lagerarzt und hatten den Krankheits-verlauf und das Ableben des Betroffenen zu Inhalt. Ich erinnere mich jedoch nicht, daß derartige Berichte extra angefordert wurden. Ich kann nicht sagen, in welchen vereinzelt Fällen solche Berichte zu uns abgesandt wurden; regelmäßig, für jeden Todesfall, kamen sie jedoch nicht.

Gelegentlich kam ein Bericht, ich weiß jedoch nicht von wem er verfaßt war, wenn es sich um einen auf der Flucht Erschossenen gehandelt hat. In diesem Bericht kam irgendwie zum Ausdruck, wie sich der Vorfall ereignete und ob er bei einem Arbeits-kommando außerhalb des Lagers oder innerhalb desselben abge-spielt hat. Es handelte sich dabei jedoch nicht um Berichte des Lagerarztes.

Auf Befragen, weshalb ich trotz meiner Zweifel weiter meine Arbeit im Schutzhaftreferat verrichtete:

Ich unterstand den allgemeinen Beamtengesetzen und den strengen Gesetzen der SS. Ich weiß, daß viele SS-Angehörige für geringste

Verstöße in den Erziehungsturm eines KL oder unmittelbar in ein KL eingewiesen wurden. Allerdings ist mir kein Fall bekanntgeworden, in dem ein RSHA-Angehöriger sich geweigert hätte, die ihm übertragenen Arbeiten auszuführen. Jedoch erinnere ich mich an einen Untersturmführer, der in der Prinz-Albrecht-Straße als Ehrenhäftling einsaß, weil er irgendwie Bedenken über die Behandlung der Gefangenen hatte, jedoch weiß ich den genauen Grund nicht mehr.

Aus der Stellung eines Beamten selbst in ein KL zu kommen, war das Schlimmste, was einem als Beamten passieren konnte.

Zu meiner damaligen Einstellung gegenüber jüdischen Bürgern befragt, gebe ich an, daß diese gut war. Ich erinnere mich heute noch an einen jüdischen Zahnarzt, der mich im Jahre 1929 ausgezeichnet behandelt hat. Als die Maßnahmen gegen die Juden immer schärfer wurden, wollte ich diesen Zahnarzt einmal besuchen, er wohnte jedoch nicht mehr in diesem Haus. Beim Einwohnermeldeamt habe ich mich nach seinem Verbleib nicht erkundigt. Die Nürnberger Gesetze kamen mir gewagt und nicht richtig vor. Wenn ich befragt werde, wieso ich dann trotzdem ~~war~~ mich zur Gestapo beworben habe, so gebe ich an, daß ich damals nicht überblicken konnte, was die Gestapo überhaupt machte bzw. was dort die Verwaltungsbeamten zu tun hatten.

Haftprüfungen wurden regelmäßig alle drei Monate vorgenommen. Es wurden von den KL Führungsberichte angefordert und die Akten wurden dann zur Stellungnahme den Sachreferaten vorgelegt. Ich kann nicht genau sagen, ob auch bei den "Inweisungen auf längere Dauer" - dies wurde entweder vom Cäsipo oder vom RFSB verfügt - in Abständen von drei Monaten Haftprüfungen durchgeführt wurden. Auch bei Juden wurden nach meiner Erinnerung die regelmäßigen Haftprüfungen vorgenommen.

Ich kann mich daran erinnern, daß während des Krieges von einem bestimmten Zeitpunkt an, jüdische Schutzhäftlinge nicht mehr entlassen werden durften. Ich kann nicht sagen, ob von diesem Zeitpunkt an weiterhin Führungsberichte angefordert worden sind.

Die Entlassung eines Schutzhäftlings konnte nicht vom Sachbearbeiter des Schutzhaftreferates selbst verfügt werden.

Wenn der Führungsbericht gut ausfiel, wurde der Vorgang dem Sachreferat zur Stellungnahme über-sandt. Wenn dieses sich mit der Entlassung einverstanden erklärte, verfügte Dr. BERNDORFF sodann, daß der Häftling zu entlassen sei. In diesen Fällen brauchte Herr Dr. B e r n d o r f f nicht die Zustimmung seiner Vorgesetzten.

Es gab jedoch auch Fälle, in denen beispielsweise der Führungsbericht gut ausfiel, das Sachreferat aber gleichwohl eine Entlassung ablehnte.

In diesen Fällen leitete Herr Dr. B e r n d o r f f mit einem entsprechenden Vermerk entweder den Vorgang nochmals zum Sachreferat zurück, oder er legte die Akten über Herrn Dr. R a n g dem Antschef bzw. dem Cdsipo zur Entscheidung vor.

Ich will nun noch nähere Angaben über die Tätigkeit der Verbindungsstelle machen.

Zu dieser gehörten:

Dr. B e r n d o r f f, F e u ß n e r, F i s c h e r, O r t h, T a m s e l - ein früherer Polizeihauptmann - und ich, sowie die Damen M u n s k y, S c h m o c k, B l e e c k, die in der letzten Zeit aber wohl nicht mehr in Berlin war, sowie eine weitere Dame, an deren Namen ich mich nicht erinnern kann und die wohl für F i s c h e r schrieb.

Für mich schrieb, wenn ich etwas zu schreiben hatte, Frä. SCHMOCK.

Meine Tätigkeit im Führungsstab habe ich bereits kurz am Eingang meiner Vernehmung geschildert.

Von Prag aus kamen alle die Akten nach Berlin, die an die verschiedenen Sachreferate, die ihren Sitz noch in Berlin hatten, zur Stellungnahme gingen.

Den Transport der Akten von und nach Prag nahmen zwei Kuriere vor, die von der Hauptverteilungsstelle dafür eingesetzt waren. An ihre Namen kann ich mich nicht erinnern. Wenn einer von diesen Kurieren ausfiel, sprang O r t h oder F i s c h e r ein.

Ich hatte dafür zu sorgen, daß die Akten richtig verpackt wurden und daß die Kuriere pünktlich abfahren. Von einer bestimmten Zeit ab ging diese Arbeit in die Hände von O r t h und F i s c h e r über.

Mit den einzelnen Sachreferaten hatte ich in dieser Zeit nur dann etwas zu tun, wenn Herr Dr. B e r n d o r f f mit deren oder F ö r s t e r s Entscheidungen nicht einverstanden war und mir dann die Akten mit dem Bemerkten übergab, ich solle deren nochmalige Stellungnahme herbeiführen.

F i s c h e r bearbeitete wie F e u B n e r Akten von allgemeiner Natur.

O r t h war Registrator und erledigte die anfallenden Registraturarbeiten. F a a s e l war dienstverpflichtet und half ihm dabei. Er hatte mir erzählt, daß er früher Polizeihauptmann gewesen war und wegen irgendwelcher Unstimmigkeiten entlassen und vom Arbeitsamt kriegsdienstverpflichtet worden ist.

Ich kann nicht mit Sicherheit sagen, ob Dr. B e r n d o r f f noch in Berlin den Faksimilestempel hatte, möchte dies aber annehmen.

Ich glaube, daß die Todesmitteilungen unmittelbar nach Prag gingen. Die Akten, die mit den Todesmitteilungen zur Kenntnisnahme an die Sachreferate gingen, wurden diesen auf dem üblichen Verteilerweg laut Wegweiser zugeleitet. Ob Herr Dr. B e r n d o r f f sie zur Kenntnisnahme erhielt, weiß ich nicht.

Exekutionsvorgänge bekam Herr Dr. B e r n d o r f f bestimmt zur Gegenzeichnung und Weiterleitung an den RFSS vorgelegt. Ich glaube nicht, daß Dr. B e r n d o r f f diese Gegenzeichnung dem KR F ö r s t e r überlies. Diese Exekutionsvorgänge gingen auf dem üblichen Weg über Dr. R a n g, M ü l l e r und K a l t e n b r u n n e r an den RFSS.

Wenn ich gefragt werde, um was für Vorgänge es sich hierbei handelte, so erinnere ich mich daran, daß die Vorgänge Polen betrafen, die mit deutschen Frauen Geschlechtsverkehr gehabt hatten.

Ich erinnere mich weiterhin noch an einen Fall, in dem ein deutscher Arzt in der Posener Gegend für einen gesellschaftlichen Personenkreis Speisen aus Menschenfleisch zubereiten ließ und sich damit später brüstete.

Ich weiß nicht genau, ob er exekutiert worden ist.

Abschließend möchte ich zur Verbindungsstelle angeben, daß Herr Dr. B e r n d o r f f auch in dieser Zeit der eigentliche Leiter der Dienststelle war und nach wie vor die meisten Vorgänge erhalten haben dürfte.

Da ich mich bei meiner Tätigkeit als Registrator geistig nicht ausgefüllt fühlte, hatte ich Herrn Dr. B e r n d o r f f gebeten, meiner Versetzung zum Verwaltungsdienst im Amt I oder Amt II zuzustimmen. Diese von mir mündlich gestellten Gesuche wurden von Herrn Dr. B e r n d o r f f sämtliche abgelehnt mit der Begründung, daß wir unsere Pflicht dort zu tun hätten, wo wir hingestellt seien. Ein schriftliches Versetzungsgesuch habe ich zu keiner Zeit eingereicht.

Außer den von mir vorstehend bereits/erwähnten Personen kann ich mich noch an folgende ehemaligen Sachbearbeiter des Ref. IV C 2 erinnern.

G i e s e n

war zunächst Registrator, ging etwa 1940 zum Inspektorenkursus, wurde dann Sachbearbeiter und war in Prag für die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Referatsangehörigen zuständig.

I b s c h

war Sachbearbeiter und starb während des Krieges.

J u n g n i c k e l

war Registrator und kam später mit nach Prag.

ein K o s c h a t e

war als Sachbearbeiter bei uns, wurde aber später versetzt. Ich glaube, daß ich für ihn aushilfsweise gearbeitet habe.

K o s m e h l

war zunächst Registrator und wurde später Hilfssachbearbeiter.

K r u m r e y (Bild 22) jedoch nicht mit Sicherheit -)
war Sachbearbeiter

K u b s c h und K ü n n e
ebenfalls.

R o g g o n (Bild 35)
war gleichfalls Sachbearbeiter.

S c h u l z
war zunächst Registrator und wurde dann Sachbearbeiter.

S c h w a l e n s t ö c k e r
war Sachbearbeiter.

S t o b e r
war zunächst Registrator und wurde mit S c h u l z zusammen
Sachbearbeiter.

Außer den mir hier genannten Personen kann ich mich noch an
einen Sachbearbeiter erinnern, der bei meinem Hinkommen im
Schutzhaftreferat arbeitete und nach Kriegsausbruch versetzt wurde.
Er arbeitete nach meiner Erinnerung mit J u n g n i c k e l
zusammen, jedoch fällt mir sein Name nicht ein.

Geschlossen:

Legel
Heinrich

selbst gelesen, genehmigt, unterschrieben
..... *Walter Rendel*

Rambow

Lebenslauf.

Am 17.11.1903 wurde ich als drittes Kind des
Finklermeisters Alfred Rendel und seiner Ehefrau
Bertha Rendel, geb. Rindler, in Schönbundorf, Krs. Jüterbog,
geboren. Nach Besuch der Volksschule arbeitete ich von 1918-
bis 1923 in der Landwirtschaft meiner Eltern in Schönbundorf,
Krs. Jüterbog.

Meine Beamtenlaufbahn begann mit der Einberu-
fung als Polizeianwärter zur Polizeischule Brandenburg a/H.
Nach Beendigung des Lehrganges und Beförderung zum
Polizeiunterwachtmann wurde ich am 21.3.1925 zur Schutz-
polizei Berlin versetzt. Ich gehörte zur Bereitschaftspolizei
der Polizei-Inspektion Linden. Im Jahre 1928 wurde
ich Polizeiwachtmann und am 1.1.1931 Polizeioberwachtmann.
meister.

Im Jahre 1933 wurde meine Dienststelle zur
Landespolizeiinspektion Berlin-Brandenburg übernommen.
Ich führte den Dienstgrad Oberwachtmann der Landespolizei.

Vom 1.11.1934 bis zum 28.2.1937 gehörte ich als
Revieroberwachtmann der Schutzpolizei zur Revierhaupt-
mannschaft des Polizeiabschnittes Berlin-Köpenick.

Im Januar 1937 bewarb ich mich bei der Vor-
werkstelle in Potsdam, um Übernahme in den Polizei-
verwaltungsdienst. Auf Grund dieser Bewerbung wurde
ich am 1.3.1937 von der Schutzpolizei Berlin, ohne
Lohn, zur Staatspolizeistelle Berlin, zur Abkürzung
eines Probendienstjahres, beurlaubt. Nach bestandener Prüfung
erfolgte am 1.4.1938 bei dieser Dienststelle meine Ernennung
zum Polizeibüroassistenten unter gleichzeitiger Bestellung
als Beamter auf Lebenszeit. Dienst versah ich in der
Personalabteilung für Verwaltungsbeamte.

Am

Am 24. 10. 1938 wurde ich als Registraturbeamter zum
Geheimen Staatspolizisten Berlin versetzt. Mit Wirkung vom
1. 10. 1939 wurde ich zum Polizeisekretär befördert.

Da ich die Prüfung für den mittleren Polizeiverwaltungs-
dienst mit gut bestanden hatte, begann am 1. 4. 1940 meine
Vorbereitungszeit für die Laufbahn des gehobenen Poli-
zeiverwaltungsdienstes. Am 1. 2. 1943 wurde ich zum
Polizeiobersekretär befördert. Vom 1. 6. 1943 bis zum 30. 11. 1943
war ich Führer eines Polizeiobersekretärenanwärterlehrganges
und wurde am 1. 2. 1944 zum Polizeiobersekretär ernannt.

Auf Grund des Angleichungserlasses des dama-
ligen Chefs der Deutschen Polizei vom Jahre 1938, erhielt ich
am 21. 3. 1939 den Angleichungsdienstgrad eines St.-Haupt-
führers unter gleichzeitiger Übernahme in die St.-
Den 1. 10. 1940 wurde ich St.-Untersturmführer und am 9. 11. 44
St.-Obersturmführer.

Der N.S.D.A.P. gehörte ich seit dem 1. 10. 1941 unter
Nr. 8 742 402 als Mitglied an.

Seit dem 14. 1. 1930 bin ich mit Frieda Rendel,
geb. Bartz, geb. am 24. 2. 1904 in Berlin, verheiratet. Aus
dieser Ehe habe ich drei Kinder im Alter von 23, 16 u. 13
Jahren. Meine Frau und Kinder wohnen noch in Berlin-
Kaulsdorf, Krätkestr. 16. (Rummelsdorf).

Am 3. 2. 1945 wurde ich bei einem Tagesaufstau-
griff auf Berlin, in der Dienststelle im Hause Fünfundzwanzig,
schwer verwundet. Mit dem St. und Polizeiarzt Dr. Kern
als im April 1945 von Forth bei Potsdam nach Lübeck.
Nach Wiederherstellung meiner Gesundheit war ich, vom
2. 5. 1945 bis zum 13. 5. 1945, im Lager der Polizei Hohenzollern,
in Lübeck interniert. Am 30. 5. 1945 meldete ich mich
beim Herrn Polizeipräsidenten in Kiel. Dort wurde
ich auf Veranlassung der Britischen Militärpolizei
an

am 31.5.1945 festgenommen. Nach erfolgter Überprüfung entließ man mich am 19.6.1945 aus der Haft. Ich arbeitete dann als Gelegenheitsarbeiter in der Landwirtschaft. Am 1.12.1945 nahm mich die Britische Militärpolizei erzwungen fest und überführte mich in das Internierungslager Krummhorst. Von dort kam ich in das Vernehmungslager Osterwege und weiter über das Lager Hemmer nach dem Lager Eselheide bei Paderborn.

Das Spruchgericht in Bielefeld verurteilte mich am 23.10.1947, wegen Zugehörigkeit zur Geheimen Staatspolizei, zu zwei Jahren Gefängnis. Die Haft- und Internierungszeit wurde mir auf die Strafe angerechnet. Ich wurde am 24.11.1947 aus dem Internierungslager Eselheide entlassen.

Der Entnazifizierungsentscheidungsstufe wurde mich am 14.9.1948 in die Kategorie IV ohne Berufs- und Vermögensbeschränkung, und am 2.1.1951 in die Kategorie V ein.

Nach meiner Entlassung aus der Internierungshaus arbeitete ich als landwirtschaftlicher Gehilfe in Lohndorf, Hrs. Rendsburg.

In der Zeit vom 6.1.1950 bis 6.7.1950 schulte ich in den Umschulungswerkstätten des Landesamtes Schleswig-Holstein, in Wählstedt Hrs. Segeberg, auf das Maurerhandwerk um. Von 10.7.50 bis zum 30.4.1951 arbeitete ich als Hilfsmaurer beim Baugeschäft Johannes Herdt in Wählstedt.

Vom 1.5.1951 bis zum 11.7.1951 war ich arbeitslos und bezog Arbeitslosenunterstützung. Am 12.7.51 wurde ich vom Arbeitsamt als Notstandsarbeiter zum Steinschlag verpflichtet.

Seit

Seit dem 1.8.1951 bin ich als Händler mit Textilien
und Brauwaren im Wandergewerbe tätig.

Ich gehöre weder einer Gewerkschaft, noch
einer Partei als Mitglied an.

Seit März 1951 besitze ich die Führerschein-Karte L-III.

Vom Pensionsamt Kiel = Listen-Nr. 2/R 2543 =
berichte ich ab 1.9.1953 Übergangsgehalt.

Ich bin 1,72 m groß, fühle mich gesund und
bin als freiwilliges Mitglied bei der Allgemeinen
Erstkrankenkasse des Kreises Segeberg versichert.

Ich war ohne Unterbrechung vom 10.1.1924 bis
zur Kapitulation im Jahre 1945 Polizeibeamter.

Walter Rendel,

Wahlstedt, Kr. Segeberg, Bahnhofstr. 110.

Richard

Roggon (17.1.1895) 17 705 ft

Patentverteilung

H, O

~~Herstellung~~

ständig

Roggon : Warum in die Partei
eingetreten

Th. : Stabilität

Wende für NSDAP

an nationale gründen
Beschäftigung der Vers. Verträge
an jenen Taktikprogramm interessiert mich also

Leute

Hermann Vell

Beweis Duregg

festlegen

weg

Abbildung

an Kirche an
nicht bef.

~~z.B.~~ IV 12 ab-fersicht

Altenloh

Dr. Bendorf

Tüper

Quadrat Dorn

Rechnungen zu

1934

37/38

- Einzelfälle, Beziff. nach Anklageschrift -

R o g g o n

H 1, 2, 5, 9, 13, 14, 19, 21, 22, 23, 24, 25, 27, 28, 30, 32,
37, 41, 46 - 48, 49, 50, 52, 53, 54, 56, 57, 59, 60, 66, 68,
69, 72, 73, 74, 75

O 1 - 3, 6 - 8, 9, 11, 12

46, davon 1 und 16

R o g g o n

erhielt in folgenden Fällen die Sterbemitteilungen:

H 1, 3 - 5, 6 - 8, 10, 11, 12, 14, 15, 16, 18, 19, 21, 22, 23 - 25,
26, 27, 29, 30, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 41, 42, 43, 44, 45, 46,
47, 49, 52, 53, 57, 58, 59, 60, 61, 65, 66, 68, 69, 70, 71, 72,
74, 76

Q 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12

Diese Häftlinge verstarben in folgen Monaten:

9.41 H 6 - 8, 15, 26, 34, 36, 42, 43, 47, 70 Q 4

10.41 H 10, 33, 71 Q 10

12.41 H 35

1.42 H 16

2.42 H 12, 38

3.42 H 3, 4, 18, 29, 44, 76

4.42 H 61

5.42 H 58

6.42 H 1, 46, 52, 65 Q 3, 5

7.42 H 19, 22, 27 Q 7, 11

9.42 H 69, 74 Q 8, 12

10.42 H 23, 37, 57, 59, 66 Q 6

11.42 H 14, 39, 41 Q 9

12.42 H 49

1.43 H 5, 24, 72

2.43 H 53

3.43 H 25, 60

5.43 H 30, 68

8.43 H 21, 45

(Name and address of requesting agency)

Berlin Document Center,
U.S. Mission Berlin
APO 742, U.S. Forces

Date: 6.8.63

It is requested that your records on the following named person be checked:

Name: **R o g g o n , Richard**
Place of birth: *17. 1. 95 Griesen*
Date of birth:
Occupation: **POI b. IV A 6 b , IV C 2**
Present address:
Other information:

1199678

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

(Telephone No.)

(Signature)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	—	—	7. SA	—	—	13. NS-Lehrerbund	—	—
2. Applications	—	—	8. OPG	—	—	14. Reichsaerztekammer	—	—
3. PK	—	—	9. RWZ	—	—	15. Party Census	—	—
4. SS Officers	—	—	10. EWZ	—	—	16.	—	—
5. RUSHA	—	—	11. Kulturkammer	—	—	17.	—	—
6. Other SS Records	—	—	12. Volksgerichtshof	—	—	18.	—	—

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

- 1) Nur NSDAP-Liste m. Lichtbild vorhanden
- 2) Fotokopie
- 3) Gruppe Polizei - Gestapo, Seite 6
Tel. Buch 2544, Seite 24

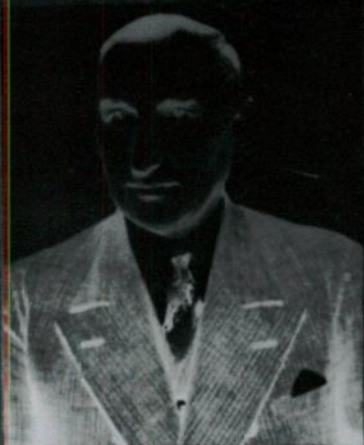
Flm. 29.8.

1346

Explanation of Abbreviations and Terms

2. NSDAP membership applicants
3. PK - Partei Korrespondenz (Party Membership Correspondence - files, etc.)
4. SS Officers - Service Records
5. RUSHA - Rasse - und Siedlungshauptamt (SS racial records of those married and marriage applicants)
6. Non-Officer SS, applicants for SS membership, racial records, police members
8. OPG - Oberstes Parteigericht (Supreme Party Court)
9. RWZ - Rueckwandererzentrale (German returnees)
10. EWZ - Einwandererzentrale (Ethnic Germans' immigration and naturalization records)
12. Volksgerichtshof (People's Court)
15. Party census of Berlin 1939

1347



30. Aug. 1934

1350



30. Aug. 1934

1349

Name *Roggon* *Richard*
 G. D. *17.1.95.* Ort *Kriesen*
 Stand *1400173* *Sol. sekretär*
 Mitgl.-Nr. _____ Eingetr. *1. 12. 32.*
 Ausgetr. _____
 Wiedereingetr. _____
 Wohnung *Berlin* *Lupke-Kolffstr. 103* *Hauptstadt*
Heipensee *Berlin*
 D.-Gr. *Berlin* Gau *Schlesien*
 Wohnung _____
 D.-Gr. _____ Gau _____
 Wohnung _____
 D.-Gr. _____ Gau _____

1348

Richard Roggen,
Tel. Nr. 700 437

Eselsriede, den 9. 7. 47

Anklagebehörde bei dem Spruchgericht in Ziefeld		
Ang.	11. Juli 1947	
Bd.		Anl.

An die Heapanwirtschaft
- über die Reichsberatungstelle -
in Eselsriede.

Befehl: Spracherfahren v. dem ehemaligen
Polizeidirektor Richard Roggen,
Bd. - Weimarer, Weimarsdorf Nr. 12
wohhaft gewesen. (Kopiertes Letter)

Vorgang: Abz. 4^a Sp. Fz. 540/47

Ich bitte, über meine Person im rüppischen
Letter ins Berlin keine Vermittlungen einzuholen,
da ich befürchte, daß meine ^{jetzige} ~~ehemalige~~ ^{jetzige} ~~ehemalige~~
jetzigen Aufenthalts, ~~da meine durch die~~
G.P.H. festgenommen wird.

Gründe:

Wie aus meinem Vorgängen bei der bürgerlichen
Kommunisten in Bd. - Weimarsdorf, Weimars-
Nr. 12, zu sehen ist, wurde ich nicht aus
politischen Gründen ^{am 24. 2. 47} ~~aus politischen~~ ^{aus politischen} ~~aus politischen~~
entnommen, sondern lediglich in meinem
eigenen Platz, um mich der bevorstehenden
Verhaftung durch die G.P.H. zu entziehen.
Ich sollte am 24. 2. 47 von der G.P.H. verhaftet
werden, da ich einen mit gebräuntem Stoff,
und war die Verhaftung von Geheim -
und ausgeführt habe. (Kopiertes Letter -
denung in meinem Bericht bei der bürgerl.

Kommandantur in Berlin.) Mir wurde in Berlin
seitens der baltischen Kommandantur die In-
sage gemacht, daß ich nach meiner Über-
führung ins Lager in baltische Dienste ge-
nommen wurde, wieweil ich bereits in
Berlin 5 Fortsch für die baltische Polizei
gearbeitet habe.

Nach Mitteilung meines Ehepaares sind
nach meiner Flucht aus dem russischen
Gefängnis in Berlin GPK-Beamte bis zum
1896. 47 bereits 6 Mal in meine Wohnung
gekommen und haben nach meinem Auf-
enthalt gefragt. Verabredungsgewiss hat
meine Frau den GPK-Beamten erklärt,
daß ich am 28/2. 47 in Wladimir des
mit einem der GPK stehenden Aufhanges
nach Hof / Petersburg illegal gefahren
und ^{bis} jetzt nicht zurückgekehrt.
Wahrscheinlich bin ich festgenommen worden.

Bezeichnen möchte ich, daß ich den Brief
erst nach meiner Frau unter einer
Deckadresse in auswärtsstehenden Pöbel
Berlin finde.

Für den, ausgeübten Grundes bis ich
von Kommandantur in russischen Pöbel
sowie beim Polizeipräsidenten Berlin
Abstand zu nehmen.

Heard Petersen,
Wohnungsbau a. L.

Der öffentliche Ankläger
bei dem Spruchgericht Bielefeld

4a Sp.Js. 540/47.

Int. Nr. 700.437

A 5.

1. a) Familienname (auch Beinamen)

b) Vornamen (Rufnamen unterstreichen)

2. a) Beruf

(Genaue Angabe, Inhaber, Meister, Geselle, Lehrling, bei Trägern akademischer Würden, wann Titel erworben und bei welcher Hochschule)

b) Einkommensverhältnisse

c) Erwerbslos $\frac{1}{2}$

d) Vermögen

3. Geboren

4. Wohnung bzw. Aufenthalt seit Januar 1933

5. Staatsangehörigkeit

6. Religion (auch frühere)

7. a) Familienstand (led., verh., verw., gesch.)

b) Vor-, Familien- u. Geburtsname des Ehegatten

c) Wohnung des Ehegatten

8. Kinder:

9. a) des Vaters Vor- und Zunamen

b) Beruf, Wohnung (auch wenn gestorben)

c) der Mutter Vor- und Geburtsnamen

d) Beruf, Wohnung (auch wenn gestorben)

Erste verantwortliche Vernehmung durch Staatsanwalt

Siempenkötter

Protokollführer Derschum

17. Juli

Eselheide, den 1947

a) Roggon

b) Richard

a) Polizei-Oberinspektor

b) Gr. II A 2

c) -

d) 11. 11. ca. RM 1000.- russ. Zone.

am 17.1.95 in Griesen, Krs. Oletzko

Verwaltungsbezirk Gumbinnen

Landgerichtsbezirk Allenstein

Land jetzt Polen.

von 1933 bis 1947

in Berlin-Weissenhof, Heinersdorfstr. 12

von bis

in

von bis

in

D.R.

ev.

a) verh.

b) Johanna Roggon geb. Padehl

c) Berlin-Weissenhof, Heinersdorfstr. 12

ehelich: a) Anzahl 2

b) Alter 14, 10

unehelich: a) Anzahl -

b) Alter

a) Michael Roggon

b) Landwirt, Griesen, + 1906

c) Maria geb. Stadie

d) Ehefrau, Griesen, + 1931

10. Des Vormundes oder Pflegers
Vor- u. Zunamen, Beruf, Wohnung

2

11. Vorbestraft: *nein*

a) vom gericht in
wegen mit.....
b) vom gericht in
wegen mit.....

	Amt, Rang	von	bis	in
12. a) Amt als Gauleiter				
„ „ Kreisleiter				
„ „ Ortsgruppenleiter				
„ „ Hauptamtsleiter				
„ „ Amtsleiter				
b) Angeh. der Gestapo	<i>Polizei-Oberinsp.</i>	<i>1.3.1933</i>	<i>1943</i>	<i>Berlin SW 11 Frenz Albrechtstr. 8</i>
c) „ des SD		<i>1943</i>	<i>1945</i>	<i>Theresienstadt</i>
d) 1. „ der Allgem. SS				
2. „ der Waffen-SS				
3. „ der Totenkopfverbände				
13. Angestellter im				
a) VWHA				
b) RSHA				
c) VOMI				
d) RUSHA				
e) Lebensborn e. V.				
f) RKFDV				
g) sämtl. Ministerien b. z. Rang eines Ministerialrats				
h) b. d. Fa. Friedr. Flick				
i) b. d. Fa. IG Farben				
j) b. d. Fa. Krupp				
k) Dresdner Bank				
l) Hermann-Göring-Werke				
14. a) Internierungszeit		<i>24.2.47</i>		<i>Erelkeide</i>
b) Internierungsnummer	<i>700437</i>			
c) Kriegsgef.-Zeit				
d) Militär-Dienstzeit	<i>Vizepräsident</i>	<i>1913</i>	<i>1919</i>	<i>Heinrich</i>
e) Verwundungen	<i>link. Unterschenkel</i>	<i>1915</i>		<i>Gewehrschuss</i>

Zur Sache: In der Anlage überreiche ich einen Lebenslauf vom 7.7.1947, der mir gelesen worden ist und den ich zum Gegenstand meiner heutigen Vernehmung mache.

Ich bin nie als Exekutivbeamter tätig gewesen, sondern war während meiner Zugehörigkeit zur Gestapo stets Verwaltungsbeamter des Amtes IV.

Beförderungen:

Am 1.7.1928 Polizeisekretär
" 1.1.1936 Polizeiinspektor
" 1.5.1940 Polizeioberinspektor

2 Mir ist der verbrecherische Charakter der Gestapo stets unbekannt geblieben. Von den im Nürnberger Urteil für verbrecherisch erklärten Handlungen und Vorhaben der Gestapo habe ich infolge meiner Tätigkeit am Schreibtisch nie etwas erfahren.

Von den Zuständen in den KZ. Lagern habe ich keine Kenntnis gehabt. Ich habe wohl einmal das KZ. Lager Sachsenhausen betreten, zwecks Überwachung einer Sprecherlaubnis des Pastor Niemöller. Das KZ war in das eigentliche Lager und die Verwaltungsgebäude getrennt. Ich durfte nur das Verwaltungsgebäude betreten, so daß ich einen tieferen Einblick in das eigentliche KZ nicht bekommen habe. Bei diesem Besuch habe ich wohl 2 Kolonnen von KZ-Häftlingen gesehen, wovon die eine (Bibelforscher) kaum bewacht wurden. Ich kann nur sagen, daß das Aussehen der KZ.-Häftlinge sehr gut war, so daß ich nur schließen konnte, daß sie gut gepflegt wurden und nicht alzuviel arbeiten würden.

Bei der Bearbeitung von Schutzhaftsachen bekam ich selbstverständlich auch die Todesmeldung über die in den KZ.-Lagern verstorbenen Häftlingen. Die Sterblichkeitsziffer war im allgemeinen nicht ~~allgemein~~ anormal hoch. In dem Lager Auschwitz (Stufe II) und in dem Lager Mauthausen (Stufe III) war die Sterblichkeitsziffer etwa doppelt so hoch als in dem KZ. Sachsenhausen.

Ich habe auch gelesen, daß auf Anordnung des Reichsführers ~~der~~ SS Leute erschossen worden sind.

60! Aus den Mitteilungen des Reichsführers SS, daß der und der auf der Flucht erschossen worden sei, habe ich nichts besonderes entnommen. Diese Mitteilungen in den Tageszeitungen erschienen meines Erachtens aus Abschreckungsgründen. Wenn mir vorgehalten wird, daß man Leute, die doch garnicht im KZ. Lager seien, vor einer eventuellen Flucht aus einem KZ. Lager warnen müsse, so erkläre ich diese Anzeigen damit, daß sie als eine Aufklärung der Bevölkerung dahin aufzufassen waren, daß niemand ohne weiteres erschossen würde, sondern nur wenn er einen Fluchtversuch unternahm. Warum diese Aufklärung überhaupt erforderlich sein sollte, weiß ich nicht.

2 Ich verbleibe dabei, daß ich im Reichssicherheitshauptamt und auch sonst nichts über Mißstände in den KZ. Lagern habe munkeln hören. Die hohe Sterblichkeitsziffer in den KZ. Lagern der Stufe " II " und " III " habe ich mir ~~als Folge der langen Haft und der schweren Arbeit erklärt.~~ als Folge der langen Haft und der schweren Arbeit erklärt.

1 Infolge meiner Arbeit bei der Abteilung für Schutzhaft habe ich nicht feststellen können, daß willkürlich Einweisungen in ein KZ. Lager erfolgt sind. Die Vorschläge für eine Einweisung erfolgten mit einer Begründung, allerdings vielfach ohne Ver-

nehmungsniederschrift des Einzuweisenden. Die Schutzhaftlinge bestanden zu etwa 50 Prozent aus Häftlingen, die eine gerichtliche Strafe wegen Hochverrats oder anderer politischer Vergehen verbüßt hatten. Weitere 20 Prozent, darunter der größte Prozentsatz Ausländer, wegen Arbeitssabotage, und 30 Prozent wegen staatsabträglichen Verhalten (Meckerer, Heimtücke, Wehrsabotage, Sekten uä.)

Von den Judenverfolgungen weiß ich einmal so viel, wie jeder andere auch. Mir ist weiter bekannt, daß Juden zum Osten verschickt wurden. Durch meine Tätigkeit in Theresienstadt habe ich weiter Kenntnis davon bekommen, daß die Juden im Osten in Chettos zusammengezogen wurden. In dem Chetto in Theresienstadt befand sich in der Hauptsache jüdische Intelligenz; es bestand aus massiven Häusern, war rings umzäunt und an den Ausgängen stand tschechische Gendamerie. Es unterstand einem SD- Kommando. Die Juden wohnten zwar beengt, wurden aus Gemeinschaftsküchen versorgt, wurden sonst aber nicht behelligt. Über eine hohe Sterblichkeitsziffer des Chettos ist mir nichts bekannt.

Meine Dienststelle war wegen der Gefahr der ständigen Bombenangriffe nach Theresienstadt verlagert. Unser Unterkunftsraum lag direkt neben dem Chetto, weil bekannt war, daß dieses nicht bombadiert werden durfte.

Von Übergriffen in den besetzten Gebieten, wie Mißhandlungen oder Tötungen oder willkürliche Inhaftnahme und Einweisung in ein KZ Lager der Landeseinwohner, habe ich nie etwas erfahren. Desgleichen auch nicht von Geiseler-schießungen.

Über die Beteiligung der Gestapo an dem Zwangsarbeiterprogramm weiß ich nichts. Mir ist wohl auf Grund meiner Tätigkeit in der Schutzhaftabteilung bekannt, daß Fremdarbeiter, die ihrer Arbeit nicht nachkamen, in Arbeitserziehungslager bzw. KZ.-Lager eingewiesen werden konnten.

Daß die Gestapo etwas mit Kriegsgefangenen zu tun hatte, davon habe ich nichts gehört.

Mir ist weiter keine Befehl oder Erlass bekannt gewesen, der die Gestapo aufgefordert hat, daß Lynchen alliierter Flieger nicht zu verhindern. ~~XX~~

Die im Nürnberger Urteil aufgeführten Erlasse habe ich nicht gekannt.

Den Erlass über die verschärfte Vernehmung habe ich nicht gekannt. Hierbei verbleibe ich auch, nachdem mir die Dokumente G.J. Nr. 41, 49 u. 136 zur Kenntnis gebracht worden sind.

Von 1945 bis Februar 1947 bin ich von der GPU 12 mal verhaftet gewesen. Bei der letzten Festnahme wurde von mir verlangt, ich sollte sämtliche Gestapo und Kripo-Beamte melden, die Agenten beschäftigt hätten, gleichzeitig sollte ich auch alle mir bekannten Agenten in einer Liste auführen. Ich habe dieses auch zugesagt, habe mich aber nach Ablauf der mir gegebenen 2 tätigen Frist zu meinem Schutze bei der britischen Kommandantur gemeldet.

Zu meiner Entlastung beziehe ich mich auf meine im Lebenslauf vom 7.7.1947 angeführten Tatsachen und bitte, die dort angegebenen Beweise zu erheben.

aber nicht, dass
angewandt wurde!

5

Desweiteren überreiche ich 4 Schriftstücke zu den Akten.

Laut diktiert, genehmigt und unterschrieben.

Wilmann

Leihard Logen

Wilmann

Lebenslauf Lebenslauf 17. 7. 97

Nach meiner Abkündigung im September 1909 war ich im Elternhause in der Landwirtschaft tätig, und zwar bis zu meiner Einberufung zum Wehrdienst im Oktober 1913. Aus dem Wehrdienst ^{wurde ich} am 10. 10. 19 auf eigenen Wunsch entlassen, um in den Polizeidienst einzutreten.

Vom 11. 10. 19 bis 10. 3. 26 bei der Schutzpolizei in Königsberg / Pr. Verlassung auf eigenen Antrag, um für den Polizei-Verwaltungsdienst mit zu bewerben.

Mit dem 1. 4. 27 Verordnungsamtwärter.

Vom 1. 4. 27 bis 30. 6. 27 als Polizeiaspirant bei der Polizeiverwaltung in Halberstadt tätig.

Am 1. 7. 27 als Polizeibrotier a. R. zur Polizeiverwaltung Berlin einberufen. Nach gründlicher theoretischer und praktischer Ausbildung bei sämtlichen Abteilungen des Polizeipräsidiums wurde mir diese Ablegung der Festprüfung

am 1. 7. 28 als Hauptassistent auf Lebenszeit angeteilt. Vom 1. 7. 28 bis 1. 7. 29 als Hauptassistent im Hauptamt des Polizeipräsidiums tätig. Dann bis 1. 3. 33 in der Hauptassistenten der Abt. K. (Kripo) des Polizeipräsidiums als Registrator.

Durch Verfügung des Polizeipräsidenten in Berlin wurde ich am 1. 3. 33 gegen meine Willens zum gleichen Hauptpolizisten abgeordnet und später vom Stabschef ver-
ordn.

Auf mein Transport gegen die zwangsweise
Verbringung wurde mir erklärt, daß eine Kreisver-
sammlung und Polizeiverwaltung Berlin mich in
Frage käme, da es an ausgebildeten
Verwaltungsbeamten mangelte.

Ich verbrachte meine Beschäftigung in der
Hauptstadt Wars in denen vom 1.8.44
bis 1.9.44 im Kulturreferat (früher
Kinderreferat) als Werkarbeiter tätig.
Ich arbeitete in der Hauptstadt Schloss-
angelegenheiten. In meine Tätigkeit ge-
hörte auch die Veranlassung der Haupt-
berichte, Führung von Tagesmeldungen und
Lagerberichte.

Da ich über meine zwangsweise Ver-
bringung verärgert war, habe ich die beab-
sichtigten Anordnungen mit Folge sa-
botisch Beispiele: Aufträge der Hauptstadt
zum Fortschaffen von Bildformalen
wurden auf meinem Verlangen von einem
Korrespondenz Ref. General Dr. Altmann
abgelehnt. Auch Berichte in gleichartigen
Fällen wurden von mir einfach in dem
Alten genommen und nicht beab-
achtet. Aufträge der Hauptstadt zum Fort-
schaffen von Bildern wurden ebenfalls
unzureichendes Grund abgelehnt und
Berichterstattung nach einigen Monaten
angefordert. Bereits von der Hauptstadt
genommene Personen wurden entlassen.

Am 1.9.44 wurde ich auf Veranlassung
des H. Hauptstadt (S. J. Hüttinger), als

Wirk. Gruppenleiter Minn. Amt IV, zum Schutz-
rufsch. (IV Di) Maßnahme, weil ich nicht ge-
genügt habe aus der Mitte auszuheben,
obwohl ich mehrmals dazu aufgefordert wurde.
Im Schutzrufsch. war ich vom 1. 9. 41 bis
31. 10. 43 als Sachbearbeiter der Büchsegruppe
H. H. m. O. tätig. Alle Häftlinge dieser
Büchsegruppe, die in den Jahren 1941/43
erlassen wurden, haben ihre Freiheit auf
meine Verantwortung abgelegt. Da der Reichs-
Verwaltungsrat Dr. Bendoff jede Maßnah-
me gründlichst ablehnt, habe ich gegen-
wärtig Maßnahmen ausgesetzt.

Beweis: Meine Heuotypie von Dr. Bendoff
Hedemann geb. Kowar, Bundesminister,
Helmuth - Land G.B., und Polsterer
Kurt Jüngnickel, Inspektor nicht
bekannt, können meine Sagbarkeit
bätzen. Jüngnickel war exactly Registrator
und ist in Prag tätig.

Nur den von mir zur Verhandlung ge-
kommenen Personen waren auch Kowar
erwähnt, sogar KPD-Funktionäre. Da
nach einem Befehl Ministers kein
Kommando ohne seine Genehmigung
erlassen werden sollte, war meine Hand-
lung gegen Notverrat, da ich durch meine
Sabotagearbeit den Kommando unten spürte.
Bei Sabotagearbeiten meines Sabotagearbeit
sollte ein Todeskop oder Kommandant verurteilt

Die Charaktere meines Tugenden Buches
sind folgende: als eine kleine, schlaffe, junge
Personen:

3. Hermann, Hermann
wobulst Plu. H 58, Bornemann R. 24
- H. Haffling in Tarsenlaute.

4. Othe, KPD - Freyherren,
gibt letztes des Paradieses im
Kerker der Burg. Auf dem Tische
mit einem dacheligen 50-jährigen
jungen Volkswort vertrieben.
- H. Haffling in Tarsenlaute.

5. Hermann, Katalin
Münster, Kallmann (Kallmann)
Regent hat. Tarsenlaute mit
angeordnet. H. war Schreiber. Der
Tater. Tater waren. Tullasung
und Rittgilde mit einem Bunde.
H. hat auch noch Barockbau
an Tarsenlaute veranlaßt.

6. Kallmann, Charles,
Plu. H 5, Kallmann 47 war H.
H. war die Braut des Hafflinge
Holtz, der nach Tullasung
an Herzogenbrun mit Tullasung
einstiegen wurde. Es wurde 7. als
wegen Tullasung Tullasung.

7. Kallmann, Tullasung
Tullasung (H. Tullasung in Tullasung).

Kapitel der gestellten Maßnahmen habe
 in der Angelegenheit der Häftlinge Franken
 erstellt und in positiver Weise. Ferner habe
~~unter~~ den Häftlingen, die sich in Kz. gut gefühlt
 haben, auf meine Veranlassung Maßnahmen
 im Rahmen der Lagerordnung
 gewährt.

Mein Brief zum Häftlingsrat war da-
 rauf ausgerichtet, Häftlinge zu entlassen oder
 ihnen Haftbedingungen zu verschaffen.

Da ich wegen meiner Arbeitsmethoden (Vorge-
 hens. Tätigkeitsvorschläge) in großer Unzufrieden-
 heit dem Kommando Dr. Brandt. Der mich
 Offiziant hatte, habe ich im Jahr 1943
offiziell ein Versöhnungsgebot mit Anweisung
 polizei vorgelegt. Dieses Gebot wurde von
 Dr. Brandt mit entsprechenden Stellungnahme
 weitergeleitet und schließlich abgelehnt. Darauf-
 hin habe ich meine Verhandlung mit Referat
 IV A 6 (Leinwand) durchgeführt.

Das Referat IV A 6 befand sich in
 Theoriearbeit (Protokoll). Ich war als
 als Sachbearbeiter in der politischen
 Kunststoffstelle und habe die Seiten-
 befugnis, woran ich ausgiebig Gebrauch
 gemacht habe, und war in Funktion
 der Angelegenheit. Es handelte sich bei den
 angeführten Personen um politische
 Betrüger (KPD, SPD - Anhänger in Funktion).

Reaktionäre rufen. Bei aufregender Heller
wegen. Anwesenheit und Parteipolitik.
Sind meine Bestimmung. Habe
ich Wassergewinn zu guten Haltungen ver-
hilfen und somit Tabakage an Geld ge-
leistet.

Beweis: Ihre eigene Tätigkeit. Mein
meine damalige Hemmungen.
Margot Vichok geb. ~~Fischer~~ Sedler
wohnt in Rüdersdorf bei
Berlin, beständig erkrankt.

Der SS und dem SD habe ich mich
angeboten. Mitglied des NSDAP seit 1.12.33.

Da ich J.M. nicht am 11.11.47 ver-
lassen wollte, bezog ich mich auf
bestimmten Kommando in Berlin-
Wilmerdorf, Teubelmann Platz, und hat
eine Schutz und Hilfe. Sie wurde
noch erklärt, daß meine Schutz mit Hilfe
gewährt wird, falls ich freiwillig in
Führungslage bleibe. Seit dem
1.12.47 befinde ich mich in Führungslage.
In Teubelmann seit dem 1.12.47.

Karl Kogon

[L e b e n s l a u f .]

Nach meiner Schulentlassung im September 1909 war ich im Elternhause in der Landwirtschaft tätig und zwar bis zu meiner Einberufung zum Heeresdienst im Oktober 1913. Aus dem Heeresdienst wurde ich am 10.10.19 auf eigenen Wunsch entlassen, um in den Polizeidienst einzutreten.

Vom 11.10.19 bis 10.3.26 bei der Schutzpolizei in Königsberg/Pr. Entlassung auf eigenen Antrag, um für den Polizei-Verwaltungsdienst sich zu bewerben.

Bis zum 1.4.27 Versorgungsanwärter. Vom 1.4.27 bis 30.6.27 als Polizeiassistent bei der Polizeiverwaltung in Halberstadt tätig. Am 1.7.27 als Polizeisekretär a.Pr. zur Polizeiverwaltung Berlin einberufen. Nach gründlicher theoretischer und praktischer Ausbildung bei sämtlichen Abteilungen des Polizeipräsidiums wurde ich nach Ablegung der Fachprüfung am 1.7.28 als Staatsbeamter auf Lebenszeit angestellt. Vom 1.7.28 bis 1.7.29 als Sachbearbeiter im Strafbüro des Polizeiamts Lichtenberg tätig. Dann bis 1.3.33 in der Hauptregistratur der Abt. K (Kripo) des Polizeipräsidiums als Registrator.

Durch Verfügung des Polizeipräsidenten in Berlin wurde ich am 1.3.33 gegen meinen Willen zum Geheimen Staatspolizeiamt abgeordnet und später amtswegen versetzt. Auf meinen Einspruch gegen die zwangsweise Versetzung wurde mir erklärt, dass eine Rückversetzung zur Polizeiverwaltung Berlin nicht in Frage käme, da es an ausgebildeten Verwaltungsbeamten mangle.

Nach vorübergehender Beschäftigung in der Hauptregistratur war ich dann vom 1.8.33 bis 1.9.41 im Kulturreferat (später Kirchenreferat) als Sachbearbeiter tätig. Ich bearbeitete in der Hauptsache Sektenangelegenheiten. Zu meiner Tätigkeit gehörte auch die Auswertung der Stapoberichte, Fertigung von Tagesmeldungen und Tageberichte.

Da ich über meine zwangsweise Versetzung verärgert war, habe ich die staatspolizeilichen Anordnungen mit Erfolg sabotiert. Beispiele: Anträge der Stapostellen um Inschutzhaftnahme von Bibelforschern wurden nach Vortrag auf meinen Vorschlag von meinem Referenten Reg. Assessor Dr. Altenloh abgelehnt. Andere Berichte in gleichartigen Fällen wurden von mir einfach zu den Akten genommen.

Na! Na! haben ja
kommunisten
nicht
an mich
gehohten und nicht beantwortet. Anträge der Stapo um Auflösung von Sekten wurden mangels ausreichender Gründe abgelehnt und Berichtserstattung nach einigen Monaten angeordnet. Bereits von den Stapos festgenommene Personen wurden entlassen. Am 1.9.41 wurde ich auf Veranlassung des SS-Stubaf. Hartl (SD-Angehöriger) Gruppenleiter beim Amt IV, zum Schutzhaftreferat (IV D 1) strafversetzt, weil ich mich geweigert habe aus der Kirche auszutreten, obwohl ich mehrmals dazu aufgefordert wurde.

Im Schutzhaftreferat war ich vom 1.9.41 bis 31.10.43 als Sachbearbeiter der Buchstabengruppe A, H und O tätig. Alle Schutzhäftlinge dieser Buchstabengruppe, die in den Jahren 1941/43 entlassen wurden, haben ihre Freiheit auf meine Veranlassung erlangt. Da der Referent Oberregierungsrat Dr. Berndorff jede Haftentlassung grundsätzlich ablehnte, habe ich eigenmächtig Haftentlassungen angeordnet.

Beweis: Meine Stenotypistin Ursula Hadelmann, geb. Röwe, Hundsmühlen Oldenburg-Land 68 und
Polizeiobersekretär Helmut Jungnickel, Aufenthalt nicht bekannt. (Internierungslager ?)

können meine Angaben bestätigen. Jungnickel war mein Registrator und zuletzt in Prag tätig.

Unter den von mir zur Entlassung gekommenen Personen waren auch Kommunisten, sogar KPD-Funktionäre. Da nach einem Befehl Himmlers kein Kommunist ohne seine Zustimmung entlassen werden sollte, war meine Handlungsweise Hochverrat, da ich durch meine Sabotagearbeit den Kommunismus förderte. Bei Bekanntwerden meiner Sabotagearbeit drohte mir Todesstrafe oder Konzentrationslager. Zur Erhärtung meiner Angaben bitte ich folgende ehemalige Schutzhäftlinge zu vernehmen:

- 1) Henning, Hermann, Wohnhaft Bln. N 58, Brunnenstr. 24
- Kz-Häftling in Sachsenhausen -
- 2) Otte, KPD-Funktionär, jetzt Leiter des Bauamts in Neubrandenburg, Ehefrau wollte mit ihrem damaligen 10-jährigen Jungen Selbstmord verüben.
- KZ-Häftling in Sachsenhausen -
- 3) Hebermann, Natalie, Münster, Kellermannstr. 13
(Kz. Ravensbrück)

Heydrich hatte lebenslänglich Kz. angeordnet. H. war Sekretärin des Paters Muckermann. Entlassung nach Rücksprache mit einem Bruder des H. durch mich nach Berichtserstattung an Himmler veranlasst.

- 4) Asmus, Charlotte, Bln. - N. 4, Ackerstr. 47 Wohnhaft.
A. war die Braut des Häftlings Holtz, der nach Entlassung

aus Herzogenbusch zur Wehrmacht einberufen wurde.
Er wurde später wegen Fahnenflucht erschossen.

5) Hübscher, Emil, Wien (Kz. Dachau und Lublin)
XV, Hütteldorferstr.1.

Außer den geschilderten Haftentlassungen habe ich den Angehörigen der Häftlinge Sprecherlaubnis erteilt und sie positiv beraten.. Ferner wurden den Häftlingen, die sich im KZ. gut geführt haben, auf meine Veranlassung Hafterleichterungen im Rahmen der Lagerordnung gewährt.

Meine Arbeit im Schutzhaftreferat war darauf ausgerichtet, Häftlinge zu entlassen oder ihnen Hafterleichterungen zu verschaffen.

Da ich wegen meiner Arbeitsmethoden (Vorlage von Entlassungsvorschlägen in großer Anzahl) mit dem Referenten Dr. Berndorff dauernd Differenzen hatte, habe ich im Jahre 1943 letztmalig ein Versetzungsgesuch zur Ordnungspolizei vorgelegt. Dieses Gesuch wurde von Dr. Berndorff mit entsprechender Stellungnahme weitergereicht und schließlich abgelehnt. Daraufhin habe ich meine Versetzung zum Referat IV A 6 b (Leumund) durchgesetzt.

Das Referat IV A 6 b befand sich in Theresienstadt (Protektorat). Dort war ich als Sachbearbeiter in der politischen Auskunftsstelle und hatte die Zeichenbefugnis, wovon ich ausgiebig Gebrauch gemacht habe und zwar zu Gunsten der Angefragten. Es handelte sich bei den angefragten Personen um politisch Belastete (KPD, SPD.-Anhänger und Funktionäre) Reaktionäre usw. Die anfragenden Stellen waren Ministerien und Parteidienststellen. Durch meine Auskunftserteilung habe ich Nazigegegnern zu guten Stellungen verholfen und sonst Sabotagearbeit geleistet.

Beweis: Über meine Tätigkeit kann meine damalige Stenotypistin Margot Siebert geb. Zedler, wohnhaft in Rüdersdorf bei Berlin, Auskunft erteilen.

Der SS und dem SD habe ich nicht angehört. Mitglied der NSDAP seit 1.12.33. Ich bin arbeitsunfähig 1.12.33! vgl. Bl. 27

Da die GPU mich am 24.2.47 verhaften wollte, begab ich mich zur britischen Kommandantur in Berlin-Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz und bat um Schutz und Hilfe. Mir wurde dort erklärt, dass mir Schutz und Hilfe gewährt wird, falls ich freiwillig in Internierungshaft bleibe. Seit diesem Tage befinde ich mich in Internierungshaft. In Eselheide seit dem 1.4.1947.

gez: Richard Roggon.

G. 947/47

Gegenständig:

Anlage Richter, Saniere,
als Richter,
Protokollführer Bayken II,
als Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle.

In der Ermittlungssache
gegen den Internierten Richard Roggon
wegen Zugehörigkeit zu einer in
Münster für verbrecherisch erklärten
Organisation

erschien heute in dem Beweisaufnahme-
termin:

Frau Madelmann

Die Zeugin mit der Gegenstand der Untersuchung und der Person
des Beschuldigten bekannt gemacht, wurde wie folgt vernommen,
nämlich sie zur Wahrheit vernahmt und auf die Bedeutung des Eides
hingewiesen wird.

Ja

Ich heiße Ursula Madelmann geb. Röwe, Hundswälder Oldenburg-
Land 68. Nicht v. u. nicht versch. mit den Partisanen Kampf.

Von Mitte 1941 bis zum Herbst 1943 habe ich für den Beschuldig-
ten Roggon als Stenotypistin gearbeitet. Der Beschuldigte
war als Schreibhelfer im Schutzhaftlager. Der Beschuldigte
hatte die Schutzhaftanträge, die von der Staatspolizei dienst-
stellen einliefen, zu bearbeiten. Die Verantwortung für die
Schutzhaftanträge hatte der Dienststellenleiter Dr. Berdorf.
Der Beschuldigte bearbeitete auch andere Angelegenheiten der
Schutzhaftlinge, insbesondere auch Sprecherlaubnisse und Ent-
lassungen. Die Sammel-Erteilung der Sprecherlaubnisse und Haft-
entlassungen, zeichnete ebenfalls Dr. Berdorf verantwortlich.
Während meiner Tätigkeit bei dem Beschuldigten, gab der
Referent Dr. Berdorf eine Verfügung heraus, nach welcher die
Schreibhelfer für leichtere Fälle Zeichnungsbefugnis erhielten.
Auf Grund dieser Ermächtigung der Beschuldigte hat mehrfach
von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht, nämlich in der Zeit-
genössischen Misse, dass der Referent Dr. Berdorf daran Anstoß
genommen hat. Ich war bei den Besprechungen zwischen Dr. Ber-
dorf und dem Beschuldigten, in den diese Vorhaltungen erfolgt
sind, nicht zugegen; doch hat der Beschuldigte im
Anschluss an die Besprechungen davon erzählt. Ich habe mich
mit dem Beschuldigten mehrfach privat über das Schicksal der
Schutzhaftlinge unterhalten. Der Beschuldigte hat mehrfach
gesagt, dass doch viele der Festgenommenen, denen nur Kleinig-
keiten zur Last gelegt wurden, eigentlich noch unbeschuldig-
t in Haft sitzen. Der Referent Dr. Berdorf hat nicht grundsätzlich
Entlassungen abgelehnt, er hat auch mehrfach solche verfügt.
Ich habe während meiner Tätigkeit bei dem Beschuldigten fest-
gestellt, dass in seinem Dezernat mit den Buchstaben A, H u. O
mehr Entlassungen erfolgten, als in dem Dezernat des Buchstaben
K, in den ich später tätig war. Es gab bestimmte Fälle, deren
Bearbeitung Dr. Berdorf sich selbst vorbehalten hatte. Auch
in diesen Fällen hat der Beschuldigte zu Teil Sprecherlaubnis-
ermächtigung, die ich oben erwähnte, die Haftentlassung vor-
genommen. Auf einem Kameradschaftsabend kamen wir auf die
Konzentrationslager zu sprechen. Ich äußerte den Wunsch,
einmal ein Lager zu sehen. Darauf äußerte der Beschuldigte,
"das ist nichts für Frauen, ich selbst habe allerdings auch
noch keines gesehen. Es ist beabsichtigt, dass wir eine besich-
tigen sollen."

Ich habe verschiedentlich aus den Akten ersahen, dass für weibliche Gefangene Stockhiebe verhängt wurden. Ich habe daraufhin den Beschuldigten gefragt, ob er müsste, wie das von-Statuten angeordnet ist, die Frauen bekämen einen Kettel an und müssten sich auf einen Stein legen. Stockhiebe bei Frauen wurden im allgemeinen verhängt wegen Geschlechtsverkehr mit Ausländern. Aus den Akten habe ich mehrfach gesehen, dass Exekutionen von Häftlingen stattgefunden haben. Es waren Bilder in den Akten, auf denen der Richtplatz gezeigt wurde und auch Bilder von der Exekution selbst, z.B. am Baum oder am Galgen hängende Polen. Durch unsere Dienststelle liefen Todesnachrichten über die Häftlinge von den KZ Lagern und zwar mit Angabe der Todesursache. Meistens wurde als Todesursache Magen- u. Darmkatharr angegeben. Ob unter den auf Verantportung des Beschuldigten Entlassenen KPD Funktionäre waren, kann ich nicht sagen, es kann möglich sein.

vorgel. genehm. untersch.

W. Stadelmann

Die Zeugin wurde beeidigt.

Sunder

Myr

Anklagebehörde bei dem Spruchgericht in Bielefeld	
Empf. 10. Sep. 1947	Anf.

Gelinkt zurück

in den öffentlichen Ankläger beim Spruchgericht

Bielefeld

Gerichtsstrasse 4

nach Erfüllung des dortigen Ersehens.

Oldenburg, den 5. Sept. 1947.

Amtspruch, Abt. 3.

Sunder

Der öffentliche Ankläger
bei dem Spruchgericht
Bielefeld

33
Bielefeld, den 26. September 1947
Gerichtstr. 4

- 4 Sp.Js. 540/47

Ich erhebe Anklage

gegen den

Zivilinternierten Richard R o g g o n ,
geb. am 17.1.1895 in Griesen Krs. Oletzko, wohnhaft in Berlin-Weissen-
see, Heinersdorferstr. 12, evangelisch, nicht vorbestraft, z.Zt. Lager
Isolheide,
auf Grund des Nürnberger Urteils.

Ich beschuldige ihn, nach dem 1. September 1939

der Geheimen Staatspolizei

als Mitglied angehört zu haben, obwohl er wusste, daß die vorgenannte
Organisation für die Begehung von Handlungen benutzt wurde, die durch
Art. 6 der Satzung des Internationalen Militärgerichts für verbroche-
nisch erklärt worden sind.

Strafbar nach Ordinance 69 in Verbindung mit dem Nürnberger Urteil
und dem Kontrollratsgesetz Nr. 10.

Beweismittel: 1.) Eigene Angaben des Angeschuldigten
2.) Eidliche Aussagen der Zeugen:
a) Frau Stadelmann, Oldenburg,
b) Frau Margot Siebert, Rüdersdorf b/Berlin,
Gartenstr. 2.
3.) Beweisdokument G.J. 65, 66.

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen:

I.

Der Angeschuldigte war nach seiner Schulentlassung im September 1909
bis zu seiner Einberufung zum Heeresdienst im Oktober 1930 in der el-
terlichen Landwirtschaft tätig.

Aus dem Heeresdienst schied er am 10.10. 1919 auf eigenen Wunsch aus,
um anschließend bei der Schutzpolizei in Königsberg/Pr. tätig zu sein.

In

Im Jahre 1926 bewarb er sich für den Polizeiverwaltungsdienst und schied aus der Schutzpolizei aus. Er war dann bis zum 1.4.1927 Versorgungsanwärter und kam dann bis zum 30.6.1927 als Polizei-Assistent zur Polizeiverwaltung in Halberstadt.

Am 1.7.1927 wurde er als Polizei-Sekretär auf Probe zur Polizeiverwaltung Berlin einberufen. Nach Ablegung der Fachprüfung wurde er am 1.7.1928 auf Lebenszeit angestellt und war bis 1.7.1929 als Sachbearbeiter im Strafbüro des Polizeiamtes Lichtenberg tätig. Anschließend arbeitete er bis zum 1.3.1933 in der Hauptregistratur der Abteilung "K" (Kripo) des Polizeipräsidiums als Registrator.

Am 1.3.1933 wurde er zum Geheimen Staatspolizeiamt, dem späteren Reichssicherheitshauptamt, abgeordnet und später versetzt.

Nach vorübergehender Beschäftigung in der Hauptregistratur war er von 1.8.1933 - 1.9.1941 im Kulturreferat (später Kirchenreferat) als Sachbearbeiter tätig. Er bearbeitete in der Hauptsache Sekten-Angelegenheiten. Zu seiner Tätigkeit gehörte ferner die Auswertung von Stapo-berichten, Fertigung von Tagesmeldungen und Lageberichten. Anschließend war der Angeschuldigte bis zum 31.10.1943 als Sachbearbeiter der Buchstabengruppe AHO tätig. Er hatte hier die Schutzhaftanträge zu bearbeiten, die von den Dienststellen der Gestapo einliefen. Während zunächst die Verantwortung für die Schutzhaftanträge der Dienststellenleiter Dr. Berndorff hatte, wurde später den Sachbearbeitern für leichtere Fälle eigene Zeichnungsbefugnis verliehen. Diese Zeichnungsbefugnis erstreckte sich auch auf andere Angelegenheiten der Schutzhäftlinge, insbesondere auch auf Entlassung und die Verteilung von Sprecherlaubnissen und Gewährung von Hafterleichterungen im Rahmen der Lagerordnung, wofür der Angeschuldigte zuständig war.

Im Jahre 1943 kam der Angeschuldigte zu der Abteilung "Leumund" (IV 2 6 b). Die Dienststelle dieses Referats befand sich in Theresienstadt und zwar lag sie direkt neben dem Ghetto, weil bekannt war, daß die Ghettos nicht bombardiert wurden.

Von 1945 bis Febr. 1947 wurde der Angeschuldigte von der GPU mehrmals verhaftet. Bei seiner letzten Festnahme wurde ihm befohlen, innerhalb einer Frist von 2 Tagen sämtliche Gestapo- und Kripobeamteten zu melden, die Agenten beschäftigt hätten. Zu seinem eigenen persönlichen Schutz meldete sich der Angeschuldigte bei der britischen Kommandantur und wurde hier festgenommen.

Auf Grund seiner Tätigkeit als Sachbearbeiter, zum Teil mit eigener Zeichnungsbefugnis, im Schutzhaftreferat des Reichssicherheitshauptamtes, wußte der Angeschuldigte genauestens über die verbrecherischen Praktiken der Verhängung der Schutzhaft Bescheid. Im war bekannt, daß aus politischen, rassischen oder religiösen Gesichtspunkten mißliebiger Gegner zur Kaltstellung mit der stereotypen Begründung "wegen staatsabträglichen Verhalten" in die Kz.-Lager eingewiesen wurden. Die vorgelegten Anträge der Dienststellen der Staatspolizei wurden vielfach ohne jegliche Vernehmungsniederschrift des Einzuweisenden vorgelegt. Des weiteren wurden Häftlinge, die eine gerichtliche Strafe wegen politischer Vergehen erhalten ^{hatten}, nach Abbußung der vom Gericht erkannten Strafe ohne weiteres in ein Kz.-Lager überführt, dasselbe geschah mit Juden oder Polen.

Der Angeschuldigte wußte weiter um die restlose Einweisung der Bibelforscher und Zigeuner, die keine andere "Schuld" auf sich geladen hatten, als daß sie Angehörige einer bestimmten Sekte bzw. Rasse waren.

Neben der Tatsache der willkürlichen Einweisung zur Kaltstellung mißliebiger Personen hatte der Angeschuldigte in ganz erheblichen Ausmaß Kenntnis von den Zuständen in den Kz.-Lagern. Der Angeschuldigte kannte die Lagerordnung in den Kz.-Lagern, wonach für die meisten Verstöße unmenschliche Strafen wie Stockschläge oder gar Erschießen oder Erhängen angedroht waren. Der Angeschuldigte wußte weiter, daß in diesen Lagern Exekutionen vorgenommen wurden und daß auf Anordnung des Reichsführers SS Insassen erschossen wurden. Er wußte des weiteren, daß ein größerer Teil der Insassen dadurch ums Leben kamen, daß sie angeblich auf der Flucht erschossen wurden. Aus der Anzahl dieser Todesmeldungen mußte der Angeschuldigte ohne weiteres schließen, daß es sich hier um organisierte Tötungen handelte. Im übrigen erkannte der Angeschuldigte überhaupt aus den bei ihm eingehenden Todesanzeigen, daß die Sterblichkeitsziffer anormal hoch lag, Dazu kommt, daß dem Angeschuldigten selbst aufgefallen ist, daß in dem Lager Auschwitz, das, wie dem Angeschuldigten bekannt war, zur Stufe II gehörte und daß in dem Vernichtungslager Mauthausen (Stufe III) die Sterblichkeitsziffer doppelt so hoch war, als in dem Kz.-Lager Sachsenhausen (Stufe I). Der Angeschuldigte erklärt diese hohe Sterblichkeitsziffer in den Lagern der Stufe II und III als Folge der langen Haft und der schweren Arbeit.

Der Angeschuldigte wußte auf Grund der Aktenunterlagen genau, daß ein großer Teil dieser Personen exekutiert war. Waren bei vielen Akten

doch Bilder, die den Richtplatz und die eigentliche Exekution zeigte. Die vielfach verfügt Stockhiebe waren zum Teil auch in den Akten aktenkundig gemacht und ergab sich sogar aus diesen Vermerken, daß Stockhiebe auch häufig gegen weibliche Gefangene verfügt wurden.

Der Angeschuldigte hatte auch in erheblichem Maße Kenntnis von der Verfolgung der Juden aus rassistischen Gesichtspunkten. Er wußte von ihrer Verschleppung zum Osten, von ihrer Zusammenziehung in Ghettos und von ihrer teilweisen Liquidierung. Er wußte von ihrer Einweisung in die Kz.-Lager lediglich aus rassistischen Gesichtspunkten, daß sie z.B. nach Verbüßung einer gerichtlichen Strafe, nur weil sie Juden waren, anschließend in Kz.-Lager gebracht wurden. Er kannte auch das System der Kz.-Lager zur allmählichen Vernichtung der dort einsitzenden Juden.

Der Angeschuldigte hat ferner gewußt, daß die Gestapo das Recht hatte, in gewissen Fällen eine verschärfte Vernehmung durchzuführen. Er hat auch von der bei der Gestapo allgemein bekannten Tatsache, daß zur Erzwingung von Geständnissen geschlagen wurde auf Grund seiner Tätigkeit im RSHA erfahren.

Als Sachbearbeiter der Schutzhaftabteilung waren ihm auch die Richtlinien für die Behandlung der fremdländischen Arbeiter bekannt. Er bekam ja die Anträge auf Einweisung derselben wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin. Er kannte somit die Richtlinien der allg. Weisung Erlaßsammlung vom 20.2.1942. Er wußte ferner, daß auf Grund dieser Richtlinien auch Exekutionen von Fremdarbeitern wegen bestimmter Verstöße erfolgten. Es ist unerheblich ob der Angeschuldigte gewußt hat, daß ein Teil dieser Fremdarbeiter gezwungen in Deutschland arbeitete. Jedenfalls kannte er die Richtlinien über die Behandlung der fremdländischen Arbeiter und ersah aus diesen, daß die Arbeit der Ausländer einen Zwangscharakter trug, daß die Fremdarbeiter der ordentlichen Gerichtsbarkeit entzogen waren, daß für geringe Verstöße staatspolizeiliche Maßnahmen verhängt wurden, die in keinem Verhältnis zu der Schwere des Verstoßes standen und gegen die es kein Rechtsmittel gab.

Dieser Sachverhalt ergibt sich eindeutig aus der eigenen Einlassung des Angeschuldigten und den eidlichen Aussagen der Zeugen Stadelmann und Siebert.

III.

Zwar
Der Angeschuldigte, der nachweislich manche Härten gegenüber den Häftlingen abzubiegen versucht hat und auch tatsächlich abgebrochen hat, ist

somit im Sinne der Anklage überführt.

Seine Rechtsausführungen, er falle nicht unter das Nürnberger Urteil, da er im Jahre 1934 ohne seinen Willen zum Geheimen Staatspolizeiamt versetzt worden sei, sind unerheblich, da nach seinen eigenen Ausführungen lediglich ein Berufsnotstand vorliegen könnte, der keine schuldausschließende Wirkung hat.

Ich beantrage,

Hauptverhandlungstermin anzuberaumen und
dem Angeeschuldigten einen Pflichtverteidiger
beizuzuordnen.

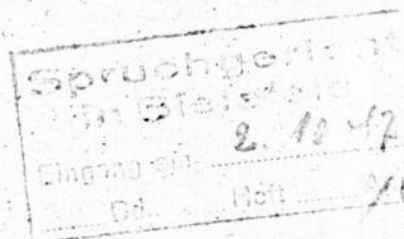
Müller

4. 10. 42

An den

Herrn Vorsitzenden beim
Spruchgericht

in Bielefeld.



M. T. Allen Washob

Hovest.

Page 2

Wider Willige. Erklärung.

Für May bei der Spinnkammer Stelle ist im vollsten Bewußtsein der Bedeutung einer erstklassigen Erklärung folgende Forderung für Herrn Richard Roggenmacher gemacht worden: Forderung an:

Er habe Herrn Roggows herausgefunden, als ich
Anfang Ende 1935 oder Anfang 1936 einige
Monate im Geheimen Staatspolizeiamt in
Berlin im Stützgebiet für Hochpolitik in der
Abteilung, welche religiöse Sekten tätig war.
Roggow, der meiner Erinnerung nach damals
Polizeiinspektor war, war mir als Sachbearbeiter
unterstellt. Er habe auch Roggow als gestandenen
Beamten der alten Schule erkannt. Er
war völlig unpolitisch eingestellt und erfüllte
lediglich in korrekter Weise seine Beamten-
pflichten.

Der Lauf eines Gepräutes während dieser Zeit

Robert H.

Julian 3

Mr. Cecil Berndt
Rt. 1120 11 E - 3. S. 4. S.

Fellingborkel, den 3. No. 1847

Erlos der Werke Erklärung

Es ist dem Bewußtsein in der Bedeutung einer eideschaffenen
Erklärung gewissermaßen für Herrn Reg. Ob-Just. Richard Poggen
zu belegen bei der Spruchkammer wahrheitsgemäß am Eides-
schw.

So dem Ritzingen, in dem sich das Militärtribunal in dem
Hochscholende Hegel's - Brangell's 6 befindet, d. h. also in
der seit wiewelen dem, Frühjahr 1942 und Herbst 1943 hat der
Keg. O. Prof. Richard Koggon, der ein damaligen Zeit Schrift-
beurteiler in dem von mir geleiteten Militärtribunal
war, wie ich nicht genau besinne, ein Gericht um
Vernehmung zur Ordnungspolizei angelegt. Als habe der
Vernehmungsgesamt damals befürworfend an den Buchstaben
V - Truppenführer Müller - weitergegeben. Die Gründe,
die Herr Koggon für seine Vernehmung zur Ordnungspolizei
geltend gemacht hat, sind mir bereit allerdings
nicht gegenwärtig. Das Gericht ist jedoch abgelehnt
worden.

per. W. Emil Bernhoff

Vorstandende Naturforsch. des Ob. Rh. - u. Grenz. Geb. St.
Bernsdorff

Gersdorff

unserer Zusammenarbeit äußerte Roggen. mir
gegenüber dem Wunsch, in einer Baumbehörde
wiederzukommen.

Königsberg, den 12. Dezember 1947
ges. Hr. Wilhelm Altmann

Für die vorstehende Arbeit wird der mir zur Ver-
fügung stehende Material vollständig übereinstimmend, wird
hiermit beglaubigt.

Esellecke, den 27. Dezember 1947

Leiter der Vertriebsabteilung B - F. C. F. C.

Compound  Feldweg

wurde heute vor mir eigenhändig vollzogen.

Köllingbohl, den 3. Nov. 1947

Siegel
Nr. 1947

ges. Zukerbrunn
Landgerichtsleiter und Leiter des Vertriebs-
amtes.

Für die vorstehende Arbeit wird der mir zur Verfügung
stehende Material vollständig übereinstimmend, wird hiermit be-
glaubigt.

Esellecke, den 27. Dezember 1947

Leiter der Vertriebsabteilung B - F. C. F. C.

Compound  Feldweg

Abklopf.

Anlage 4

Haus Rieper, Regierungsrat
Lg. Nr. 11 20 08 - E
3. 8. 7. 8.

Fallingbostal, den 4. November 1947

Eidesstattliche Erklärung!

Für Anlage bei der Spruchkammer stelle ich im vollen
Bewußtsein der Bedeutung einer eidesstattlichen Erklärung
folgende Niederschrift für Herrn Regierungs-Überinspektor
Ritard Roggorn wahrheitsgemäß an eidesstatt aus.
Ab 1. 5. 42 bis zur Kapitulation war ich Leiter der Geschäfts-
stelle II im Amt II des Reichsicherheitshauptamtes in
Berlin; vorher war ich mehrere Jahre Vertreter des Leiters
der Geschäftsstelle II. In dieser Geschäftsstelle wurden die
Personalangelegenheiten der Angehörigen des Amtes
II bearbeitet. Ich kann mich daran erinnern,
daß von dem Regierungs-Überinspektor Ritard Roggorn,
der aus Amt II abgelöste, nach dem 1. 5. 42 ein Gesuch
um Versetzung zur Ordnungspolizei vorgelegt worden
ist. Dieses Gesuch wurde an das Amt I (Personalamt)

der Regierung Rechtsmittelbestellungsantrages weitergegeben,
was dort aber abgelehnt; wahrscheinlich deswegen,
weil von der Führungspolizei ein Ersatzbeamter
nicht gestellt worden konnte. Die Gründe, die
Büggow zu dem Versicherungsspruch veranlassen,
sind mir nicht mehr einsehlich.

gez. Hans Pieper

Vorstehende Information wurde heute von Herrn Re-
gierungsrat Hans Pieper vor mir eigenhändig vorgelesen.

Hillingbold, den 5. November 1947.

gez. Autemont

Landgerichtsdirktor und Leiter der
Rechtsanwaltschaft.

Siegel:
11. 1934



Vorstehende Kopie mit der mir vorgelegten Kopie
übereinstimmend, wird hiermit beglaubigt.

Hillingbold, den 27. November 1947

Leiter der Rechtsabteilung B-F. G. F. G.

Comp. A.

J. Wülf

Öffentliche Sitzung
des Spruchgerichts

15. Spruchkammer
(15) 4. Sp. Nr. 1081/47

Gegenwärtig:

Landgerichtsrat Bernhardt

als Vorsitzender,

Walter Fritz Kochbeck, Niederjöllentisch,
Heiterling Heinrich Pöhlmann, Hagen 10

als Beisitzer (Präsident)

Staatsanwalt Pieperhöcker

als öffentlicher Ankläger

Justizsekretär Pörmann

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

*Winkler mit Alben
den Herrn Leiter der Staatsanwaltschaft
beim Spruchgericht Bielefeld*

*mit der Bitte um weitere
Hörten lassen, besonders dem
Herrn Präsident von 4. 12. 47.*

Bielefeld den 9/12 47.

Spruchgericht Spruchkammer

Bernhardt

Bielefeld, den 10. Dec. 1947
des Anklagegerichts

Bielefeld, den 4. Dezember 1947

Spruchgerichtsverfahren

gegen den Zivilinternierten, früheren
Polizei-Oberinspektor Richard Röggen,
geb. am 17. 1. 95 in Griesen Kreis
Ostpreußen bei Grimbinnen, wohnhaft in
Berlin-Weissensee, Heinersdorferstr. 12,
verh., evangel., nicht bestraft, deutscher
Reichsangehöriger seit dem 24. 2. 47
in Haft, seit dem 1. 4. 47
in Internierungshaft in Bielefeld,
Int. Nr. 700437, wegen Zugehörigkeit
zum Gestapo als Polizei-Oberinspektor.

Beim Aufruf der Sache erschien der Angeklagte,

— vorgeführt aus der Internierungshaft — für

als Verteidiger meldete sich R. A.

Parmier, Bielefeld, R. A. Kühn mit
Unterschiedsmaß.

— Die Verhandlung begann mit dem Aufruf der Sache.

— Zeug — und Sachverständigen — — Es meldete

sich:

Die geladenen Brüder Holz sind
Hennig waren nicht erschienen.
Es wurde festgestellt, dass die Brüder
Holz wegen ihrer hohen Alter sind die
Brüder Hennig wegen Krankheit von
dem Erscheinen in der Hauptverhandlung
entbunden sind.

~~D~~ Zeug wurde mit dem Gegenstande der Untersuchung und der Person der Angeklagten bekannt gemacht. Er - Sie - wurde sodann zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß er - sie - seine - ihre - Aussage zu beeidigen habe - hätten -, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. De Zeug wurde ferner auf die Bedeutung des Eides und auf die Strafbarkeit einer falschen uneidlichen Aussage sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung solcher Fragen beziehe, die der Zeug über seine - ihre - Person und die sonst im § 68 der Strafprozeßordnung vorgesehenen Umstände vorgelegt würden.

~~D~~ Zeug entfernte sich darauf aus dem Sitzungssaal.

Der Angeklagte, über die persönlichen Verhältnisse vernommen, gab an:

dasselbe wie Blatt 3 der Akten.

Die Einklagensurteile Bl. 33 der Akten vom 26.9.1947
würde vorsehen.

Der Angeklagte wurde befragt, ob er etwas auf die Beschuldigung erwidern wolle, er erklärte übereinstimmend mit Bl. 6-8 der Akten über seine politischen Verdrängung, die Gegenstand der mündlichen Vernehmung waren. Sodann erklärte er zu Punkt im Wesentlichen mit Bl. 4 und 5 der Akten, die ebenfalls Gegenstand der mündlichen Vernehmung waren. Ferner erklärte er: Da NSDAP gehörte ich seit dem 1.12.33 an, bis dahin habe ich mich im Jahr 1932. Im Parteibuch stand als

Leistungsdatum des 1. 12. 33, auf der roten Karte des 1. 12. 32. Dies würde auf der Parteidiarstellung gesagt, das Parteibuch wäre massgebend.

Im Kinderrecht Late ist selten bearbeitet. Die Tätigkeit richtet sich gegen die Eltern, die verboten waren, ^{oder deren Verbot umgekehrt wurde} trotzdem weiter arbeiten, so vor allem gegen die Rikhsfrauen, die dem Wehrdienst verweigerten. Es müsste die Berichte der Staatspolizei auswerten, über den von mir geforderten Bericht entscheidet der zuständige Referent, so z. B. ob eine Stelle aufgrund der eingegangenen Meldungen aufzufüllen war oder nicht.

Die Tagesmeldungen würden vom jungen Reichsgebiet zusammengefasst über die allgemeine Lage bzgl. Eltern, Kommunisten usw. Die Meldungen gingen unter der Überschrift „Informationen“ an alle Stabsstellen. Eine Meldung über das Verhalten des Kindes hinsichtlich der nationalsozialistischen Lage würden bei mir eingereicht und an den Minister Rat weitergegeben. Die betreffenden Eltern, die sich von der Pflicht entziehen gegen diese Lage stellen, würden dann bestraft und zwar mit zeitweisem Reiseverbot. Versuchen sie eine andere Stelle, namentlich Verleumdung. Gedenksache des Kindes?

Elitzluftreferat: Hierin würde ich strafversteht, weil ich nicht möglich, um das Kind auszufragen. Dieses Referat würde allgemein als „Kindermissstände“ von dem Beamten bezeichnet. Hierherüber ist unter Dr. Brandt die Karte G. H. und O. Meier vollständig bekannt. Wenn bei Verleumdung der Elitzluft den Bericht der Stabs zu prüfen. Es würde z. B. jemand aufpassen, der gegen Hitler beleidigende Äußerungen

Letzte. Wenn würde die Schutzhaft verhängt je nach Verfügung der Referenden.
Das entsprechende Formular würde dann eingefüllt, z. B.: 3 Monate,
bis auf weiteres. Die Letzten würden dann spätestens nach 3 Monaten
vorgelagt. Die Schutzhaftverfügungen müssten von Heydorn selbst unterschrieben
werden, es kann sein, dass dazu später ein „fac-simile“-Stempel benutzt
werden ist.

Vermutungen liegen den Letzten nicht bei, wenn die Lage des Vermeint
"geständig" gemacht hatte. Sonst liegen die Vermutungen bei.

Schutzhaft würde ein allgemeines auf unbeschränkte Zeit verhängt. Nach 3
Monaten würde vom Lager ein Bericht angefordert. Die meisten Gerichte
lauteten: „zu Entlassung nicht reif.“ Das ging dann so weiter. Die
Entlassung lag letzten Endes in Händen der Lagerleiter, die ein In-
teresse daran hatten, die Leute dort festzuhalten.

In dem jüdischen Holz, das immer selbst beibringt würde, stellte ich
dem Kommandanten des Lagers eine jüdische, indem ich anfragte, ob Holz
dort ansteht, welche Arbeit es verrichte und ob es eine Verbreiterstellung
habe, wie mir Frau H. gesagt hatte. Ich bekam daraufhin dann die Ant-
wort vom Lagerleiter, dass H. den gesamten Arbeitskreis habe. Die Be-
gehrung hatte also offensichtlich in dem ^{früheren} Thierbacher Unwahrheit ge-
stritten.

Meine selbständige Bearbeitung lautet dann, dass es in Schutzhaft-
fällen Hinweise, Anforderung von Urkunden, die Formulare aus

stellt geistliche Herrschaft. Erst beklagenswerdigen, wenn sie
von Himmels, Hephäst und vom ^{Amph} Chef ^{iv} ergründet waren, Himmels
ist unkonstruktiv. Von mir aus habe ich dann selbständig be-
klagenswerdigen unterscheiden, dabei auch den Kopf nicht.

Gepirgelt werden die Leute nur, wenn die Anwendung von Himmels
erzogen. Erst Himmels man das nicht erfahren. Dass der Lager Himmels-
dient Kopf hingewiesen worden ist, habe ich erst durch die Verbindung
des ^{und der Kriege} Himmels erfahren. Dass die Prügelschule in gewissen Fällen von
Himmels ergründet war, ist mir bekannt. Der Name in den
Fällen, wenn deutlich Frauen mit Polen in diesem Verstand geliebt
hätten. Eindeutige Prügelschulen sind mir nicht bekannt. Von mir
sind keine Beispiele in dieser Hinsicht ergangen.

Die Bedeutung „Sonderbehandlung“ ist mir bekannt. Bei Männern
sind mir Prügelschulen nicht bekannt geworden. Von mir sind keine
solchen ergründet worden, auch von anderen Dienststellen ist mir das
nicht bekannt. Ich habe keine Verantwortung das zu verschweigen, aber
wie mirinnen bitten mir das bestimmt nicht zu verschweigen. Mir ist
mir aus den Polenakten bekannt, dass Himmels bei Himmels-
stellung deutlich Frauen mit Polen mit Himmels auf den Akten
der ^{der Frauen} Himmels: bei Himmels 10 Himmels.

15-3 Dass unter „Sonderbehandlung“ Erhängen zu verstehen war, ist mir

uns um den Festhaltungsverkehr. fällen bekannt. Andere fälle sind
uns nicht bekannt geworden. Ist keine uns fällen auf dem
Schutzhaftreferat. Die Polnische verbleibt bei der Schutzhaftstelle, bei der
fällt dringepflicht war. In diesen Polnischen waren ~~die~~ ^{die} ~~Empfänger~~
von dem Festhalten.

Bei den vorer genannten Personen stand mitunter erst:
Keine nicht entlassen werden, mit es eine disziplinäre Strafe
erhalten werden müsste.

Die Prügelstrafe wie auch die Sonderbehandlung late ist verboten,
kann aber nicht daran ändern.

Personen, die einer Strafe verurteilt hatten, wurden nicht Verurteilung
deshalb von der Festung übernommen sind nicht in Schutzhaft ge-
halten, ^{wenn} ~~und~~ angenommen war, dass sie die Festung nicht mehr
staatsfeindlich verhalten würden.

Wegweisung. Weisungen erfolgen durch das Amt V, damit keine
mit nicht zu sein, falls von solchen fällen nicht, nicht gelöst.

Die jüdischen im November 1938 war allgemein bekannt. Von
Festnahmen von jüden ist uns nicht bekannt. Was ist nicht be-
kannt, dass jüden nur wegen ihres Rasse im K.Z. kamen. Seit
einer uns bekannt gewordenen Statistik waren nur 140000 In-
sassen im K.Z. liegen. Ist nicht nicht, dass allein 200000 Franzosen
eingekerkert sind. In jedem Falle keine ein Anlass zu dem

Erkenn. Die Sterblichkeitsziffer war nicht ungewöhnlich. In Antarktis
und Meerküsten war diese allerdings höher. In jeder Volkszählung
war die Todesursache angegeben. In den letzten Zählungen z. B. Meerküsten
war waren Steinbruch-Arbeiten, auf diese Arbeiten führt es die erhöhte
Sterblichkeit zurück. Auch waren dort Fleckfieberfälle. Von Verbrennungen
habe ich nicht erfahren.

Ich kann mich nicht entsinnen, dass ich zu Frau Stadelmann
gesagt habe, als sie ein K. z. sehen wollte, dass wäre nichts für
Frauen.

Von ^{Stadelmann} Stadelmann auf die Erde ist mir nur ein Fall aus dem letzten
bekannt geworden. In den Bedingungen habe ich gelesen, dass auf An-
ordnung Himmler das nicht der Fall sein würde.

Die Arbeitszeitung lag jetzt nur nicht an.

Arbeitsabgabe lag vor, wenn jemand Arbeitsmaschinen beschädigt hat.
Oder wenn jemand trotz Verwarnung von der Arbeit wegläuft, Krank-
heit vorheißt, die nicht vorliegt.

Seine ganzgesehene Einstellung von freundschaftlichen ist mir nicht be-
kannt.

Jüdenverfolgung: Der Tragen der Jüdensteuer war mir bekannt,
auch dass sie körperlich arbeiten müssten, war mir bekannt. Von
dem Abtransport der Jüden aus Berlin in den Jahren 92 und 93 ist
mir nicht bekannt geworden. Ich habe mich für die Jüden nicht

interessiert. In meinem Wohnort wohnen keine Juden.

Auf Lebenszeit ist niemand in ein K.Z. eingewiesen worden, nur immer
"bis auf weiteres".

Vorstufige Vernehmung: Von diesem Bedenke late ist zum ersten Mal
bei der Vernehmung durch den Staatsanwalt in Berlin gehört.

Vom Angeklagten würden die Bedenke G. 41, 49, 136 vorgelesen.

Dass er vorstufige Vernehmung gab, late ist gewiss. Die Art dieser Vernehmung war mir nicht bekannt. Ich late jedoch, dass diese mit Herkunftsfragen zusammenhängt.

Referat Lärminnen: Hier würden politische Ereignisse erzählt. Es war eine Zentrale für den jungen Reich. Dring. Fr. würde ein Bericht über örtlichen Lagepunkte angefordert und dementsprechend verwendet. Hier late ist volle Mitwirkungsbeziehung. Hier war in der 26. 4. 45. Von dem Entschieden bekannt ist den Außenministerium, bis 30. 5. 45 das Land zu verlassen. Ich late dann mit mir für mich die Vorleser zu lassen und ging wieder nach Berlin. Hier late ist v. 8. 6. 45 - 23. 2. 47 als Arbeiter zu arbeiten. Am 10. 7. 45 wurde ich zum 1. Mal von der G.P.U. verhaftet. Das geschah dann noch 11 mal. Am 10. 7. 45 wurde ich vor die Wahl gestellt, entweder Internierungslager oder Arbeit für die G.P.U. Meine Mitwirkungsbeziehung der Bevölkerung zu Roten Armee ist zu G.P.U. mehren. Unter anderem wurde ich als gefangener Krieger in der Gefangenenlager Rindowhof gestellt, um 11. Oktober als Interpolente zu werden. Das Ergebnis war negativ. Dann wurde ich wieder gelost, um Agenten einzuführen, die ich befragt

haben sollte. Der mississipi Hauptmann sollte mir nicht
geschieken, dass ich als Verwaltung kammer sollte nicht beauftragt
habe. Ich würde mich handhaben und sollte, es würde mir nicht
gehen, wenn ich ihm keine Karte einreiche. Ich gab dem an, ich
würde diese erst am nächsten Tag beschaffen. Würde daraufhin
eins freigelassen und ging zum engl. Kommandanten, um dort
eventuell Schutz zu finden. Dort würde mir gesagt, diesem
Schutz könne ich mich finden, wenn ich mich in Schutzhaft be-
gibt. Habe mich somit dem in dem amerik. Gebiet gestellt
und habe dem während mein Schutzhaft hin beigefügt dass
ich englischen Diensten gearbeitet. Am 1.4.47 kam ich dann
in eine Lage Besuche, während ich mich vom 23.2.47 ^{an} ~~heute~~
befand.

6 mal habe ich versucht, von der Gestapo fortzukommen, mit
mir der Genoss gegen politische andere Deutsche zu wider war.
Dieser gescheit in dem Jahr 1933, 34 nach der Röhm - Angelegenheit,
36, 38, 39 bemühte ich mich, zum Wohnort zu kommen, um
von der Gestapo fortzukommen. Ferner nach dem Jahr 1943.

Es war immer erfolglos. Ich war länger verurteilt, und habe
nach Möglichkeit die Anordnungen der Gestapo sabotiert. Habe auch

Leisrängen auf eigene Kasse drückgeführt sind zwar in 148 fällen.
Nur diese fälle sind in einem Verzeichnis notiert, das Brief aber noch nicht
von mir frei erhalten. Die Einsprüche der übrigen fängestück sind in
einer nicht feststellten können. Es soll auch in einem Inventarverzeichnis
sein.

Der Schriftsatz der Angeklagten vom 15.10.47 ist nicht gut dem Be-
richterkennen weitergestellt worden.

Die Punkte der Beweisführung werden nämlich
folgende Schriftstücke verloren:

- nicht. Einsprüche der Stadtkommune vor dem Landgericht Oldenburg v. 3.9.47 - Bl. 19,
- nicht. Einsprüche der Siebert vor dem A.G. Rindendorf v. 12.9.47 - Bl. 31 -
- Erklärung der Hermann Henning vom 19.5.47 - Bl. 19 -
- Erklärung der Charlotte Cassinier v. 5.6.46 - Bl. 20 d. A.

Auf Befragen des Anklagenvertreters: dem Henning war in seinem Bericht
vom Ley-Herrmannsmandanten ein gutes Zeugnis eingestellt worden.

Bei der Erklärung Cassinier sagt ist, dass, wie es sehr genau lichte,
Hof eine Vertretungsstellung im Ley hatte, obwohl der ^{in dem} Bericht nicht
berücksichtigt war. Von dem ^{Wahrscheinlich} ~~Legation~~ mannte ist dem Landgericht Bericht
Es wurde ein neuer Bericht angefordert, der gut ersichtlich. Es sei
ein Indizium gewesen. Dürft mein Nachhilfe kann Hof dem
frei.

Genau würde man verlieren:

die Einlage der Lina Hübner vom 9.7.46 - Bl. 15 -

Der Angeklagte erklärt auf Befragen der Vertreter des Anklage:

Die K. L. nehmen untereinander Verlegungen vor. Fr. Neun
unter Eid aussagen, dass in der Statistik über 140 000 Hefen
lange gesehen habe.

Es würde weiter verloren:

Erbschaft der Frau Holz v. 14.11.47 - Bl. 45 d. A.,

Erbschaft der Frau Mannig v. 1.6.46 - Bl. 23 d. A. -

Erbschaft der Pfarrgemeinde v. 5.6.46 - Bl. 12 d. A.,

Einlage der Hermann Mill - ohne Datum - Bl. 37 d. A.,

eidensstattliche Versicherung der Hermann Mill v. 21.10.47 Bl. 41 d. A.,

Wiederkunft der Dr. Wilhelm Altmann v. 12.11.47 - Bl. 50 d. A.,

eidensstattliche Versicherung der Dr. Berndorf v. 3.11.47 - Bl. 51 d. A.,

eidensstattliche Versicherung der Reg. Rater Pieper v. 4.11.47 - Bl. 32 d. A.

Auf die weitere Verlesung von Urkundenzeugnissen
würde ein allseitiges Einverständnis erzielt.

Es würde ein von dem Angeklagten zu dem Akt
überreichter Erbschaft der Frau Damm v. 26.10.47 verloren.

Es wurde eine Perle bis 14 Uhr eingelezt.

Der Verteidiger stellte dem Antrag, das Parte mit dem Notizbuch auszugeben, in dem 148 Fälle vom Angeklagten unter Circula der Akten zu finden vermocht sind, in denen er auf eigene Kappe ausgehen dem Befehl vermocht sind, dass diese Häftlinge durch ihn ~~entlassen worden sind~~ ^{nicht} der Anweisung Paris nicht die Be-
~~misnahme~~ ^{misnahme} fortgesetzt.

Der Verteidiger des Angeklagten stellte folgende Bemerken:

Dem Angeklagten soll Gelegenheit gegeben werden, ein Notizbuch beizubringen, in dem die Namen von 148 ehemaligen K. Z. - Insassen verzeichnet sind, die der Angeklagte heimlich und ohne Wissen seiner Vorgesetzten zur Entlassung gebracht haben will unter Überschreitung seines Amtesbefugnis.
Das Amt befindet sich im Besitz seiner Ehefrau in Paris-
Weissenau, Kleinmischendorfstr. 12.

Er beantragt ferner die Verschönerung der früheren Polizei-Ordnung über Geheimnis zu ermitteln, zu legen in Berlin-Friedrichsfeld Wohnort, zum Beweis dafür, dass ^{der Angeklagte} dies in dem Notizbuch mit Namen bezeichneten Personen in der bezeichneten Weise zur Entlassung gebracht hat.

Der öffentliche Ankläger widerspricht dem Bemerken des Verteidigers, insbesondere einer Verlegung.

Die Verteidiger erklärten, dass der Angeklagte bestimmte Sabotage geleitet habe, aber es den Häftlingen zur Entlassung verhalf.

Der Angeklagte erklärte, er habe dieses getan, weil er mit den Anordnungen der Hitler-Regierung nicht einverstanden war und so den Häftlingen helfen wollte, auf freiem Fuß zu kommen.

Es erging folgender Beschluss:

Die Hauptverhandlung wird vertagt.

Dem Angeklagten wird aufgegeben, bis zum 1. Februar 1948 das in Besitz seines Telefons befindliche Notizbuch, das die Namen von 148 Personen enthält, die von ihm inhaftiert zur Entlassung aus dem K.-Z. Lager gefordert worden sind, vorzulegen.

Die Anklagebehörde soll Vermittlungen darüber anstellen, ob sich der Polizeikommissar Helmut Jungnickel, der in den Jahren 1944/45 dem Reichsicherheitshauptamt in Berlinstadt angehört hat, in einem Interview mit der britischen Botschaft befindet. Nach Möglichkeit sollen diese Nachforschungen auch auf die Interviewlage der amerikanischen Zone ausgedehnt werden.

Faller

Folgt der Bericht ermittelt wird, soll es dem künftigen
Richter insbesondere darüber vermerkt werden, ob es zutrifft,
dass der Angeklagte in allen diesen Fällen unter Überwindung
seiner Befürchtungen und ohne die für die Entlassung günstigen
Vorgänge hiervon in Kenntnis zu setzen, die Entlassungen
befiehlt hat und ob der Zeuge ihm wiederholt darauf hingewie-
sen hat, dass er damit seinen Kopf aufs Spiel setze.

Wenn der Zeuge, aus welchen Beweggründen der Angeklagte
diese von ihm behaupteten Handlungen vorgenommen hat?

Bernhard

Hünig

Entwurf zum Protokoll vom
4.12.47 Oppen, Just. Sekr. Klein

Berlin - Lichtenrade, den 26./10. 1947.
Bräunfelsstr. 42.

63

Eidesstattliche Erklärung

In meiner früheren Eigenschaft als Ministerialregis-
trator für Personalangelegenheiten, dem die Verbüch-
erung des Ein- und Ausganges von Personalakten oblag, mußte ich auch
schwere Gesuche des Polizeioberinspektors Richard Roggon,
geb. 17. 1. 95, um Rückversetzung zur Ordnungspolizei in
die Bücher eintragen, die jedoch keine Berücksichtigung
gefunden haben. Mir ist auch bekannt geworden, dass
Roggon sich sehr oft gegen seine Vorgesetzten gewandt hat,
wenn von ihm die Durchführung von Maßnahmen

verlangt würden, die er als gerecht denkender Mensch mit
seinem Gewissen nicht vereinbaren konnte. Trotz Frickes ist
F. nie aus der Kirche ausgetreten oder dem SD beigetreten.
Da ich selbst zu den oppositionellen Beamten gehörte - meine
längere Strafversetzung an die Polizeidirektion Hamm (Westf.)
durch das Ministerium des Innern (Ordnungspolizei), dem ich
ich unterstand, war die Folge davon - habe ich mehrmals
Gelegenheit genommen, mich mit F. zu unterhalten.
Zweifelsohne stand er dem Nationalsozialismus ab-
lehrend gegenüber und tat alles in seinen Kräften
Stehende, um die Auswirkung nazistischer Maß-
nahmen abzuschwächen.

Konrad Gamm.

Öffentliche Sitzung
des Spruchgerichts

15. Spruchkammer

4. Sp. Ls. 1081/47

Gegenwärtig:

Landgerichtsrat Bernhard

als Vorsitzender,

Fabrikant Fritz Fischer, Löhne-Kgl. Hg.

Dreher Ernst Mühlenweg, Brackwede,

als Beisitzer (Schöffen),

Staatsanwalt Dr. Pönisch

als öffentlicher Ankläger,

Justizsekretär Braun

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Bielefeld, den 8. April 1948.

Spruchgerichtsverfahren

gegen den Ziviltechniker, früheren
Polizei-Korrespondenten Richard Finggen,
geb. am 17.1.95 in Griesen Kr. Ostpreußen,
bei Gumbinnen, wohnhaft in Berlin-
Wilmersdorf, Heinerdorfer Str. 12,
am, w. nicht bestraft, deutscher Reichsbürger,
mit dem 24.2.47 in Schutzhaft, seit dem
17.11.47 in Internierungshaft, Takt. Nr. 700127,
wegen Zugehörigkeit zur Wehrmacht
als Polizeikorrespondent.

Beim Aufruf der Sache erschien der Angeklagte,
— vorgeführt aus der Internierungshaft —

als Verteidiger meldete sich
F. H. Wolff, Bielefeld.

— Die Verhandlung begann mit dem Aufruf der Sache.

Zeug — und Sachverständigen — — Es meldete
sich —

Der Angekl. erklärt, dass der genannte Wehr-
macht. Führer, geb. am 24.11.99 in
Berlin geboren ist. Er weist weiter darauf
hin, dass er dem f. zugehört im April 1945
in Gumbinnen gefangen wurde. Der Zeuge
gehört damals zu der Dienststelle Schutzhaft-
Büroamt unter Leitung des Kriminalinspek-
tors Förster. Er wollte sich mit diesem

1/ Rechtsmittelverfahren gemäß
Anlage an AG über Me-
brandenburg/Mecklenburg
2/ Nachr. mit Akten.
dass Name öffen. Urkataster
Name Friedrich Bielefeld
junge Personalausweis auf
Bl. 95 L. A. mit der
Bitte zum weiteren Ver-
gütung überreicht.

Bielefeld d. 8. April 1948

Friedrich Finggen

Friedrich Finggen 15.

Bernhard

zu 1 ab 14. B.

~~D~~ Zeug wurde mit dem Gegenstande der Untersuchung und der Person der Angeklagten bekannt gemacht. Er ~~Sie~~ wurde sodann zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß er ~~sie~~ ~~seine~~ ~~ihre~~ Aussage zu beeidigen habe ~~hätten~~, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. ~~D~~ Zeug wurde ferner auf die Bedeutung des Eides und auf die Strafbarkeit einer falschen uneidlichen Aussage sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung solcher Fragen beziehe, die der Zeug über seine ~~ihre~~ Person und die sonst im § 68 der Strafprozeßordnung vorgesehenen Umstände vorgelegt würden.

~~D~~ Zeug entfernte sich darauf aus dem Sitzungssaal.

Der Angeklagte, über die persönlichen Verhältnisse vernommen, gab an:

das selbe wie Bl. 3 der Akten.

Die Currenzkassette Bl. 33 d. A. v. 26.9.47 wurde verlesen.

Der Angeklagte wurde befragt, ob ~~er~~ etwas auf die Beschuldigung erwidern wolle. Er erklärte seinen Lebenslauf und seinen politischen Werdegang wie Bl. 6-8 d. A., die Gegenstand der mündlichen Verhandlung waren. Sodann erklärte er zur Parteizugehörigkeit wie Bl. 4 u. 5 d. A. und wie im Protokoll v. 12.47

nach der amtlich. Besatzungszone durchschlagend. Fürster hat nach
gründlichen Untersuchungen im Oktober 1945 auf dem Hofenweg im
Tubenringplatz gesehen und soll danach nach dem Tuben-
ringplatz 14 in Lüdewigshaus, Wint. überführt worden sein.
Es ist anzunehmen, dass auch der beige Frägnikel seit ein-
Faktor. Leger Lüdewigshaus befragt oder befragt hat. (Vf. Nr. 93
d. H. J. soll aus seine jetzige Unterkunft dort gegebenenfalls auch durch
Befragung der Förster ermittelt werden können.

Der Vertreter der Kunst. Behörde und der Verteidiger stellen
den Antrag, die Sache zu verhängen.

~~Der Verteidiger überreicht~~

Zur 1. überreicht in mündlicher Erklärung der Staatsanwaltschaft und
der Verteidiger würde der Beschläger verhängen.

1) Die Sache wird zur weiteren Vernehmung verhängt.

2) Der beige behält Frägnikel, geb. am 14. 11. 1899 in Berlin, soll
ermittelt und zum neuen Termin als beige geladen werden.
Falls der beige sich in Tubenringplatz befinden sollte, bleibt
vorhanden, ihn durch den erwähnten Riller nicht vernachlässigen
zu lassen.

3) Der Beschl. wird anhängig, auch von sich aus der Ver.

mitbringen nach dem Aufbruchort der Jünger fortzuschicken.

4) Falls die Beweise der Jünger für die Jünger 15.6.48 oder
bis spätestens bis zum neuen Verhandlungstermin zu ermitteln ist,
kann vorliegen, das Beweismittel gem. § 145 St. P. O. als unzureichend
angesehen.

5) Der Antragsteller in der Verhandlung wird ersucht, den Kreisrichter
Herrmann Oke und die Ehefrau Charlotte Oke, wohnhaft
in Neibrandenburg i. d. Mark, Bismarckstr. 19, zu der Befragung v. 22.12.47
eidlich zu verpflichten. Die Ehefrau Hermann Oke soll seine früher
bekannte Nimmmer ausgehen.

6) Bis zum neuen Termin soll die Ehefrau Oke in der Verhandlung
(Nr. 29) geladen werden.

7) Neuer Termin am Donnerstag, den 24.6.48, vormittags 10 Uhr,
Zimmer 180.

Beweis

in

Oke

bin Jahre alt,

Ich heiße

1. Zeug

abzuhörenden Zeugen — wie folgt vernommen:

D Zeug wurde hierauf — einzeln — vorgeladen und — in Abwesenheit de später

11
Öffentliche Sitzung
des Spruchgerichts

15. Spruchkammer

(15) 4 Sp.Ls. 1081/47
Gegenwärtig:

Landgerichtsrat B e r n h a r d

als Vorsitzender,

Schöffe ~~Landpnermeister~~ Heinrich Knapmeier,

Schöffe Händler Heinr~~ich~~ Kölling, *gefasst*

als Beisitzer ,

Staatsanwalt Dr. ~~xxxxxx~~ Pönisch

als öffentlicher Ankläger ,

Justizangestellter Weber

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Vorgelegt nach Rechtskraft
Am 2. Juli 1948.

Weber, Just. Angest.

116
Bielefeld , den 24. Juni 1948.

28.6.48

Weber, Just. Angest.

Spruchgerichtsverfahren

gegen den früheren Polizeioberinspek-
tor

Richard R o g g o n, geboren am
17.1.1895 in Griesen, Kreis Oletzko,
Ostpreussen, evgl., verheiratet,
deutscher Staatsangehörigkeit ,
unbestraft, wohnhaft zuletzt in
Berlin-Weissensee, zur Zeit im
Internierungslager Stauwühle,
Heinrichshafen 112 interniert seit dem 24.1.1947
Interniertennummer 700 437.

W e g e n
Zugehörigkeit zur Gestapo als
Polizeioberinspektor.

Beim Aufruf der Sache erschien der Angeklagte
— vorgeführt aus der Internierungshaft —
Als Verteidiger meldete sich
Rechtsanwalt Wolff in Bielefeld.

— Die Verhandlung begann mit dem Aufruf der
Zeugen — ~~und Sachverständigen~~ — Es meldete
sich: —

Frau Ursula Stadelmann, geb. Röwe aus
Hundsmühle bei Oldenburg-Land.

Die Zeugin wurde mit dem Gegenstande der Untersuchung und der Person des Angeklagten bekannt gemacht. ~~Er~~ - Sie - wurde sodann zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß ~~er~~ - sie - ~~xxx~~ - ihre - Aussage zu beeidigen habe - ~~xxxx~~ -, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Die Zeugin wurde ferner auf die Bedeutung des Eides und auf die Strafbarkeit einer falschen uneidlichen Aussage sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung solcher Fragen beziehe, die der Zeugin über ~~xxxx~~ ihre - Person und die sonst im § 68 der Strafprozeßordnung vorgesehenen Umstände vorgelegt würden.

Die Zeugin entfernte sich darauf aus dem Sitzungssaal.

Der Angeklagte, über die persönlichen Verhältnisse vernommen, gab an:
dasselbe wie Blatt 3 der Akten.

Die Anklageschrift vom 26.9.1947 (Bl. 33 d.A.) wurde vom Vertreter der Anklagebehörde verlesen.

Der Angeklagte wurde befragt, ob er etwas auf die Beschuldigung erwidern wolle, ~~er~~ erklärte zu seinem Lebenslauf dasselbe wie Blatt 6 bis 8 der Akten, zur Sache wie folgt:

Verfolgung politischer Gegner:

Ich wusste, dass die Einweisungen ^{in die Kz-Lager} durch die Gestapo erfolgten. Ich wusste auch, dass die Häftlinge auf unbestimmte Zeit in die KZ-Lager eingewiesen wurden. Es waren Polen, Juden, Asoziale und Berufsverbrecher in den KZ-Lagern untergebracht. Ich wusste, dass es Prügelstrafen in diesen Lagern gab, die Himmler verfügen konnte.

Ich habe auch von der Sonderbehandlung der Polen bei verbotenen Geschlechtsverkehr mit Deutschen erfahren. Ich habe auch von einer erhöhten Sterblichkeitsziffer während des Krieges gehört.

Zwangsarbeiterprogramm:

Ich wusste, dass Fremdarbeiter, die nicht arbeiten wollten, in ein Arbeitserziehungslager eingewiesen werden konnten. In schweren Fällen konnten sie auch in die KZ-Lager eingewiesen werden.

Verschärfte Vernehmung:

Ich habe von der verschärften Vernehmung gehört. Die Erlasse hierüber habe ich aber nie gelesen, da ich kein Exekutivbeamter war.

Ernordung und Misshandlung von Kriegsgefangenen:

Mir ist von der Behandlung der Kriegsgefangenen nichts bekannt.

Judenverfolgung :

Die Vorkriegsmassnahmen gegen die Juden sind mir bekannt. Ich habe diese üblen Massnahmen immer schon abgelehnt. Ich habe in Theresienstadt erfahren, dass Juden aus dem Reich abtransportiert wurden. In Theresienstadt hatten die Juden ihre eigene Verwaltung. Von der Vernichtung der Juden im Osten habe ich nichts erfahren.

Ich habe 1933 schon erklärt, dass ich wieder zur Polizei zurückwolle, dieser mein Wunsch wurde mir aber schroff abgelehnt. 1934 nach der Röhmrevolte beantragte ich wieder meine Versetzung zur Polizei, dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, dass ein Mangel an ausgebildeten Verwaltungsbeamten bestände. 1936 und 1938 wurden meine Gesuche mit der selben Begründung abgelehnt. 1939 nach dem Polenfeldzug wollte ich mich freiwillig zur Wehrmacht melden, wurden aber wieder festgehalten und erhielt eine Wehrpassnotiz, wonach ich für die Dauer des Krieges der Gestapo zur Verfügung gestellt wurde. 1943 stellte ich erneut den Antrag, zur Polizei zurückversetzt zu werden. Dieser Antrag wurde auch abgelehnt, man fragte mich sogar, ob ich fahnenflüchtig werden wolle, ich wusste doch, was da für Strafen drauf ständen.

Im Kulturreferat habe ich schon das Wesen des Nazismus erkannt. Hier schmarozten die Nazis hinter den Posten her. Ausserdem hat

man alle Angelegenheiten mit der Verordnung zum Schutze des Staates geregelt, bei der Polizei hat man jeden Falle nach bestimmten Gesetzen bearbeitet.

Wenn ich vor dem Kriege ausgetreten wäre, hätte man mich ins KZ-Lager gebracht, ich habe ja zuviel gewusst. Ich habe schon immer Angst um meine Sicherheit gehabt. Als ich aber sah, dass alle meine Gesuche um Versetzung abgelehnt wurden, entschloss ich mich die Arbeit der Gestapo zu sabotieren. Ich fing im Kirchenreferat schon mit meiner Sabotagarbeit an. Ich habe Anträge der Gestapostellen des Reiches auf Einweisung von Bibelforschern in die KZ-Lager zurückgesandt mit dem Bemerken, dass die bisherigen Ermittlungen nicht ausreichten, um eine Einweisungen vorzunehmen. Dr. Altenloh, einer der wenigen leitenden Gestapobeamten, die noch menschlich dachten, hat diese meine Antwort an die Gestapostellen bereitwilligst unterschrieben. Auch Anträge auf Redeverbot für Geistliche habe ich einfach vernichtet. Nach Wochen fragten dann die Gestapostellen an, wie es sich mit dem einene oder anderen Falle verhielte, ich schrieb dann immer zurück, dass ich kein derartiges Schreiben erhalten hätte. Im Schutzhaftreferat betrieb ich im verstärkten Masse Sabotage. Ich habe selbständig Entlassungsbefehle unterzeichnet. Ich habe alle Fälle notiert in meinem Notizbuch, in denen ich geholfen habe. Ich habe mir zur Tarnung nur die Schutzhaftnummer aufgeschrieben, da die Sache ja sonst hätte auffallen können. Dieses hat auch der ~~Minister~~ nicht auffindbare Obersekretär Jungnickel miterlebt, der die Aktenverwaltung unter hatte. Ich habe diesem befohlen, bestimmte Akten nicht ohne meine Genehmigung auszuhandigen. Im Leu und referat hatte ich selbständige Zeichnungsbefugnis. Ich habe hier selbst KPD-Leuten, die sich um eine Stellung bewarben, ein politisch einwandfreies Zeugnis ausgestellt.

Es wurde in die Beweisaufnahme eingetreten: (Hier folgt zunächst Aussage Stadelmann)
Folgende Schriftstücke wurden verlesen:

Margot Siebert	vom 12.9.1947	(Bl. 31 d.A.), eidlich,
Hermann Henning	19.5.1947	(Bl. 19 d.A.),
Hermann Henning	27.11.1947	(Bl. 65 d.A.),
Charlotte Assuss	5.6.1946	(Bl. 20 d.A.),
Brunhild Holz	14.11.1947	(Bl. 45 d.A.),
Lina Hübscher	9.7.1947	(Bl. 15 d.A.),
Ernst Mauch	1.6.1946	(Bl. 23 d.A.),
Hermann Mill		(Bl. 37 d.A.),

Zeuge - ~~Sachverständiger~~ Ehefrau Stadelmann

Zur Person:

Ich heiße Ursula Stadelmann, geborene Rwe
bis 25 Jahre alt,
wohnhaft in Hundshle /Oldenburg - Land
mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht ver-
schwgert - ~~der Angeklagte ist~~
~~nicht~~

Zur Sache:

Ich habe von 1941 bis 1943 als Stenotypistin bei dem Angeklagten gearbeitet. Wir hatten die Buchstaben AHO zu bearbeiten. Ich bin selbst zugegen gewesen, wie der Angeklagte mit Angehörigen von Häftlingen verhandelte. Er war immer sehr nett zu den Leuten. Er hat sich oft über die Handlungsweise anderer Beamteten aufgehalten. Der Angeklagte hatte auch Zeichnungsbefugnis bei Entlassungsbefehlen. Ich habe ~~es~~ selbst gesehen, dass der Angeklagte Entlassungsbefehle unterschrieb. Herr Jungnickel gab die Akten dazu her und legte sie nachher wieder gut weg. Es fiel überall auf, dass Herr Roggon die meisten Entlassungen hatte. Dieses wurde auf Dienstbesprechungen auch von den Chefs festgestellt. Ich habe Herrn Roggon vor 1941 nicht gekannt. Ich kam 1940 zur RSHA. Persönlich Beziehungen zu dem Angeklagten habe ich nicht unterhalten. Ich habe selbst die Entlassungsbefehle ausgeschrieben. Ich kann nur sagen, dass der Angeklagte bei diesen Sachen mit seinem Kopf gespielt hat. Wir haben uns des fteren abfällig über den Nazismus unterhalten, daher hatte wohl der Angeklagte das Vertrauen in mich. Ich kann nicht mehr sagen, wieviele Entlassungsanweisungen der Angeklagte unterschrieben hat. Herr Roggon wollte schon immer weg vom Schutzhaftreferat. Das Schutzhaftreferat wurde damals nach Prag verlegt. Dr. Berndorff hatte die Versetzung des Roggon in ein anderes Referat veranlasst. Ich weiſs, dass Herr Roggon 1943 zurück zur Orpo wollte. Der Staatsanwalt und der Verteidiger beantragten die Vereidigung der Zeugin.

B. u. v.

Die Zeugin soll vereidigt werden.

Die Zeugin wurde vorschriftsmässig vereidigt.

Zu Seite 4:

Erg. Kirchengerichte

Dr. Wilhelm Altenloh vom 5.6.1946 (Bl. 12 d.A.),
vom 12.11.1947 (Bl. 50 d.A.),

Dr. Berndorff, <i>Emil</i>	<i>von</i> 3.11.1947	(Bl. 51 d.A.),
Reg. Rat Pieper, <i>Hans</i>	" 4.11.1947	(Bl. 52 d.A.),
Konrad Dann	vom 26.10.1948	(Bl. 63 d.A.),
Charlotte Otte	22.12.1947	(Bl. 96 d.A.),
Charlotte Otte	28.4.1948	(Bl. 102 d.A.), eidlich,
Hermann Otte	28.4.1948	(Bl. 103 d.A.), eidlich,
Nanda Herbermann	9.7.1946	(Bl. 14 d.A.).

Die Beweisaffnahme wurde geschlossen.

119

— Nach der Vernehmung eines jeden — Zeugen — ~~Sachverständigen~~ — und Mitangeklagten — sowie nach der Verlesung eines jeden Schriftstücks — wurde der Angeklagte befragt, ob er etwas zu erklären habe . —

Der öffentliche Ankläger und sodann ~~der~~ Angeklagte — ~~und der~~ Verteidiger erhielten zu ihren Ausführungen — ~~und zu der Frage der Haftdauer~~ — das Wort.

Der öffentliche Ankläger beantragte:

eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten,
~~weiblich durch~~ die erlittene Internierungshaft auf die Strafe anzurechnen.

— Der Angeklagte — ~~der~~ Verteidiger —
beantragte :

Freispruch des Angeklagten.

— Der Angeklagte — ~~der~~ Verteidiger — hatte das letzte Wort.

— Der Angeklagte wurde befragt, ob er selbst noch etwas zu seiner Verteidigung anzuführen habe . Er erklärte : —

Ich schliesse mich den Ausführungen meines Verteidigers an und füge hinzu, dass ich planmässig die Arbeit der Gestapo sabotiert habe.

Der Vorsitzende verkündete*)

Im Namen des Rechts

durch Verlesung der Urteilsformel und durch mündliche Mitteilung des wesentlichen Inhalts der Urteilsgründe folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Baumhach

Wider

~~Der Angeklagte wurde über das Verbrechen verurteilt.~~

*) Hier ist in Fällen, in denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, die Wiederherstellung der Öffentlichkeit und in Fällen, in denen eine erlittene Untersuchungshaft auf die erkannte Strafe ganz angerechnet wird (§ 60 StGB.), der Zeitpunkt der Urteilsverkündung nach Stunde und Minute zu vermerken.

Eingegangen am 28.6.1948 / 20
Wehr, Just. Angeh.

Das Spruchgericht

15. Spruchkammer

Az.: (15) 4 Sp. Ls. Nr. 1081/47

Urteil

Im Namen des Rechts!

In dem Spruchgerichtsverfahren

gegen

den Zivilinternierten / früheren Polizeioberinspektor
Richard Roggon,
deutscher Reichsangehöriger, nicht bestraft,
wohnhaft in Berlin-Weissenhof, Weikersdorferstr. 12,
- wegen Zugehörigkeit zur Gestapo als Polizeioberinspektor -
geboren am 17.1.1895 in Griesen, Kreis Gletzko,
interniert seit dem 24.2.1947, z.Zt. im
Int.-Lager Stamühle, Int.Nr. 700 437
hat die 15. Spruchkammer des Spruchgerichts Bielefeld in der Sitzung

vom 24. Juni 1948

an welcher teilgenommen haben:

Gerichtsdirektor / Landgerichtsrat Bernhard
als Vorsitzender,

Schöffe Klempnermeister Heinrich Knappeier,

Schöffe Wandler Heinrich Külling,
als Beisitzer,

Erster Staatsanwalt Dr. Pünisch
als öffentlicher Ankläger,

Justizangestellter Weber

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse
freigesprochen.

Gründe:

Der Angeklagte hat bis zum Jahre 1909 die Volksschule in seinem Heimatort Griesen besucht und ist dann mehrere Jahre auf dem Hof seines Vaters in der Landwirtschaft tätig gewesen. Im Jahre 1913 meldete er sich freiwillig zum Wehrdienst, nahm am ersten Weltkrieg teil und liess sich am 11.10.1919 zur Schutzpolizei versetzen. Bis 20.3.1926 war er Polizeiwachtmeister in Königsberg und schied dann als Versorgungsanwärter aus. Nachdem er vorübergehend in Königsberg in einem Detektivbüro gearbeitet hatte, wurde er am 1.4.1927 in den Verwaltungsdienst der Polizei übernommen und als Polizeiasistent auf Probe der Polizeiverwaltung Halberstadt zur Ausbildung überwiesen. Seit dem 1.7.1927 erhielt er als Polizeisekretär auf Probe theoretische und praktische Verwaltungsbildung in sämtlichen Abteilungen des Polizeipräsidiums Berlin, legte danach die Verwaltungsprüfung für Sekretäre ab und wurde am 1.7.1928 als Polizeisekretär in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen. Am 1.1.1936 wurde er zum Polizeioberinspektor und am 1.5.1940 zum Polizeioberinspektor befördert. Vom 1.7.1928 bis 1.7.1929 war er als Sachbearbeiter im Strafbüro des Polizeiamtes Berlin-Lichtenberg und anschliessend als Registrator in der Hauptregistratur der Abteilung K (Kripo) des Polizeipräsidiums Berlin tätig. Am 1.3.1933 wurde er zum Geheimen Staatspolizeiamt, das 1936 im Reichssicherheitshauptamt Amt IV aufging, versetzt. Bis 1.8.1933 wurde er dort in der Hauptregistratur beschäftigt und wurde danach als Sachbearbeiter in das Kulturreferat, das spätere Kirchenreferat, versetzt. Da er sich trotz amtlicher Aufforderung weigerte, aus der evangelischen Kirche auszutreten, wurde er am 1.9.1941 als Sachbearbeiter in das Schutzhaftreferat IV D 1 versetzt. Vom 1.11.1943 bis 26.4.1945 war er als Sachbearbeiter im Referat Leumund IV A 6, das nach Theresienstadt verlagert war, tätig.

In die NSDAP war er am 1.12.1933 aufgenommen worden, nachdem er im Dezember 1932 den Antrag auf Aufnahme gestellt hatte. Am 1.6.1945 wurde der Angeklagte aus Theresienstadt ausgewiesen und kam wenige Tage später nach Berlin in seine im russischen Sektor gelegene Wohnung zurück. Am 10.7.1945 wurde er zum ersten Male durch den NKWD (die frühere GPU) verhaftet, aber schon am nächsten Tage wieder freigelassen,

nachdem er sich verpflichtet hatte, für den NKWD und die Rote Armee Berichte über die Stimmung der Bevölkerung zu liefern. In der Folgezeit wurde er insgesamt zwölfmal vorübergehend festgenommen, aber stets wieder mit ähnlichen Aufträgen freigelassen. So wurde er einmal in Soldatenuniform für 5 Tage in das grosse Kriegsgefangenenlager Rüdersdorf bei Berlin gebracht, um dort Feststellungen zu treffen, ob unter den Gefangenen sich frühere SS-Führer oder Gestapoleute befanden. Am 23.2.1947 erhielt er den Auftrag, frühere Gestapoagenten namhaft zu machen. Da er glaubte, dieser Verpflichtung nicht nachkommen zu können, begab er sich am 24.2.1947 in den britischen Sektor und befindet sich seitdem in Internierungshaft. Dieser Sachverhalt wurde aufgrund der glaubhaften Einlassung des Angeklagten festgestellt.

Da der Angeklagte seit 1933 dem Geheimen Staatspolizeiamt und insbesondere von 1.9.1939 bis Kriegsende dem Amt IV im RSHA angehört hat, fällt er nach der Verordnung Nr. 69 der britischen Militärregierung, Erster Anhang, Gruppe B Abs. 1, unter den vom Verfahren betroffenen Personenkreis. Er hat auch Kenntnis von zahlreichen der Gestapo zur Last fallenden systematischen Verbrechenhandlungen gehabt. Sie ergab sich schon aus seiner Tätigkeit in den verschiedenen Referaten des Amtes IV des RSHA.

Im Kultur- und Kirchenreferat wurde die Tätigkeit der Sekten überwacht. Es war die Aufgabe des Referats, zu ~~den~~ angeregten Verboten von Sekten Stellung zu nehmen. Die Tagesmeldungen der örtlichen Gestapostellen aus dem ganzen Reichsgebiet über diese Fragen wurden zusammengestellt, die Meldungen wurden ausgewertet und gingen dann unter der Bezeichnung "Informationen" wieder an alle Stapostellen. Weiter war in dem Referat Stellung zu nehmen zu Einzelfällen, in denen vom Schutzhaftreferat die Einweisungen von Angehörigen der Sekten und auch von Pfarrern ^{in NS Lager} vorgesehen waren.

Das Schutzhaftreferat hatte die Einweisung von aus politischen oder sonstigen Gründen belasteten Personen vorzunehmen. Die Leiter der örtlichen Gestapostellen konnten Schutzhaft nur bis zur Höchstdauer von 21 und später von 56 Tagen verhängen, die in den Polizeigerichtsurteilen vollstreckt wurde. Bei Unterbringung von Schutzhäftlingen in ein Konzentrationslager musste die Anweisung des Amtes IV vorliegen. Die Bearbeitung der Sachen war auf verschiedene Sachgebiete verteilt. So hatte der Angeklagte die Schutzhaftsachen mit den Anfangsbuchstaben A, O und H zu bearbeiten. Er legte die Akten dem Leiter des Schutzhaftreferats, Oberregierungsrat Dr. Berndorf, vor, der seinerseits die Entscheidung des Amtschefs, SS Gruppenführer Müller, über die Verhängung der

Schutzhaft herbeiführte. Diese Schutzhaft, die in den Konzentrationslagern vollstreckt wurde, wurde auf unbestimmte Zeit verhängt. In regelmässigen Abständen von 3 Monaten musste überprüft werden, ob die Fortdauer der Haft erforderlich erschien. Der Angeklagte musste hierzu zu den entsprechenden Zeitpunkten Auskünfte des Lagerkommandanten über das Verhalten des Schutzhäftlings einziehen. Wenn eine Entlassung in Frage kam, wurden die Akten zur Entscheidung dem Amtschef IV vorgelegt, der sie mit dem Vermerk "ja" oder "nein" versah. Soweit es sich um Kommunisten handelte, hatte sich der Reichsführer SS Himmler allein die Entscheidung vorbehalten. Wurde die Entlassung genehmigt, dann mussten die Entlassungspapiere von den Sachbearbeitern vorbereitet und dem Oberregierungsrat Dr. Berndorf zur Unterschrift vorgelegt werden. Etwa Mitte des Krieges verfügte der Amtschef IV, dass in einfacheren Fällen nach erfolgter Genehmigung durch ihn auch die Sachbearbeiter die Entlassungspapiere unterzeichnen durften, damit eine Stockung im Geschäftsverkehr vermieden wurde.

Im Referat Leumund gingen Anfragen über die politische Zuverlässigkeit von Personen ein, die in bedeutenden Stellen oder in wichtigen Betrieben beschäftigt werden sollten. Wenn sich aus der vorhandenen Kartei noch keine Unterlagen ergaben, wurden diese von den für den Wohnsitz des Betroffenen zuständigen Polizeibehörden angefordert. Danach wurde vom Referat Leumund an die ersuchende Behörde oder Dienststelle die gewünschte Auskunft erteilt.

Aufgrund der Tätigkeit in diesen Arbeitsgebieten hat der Angeklagte nach seiner Einlassung folgendes gewusst: Verfolgung politischer und sonstiger Gegner:

Der Angeklagte wusste, dass es Konzentrationslager gab. Er kannte sie auch dem Namen nach. Er wusste, dass die Einweisungen in diese Lager durch die Gestapo, auf Befehl des RSHA, vorgenommen wurden, und zwar ohne Urteil, Haftbefehl oder geordnetes Verfahren. Von den örtlichen Gestapostellen eingereichten Anträgen waren in manchen Fällen Zeugenvernehmungen beigelegt, meistens aber enthielten sie nur den Vermerk "geständig". Dies genügt, um die Inschutzhaftnahme des Beschuldigten zu verfügen. Die Einweisungen erfolgten auf unbestimmte Zeit. Der Angeklagte erkannte auch, dass bei der regelmässigen Prüfung, ob die Aufrechterhaltung der Schutzhaft erforderlich war, erhebliche Willkür herrschte,

In die Lagerkommandanten auch aus unsichlichen Gründen der Entlassung des Häftlings widersprachen. Er gibt weiter zu, dass in die Lager auch Juden und Polen nur ihrer Rasse oder ihres Volkstums wegen eingewiesen wurden und dass insgesamt die Einweisungen ohne jeglichen Rechtsschutz für die davon Betroffenen erfolgten. Er wusste weiter, dass die Schutzhäftlinge in den Lagern mit Berufsverbrechern und anderen asozialen Elementen in enger Gemeinschaft zusammengesperrt wurden, dass an ihnen auf Weisung von Himmler die Prügelstrafe vollzogen werden konnte und dass bei disziplinaren Vergehen ohne gerichtliches Verfahren Sonderbehandlung, also Hinrichtung durch den Strang, angeordnet und durchgeführt wurde. Ebenso war ihm die gegenüber normalen Maßstäben erhöhte Sterblichkeit in den Lagern aufgefallen.

Fremdarbeiterprogramm:

Der Angeklagte bestreitet zwar, gewusst zu haben, dass ein Teil der Fremdarbeiter zwangsweise nach Deutschland gebracht worden war. Er gibt aber zu, dass sie bei ungenügender Arbeitsleistung oder bei Fortbleiben von der Arbeit in Arbeitserziehungslager und im Wiederholungsfalle in Konzentrationslager eingewiesen wurden, und dass an Polen und Ostarbeitern bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen Sonderbehandlung erfolgte.

Verschärfte Vernehmungen:

Dem Angeklagten war die Tatsache, dass auf Weisung des RSHA Geständnisse von Beschuldigten durch verschärfte Vernehmungen erpresst werden konnten, bekannt, wenn sein Referat mit diesen Dingen auch nichts zu tun hatte. Er wusste auch, dass die verschärfte Vernehmungen durch die Gestapo durchgeführt wurden.

Judenverfolgung:

Der Angeklagte kannte die Vorkriegsmassnahmen gegen die Juden in Wirtschaft und Gesetzgebung. Er wusste auch, dass bei der Gestapo ein Judenreferat bestand. Während des Krieges erfuhr er, dass die Juden durch Polizeiverordnung vom 1.9.1941 gezwungen wurden, einen handtellergrossen gelben Stern auf der linken Brustseite ihrer Kleidung zu tragen, wenn sie sich in der Öffentlichkeit zeigten. Er hat in den Strassen von Berlin häufig so gekennzeichnete Juden beim Arbeitseinsatz gesehen und nach seiner Erklärung diese Massnahme als sehr übel und entwürdigend für die davon Betroffenen empfunden. Er kannte auch die Aufgabe der Gestapo, die Einhaltung dieser Verpflichtung durch die Juden zu überwachen. Von der Verschleppung der Juden erfuhr er bei seinem Aufenthalt in Theresienstadt, wo die Juden in einem geschlossenen Stadtteil

mit eigener Verwaltung untergebracht waren und sich mit der Bewirtschaftung eines etwa 3000 Morgen grossen Landbesitzes beschäftigten. Die Tatsache ihrer Festhaltung an diesem Ort und der damit verbundenen Freiheitsberaubung war ihm ebenfalls bekannt. Er war sich auch klar darüber, dass auch diese Massnahme durch die Gestapo durchgeführt und überwacht wurde. Von der Ausrottung der Juden will er dagegen nichts gehört haben.

Die Kenntnis weiterer Verbrechenshandlungen der Gestapo, wie die völkerrechtswidrige Behandlung von Kriegsgefangenen, durch Sonderbehandlung und die Beteiligung der Gestapo an der Lynchjustiz bestreitet der Angeklagte. Dies ist ihm nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung nicht zu widerlegen und wird ihm auch von der Anklage nicht mehr vorgeworfen.

Trotz der Mitgliedschaft in der Gestapo während des Krieges und seiner Kenntnis von den seiner Organisation zur Last fallenden zahlreichen Verbrechen bestreitet der Angeklagte seine Schuld, indem er sich auf Zwang, Notstand und mangelnde Rechtswidrigkeit beruft. Er behauptet, er habe seiner Versetzung vom Polizeiant Lichtenberg zum Geheimen Staatspolizeiant sofort widersprochen. Ihm sei jedoch erwidert worden, er müsse als Beamter dem Befehl Folge leisten. Nachdem er einige Zeit im Kulturreferat tätig gewesen sei, habe er sich für diese Arbeit nicht geeignet gefühlt, weil er nicht die gewohnten genauen gesetzlichen Unterlagen, sondern nur das dehnbare Gesetz zum Schutze von Volk und Staat zur Verfügung gehabt habe. Er habe weiter gemerkt, dass die führenden Persönlichkeiten in Partei und Staat sich nur bereichern wollten, und dass sie für ihre dunklen Machenschaften sich auch der Mitwirkung der Gestapo bedienten. Er habe daher in den Jahren 1934, 1938 und 1939 seine Versetzungsgesuche zur Ordnungspolizei wiederholt. Er sei aber stets mit dem Hinweis, auch die Gestapo brauche dringend gelernte Verwaltungsbeamte, abschlägig beschieden worden. Bei der Ablehnung der letzten beiden Gesuche habe er das Gefühl gehabt, dass ihm nach den ihm bekannt gewordenen Methoden der Gestapo nicht nur Dienstentlassung, sondern auch Unterbringung in ein Konzentrationslager drohte, wenn er seinen Dienst im Amt IV ohne Genehmigung aufgab. Er sei sich darüber klar gewesen, dass er für die Gestapo schon zu viel gewusst hätte, so dass sie ihn nicht frei davongehen lassen würde. Nach Ausbruch des Krieges habe er diese Gelegenheit benutzen wollen, um durch Meldung zur Wehrmacht

von der Gestapo freizukommen. Auch dies sei von seiner Behörde unterbunden worden. Er habe daraufhin die entsprechende Wehrpassnotiz erhalten. Da er sich auch weiterhin wie schon vor dem Kriege in einem erheblichen Gewissenskonflikt befunden habe, der sich durch die während des Krieges gesteigerten Verbrechenshandlungen der Gestapo verstärkte, habe er 1943 nochmals den Versuch gemacht, zur Wehrmacht zu kommen. Daraufhin sei ihm eröffnet worden, dass sein Verhalten als Fahnenflucht angesehen werden müsse, und dass er im Wiederholungsfalle mit entsprechenden Massnahmen zu rechnen habe. Er sei im Jahre 1941 vom Kirchenreferat zum Schutzhaftreferat strafversetzt worden, weil er der amtlichen Aufforderung, aus der Kirche auszutreten, nicht nachgekommen sei. Da ihm ein Wegkommen von der Gestapo nicht möglich gewesen sei, habe er dann wenigstens versucht, vom Schutzhaftreferat fortzugelangen. Das sei ihm am 1.11.1943 durch seine Versetzung zum Referat Baumund schliesslich gelungen.

Der Angeklagte behauptet weiter, aus Zorn darüber, dass seinen Anträge auf Rückversetzung zur Ordnungspolizei nicht stattgegeben werden konnte, und weil er sein Gewissen auf andere Weise nicht habe beruhigen können, den Entschluss gefasst zu haben, nunmehr den Zielen der Gestapo nach Möglichkeit entgegenzuarbeiten. So habe er schon vor dem Kriege und während des Krieges im Kirchenreferat in vielen Fällen verhindern können, dass ernste Bibelforscher und andere Mitglieder von Sekten und auch Pfarrer in Schutzhaft genommen wurden. Wenn entsprechende Anträge des Schutzhaftreferats dem Kirchenreferat zur Stellungnahme zugeleitet wurden, habe er sie mit ablehnenden Vermerken versehen und die entsprechende Entscheidung des ~~ihm~~ sehr wohlwollenden Referatsleiters, Regierungsrat Dr. Altenloh, herbeigeführt. Im Schutzhaftreferat habe er nicht nur die Angehörigen von Schutzhäftlingen darüber beraten, wie sie zweckmässig die Anträge auf Aufhebung der Schutzhaft begründen könnten, sondern er habe darüber hinaus in mindestens 148 Fällen, ohne dazu befugt zu sein, die Entlassung aus der Schutzhaft verfügt. Er habe dazu die Befugnis benutzt, Entlassungsbefehle in den Sachen zu unterschreiben, in denen über die Aufhebung der Schutzhaft durch den Amtschef IV bereits entschieden war. Er habe daher die erforderlichen Formulare zur Verfügung gehabt und habe dann in ihm geeignet erscheinenden Fällen, soweit er konnte, unter grösster Überschreitung seiner Befugnisse die Freilassung verfügt. Hierzu habe er den Registrator, Polizeisekretär Jungnickel, ins Vertrauen ziehen müssen, damit

dieser die betreffenden Akten dann aus dem Geschäftsgang herauszog, um so eine Entdeckung seiner Handlungsweise zu verhindern. Trotz aller Bemühungen sei es ihm nicht möglich gewesen, die jetzige Anschrift des Jungnickel ausfindig zu machen. Er habe jedoch in einem Notizbuch die Schutzhaftnummern der Häftlinge, die er widerrechtlich zur Entlassung gebracht habe, verzeichnet. Aktenzeichen und Namensangaben habe er aus begreiflichen Gründen nicht vermerken können. Im Referat Leumund habe er in vielen Fällen auch dann günstige Beurteilungen erteilt, wenn die Feststellungen ergeben hätten, wenn der Betreffende politisch belastet war.

Diese Einlassung ist dem Angeklagten nicht zu widerlegen. Sie erscheint auch nach dem Eindruck, den das Gericht in der Hauptverhandlung von seiner Persönlichkeit gewonnen hat und aufgrund des Ergebnisses der Beweisaufnahme als völlig glaubhaft. Die eidlich vernommene Zeugin Stadelmann, die im Schutzhaftreferat die Schreibarbeiten für den Angeklagten ausführte, hat bekundet, auch ihr sei aufgefallen, dass der Angeklagte ohne die erforderliche Anweisung des Amtschefs IV oder eines anderen Vorgesetzten Freilassungen verfügt habe. Sie habe auch, als sie nach dem Weggang des Angeklagten einen anderen Sachbearbeiter des Schutzhaftreferats unterstellt wurde, festgestellt, dass die Zahl der verfügten Freilassungen in diesem Referat wesentlich geringer war als beim Angeklagten. Die ebenfalls eidlich vernommene Zeugin Siebert hat erklärt, sie wisse aus ihrer Zusammenarbeit mit dem Angeklagten im Referat Leumund, dass er versuchte, politisch Belasteten möglichst günstige Leumundzeugnisse auszustellen, dass der Angeklagte kein Mitglied der SS oder des SD gewesen sei, niemals ein Parteiabzeichen getragen habe und ihr gegenüber oft über die Regierung im allgemeinen und besonders über die Gestapo geschimpft habe. Aus den Aussagen der Zeugin Stadelmann und den Erklärungen des Dr. Altenloh, Dr. Berndorf, Regierungsrates Pieper und des Konrad Dann geht ferner eindeutig hervor, dass der Angeklagte mehrfach versucht hat, von der Gestapo wegzukommen. Schließlich haben die Zeugen Asmus, Holz, Hübscher und Charlotte Otte übereinstimmend bekundet, dass sie als Angehörige von Schutzhaftlingen stets bei dem Angeklagten ein offenes Ohr für ihre Wünsche gefunden haben, dass er ihnen menschlich und hilfsbereit entgegengetreten ist und dass er sie bei ihren Gesuchen um Freilassung ihrer Angehörigen über seine amtlichen

Verpflichtungen hinaus unterstützt und beraten hat. Die vom Angeklagten Schutzhäftlingen geleistete Hilfe ergibt sich auch aus den Aussagen der Zeugen Henning und Hermann Otte. Insgesamt ergab die Hauptverhandlung aus der Persönlichkeit des Angeklagten und aus den Aussagen glaubhafter und unverdächtigter Zeugen, dass der Angeklagte ein menschlich und gerecht denkender Beamter alter Schule war, der sich von Anfang an bei der Gestapo nicht wohl gefühlt hat und nur unter stärkstem Zwang bei der Gestapo festgehalten wurde und weiter, dass er in erheblichem Umfange den Zielen der Gestapo entgegengearbeitet hat, als ihm seine Entlassung trotz schwerster Gewissenskonflikte nicht gelang. Es liegt auch nicht nur ein staatlicher Zwang zur Mitgliedschaft, dem der Angeklagte sich ohne Gefahr für Leib oder Leben nicht entziehen konnte, für die Zeit vor dem Kriege und für die Gesamtdauer des Krieges und darüber hinaus eine seelische Konfliktslage vor, sondern auch der Fortfall der Rechtswidrigkeit. Wenn auch durch die Hände des Angeklagten während der 2 Jahre seiner Tätigkeit im Schutzhafthereferat zahllose Schutzhaftsachen gegangen sind, so konnte er nach Überzeugung des Gerichts doch nicht mehr tun, als in rund 150 Fällen unter Einsatz seiner Person Häftlingen zu helfen, da eine darüber hinausgehende Hilfe wahrscheinlich zu seiner Entdeckung geführt haben würde.

Der Angeklagte war daher wegen Vorliegens des Zwanges zur Mitgliedschaft, wegen Notstands, in den er unverschuldet geraten ist und wegen mangelnder Rechtswidrigkeit seines Handelns freizusprechen.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 40 Verfahrensordnung, 467 StPO.

Bernhard

Der Polizeipräsident in Berlin
I - A - KJ 3/1 68/65

Berlin, den 27.12.1965

Vermerk:

Laut Aufenthaltsermittlung des Oberkreisdirektors als Kreispolizeibehörde in Paderborn vom 20.12.1965 lautet die Anschrift des

R o g g o n, Richard
17.1.1895 in Griesen geboren,

wie folgt:

479) P a d e r b o r n

Geroldstraße 18.

Genannter ist dort seit dem 26.5.1954 polizeilich gemeldet.

Schultz
(Schultz) KM

Ra.

046 Schmelz (14.1.03) (A 709 ff)

Ratenverteilung , verlost zunächst an Sachs. Stoch.
Springer | Finhanssen | Künne
ab Mai 1941

von No. 43 - Mai 45

G I [] IV
Sachs. bei
IV C 2

best.

18.10.66 - 5/6 - Sommer 42 - Sommer 43 krank

im Feb. 43 mal aushelfen
im Ref. gearbeitet

19.10.66 - 13/1 - Todesurteilungen

14

Juden laut in der KK
wesentl. schlecht als Mitgefangene
(Schicksal aus dem. Innenpolitik)

kein unabhängiger u. d. d. Zus.
sollen (in der KK) (haben die beiden besonders
schlechte Lebensbedingungen
ihre Lebensweise was derhalb
geringer als die der anderen
Häftlinge
auffallend viele Tode. m. aus Pn.)

15

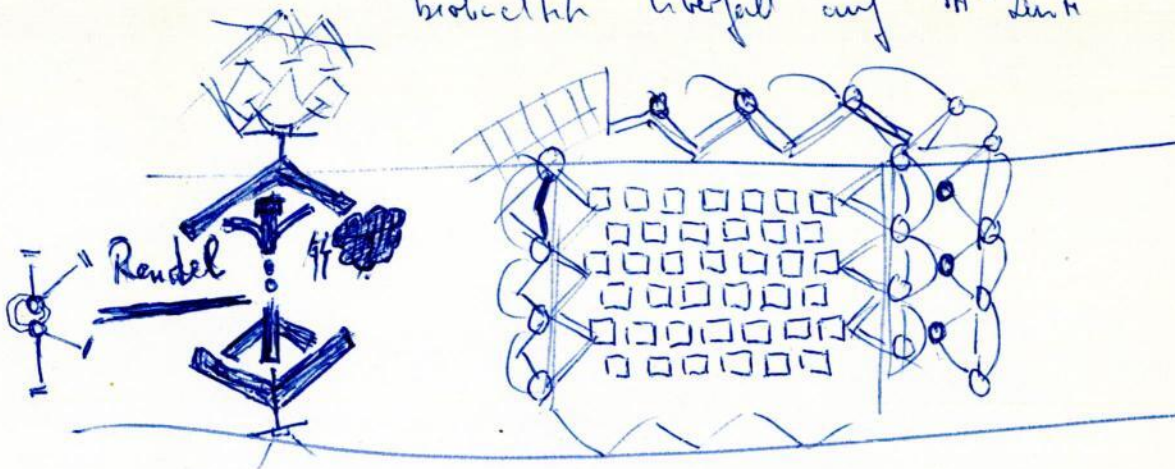
Inspekt. d. Häftlinge Behandlung in
der KK nicht alles "anständig" bei
jüd. Schutzhaft. in west. Mgt.
(da sie in Freiheit schwerer Los)
Tod aufgrund bes. schlechte Lebens-
bedingungen

Schulz:

~~Handwritten text, possibly crossed out or corrected.~~

Hande für NSDAP-Einheit

beobachtete Überfall auf SA-Leute



Krummrey :

- Einzelfälle, Beziff. nach Anklageschrift -

S c h u l z

G 42

J 2

K 10, 13, 18, 51, 54, 59, 60, 63, 78, 79, 82

N 9, 13,

R 33

T 16

16, davon 3 und 5

S c h u l z

erhielt in folgenden Fällen die Sterbemitteilungen:

G 42, 52, 64

I 1

J 2, 14

K 4, 13, 21, 22, 26, 34, 36, 43, 62, 72

N 3, 9, 12, 13

Q 1

R 8, 10, 18, 19, 26, 27, 40, 42

S 8, 9, 12 - 14, 38, 40, 43, 44, 67, 68 - 70

Diese Häftlinge verstarben in folgenden Monaten:

9.41 Q 1 R 8, 10, 18, 19, 26, 27, 40, 42 S 8, 9, 12 - 14, 38,
(noch S) 40, 43, 44, 67, 68

7.42 K 4, 21, 22, 26, 34, 36, 62

8.42 K 43

1.43 K 13, 72

10.43 J 52, 64

11.43 N 3, 12

~~J~~-4 12.43 J 1

1.44 J 14

2.44 G 42

9.44 J 2

3.45 ~~N~~ N 9, 13



Dr. Bendorf

28. 9. 67

51 H

Todesmeldungen

15. 'wäre' - 'föhl' - 'Stapel'

Index. Sammelkiste

abgezeichnet

Todesfälle abgelesen mit Fortgang
der Krieger (seit 1941) immer stärker
an , es mag sein , dass
ein Verhältnis u. g. g. besser
beihil davon jenen waren

an An. befinden viele Tothschmetterlinge

Gründe für Todesfälle

Unterwässerung, man sollte Hygiene
starke Überbelastung vermeiden.

Aufgaben von Spielern in gemeldet
von qualitativen Töhen zu
nicht jenseit u. nicht jenseit

Lebenserwartung, jedes KI-Hyphing
geringer, insbe- bei Schwach
er in Freiheit befindlichen

nicht genau, d. h. Schrift
weg zu Ende bring "

dennod wurde
heute weiter
Juden einge-
wiesen

was das tut
(Führung, helfen)
handelt bedingt
vorsätzlich

für Hoffung, dass
seine Taten
von jemand mit
nicht sterben
sollten, lange
hinwiderzaphion
Therapiepunkte von
diese sind auch
nicht erreichbar

S. 4/5

S. G

5.7

3. 10. 67

5. 1

Dr. Berndorf

kannales Handeln für alle Fälle
berich diesel

Einsatz der Selbstverständlichkeit

Dr. Burdorf

CdS IV C 2 Reg. Nr. 4007/41 g v. 31. 12. 42

an $\frac{1}{4}$ WVHA 2. bld. v. Pohl



GenSta bei dem Kammergericht Berlin

1 Js 7/65 (KSHA)

Vernehmten:

Staatsanwalt Nagel

Kriminalobermeister Schultz

21

8. 8.

66

auf Vorladung

xx

Berlin 31, Güntzel -

xxx

60

213 39 19

D o n n e r

Gerhard Auto

27.10.00 Thorn

Thorn

Thorn

Dt.

Regierungssanitäter a.D.

Verwaltungsbeamter

ROI im KSHA

Beamter a.L.

Oberverwaltungssgericht Berlin

Berlin 12,

Hardenbergstr. 21

entf.

kann nicht angegeben werden

ca. 1000.--DM monatl.

ledig

keine

Karl Bonath

Fotograf

1940 verstorben

Marie B., geb. Schubert

Hausfrau

1929 verstorben

entf.

Dt.

keine

bPA Nr.0354004 v. 13.2.64

PP Berlin, Pol.-Rev. 155

keine, bis auf Spruchkammerverf.
Spruchk. Darmstadt, Hess. Min. d.
Inn. 11.11.1952 Gruppe II der
Mitläufer.

Dem Beschuldigten wurde eröffnet, welche Tat ihm zur Last gelegt wird - Beteiligung der Referate IV C 2 und IV D 4 des eben. NSHA an der Schutzhafteinweisung von Juden in AL mit dem Ziel der Tötung - und welche Strafvorschriften - § 211 StGB a.u.a.F. - in Betracht kommen.

Er wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freisteht, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor Beginn seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Er erklärte:

Ich will mich jetzt zu der Beschuldigung äußern.

Noch zur Person:

Von 1906 bis 1918/19 besuchte ich in Thorn das Gymnasium und legte dort auch das Abitur ab.

Von Mai 1918 bis August 1919 war ich mit Unterbrechungen Angehöriger des Heeres und des Grenzschatzes.

Von Januar 1920 bis 1921 studierte ich drei Semester Schiffs- und Schiffsmaschinenbau an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg. Dieses Studium brach ich aus finanziellen Gründen ab.

Von 1921 bis 1924 war ich bei der Commerz und Privatbank als Bank-Gehilfe und anschließend bis 1925 im väterlichen Fotogeschäft tätig.

Vom 16. Januar 1926 bis 30. Juni 1926 war ich Angestellter bei der Reichsschuldenverwaltung in Berlin.

In der Zeit vom 1. Juli 1926 bis 30. Juni 1929 war ich Polizei-Zivilsupernumerar und vom 1. Juli 1929 bis 30. April 1930 Polizeipraktikant beim Polizeipräsidentium Berlin.

Am 1. Mai 1930 wurde ich als POS zum PP. Stettin versetzt; von dort am 16. Oktober 1930, ebenfalls als POS zur Polizeidirektion Buhl. Am 16. Oktober 1932 kam ich wieder zum PP. Berlin zurück, wo ich bis zum 30. Juni 1935 blieb. Zwischenzeitlich, 1934, erfolgte die Umwandlung meiner Dienstbezeichnung in Polizeiinspektor.

Am 1. Juli 1935 erfolgte meine Versetzung zum damaligen Preussischen Geheimen Staatspolizeiamt, das später in Reichssicherheitshauptamt, Amt IV, umgenannt wurde. Ich meine: Das Gestapa wurde dem RSHA nach dessen Gründung als Amt IV eingegliedert.

Diese Versetzung erfolgte von Amts wegen ohne mein Zutun.

Einige Monate war ich in der Personalabteilung, dessen Leiter Pol.-Rat T r i n k l war, tätig und danach einige Monate in der Abteilung II - Nachrichtensammlung -.

Etwa 1937 kam ich zum Schutzhaftreferat, das seinerzeit die Bezeichnung II 1 D, in der Polizeizeit II D, IV C 2 und gegen Kriegsende die Bezeichnung IV A 6 b führte. An die letzte Dienststellenbezeichnung kann ich mich allerdings nicht mehr erinnern, weiß aber noch, daß zur fraglichen Zeit eine Umbenennung stattgefunden hat.

Dem Schutzhaftreferat hörte ich bis zum Kriegsende an. Es wurde während der gesamten Zeit meiner Zugehörigkeit von Herrn Dr. B e r n d o r f f geleitet; sein Vertreter war anfangs KR L i n d o w und später KR F ö r s t e r .

Im April 1945, unsere Dienststelle befand sich zu dieser Zeit in Prag, erhielt ich eine Uniform mit den Dienstgradabzeichen eines SS-Hauptsturmführers.

Am 1. Februar 1937 wurde ich Pl in der Besoldungsgruppe IV A C 1+ am 1. Oktober 1937 POI der Bes.Gr. A 4 b 2 und am 1. Dez. 1938 ROI der Bes.-Gr. A 4 b 1.

Während der gesamten Zeit meiner Zugehörigkeit zum Gestapa bzw. RSHA erhielt ich Ministerialzulage.

Ende April/Anfang Mai 1945 kam ich mit den Angehörigen des Schutzhaftreferats, die zu diesem Zeitpunkt noch in Prag waren, in die Gegend von Leitmeritz. Dort geriet ich in russische Kriegsgefangenschaft, aus der ich am 21. Juli 1945 nach Berlin entlassen worden bin. Soweit ich mich erinnere, gerieten F ö r s t e r und Kurt H a r d e r mit mir in Gefangenschaft. Es waren wohl noch andere ehemalige Angehörige des Schutzhaftreferats dabei, jedoch erinnere ich mich an deren Namen nicht mehr.

H a r d e r war wohl sieben oder acht Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft, er suchte mich nach seiner Entlassung einmal auf und erzählte mir, daß er mit seiner Mutter im Ostsektor Berlins wohnt. Wo er jetzt wohnt, weiß ich nicht.

Am 19. September 1945 wurde ich hier in Berlin von den Amerikanern in Internierungshaft genommen. Bis zum 26. März 1946 war ich in Berlin-Lichterfelde-Ost und wurde dann nach Darmstadt verlegt. Von dort wurde ich am 15. September 1948 nach Berlin entlassen. Im Internierungslager Darmstadt erfolgte mein Spruchkammerverfahren und ich wurde in die Gruppe II der Aktivisten eingruppiert. Das Attenzeichen dazu lautet D. LG. /I/P/3157/48. Ich wurde zu einer Geldbuße von 150,-- DM und sechs Monaten Sonderarbeit verurteilt.

Nach meiner Entlassung war ich bis zum 5. Januar 1953 arbeitslos und bezog **A**rbeitslosenunterstützung.

Zwischenzeitlich reichte ich am 23. Oktober 1952 ein Gesuch um Umstufung an das Hessische Staatsministerium hinsichtlich meiner Eingruppierung durch die Spruchkammer Darmstadt ein. Am 11. November 1952 erfolgte durch den hessischen Ministerpräsidenten die **g**radenweise Einstufung in die Gruppe der Mitläufer.

Am 6. Januar 1953 erfolgte meine Einstellung zur Wiederverwendung beim Verwaltungsgericht Berlin als Hauptsachbearbeiter im Angestelltenverhältnis.

Am 1. April 1953 wurde ich zum ROI unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtinnenverhältnis auf Lebenszeit ernannt. Am

1. Oktober 1955 wurde ich zum Obe**v**erwaltungsgericht Berlin versetzt; am 1. März 1956 erfolgte meine Ernennung zum Regierungsamtmann.

Am 31. Oktober 1965 schied ich wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem öffentlichen Dienst aus.

Außer dem Reichsluftschutzbund und der NSV gehörte ich keiner weiteren NS-Organisation an., ins**bes**ondere nicht der NSDAP und der SS.

Ich unterhalte keinerlei persönliche Kontakte mehr mit ehemaligen Angehörigen des NSDA. Ich erinnere mich, daß ich für einige ehemalige NSDA-Angehörige, so K r u n r e y , F ü r s t e r , L i n d o w und D u b i e l , Erklärungen über ihre frühere Tätigkeit auf ihren Wunsch hin ausgeschrieben habe.

Zur Sache:

Bei meiner Versetzung zum Schutzhaftreferat - ich bin damit einverstanden, daß es der Einfachheit halber in folgenden IV C 2 genannt wird - im Jahre 1937 wurde mir dort sogleich die Arbeit eines Sachbearbeiters übertragen.

Zum damaligen Zeitpunkt gab es bei IV C 2 etwa sechs verschiedene Ruten. Jede Rate bestand aus einem Sachbearbeiter, ein bis zwei Registratoren und einer Schreibkraft. Bei meinem Eintritt waren dort als Sachbearbeiter schon tätig: F e u ß n e r , I b s c h , K u p s c h und K e t t e n h o f e n , der Bürovorsteher war und daneben die Geheimrate bearbeitete.

In der Folgezeit kamen immer neue Sachbearbeiter hinzu, mitunter auch einige weg. Etwa alle zwei Jahre wurden die Ruten unter den Sachbearbeitern neu verteilt. Der Grund hierfür ist mir nicht bekannt.

Während der Kriegszeit hatte ich hier in Berlin überwiegend die Rate mit dem Buchstaben B zu bearbeiten. Weitere Buchstaben gehörten zu dieser Rate nicht. Registraturkräfte waren Herr K a u l und Frau H a r d t k e. Daneben hatte ich mitunter aushilfsweise andere Sachbearbeiter zu vertreten, wenn diese krank oder in Urlaub waren oder wenn sie sagten, daß sie mit ihrer Arbeit allein nicht mehr fertig würden. Wenn K e t t e n h o f e n einmal krank oder in Urlaub war, hatte ich ihn als Sachbearbeiter für die Geheimrate zu vertreten. Daneben vertrat ich ihn auch hinsichtlich der Personalangelegenheiten.

In der Geheimrate wurden solche Schutzhaftsachen bearbeitet, die von der Stapostelle oder vom Sachreferat als "geheim" bezeichnet worden waren. Wenn ich nun gefragt werde, was für Schutzhaftsachen bei IV C 2 in der Geheim-Rate bearbeitet wurden, so kann ich hierzu wirklich keine nähere Auskunft geben, da ich K e t t e n h o f e n zu selten vertrat. Nachdem von mir damals gewonnenen Eindruck waren die in dieser Rate bearbeiteten Schutzhaftsachen überhaupt nicht besonders geheimhaltungsbedürftig. Eine Liste mit Decknamen habe ich damals bei IV C 2 in der Geheimrate nicht gesehen und ich weiß nicht einmal, ob K e t t e n h o f e n überhaupt so eine Liste hatte.

In Berlin schrieb für mich überwiegend Fräulein J a n t o s .

Als das Referat IV C 2 etwa im Herbst 1943 von der Wrangelstraße nach Prag verlegt wurde, behielt ich die Rate mit den Buchstaben B nicht mehr. Vielmehr wurde mir dann eine Rate zugeteilt, die wohl die Buchstaben C, D und F hatte. ^{Am} Den Namen meines Registrators in Prag kann ich mich nicht mehr erinnern und mir fällt auch auf Vorhalt nicht ein, ob er S i e v e r s hieß. Schreibkraft in Prag war für mich Frau T r ö n d l e . K a u l blieb jedenfalls in Prag nicht mein Registrator.

Mir wurden soeben aus meinem Personalheft die Blätter 37 bis 58, 61 vorgelegt. Soweit auf diesen Blättern meine Unterschrift bzw. Paraphe enthalten ist, erkenne ich sie wieder.

Ich werde nunmehr zu dem Lauf eines Schutzhaftvorganges Stellung nehmen.

Die Anträge auf Inschutzhaftnahme kamen von allen möglichen Stapostellen aus dem Reichsgebiet. Ich erinnere mich nicht, daß solche Anträge auch aus den von Deutschland besetzten Gebieten eingingen. Insbesondere erinnere ich mich nicht, derartige Anträge aus den Niederlanden, Dänemark oder Frankreich gesehen zu haben.

Ich weiß nicht, ob es Stapostellen gab, die eigene Einweisungsbefugnis hatten.

Anträge von Sachreferaten ohne Beteiligung einer Stapostelle habe ich nie gesehen.

Die Anträge der Stapostellen gingen grundsätzlich direkt zum entsprechend zuständigen Sachreferat und erst von dort bekamen wir sie in das Schutzhaftreferat.

Vorhalt:

Herr B o n a t h , war es nicht so, daß diese Anträge von den Stapostellen an das Referat IV C 2 eingesandt wurden und sie erst dann zum Sachreferat zwecks Stellungnahme weitergeleitet wurden, danach wiederum zum Referat IV C 2 zurückkamen?

Antwort:

An einen solchen Bearbeitungsweg erinnere ich mich nicht. Ich meine vielmehr, daß es so gehandhabt wurde, wie ich es vorher schilderte.

Hierbei bleibe ich auch, wenn mir hier aus den Dok.-Bs. 1, 2 und 3 verschiedene Schutzhaftanträge der Stapoleitstelle Düsseldorf gezeigt werden, die ausdrücklich an das RSHA IV C 2 (Ba. 1 Bl. 104, 173, Ba. 2 Bl. 74, 86 f, 98, Ba. 3 Bl. 17) gerichtet waren. Ich habe diese Handhabung jedenfalls so in Erinnerung und sehe aus verschiedenen mir vorgelegten Dokumenten, daß die Anträge zum Teil auch an das RSHA "IV" bzw. an das Referat IV B 4 gingen.

Die Vernehmung wird zur Einnahme des Mittagessens um 12.10 Uhr unterbrochen.

Fortsetzung der Vernehmung um 13.00 Uhr.

Bei Eingang der Akten vom Sachreferat gingen diese erst über den Schreibtisch von Dr. B e r n d o r f f , der durch Handzeichen oder nur durch einen Strich mit seinem Farbstift die Kenntnisnahme des Vorganges bestätigte. Anschließend daran gingen die Vorgänge zu derjenigen Registratur, die entsprechend des Anfangsbuchstabens des Namens des Betroffenen zuständig war, sofern es sich nicht um eine Geheimsache handelte. Nach Erledigung der Registraturarbeiten wurden die Vorgänge dann den entsprechenden Sachbearbeitern zugeleitet.

Die Stellungnahmen der Sachreferate - ich lege Wert darauf, daß es sich dabei nicht um Stellungnahmen handelte, sondern geschrieben wird, daß es Anordnungen waren - hatten zum Inhalt, daß der RFSS oder der Amtschef die Schutzhaft angeordnet habe.

Wenn ich in diesem Zusammenhang gefragt werde, ob der RFSS oder der Amtschef sämtliche Schutzhaftakten vorgelegt bekam, so kann ich diese Frage nicht beantworten, da ich das nicht weiß. Diese Frage könnte nur durch ehemalige Sachbearbeiter von Sachreferaten beantwortet werden. Die Art der Anordnung war jedenfalls in der von mir geschilderten Form, und zwar bis Kriegsende.

Auf Befragen, ob nicht auch Formulare insbesondere durch das Referat IV B 4 - ich kann mich daran erinnern, daß dies die Bezeichnung des Judenreferats war - für diese Anordnungen verwendet wurden, so halte ich dies zwar für möglich, kann mich jedoch nicht daran erinnern. Unterschrieben waren diese Anordnungen von dem in Betracht kommenden Sachreferenten, d.h. dem Referatsleiter bzw. dessen Vertreter. Die Anordnungen selbst waren verschieden^{lang}. Die Handhabung innerhalb der einzelnen Referate^{war} verschieden.

Frage:

Herr Bonath, wenn die Anordnung der Einschutzhafnahme stets vom Amtschef bzw. RFSS getroffen wurde und dieser dazu auch die Akten vorgelegt bekam, so hätte in jeder Akte die Unterschrift einer dieser Personen enthalten sein müssen. Andererseits sagten Sie, daß die Handhabung innerhalb der einzelnen Referate verschieden gewesen sei und daher die Anordnung verschieden lang war. Daraus könnte man folgern, bzw. verstehen, daß das Sachreferat die Entscheidung getroffen hat. Bitte nehmen Sie zu dieser Frage Stellung.

Antwort:

Zum ersten Teil der Frage habe ich zu sagen, daß das Sachreferat eigene Akten geführt hat, in der sich dann die Entscheidung und die Unterschrift des Amtschef bzw. RFSS befand.

Frage:

Woher wußten Sie, daß dies so gehandhabt wurde?

Antwort:

Weil ich in unseren Akten niemals die Berichte des Sachreferats an den Amtschef bzw. den RFSS gesehen habe. Das folgere ich nur daraus, daß ich in unseren Akten die Anordnung des RFSS pp. selbst nicht gesehen habe.

Zum zweiten Teil der Frage möchte ich sagen, daß man daraus nicht folgern könne, daß das Sachreferat die Entscheidung getroffen habe, sondern die Form und die Art der Weitergabe der Entscheidung war in Form und Ausdruck in den Referaten verschieden. In Hinblick auf die von mir oben erwähnte unterschiedliche Länge der Anordnung bemerke ich, daß sie inhaltlich in jedem Fall lediglich besagte, daß die Schutzhaft vom ... angeordnet worden sei. Das eine Referat benötigte mehrere Sätze, um dies zum Ausdruck zu bringen, während ein anderes Referat sich mit einem Satz begnügte.

Ich möchte mit aller Klarheit an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, daß ich in meiner damaligen Stellung als Sachbearbeiter im Schutzhaftreferat an diese Anordnung gebunden war.

Wenn ich der Ansicht war, daß entgegen der vom Sachreferat pp. getroffenen Anordnung eine Schutzhaft und Überführung in ein KL nach dem von der Stapostelle mitgeteilten Sachverhalt nicht gerechtfertigt war, - beispielsweise wenn nach meiner Ansicht die Haft im Polizeigefängnis ausreichte - so hatte ich die Möglichkeit, meine Ansicht in einem Vermerk niederzulegen und die Akten nochmals dem Sachreferat über den Referatsleiter Dr. B e r n d o r f f zu übersenden.

Wenn das Sachreferat ohne triftige Gründe bei seiner Anordnung verblieb, hatte ich die Möglichkeit, über Herrn Dr. B e r n a o r f f und den Amtschef M ü l l e r an H i m m l e r zu berichten. Diesen Bericht konnte ich als Sachbearbeiter natürlich nicht zeichnen; es wurde vielmehr ein Konzept gefertigt und den Bericht selbst unterzeichnete M ü l l e r, sofern er nicht selbst entschied.

Die Frage, ob das Verhalten derjenigen Person, die in Schutzhaft genommen werden sollte, überhaupt die Zulässigkeit des § 1 des Erlasses des Reichsminister des Innern vom 25. Januar 1938 betreffend Schutzhaft ergab - der Erlaß wurde mir aus Dok.bd. 8 Bl. 60 ff vorgelegt und war mir damals bekannt -, wurde durch das Sachreferat geprüft und nicht durch das Schutzhaftreferat.

Wenn ich nun gefragt werde, welche Arbeitsunterlagen den Sachbearbeitern im Schutzhaftreferat zur Verfügung standen, so möchte ich meinen, daß uns damals sämtliche Erlasse vorlagen, die formelle Bestimmungen über Schutzhaft betrafen, so kann ich mich mit Bestimmtheit daran erinnern, daß mir damals eine allgemeine Erlaßsammlung vorlag. Ob es sich dabei um die mir hier soeben vorgelegte allgemeine Erlaßsammlung (AES) gehandelt hat, kann ich allerdings nicht mit Bestimmtheit sagen. Verschiedene darin enthaltene Erlasse kamen mir jedenfalls bekannt vor.

Ob wir darüberhinaus die Einzelerlasse vorgelegt bekamen, die für ein bestimmtes Tun oder Verhalten Schutzhaft vorsahen, kann ich nicht sagen. Mir sind hier soeben aus Dok.bd. 8 verschiedene Erlasse vorgelegt worden - Bl. 76/99, 106/127 - die die Verhängung von Schutzhaft gegen Juden bei allen Möglichen Verstößen regeln. Ich kann nicht sagen, ob ich diese oder derartige entsprechende Erlasse, Juden betreffend, damals gesehen habe. Es kann möglich sein, daß wir diese Erlasse im Umlaufwege erhalten haben. Ich selbst habe mir jedenfalls daraus keine Auszüge gefertigt und hatte auch als Arbeitsunterlage keine Sammlung derartiger Erlasse.

Wenn ich damals irgend einen Erlaß brauchte, der mir nicht vorlag, dann ging ich zu F e u ß n e r , der bei IV C 2 die allgemeinen Sachen machte, und in diesem Rahmen auch eine Sammlung von allen möglichen ^{Erlässen} ~~Sammlungen~~ verwaltete.

Wenn die Schutzhaftanträge bei uns eingingen, hatten die Akten außerdem Antragsschreiben der Stapostelle und der Anordnung des Sachreferats noch folgenden Inhalt: Personalbogen mit Lichtbildern, Vernehmungsniederschriften und gelegentlich ärztliche Atteste auf Lagerhaftfähigkeit.

Ich hatte dann folgendes zu tun: Meiner Schreibkraft hatte ich eine Verfügung zu diktieren, wonach der Schutzhaftbefehl mit folgendem Inhalt zu erlassen sei , indem er dadurch, daß er Ich weiß noch, daß dies die Standardformulierung war. Es folgte sodann in überwiegend einem Satz die Begründung.

Weiterhin wurde die Übersendung des Schutzhaftbefehls an die betreffende Stapoleitstelle verfügt. Zuerst erfolgte dies mit einem Anschreiben wie Dok.bd. 1 Bl. 7, in der späteren Zeit per Fernschreiben. Diese letztere Handhabung hatte ich nicht mehr in Erinnerung, sie fällt mir aber jetzt wieder ein, da mir entsprechende Dokumente vorgelegt wurden.

Mit Übersendung des Schutzhaftbefehls - später per Fernschreiben - wurde den Stapostellen zugleich mitgeteilt, in welches KL der Betroffene zu verbringen sei. Die Einweisung erfolgte nach regionalen Gesichtspunkten in die Lager Sachsenhausen, Dachau und Buchenwald; Frauen kamen in das KL Ravensbrück. Auch in späterer Zeit wiesen wir weiterhin in diese drei Lager ein. In die neu errichteten KL wurden die Häftlinge sodann ohne unser Zutun verlegt.

Später wurden dann die KL in verschiedene Lagerstufen eingeteilt. Dann schrieb jeweils das Sachreferat in seiner Anordnung, in welche Stufe der betreffende Häftling eingewiesen werden sollte; mitunter stand dies auch schon in den Antragsschreiben der Stapostellen.

Die Stufeneinteilung selbst ist mir zwar noch in Erinnerung, jedoch kann ich nicht mehr mit Sicherheit sagen, welchen KL welcher Stufe angehörte. Wenn mir hier soeben der entsprechende Erlass vom 2. Januar 1941 aus Dokbd. 7 Bl.6/7 vorgelegt wird, so erinnere ich mich jetzt daran, daß die Stufeneinteilung so war, wie sie in diesem Erlass steht. Ich kann heute nicht mehr sagen, ob die Sachreferate Einweisungen nach Stufe III in das KL Mauthausen besonders eingehend begründeten; sehr wahrscheinlich werden sie dies jedoch gemacht haben, da ~~wie~~ ja die Akten an den Amtschef bzw. den RFSS vorlegen mußten.

Diese Verfügung wurde sodann Herrn Dr. B e r n d o r f f - in Prag und teilweise auch in Berlin Herrn F ö r s t e r - mit den Akten vorgelegt. Dieser drückte sodann den Faksimilestempel von H e y d r i c h bzw. K a l t e n b r u n n e r unter die Verfügung. ~~Hxxxxxx~~ Gleichzeitig drückte er den Faksimilestempel unter denjenigen Schutzhaftbefehl, der bei den Akten verblieb. Hierzu möchte ich bemerken, daß in der ersten Zeit sämtliche Schutzhaftbefehle zur Unterschrift M ü l l e r vorgelegt wurden. Später bekam Dr. B e r n d o r f f dann den Faksimilestempel. Dies weiß ich jedoch nicht aus eigener Erkenntnis, da ich nur gehört zu haben glaube, daß M ü l l e r die Arbeit zuviel wurde. Während meiner Zeit habe ich keine Originalunterschrift der leitenden Herren gesehen, sondern immer nur diesen Faksimilestempel. Gelegentlich habe ich allerdings in älteren Akten auch Schutzhaftbefehle gesehen, die die Unterschrift von Dr. B e s t im Original trug.

Ech werde nun zur weiteren Bearbeitung der Schutzhaftakten Angaben machen, wenn der Betreffende Schutzhaftling im KL verstorben ist. Gleich zu Anfang möchte ich sagen, daß dies ein sehr trauriges Kapitel ist.

Die Nachricht vom Ableben eines Häftlings erhielten wir in der Regel durch Fernschreiben oder durch Zettel. Allgemein waren unverfängliche Todesursachen darauf vermerkt, wie Herz- und Kreislaufschwäche, Lungenentzündung usw. An Fülle, "auf der Flucht erschossen" oder "Freitod durch Elektrozaun" kann ich

nich nicht erinnern, d.h. ich erinnere mich nicht, daß diese Todesarten besonders häufig vom KL Kauthausen mitgeteilt wurden. Ich habe wohl gelegentlich als Todesart "auf der Flucht erschossen" gelesen.

Es ist mir nicht erinnerlich, daß Listen über eine bestimmte Häftlingsgruppe aus einem bestimmten KL monatlich bei uns eingingen. Ich weiß nur von einzelnen Meldungen.

Nach Eingang der Todesmitteilung wurde diese zur Akte genommen, die Akte wurde abgeschlossen und an die Aktenhauptverwaltung übersandt. Ob sie über das an der Einweisung beteiligte Sachreferat an die Aktenhauptverwaltung geleitet wurde, kann ich heute nicht mehr sagen, halte dies aber für möglich.

An Arztberichte über den Krankheitsverlauf und das Ableben des Schutzhäftlings erinnere ich mich nicht. Ebenso meine ich, niemals Berichte eines Lagerarztes gesehen zu haben von Häftlingen, die auf der Flucht erschossen worden waren, in denen die Ein- und Ausschüsse beschrieben waren.

Ob die Todesmitteilungen über Herrn Dr. B e r n d o r f f liefen, kann ich nicht sagen, jedoch möchte ich dies annehmen, da eigentlich zuerst jeder Eingang über ihn lief.

Bis Kriegsausbruch kamen selten Todesmitteilungen; etwa ab 1942 wurden sie häufiger. Es ist mir nicht aufgefallen, daß bestimmte Häftlingskategorien in bestimmten KL besonders schnell starben. Wenn ich gefragt werde, welche Lebenserwartungen in KL eingewiesene Schutzhäftlinge wohl hätten haben können, so habe ich mir darüber keine Gedanken gemacht. Wenn ich weiterhin gefragt werde, ob ich der Meinung war, daß Schutzhäftlinge bei ihrer Einweisung in KL als Todeskandidaten zu bezeichnen waren, so möchte ich diese Frage verneinen.

Zu meinem Wissen über jüdische Schutzhäftlinge befragt, möchte ich folgendes angeben: In der Zeit vor dem Krieg wurden Juden bei irgend welchen Aktionen - insbesondere im Zusammenhang mit der Reichskristallnacht - in ein KL eingewiesen. Von dort wurden sie meist nach kürzerer Zeit wieder entlassen.

Auch während des Krieges wurden jüdische Bürger in Schutzhaft genommen. An die Gründe hierfür kann ich mich im einzelnen heute nicht mehr erinnern. Mir ist damals aufgefallen, daß bei jüdischen Bürgern geringere Gründe zur Inschutzhaftnahme ausreichten. Ich kann nicht sagen, ob das Judenreferat eine schärfere Praxis ausübte, als die anderen Sachreferate und nach meiner Erinnerung kam es auch vor, daß das Judenreferat mitunter die von der Stapostelle angeführten Gründe als für eine Inschutzhaftnahme nicht ausreichend ansah.

Ich weiß nicht, ob die Anordnung des Judenreferats vom Referatsleiter E i c h m a n n bzw. von dessen Vertreter G u n t h e r unterzeichnet worden ist oder von einem Sachbearbeiter. Auch weiß ich heute nicht mehr, ob ich mit irgendwelchen Sachbearbeitern im Judenreferat wegen einer Schutzhaftsache fernmündlich verhandelt habe.

Auch hinsichtlich des Ablebens von Juden habe ich damals nicht den Eindruck gehabt, daß sie schneller verstarben als andere Häftlinge. Aufgrund der dauernd wiederkehrenden Todesursache "Herz- und Kreislaufrschwäche" hatte ich allerdings Zweifel daran, ob die vom KL mitgeteilten Todesursachen richtig waren. Ich habe damals schon häufiger mit anderen Sachbearbeitern und auch mit Registratoren darüber gesprochen, kam jedoch zu keinem Ergebnis, was man da machen könne.

Irgend welche Zahl über das Verhältnis zwischen jüdischen und nicht jüdischen Häftlingen kann ich nicht angeben. Ich kann mich gar nicht daran erinnern, ob in der Zeit nach 1943 überhaupt Juden in Schutzhaft genommen wurden. Auch in der Zeit zwischen 1941 und 1943 können es nur noch wenige gewesen sein.

Von einem mir nicht mehr erinnerlichen Zeitpunkt an wurden Juden - ob jüdische Frauen auch, weiß ich nicht - nur noch in das KL Auschwitz eingewiesen. Ob besonders viel Juden auch in das KL Mauthausen kamen, kann ich nicht sagen. Weiterhin meine ich, daß das Judenreferat überwiegend dem Antrag der Stapostellen entsprechend auf Verhängung der Schutzhaft zugestimmt hat.

Das KL Lublin war kein Lager, in das von IV C 2 aus Schutzhäftlinge eingewiesen worden sind. Den Namen Lublin habe ich als Lager heute zum erstennal gehört.

Mir sind hier soeben aus dem K o r h e r r -Bericht über die "Endlösung der europäischen Judenfrage" die Zahlen mitgeteilt worden, die die Juden in den KL betrafen. Mir ist gesagt worden, daß von den bis zum 31. Dezember 1942 in KL eingewiesene und nicht entlassene Juden rund 88 % bis zu diesem Zeitpunkt verstarben. Ich kann hierzu keine nähere Stellung nehmen, da ich diese Zahlen bisher nicht kannte. Wenn diese Zahl stimmen sollte, so möchte als sicher angeben, daß ein derartig hoher Prozentsatz von Toten bei den anderen Häftlingsgruppen nicht zu verzeichnen war.

Mir wurden soeben aus der Opferkartei verschiedene Einzelfälle vorgelesen, in denen Juden mit dem Anfangsbuchstaben B in ein KL kamen und dort verstarben. Hierzu bemerke ich folgendes: Ich kann dazu auch nichts sagen. Mir ist damals, wie ich bereits sagte, nicht aufgefallen, und ich bin nicht zu dem Schluß gekommen, daß Juden, die als Schutzhäftlinge in ein KL kamen, dort nur eine sehr geringe Chance hatten, längere Zeit zu leben.

Mir wird vorgehalten die Aussage des Zeugen Franz S i e v e r s vom 1. April 1966 Bd. V Bl. 207 ff. d.A. Aus dieser Aussage wurde mir soeben vorgelesen der mit Blauklammer versehene Teil auf Bl. 209/209. An die in dieser Aussage erwähnten Listen kann ich mich nicht erinnern. Für mich waren jüdische Schutzhäftlinge keine Todeskandidaten.

Mir wird weiterhin vorgehalten aus der Aussage meines früheren Registrators Arthur K a u l aus Bd. V Bl. 86/88 soweit Blauklammer.

Hierzu bemerke ich: Ich kann mich an diese Listen nach wie vor nicht erinnern. Es mag sein, daß ich mit K a u l in dem von diesen angegebenen Sinne über das Schicksal jüdischer Schutz-

häftlinge gesprochen habe. Ich habe das aber vergessen und bleibe dabei, auch wenn mir vorgehalten wird, daß das doch recht unwahrscheinlich ist.

Ich habe mir zwar über Todesfälle, die aus den KL mitgeteilt wurden, Gedanken gemacht, jedoch fiel mir in diesem Zusammenhang nicht auf, daß jüdische Schutzhäftlinge nur relativ kurze Zeit nach ihrer Einlieferung in ein KL starben. Ich meine mit den Todesfällen nicht besonders jüdische Schutzhäftlinge betreffend, sondern allgemein uns mitgeteilte Todesfälle. Auch wenn mir die Lebensdauer einiger in der Opferkartei enthaltener Schutzhäftlinge in den KL vorgehalten wird und diese überwiegend nur aus einigen Tagen bestand, so möchte ich meinen, daß mir das damals doch aufgefallen sein dürfte. Heute fällt mir das aber nicht mehr ein.

Die Vernehmung wird für den heutigen Tag um 17.00 Uhr abgeschlossen; sie soll am 9. August 1966 um 09.00 Uhr fortgesetzt werden.

Geschlossen:

Uapfel
Stücker

gellen
..... gelesen, genehmigt, unterschrieben

Gerhard Hornach

In Fortsetzung der Vernehmung vom 8. August 1966 weiterverhandelt am 9. August 1966 um 09.00 Uhr.

Ich habe mir soeben nochmals die Niederschrift vom gestrigen Tage durchgelesen.

Frage:

Haben Sie Ihrer gestrigen Aussage zu den dort besprochenen Punkten etwas hinzuzufügen oder ist Ihre Aussage in dem Protokoll nicht richtig wiedergegeben worden und gegebenenfalls zu welchen Punkten?

Antwort:

Ich möchte zur Frage der Todesfälle jüdischer Schutzhäftlinge noch folgendes sagen: Aufgrund der mir vorgelegten Dokumente - insbesondere der Opferkartei und der daraus ersichtlichen Lebensdauer der jüdischen Häftlinge - sowie wegen der von mir zwischenzeitlich angestellten Überlegungen erinnere ich mich jetzt daran, daß mir damals doch aufgefallen ist, daß bei der Einweisung eines Juden in ein KL die Überlebenschance sehr gering war. Ich habe auch mit verschiedenen Kollegen darüber gesprochen und kann mich daran erinnern, daß ich dies insbesondere mit K ü n n e und K r a b b e tat. Wir fragten uns oft, was man dagegen tun könne, kamen aber zu keinem Ergebnis.

Nach wie vor kann ich mich beim besten Willen nicht daran erinnern, jemals Listen gesehen zu haben, in denen der Tod einer Reihe von Häftlingen mitgeteilt wurde. Dagegen ist mir nach Abschluß der gestrigen Vernehmung eingefallen, daß mir sehr zeitig Akten vorgelegt wurden, in denen die Todesmitteilungen nicht wie üblich vom KL gekommen waren sondern lediglich aus einem vom Registrator gefertigten und zu den Akten genommenen Vermerk hervorgingen.

Frage:

Herr Bonath, ist Ihnen in der Zwischenzeit eingefallen, ob Sie mit Ihren früheren Registratoren K a u l und S i e v e r s Gespräche über das Ableben jüdischer Schutzhäftlinge in dem von diesen genannten Sinn geführt haben?

Antwort:

An derartige Gespräche mit K a u l erinnere ich mich jetzt genau; nicht dagegen kann ich mich überhaupt an S i e v e r s erinnern - ich habe ein schlechtes Namens- und Personengedächtnis - und auch nicht infolgedessen an derartige mit S i e v e r s geführte Gespräche.

Frage:

Herr Donath, taten Sie irgend etwas, um die Überlebenschance der vorerwähnten jüdischen Schutzhäftlinge zu erhöhen?

Antwort:

Wenn sich ein jüdischer Schutzhäftling erst einmal in KL befand, hatte ich auf sein weiteres Schicksal keine Möglichkeit der Beeinflussung mehr. Allerdings wurden auch bei jüdischen Schutzhäftlingen die regelmäßigen Haftprüfungen in den dafür vorgesehenen Zeiträumen durchgeführt. Ich kann heute nicht mehr sagen, ob auch bei diesem Personenkreis Führungsberichte angefordert wurden, möchte dies aber annehmen. Ich habe nicht mehr in Erinnerung, daß jüdische Schutzhäftlinge während des Krieges nicht mehr entlassen werden durften. Ich kann nicht sagen, ob ich damals das mir hier aus Dok.bd. 7 Bl. 3 b vorgelegten Erlaß vom 10. April 1940 betreffend Entlassungssperre für jüdische Häftlinge zur Kenntnis bekommen habe.

Ich kann mich allerdings an keinen Fall erinnern, in dem mir für einen jüdischen Schutzhäftling ein Haftprüfungstermin tatsächlich durchgeführt wurde.

Frage:

Hatten Sie eine Möglichkeit, den Erlaß eines Schutzhaftbefehls gegen einen Juden zu verhindern?

Antwort:

Ich konnte lediglich den Versuch machen. Ich hätte dann die Akten dem Sachreferat über Herrn Dr. B e r n d o r f f nochmals vorlegen müssen mit der Bitte, unter den von mir dargelegten Gesichtspunkten die Anordnung nochmals zu überprüfen.

Noch zur Antwort:

Ich kann mich daran erinnern, daß ich so auch bei Anträgen auf die Einschutzhafnahme von Juden vorgefahren bin, und zwar dann, wenn nach meiner Ansicht die mitgeteilten Vorstöße eine Einschutzhafnahme nicht rechtfertigten. Ich weiß noch, daß vom Judenreferat derartige Vorstöße regelmäßig abschlägig beschieden wurden, es mag vielleicht ein oder zwei Ausnahmen gegeben haben. Einen so harten Kurs wie das Judenreferat vertrat innerhalb der Sachreferate des RSHA allenfalls noch das Kommunistenreferat. Bei anderen Referaten konnte ich auf meine Vorstellungen hin eher etwas erreichen; jedoch weiß ich nicht mehr im einzelnen, um welche Referate es sich hier gehandelt hat. Wie ich bereits gestern zu Protokoll gab, blieb bei einer auch auf Vorstellung hin ablehnenden Stellungnahme des Sachreferats noch die Möglichkeit, über Müller an Himmler zu berichten. Diese Berichte wurden vom Referatsleiter (Dr. Berndorff) und vom Gruppenleiter (Dr. Rang) abgezeichnet. Inwieweit Müller Entscheidungsbefugnis hatte, kann ich nicht sagen. Ich weiß noch, daß derartige Berichte auch bezüglich jüdischer Schutzhäftlinge manchmal gefertigt wurden, und zwar auch dann noch, als aufgrund der früher ergangenen Entscheidungen bereits damit zu rechnen war, daß sie erfolglos sein würden. Irgendwelche Einzelfälle habe ich nicht mehr in Erinnerung.

Frage:

Hatten Sie die Möglichkeit, entgegen dem Antrag bzw. der Anordnung des Sachreferats die Einweisung eines Schutzhäftlings in ein KL mit einer anderen Lagerstufe zu verfügen?

Antwort:

Auch diese Möglichkeit hatte ich nicht. Vielmehr mußte ich auch in diesem Fall erneut an das Sachreferat herantreten bzw. auf dem vorbezeichneten Wege berichten.

Nach dem von mir gewonnenen Eindruck waren die von den Stapostellen angegebenen Gründe für die beantragte Inhaftnahme von Juden häufig konstruiert. In erster Linie wurde in diesen Fällen der Betroffene festgenommen, weil er Jude war und die kleinste Übertretung reichte den Stapostellen aus, einen Schutzhaftantrag einzureichen. Es gab natürlich auch Fälle, in denen das Verhalten des Betroffenen auch dann zu einer Schutzhaft geführt hätte, wenn er ein Nichtjude gewesen wäre. Eine Erinnerung daran, ob einige Stapostellen besonders scharf gegen die Juden vorgingen und die geringsten Verstöße zum Anlaß nahmen, gegen sie die Schutzhaft zu beantragen, habe ich nicht.

Ich habe seinerzeit die NS-Politik gegenüber den jüdischen Bürgern nicht gebilligt. Schließlich war ich auch nicht Parteimitglied. Hauptgrund dafür, daß ich der NSDAP nicht beitrug, war meine Ansicht, daß ein Staatsbeamter nicht parteipolitisch gebunden sein sollte. In meinem Bekanntenkreis hatte ich keine Juden. Ich fand aber, die Diskriminierungen als besonders ungerecht. Weil ich daran nichts ändern konnte, nahm ich sie hin. Ursprünglich war ich der Meinung, daß sich das Los der Juden auch in Deutschland wieder bessern würde. Während des Krieges wurde diese meine Meinung jedoch nicht gerade bestärkt, denn das Gegenteil trat ein. Auch im Verlauf des Krieges war ich zu keiner Zeit der Meinung, daß aufgrund der Entwicklung der allgemeinen Lage nunmehr die schräge NS-Juden-Politik gerechtfertigt sei. Ich habe in den vergangenen Jahren schon mehrfach darüber nachgedacht, wann ich etwas davon erfahren habe, was unter dem Schlagwort "Endlösung der Judenfrage" tatsächlich vor sich ging. Ich kann auch heute nicht sagen, ob ich hierüber bereits vor oder bereits nach Kriegsende etwas darüber gehört habe.

Frage:

Gewannen Sie aufgrund der gemachten Erfahrungen - viele Schutzhaftanträge, die geringfügige Verstöße von Juden zum Inhalt hatten und die auffend vielen Todesmeldungen über diesen Personenkreis - den Eindruck, daß alles darauf abzielte, die Juden zu vernichten?

Antwort:

Zunächst nicht, später aber als sich die Todesmeldungen auffallend häuften, kam ich zu der Meinung, daß man die Juden im vornichten wollte. Ich möchte aber betonen, daß die Juden nicht mit diesen Ziele - nämlich der Vernichtung - in die KL ~~einweisung~~ durch das Schutzhaftreferat eingewiesen wurden.

Frage:

Warum haben Sie die Ihnen als Sachbearbeiter des Schutzhaftreferats obliegenden Arbeiten bezüglich jüdischer Schutzhäftlinge auch dann noch verrichtet, als Sie diesen Eindruck gewonnen hatten?

Antwort:

Einmal war ich ja Beamter und mußte meine Arbeit nach den Beamtenengesetzen an der Stelle verrichten, an die man mich hingesetzt hatte, ob mir das gefiel oder nicht. Ich war der Überzeugung, daß ich vor ein SS- und Polizeigericht gestellt worden wäre, wenn ich meine Arbeit nicht verrichtet hätte. Nach meinen damaligen Vorstellungen hätte mir dann zumindest die Einweisung in ein KL gedroht. Mir ist damals weder als Sachbearbeiter im Schutzhaftreferat noch auf sonstigen Wege ein Fall bekannt geworden, in dem ein Beamter wegen einer derartigen Nichtausführung seiner Dienstgeschäfte bestraft worden ist. Erlassen, die bei uns durchliefen und an deren Inhalt in einzelnen ich mich nicht mehr erinnern kann, entnahm ich, daß der RESS bei allen möglichen Verstößen von Beamten die Einweisung ^{in ein KL} ~~oder~~ ^{ein} Verfahren vor dem SS- und Polizeigericht androhte. Die Frage, ob sich meine damalige Tätigkeit mit den mir als Beamtem obliegenden Pflichten vereinbaren ließ, kann ich heute nicht beantworten, da ich sie mir damals nicht gestellt habe. Ich habe diese Frage nicht Herrn Dr. B e r n d o r f f und auch nicht in Dienstbesprechungen vorgetragen. Überhaupt ist in den Dienstbesprechungen - jedenfalls soweit ich mich erinnere - von keinem Angehörigen des Schutzhaftreferats die Sprache darauf gebracht worden, ob man seine Arbeit verrichten müsse, auch wenn mit der Einweisung gerade jüdischer Schutzhäftlinge in ein KL nicht nur deren Freiheitsentziehung sondern häufig auch ihr Tod verbunden war.

Ich habe etwa 1942 meine Rückversetzung zum Polizeipräsidentium Berlin beantragt. Dieser Antrag lief über Dr. B o r n d o r f f und die Personalstelle zum Amtschef IV M u l l e r . Ich erhielt den Befehl, zu M u l l e r zu kommen. Dieser sagte: "Sie wollen wohl desertieren." Danach warf er in meiner Gegenwart meinen Antrag in den Papierkorb. Später habe ich keine weiteren derartigen Versuche unternommen, da mir klar war, daß sie sinnlos wären.

Ich erinnere mich nicht, daß ein anderer Referatsangehöriger einen gleichen Versuch unternommen hatte, aus dem ISHA herauszukommen. Lediglich K ö n i g s h a u s meldete sich von unserem Referat weg und kam daraufhin in das Judenreferat. Das mag etwa 1938 gewesen sein.

Wenn Angehörige von Häftlingen bei mir vorsprachen, um deren Entlassung zu erreichen, so führte ich in jedem Falle ein Haftprüfungsverfahren durch, auch wenn die Zeit dafür normalerweise noch nicht heranwar. Anlässlich dieser außer der Reihe durchgeführten Haftprüfungen versah ich gelegentlich die an das KL zu^{die}richtenden Formblätter mit den Führungsanfragen mit Zusätzen, den Lagerkommandanten zu einer befürwortenden Stellungnahme veranlassen sollten. In diesem Zusammenhang führte ich familiäre und soziale Gesichtspunkte an. Auch die Stapo^{die}stelle des Heimatortes des Schutzhäftlings wurde um Stellungnahme zu dieser Haftprüfung gebeten. Hierbei möchte ich erwähnen, daß auch bei jedem normalen Haftprüfungstermin nicht nur das KL um einen Führungsbericht ersucht wurde, sondern die Stapo^{die}stellen des Heimatortes dazu eine Stellungnahme einsenden mußten. Ich möchte sagen, daß ich mit diesen außer der Reihe laufenden Haftprüfungen, in denen ich eine Entlassung vorgeschlagen habe, überwiegend Erfolg hatte. So verfuhr ich jedoch nicht nur bei persönlichen Vorsprachen Angehöriger von Schutzhäftlingen, sondern auch bei derartigen schriftlichen Gesuchen. So wurde auch verfahren, wenn es sich um einen jüdischen Schutzhäftling gehandelt hat. Später, etwa nach 1940, war das aber nicht mehr möglich, weil Juden nicht mehr aus den KL entlassen werden durften.

Zu Entlassungen von Schutzhäftlingen aus den KL möchte ich folgendes sagen:

Der Normalfall war, wenn das entsprechende KL, die Stapostelle des Heimortes des Betroffenen und das an der Einweisung beteiligte Sachreferat, einer Entlassung zustimmten. Dann bekam das KL die Weisung, den Schutzhäftling zu entlassen. Derartige Entlassungsverfügungen konnte nur Dr. B e r n d o r f f bzw. sein Vertreter KR F ü r s t e r unterzeichnen. In keinem Fall war es einem Sachbearbeiter des Schutzhaftreferats möglich, selbständig eine derartige Entlassung zu verfügen. Wenn mir hier aus meiner Personalheft die Dokumente Bl. 39, 44, 46 und 58 vorgelegt werden, auf denen die Entlassungsverfügung meine Unterschrift trägt, so ist es möglich, daß es sich in diesen Fällen um befristete Einweisungen handelte, vielleicht können aber auch die anderweitig erforderlich gemachten Unterschriften aktenkundig gemacht und ich ermächtigt worden sein, die Entlassungsverfügung zu unterschreiben.

Mir werden nunmehr die Namen der übrigen Beschuldigten aus dem Referat IV C 2 genannt und ich bemerke hierzu (gegebenenfalls an Hand der Lichtbildmappe 1 Js 7/65) folgendes:

Dr. B e r n d o r f f ,
erwähnte ich schon mehrfach. Er war peinlich darauf bedacht, daß die Formalitäten genau eingehalten wurden. Er ließ durchaus mit sich reden, wenn es darum ging, ob einem Häftling Erleichterungen verschafft werden könnten. *Er mußte sich immer darauf beschränken, daß er nicht über die Gruppe hinaus ging.*
D i d i e r , Richard,
kam als Sachbearbeiter erst später und war mit in Prag.

F e u ß n e r , Konrad,
erwähnte ich schon.

F i n k e n z e l l e r , Adolf,
muß als Sachbearbeiter mit Didier zusammen gekommen sein.

F ö r s t e r , Karl, Bild 8,
habe ich schon erwähnt.

G i e s e n , Bruno,
war in Prag als Kurier tätig. Ich habe von irgend jemandem ge-
hört, daß er verstorben sein soll.

H a r d e r , Kurt, Bild 12,
erwähnte ich schon. Er war nach meiner Erinnerung Registrator.

I b s e h , Paul,
war Sachbearbeiter und starb in Prag.

J u n g n i c k o l , Helmut,
war Registrator und wurde zuletzt noch Hilfesachbearbeiter.

Zu K e t t e n h o f e n , Felix,
habe ich mich schon mehrfach geäußert. Ich habe gehört, daß er
ebenso wie G i e s e n in einem sowjetzonalen KL nach Kriegs-
ende verstorben ist und ich glaube, daß es sich dabei um Buchen-
wald gehandelt hat.

K o s m e h l , Karl-Heinz,
war Sachbearbeiter.

K r a b b e , Otto,
ebenfalls; er kam erst nach mir zu IV C 2.

K r u m r e y , Theodor, Bild 22
kam als Sachbearbeiter erst später zu IV C 2.

K u b s c h , Paul,
war Sachbearbeiter.

K ü n n e , Walter,
ebenfalls,

O b e r s t a d t , Reinhold, Bild 30
auch.

Dr. R a n g ,
kenne ich als Gruppenleiter nur den Namen nach. Über ihn liefen
nur diejenigen Schutzhaftesachen die an M ü l l e r bzw. dessen
Vorgesetzte ging.

Der Name K o s c h a t e
kann mir bekannt vor; näheres kann ich aber nicht sagen.

R e n d e l , Walter, Bild 34
war Registrator. und nach meiner Erinnerung nicht Sachbearbeiter.

R o g g o n , Richard, Bild 35
war Sachbearbeiter, aber nicht während des gesamten Krieges bei
IV C 2.

S c h u l z , Otto, Bild 38
war ebenfalls Sachbearbeiter.

S t o b e r , Emil,
war Sachbearbeiter.

Weitere Sachbearbeiter, als die mir hier soeben genannten habe
ich aus dem Referat IV C 2 nicht in Erinnerung.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben.

Uffel
Müller
Maase

Gerhard Wenzel

- Einzelfälle, Beziff. nach Anklageschrift -

K u b s c h

B 118

C 1, 2, 3, 5 - 7, 9 - 12, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22,
23, 24 - 28, 29 - 32, 33, 34, 37, 38, 41, 43, 44 - 46, 47

D 10

E 9 - 11, 14, 15, ^{16/7}18, 19, 21, 22, 23 - 25

F 1 - 8, 11, 12, 13 - 15, 17, 19/20, 23 - 25, 26, 27 - 29, 30,
31, 33 - 36, ³⁷38 - 40, ⁴¹44 - 49, 51, 53 - 55

95, davon 7 und 20

K u b s c h

erhielt in folgenden Fällen die Sterbemitteilungen:

B 118

C 1, 2, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47

D 10, 29

E 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25

F 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55

H 48, 50

Die Häftlinge verstarben in diesen Fällen in folgenden Monaten:

9.40 F 34

1.41 E 7

3.41 F 37

5.41 F 5, 47, 48

6.41 E 12

7.41 C 18, F 19, 24

8.41 C 22 E 11, 19 F 52

9.41 C 2, 6, 10, 15, 16, 20, 30, 35, 43, 45, 46 E 22, 24, 25
F 8, 16, 17, 25, 39, 41, 43, 50

10.41 C 32, 42 E 6 F 15, 42

11.41 E 18

12.41 C 8 E 13 F 6

1.42 C 9

2.42 F 22, 23

3.43 C 4, 25 38 E 2, 4, 9, 10, 17 F 33, 46

4./5.42 C 24, F 7, 11, 45, 49

6./7.42 C 1, 11, 23, 26, 31 F 22, 36

8.42 C 19, 21, 27 33, 44 E 21, 23 F 13, 26, 31, 53

9.42 C 5, E 3, F 29, 51

10.42 C 17, 19, 41 F 1, 12, 20, 27, 30, 40, 44, 55

11./12.42 C 36, 37, 39 E 14, 15 F 3, 18, 38

1.-3.43 C 13, 34 E 5, 8, 20 F 2, 4, 28

6.-10.43 C 47 D 10, 29 F 10, 14, 35, 54 H 50

1.44 = H 48 10.44 = B 118

Gensta bei dem Kammergericht Berlin

1 Js 7/65 (BSHA)

Vernehmende:

Staatsanwalt N a g e l

Kriminalobermeister S c h u l t z

XXXX z.Z. Goslar

1. 11. 66

auf Vorladung

xx

Langelshorn Ldkr. Gandersheim, Braunschweiger

xx

15

K u b e c h

Friedrich Adolf Paul

18.1.1898 Ossig
Guben
Guben
Deutschland

Reg.Ob.Insp. a.D.

Polizeibeamter

Reg.Ob.Ins. im RSHA

Beamter a.L.

Pensionskasse:

Niedersächsisches Verwaltungsamt
Hannover, Beamtenversorgung

entf.

ca. 350.--RM

575.--DM Vers.Bezüge

verh.

Nelly K., geb. Voigt

gleiche Anschr.

Hausfrau

1

38 J.

Paul K.

Tischlermeister

1941 verst.

Karoline K., geb. Lantske

Hausfrau

1933 verst.

ontf.

Dt.

keine

PA Nr. B 946 8686 v. 27.10.62
der Stadt Langbheim

keine

Dem Beschuldigten wurde eröffnet, welche Tat ihm zur Last gelegt wird - Beteiligung der Referate IV C 2 und IV B 4 des ehem. RSNA an der Schutzhafteinweisung von Juden in KL mit dem Ziel der Tötung - und welche Strafverschriften - § 211 StGB - a.u.n.F. - in Betracht kommen.

Er wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freisteht, sich zu der Beschuldigung zu äußern, oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor Beginn seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Er erklärte:

Ich will mich zu der Beschuldigung äußern.

Noch zur Person:

Ich überreiche hier einen von mir am 18.9.1962 geschriebenen Lebenslauf und bin damit einverstanden, daß er als Anlage 1 zur Vernehmungsniederschrift vom heutigen Tage genommen wird. Ich ergänze diesen Lebenslauf auf Befragen wie folgt:

Bei der Abt. I - A der politischen Polizei Berlin bzw. bei der späteren Stabsstelle Berlin verwaltete ich die Druckschriften- und Hinterlegungsstelle im Prozessdezernat. In einem anderen Dezernat habe ich dort nicht gearbeitet.

Zum Hauptamt Sicherheitspolizei wurde ich im Zusammenhang mit meiner Ernennung zum PI um die Jahreswende 1936/37 abgeordnet. Wie ich bereits in meinem Lebenslauf erwähnte, war ich dort zunächst in der Personalstelle unter ORR T e o m e r tätig.

Nach einiger Zeit wurde die Abordnung in eine Versetzung umgewandelt. Am 1.6.1937 wurde ich in das Schutzhaftreferat versetzt.

Leiter dieses Referats war bereits Herr Dr. B e r n d o r f f. An die damalige Bezeichnung des Referats - mir wird gesagt, daß sie II D lautete - kann ich mich nicht erinnern.

Dem Schutzhaftreferat IV C 2 gehörte ich bis Kriegsende an.

Kurz vor Kriegsende verließ ich Prag zusammen mit K o t t e n h o f e n, G i e s e n und verschiedenen Frauen und Kindern. In Leitmeritz bekam ich einen Personal-aus-weis mit meinen richtigen Personalien, der mich nicht als Angehörigen des RSHA auswies. An der Saale wurde ich von K o t t e n h o f e n u. G i e s e n getrennt. Ich habe seit-dem niemals etwas von beiden gehört.

In Buchenwald wurde, soweit ich mitbekam, ein Verfahren gegen mich nicht durchgeführt. Jedenfalls bin ich nicht zu irgendeiner Strafe verurteilt worden. Den Russen war bekannt, daß ich bei der Gestap. beschäftigt war, und zwar als Verwaltungs-beamter, allerdings nicht, in welcher Dienststelle ich gearbeitet hatte. Während der gesamten Zeit meiner Internierung habe ich keinen ehem. Angehörigen des Ref. IV C 2 gesehen und ich habe dort auch nichts über deren Schicksal gehört.

In Buchenwald erkrankte ich an Tbc und Furunkulose; ich wurde krank entlassen. Ich zog mir in Buchenwald unter anderem einen Herzmuskelschaden zu.

Ich bin heute noch in ärztlicher Behandlung wegen eines Herzmuskelschadens sowie wie eines Lungenemphysem und chronischer Stauungsbronchitis. Die Abschrift einer ärztlichen Bescheinigung des Dr. med. Guischard vom 24.9.1953 überreiche ich als Anlage 2 zum heutigen Vernehmungsprotokoll. Ich kann der Vernehmung im Augenblick folgen. Sollte dies nicht mehr der Fall sein, so werde ich ggf. um eine Unterbrechung bitten.

Der SS gehörte ich seit Sept. 1937 an.

In Dichtbesprechungen war mir wie den übrigen Sachbearbeitern von Herrn Dr. B e r n d o r f f nahegelegt worden, irgendeiner NS-Organisation beizutreten. Ein von mir gestelltes Gesuch um Aufnahme in die NSDAP war abgelehnt worden, weil ich vor 1933 Funktionär im Schröder-Verband - Preussischer Polizeibeamtenverband gewesen bin. Meinen Gesuch um Aufnahme in die SS wurde hingegen entsprochen.

Aufgrund des Angleichungserlasses wurde ich zum SS-O'Stuf. und im April 1940 zum SS-II'Stuf. befördert.

Uniform trug ich in Berlin und auch in Prag nur zeitweise. Am 9.11.1941 wurde ich Parteianwärter; ein Parteibuch habe ich nie erhalten.

Eine Parteitätigkeit hatte ich nie auszuüben; ich gehörte der Ortsgruppe Braunes Haus an, an die die Anträge auf Aufnahme in die Partei von den Dienststellen-angehörigen listenmäßig gingen.

Abgesehen von den Vernehmungen durch die Russen in Buchenwald bin ich nach Kriegsende bisher im März 1965 u. im Sept. 1966 in einem Verfahren betr. Stapoleitstelle Berlin als Zeuge gehört worden.

Ein Sprachkammerverfahren war in Braunschweig gegen mich anhängig. Ich wurde dort im Jahre 1950 oder 1951 in die Gruppe IV oder V eingestuft.

Von den Angehörigen des Ref. IV C 2 habe ich nach Kriegsende nur mit D i d l e r u. Fri. S c h m o e c k korrespondiert. D i d l e r teilte mir beiläufig mit, daß O b e r s t a d t in Krefeld bei der Industrie- und Handelskammer tätig sein solle; an diesen habe ich nicht geschrieben. Seit einigen Jahren habe ich keinen Kontakt mehr mit ehem. Referatsangehörigen.

Zur Sache:

Im Ref. IV C 2 war ich von Anfang an Sachbearbeiter für eine Buchtabenrate.

Das Ref. hatte seinen Sitz zunächst im Hauptgebäude Prinz-Albrecht-Straße, ab Frühjahr 1938 in der Wilhelmstraße; es wurde dann im Frühjahr 1942 zur Wangelstraße nach Steglitz und von dort im Nov. 1943 nach Prag zur Heinrichsasse verlegt.

Bei meiner Abordnung zum Schutzhaftreferat bestand dort folgende Arbeitsaufteilung:

F e u b n e r u. K e t t e n h o f e n bearbeiteten die Allgemein- sowie die Scheinsachen, daneben wohl noch irgendwelche Buchstaben.

Ich selbst saß mit den übrigen Sachbearbeitern G r o s s e h, B o r e m s k i u. H e r o l d in einem großen Zimmer. Wir hatten die Schutzlaftensachen nach dem Alphabet aufgeteilt zu bearbeiten. Die drei ~~von~~ soeben genannten Sachbearbeiter wurden schon nach ziemlich kurzer Zeit versetzt, und zwar schon vor dem ersten Umzug. Ich weiß noch, daß für G R O S S H M e i s s e n e r kam; dieser wurde gegen Kriegsbeginn zur Paßstelle des OKH versetzt.

Nach dem Umzug im Frühjahr 1938 wurde das Schutzlaftreferat personalmäßig vergrößert. Es kamen aus den verschiedenen Teilen des Reiches die Sachbearbeiter D i d i e r, KRABBE, FINKENZEMLER, KÜHN, OBERSTADT - dieser aus Breslau -, BONATH, IBACH, KROMBEY u. später noch weitere Sachbearbeiter.

Ich selbst hatte in der Zeit nach Kriegsausbruch die Buchstabenrate mit den Buchstaben " C, D, E u. F " zu bearbeiten. Ich kann heute nicht mehr genau sagen, ob der eine oder der andere dieser Buchstaben während dieser Zeit oder jedenfalls während eines Teils einer anderen Rate beigelegt worden ist. Auch weiß ich nicht mehr zu sagen, ob die Raten nach der Verlegung des Referats nach Prag neu aufgeteilt wurden. Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, in Prag die davor von BONATH bearbeitete Rate mit den " B " bearbeitet zu haben.

Aus meinem Fh wurde mir im Zusammenhang hiermit die Bl. 17 bis 43 vorgelegt. Soweit darauf meine Unterschrift wie Bl. 19 bzw. meine Paraphie wie Bl. 21 enthalten ist, erkenne ich sie als von mir stammend wieder. Ich entnehme den mir vorgelegten Dokumenten, daß ich Schreiben der Buchstaben " C, D u. E " in der Zeit vom 26.8.1940 bis 20.10.1943 unterzeichnet bzw. paraphiert habe, während ich nach den Unterlagen der Ermittlungsbehörde in der Zeit nach der Verlegung des Referats nach Prag lediglich Schreiben mit den Buchstaben " B " unterzeichnet habe. Jedoch entsinne ich mich an eine Neuverteilung in Prag nicht.

Zu dem mir aus meinem Ph Bl. 40 vorgelegten Schreiben v. 3.5.1944 mit dem Aktenzeichen IV B 2 b - 7497/43 - bemerke ich:

Ich habe während der gesamten Kriegszeit nur im Schutzhaftreferat gearbeitet und gehörte einem anderen Referat auch ausbühungsweise nicht an. Im Polenreferat habe ich nie gearbeitet. Ich möchte meinen, daß ich dieses Schreiben als Sachbearbeiter im Ref. IV C 2 lediglich wegen der im Schreiben erbetenen Mitteilung an das Schutzhaftreferat unterzeichnet habe.

Schreibkräfte für mich waren damals Gerda SCHMIDT, aber nur in der Wilhelmstraße, ab 1940 Frau SCHOCK u. Frl. ^{F. Fr. Fickler} WILDT und für kurze Zeit Frl. RÖWE u. Frl. HOFFMANN.

Registrierkräfte in meiner Rate waren Gerhard BACKHAUS (Bild 2 der Lichtbildmappe 1 Js 7/65 BSHA), HARDER (Bild 12), TUNK.

Ich weiß noch, daß ich verschiedentlich Ärger mit den Registratoren hatte, wenn diese mich in ein politisches Gespräch verwickeln wollten.

Unter diesen befanden sich verschiedene, die der NS bzw. der NSDAP schon lange angehört hatten, wie SCHUNK, GAHR u. WIENCKE. Wenn ich als Nicht-Parteimitglied irgendwelche Maßnahmen der Staatsführung nicht sofort gutließ, wurde ich von diesen Personen schief angesehen bzw. sogar zurechtgewiesen, wenn ich beispielsweise den Registraturraum betrat und lediglich die Tageszeit und nicht den Hitler-Gruß entbot. Meisener ging es genau so wie mir.

Von den Sachbearbeitern waren nach meinem Eindruck nur Schulz und Fischer überzeugte Nationalsozialisten. In diesem Zusammenhang möchte ich noch besonders Günter Orlow erwähnen, der im Vorzimmer von Dr. BERNDORFF saß.

- Die Vernehmung wurde um 12.15 Uhr zur Einnahme des Mittagessens unterbrochen.

Fortsetzung der Vernehmung gegen 13.15 Uhr. -

Zur Bearbeitung von Schutzhaftvorgängen möchte ich folgendes sagen:

Wir erhielten Anträge auf Inschutzhaftnahmen von den verschiedensten Stapostellen des Reichsgebietes.

Besonders viele solcher Anträge kamen von Stapostellen aus Grenzgebieten. Z.B. aus Köln, Düsseldorf u. Königsberg.

Den Anträgen waren Abschriften von Vernehmungspokollen und Berichte der beantragenden Stapostelle beigelegt. Zum Teil befanden sich auch Atteste über die Lager- und Haftfähigkeit und auch Personalbogen mit Lichtbildern, wie sie mir hier aus Dok.bd. 1 vorgelegt wurden, darin.

Wenn ich in diesem Zusammenhang nach Sammelenschutzhaftbestätigungen befragt werde, so möchte ich dazu sagen, daß solche nie in eine Buchstabenrate zur Bearbeitung gekommen sind. Ich kann mich nicht entsinnen, jemals eine Schutzhaftbestätigung in das besetzte Ausland geschickt oder einen Antrag auf Inschutzhaftnahme aus dem besetzten Ausland bekommen zu haben. Mir wurde aus Dok.bd.7, Bl. 122 die Abschrift des Schreibens IV C 2 v. 22.12.1943 an die Stapoleitstelle Frankfurt/O. betr. Arbeitseinsatz litauischer Arbeitskräfte im Reich vorgelegt. Ich kann mich nicht erinnern, solche oder ähnliche Schreiben gesehen oder bearbeitet zu haben.

Wenn ich von der Registratur einen Neueingang vorgelegt bekam, verfügte ich diesen jeweils zunächst dem zuständigen Sachreferat zur Stellungnahme zum Schutzhaftantrag. Ob ich diese Verfügung handschriftlich oder mit einem Stempel tat, weiß ich heute nicht mehr.

Das Sachreferat wurde zusätzlich auf der Weiserrappe vermerkt.

Diese Stellungnahmen der Sachreferate waren meist kurz gehalten. Darin wurde die Beschuldigung gegen den Betroffenen nochmals erwähnt und die Inschutzhaftnahme für erforderlich gehalten oder ihr wurde antragsgemäß zugestimmt bzw. gab es auch Fälle, in denen das Sachreferat entgegen dem Antrag der Stapostelle erklärte, daß die Inschutzhaftnahme nicht als

notwendig angesehen werde. Unterschrieben waren diese Stellungnahmen jeweils vom betr. Referatsleiter oder dessen Stellvertreter.

Ich wußte zur damaligen Zeit aus den Geschäftsverteilungsplänen und aus der ständigen Wiederholung, daß es sich um den Referenten bzw. dessen Vertreter handelte. So habe ich auch aus dem Judenreferat noch E i c h m a n n in Erinnerung.

Ich weiß noch, daß die Stellungnahmen der Sachreferate ein besonderes Gewicht besaßen und für das Schutzhaftrreferat praktisch bindend waren, ob-swar sie nicht in einem befehlenden Ton gehalten waren; denn ein Referat des RSHA konnte einem anderen keinen Befehl erteilen - so auch nicht das Schutzhaftrreferat einem Sachreferat -.

Herr Dr. B e r n d o r f f wies uns in Dienstbesprechungen mehrfach daraufhin, daß die Sachreferate über die einzelnen Vorgänge durch Kenntnis der Zusammenhänge besser informiert waren. Es kam auch mitunter vor, daß ein Sachreferat in seiner Stellungnahme über die von der Stapostelle beigelegten Unterlagen hinaus aus seinen eigenen Erkenntnissen bzw. Unterlagen noch etwas hinzufügte.

Wenn ich mit der Stellungnahme eines Sachreferats nicht übereinstimmte, so bestand für mich keine Möglichkeit irgend/etwas an dieser Entscheidung zu ändern, denn ich hatte keinerlei Entscheidungsbefugnis. Vielmehr mußte ich in solchen Fällen die Sache Herrn Dr. B e r n d o r f f ^{zur Entscheidung} vortragen. ~~Schloß dieser sich meiner Meinung an, so hatte ich einen entsprechenden Vermerk zu fertigen und die Akten Herrn Dr. BERNDORFF zuzuschreiben. Dieser leitete sie dann dem Sachreferat zur Überprüfung der Stellungnahme zu. Behalte dieses auf seinem Standpunkt, so hatte Herr Dr. B e r n d o r f f die Sache dem Amtschef M ü l l e r vorzutragen. Dieser hatte sodann die Entscheidung zu fällen.~~

Ich kann mich erinnern, daß Vorgänge, die an den Amtschef bzw. noch höher gingen, von einem späteren Zeitpunkt an über

den Gruppenleiter geleitet wurden. Ob Dr. BERNDORFF Fälle der von mir geschilderten Art nur dem Gruppenleiter und nicht M ü l l e r vortrug, kann ich nicht sagen. Ich glaube nicht, daß der Gruppenleiter eine Entscheidung zu fällen hatte. Ich selbst kenne Dr. R a n g (Bild 35) zwar vom Schen her, hatte aber dienstlich nie etwas ^{mit ihm} zu tun und bin auch nie bei ihm zur Rücksprache oder Vorgesprache gewesen.

Ich möchte noch erwähnen, daß hin und wieder ein Sachreferat sich gegen die von der Stapostelle beantragte Schutzhaftvorhängung aussprach. In solchen Fällen erging von uns kein Schutzhaftbefehl.

Derartige Fälle gab es nach meiner Erinnerung häufiger in den Referaten Kirchen, Presse, Rechtsradikale.

Dagegen beharrten das Kommunisten- und das Judenreferat eher auf einer Inschutzhaftnahme.

Ich selbst habe nie persönlich mit Sachbearbeitern der Sachreferate über Schutzhaftvorgänge verhandelt. Jedoch kann ich mir vorstellen, daß Herr Dr. B e r n d o r f f sich gelegentlich auch einmal persönlich in Grenzfällen mit anderen Leitern von Sachreferaten in Verbindung gesetzt hatte.

Außer den von mir bisher geschilderten Fällen erinnere ich mich aber auch noch daran, daß wir Anträge auf Inschutzhaftnahmen von Sachreferaten des RSHA bekamen, die wir zu bestätigen hatten. Hierbei handelte es sich wohl nur um vereinzelte Fälle. Von wem und in welcher Form die für den Betroffenen örtlich zuständige Stapostelle Kenntnis von der Inschutzhaftnahme erhielt, kann ich nicht mehr sagen. Nähere Einzelheiten weiß ich heute dazu nicht mehr.

Ich will nun schildern, welche Verfügung von mir als Sachbearbeiter bei Inschutzhaftnahmen abzusetzen war.

Als erstes hatte ich meiner Schreibkraft einen Vormerk mit folgendem Inhalt zu diktieren:

Personalien des Betroffenen sowie dessen Vorleben;
Schilderung des sich aus den Akten ergebenden Sachverhalts in stichwortartigen Sätzen. Antrag der Stapoestelle nebst Stellungnahme des Sachreferats. Am Ende dieses Vormerks war jeweils die vom Ref.-Leiter - für den diese Verfügung bestimmt war - zu treffende Verfügung über die Einweisung in ein KL zu schreiben..

Mir wird nunmehr aus meinem Ph Bl. 52 die Abschrift des "Tatberichts" v. 30.8.1939 betr. den ehem. Rotspanienkämpfer Friedrich ENDL vorgelegt. Die darauf enthaltene Unterschrift stammt von mir. Der Text des Tatberichts entspricht inhaltlich den von mir vorstehend geschilderten Vermerten, und es dürfte sich hierbei um einen derartigen Vormerk handeln. Ich möchte jedoch aus folgendem Grund meinen, dass dieser Tatbericht nicht im Schutzhaftreferat erstellt wurde, sondern daß es sich um die Abschrift eines Tatberichts des Kommunistenreferats handelte: Nach dem Inhalt wurde ENDL nach der Heinschaffung aus Spanien über Bremen nach Berlin überstellt. Er dürfte ohne Einschaltung einer Stapoestelle vom Kommunistenreferat sachlich behandelt worden sein.

Zu Erlaßen über Schutzhaft/befragt möchte ich folgendes angeben:

Ich hatte wie auch die übrigen Sachbearbeiter ein Heft, in dem die allgemeinen Verordnungen und Erlässe enthalten waren, wie beispielsweise die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.2.1933 u. der Erlaß des RMdI betr. Schutzhaft v. 25.1.1938, der mir hier aus der allgemeinen Erlaßsammlung vorgelegt worden ist. Wir bekamen in Ergänzung dieser Sammlung diejenigen Erlässe, die formeller Natur waren und die die Tätigkeit des Schutzhaftreferats betrafen. Die von anderen Referaten ergangenen Erlässe materiellen Inhalts bekamen wir in der Regel nicht zur Ergänzung der Erlaßsammlung. Vielmehr wurden solche Erlässe von Herrn Dr. B e r n d o r f f in Dienstbesprechungen bekanntgegeben und von uns notiert. Es kam jedoch bei besonders

wichtigen Erlaßen solcher Art mit Dauergültigkeit vor,
daß wir Abschriften der Erlaße erhielten.

Zu Erlaßen über die Einschutzaufnahme von Juden sowie
allgemein über die Gründe ^{für} eine Einschutzaufnahme von
Juden befragt, gebe ich folgendes an: Ich habe noch in
Erinnerung, daß gegen Juden Schutzhaft verhängt wurde, wenn sie
den Judenstern nicht trugen, meine aber, daß noch ein weiterer
Verstoß hinzukommen mußte. Sonst glaube ich mich nur daran
erinnern zu können, daß gegen Juden wegen Wirtschaftssabotage
Schutzhaft verhängt wurde. Mir sind in diesem Zusammenhang
aus Dok.bd. 8, Bl. 76 bis 127 verschiedene Erlaße vorgelegt
worden, in denen für ein bestimmtes Verhalten von Juden die
Verhängung von Schutzhaft angeordnet war. Ich möchte meinen,
daß ich diese Erlaße damals sämtlich nicht in die Hand be-
kommen habe, sondern nur auf Dienstbesprechungen über sie
unterrichtet worden bin. Heute kann ich mich an derartige
Bestimmungen nicht mehr erinnern. Jede der heutigen Vernehmung
gegen 17. 12. 41; Fortsetzung für den 3. 12. 41, 0944 1/2 vorgelesen.

Geschlossen: . J. H. L. . gelesen, genehmigt, unterschrieben:

Ungel
K. H. L.

..... J. H. L.

Ra.

Ra. L.

Weiterverhandelt
am 3.11.1966 gegen 08.30 Uhr.

Ich habe mir soeben die Vernehmungsniederschrift vom 1.11.66 nochmals durchgelesen; zu folgenden Punkten möchte ich zur Klar- bzw. Richtigstellung noch folgendes zu Protokoll geben:

Ich kann mich mit Bestimmtheit daran erinnern, daß eine Akte BERGMANN zu meiner Arbeiterliste gehörte, und zwar ^{wurde} im Jahre 1940. Ob dieser Vorgang unter dem Buchstaben "B" gelaufen ist, vermag ich nicht zu sagen. Ich kann mit Sicherheit sagen, daß Frau BERGMANN im Laufe des Jahres 1940 wegen ihrer in Schutzhaft befindlichen Söhne auf Anordnung vom Ref.-Leiter Dr. B e r n d o r f f mit mir gesprochen hat. Ich erinnere mich genau, daß Dr. B e r n d o r f f die Entlassung der beiden Söhne mehrmals beantragt hatte, was von M ü l l e r jeweils abgelehnt wurde. In einem Falle mit dem Vermerk, während des Krieges nicht zu entlassen. Kurz vor Jahresende 1940 wurden beide durch den Vertreter des Amtshof IV entlassen. Nach der Entlassung sprach Frau BERGMANN bei mir vor und bedankte sich. Bei diesen beiden Gebrüdern BERGMANN handelte es sich um jüdische Mischlinge.

Zu Bl. 8 meiner Vernehmung - vorletzter Absatz - habe ich folgendes richtigzustellen:
Ich habe weder ein Mitsprache- noch ein Vorschlagsrecht gehabt.

Ich will nun in meiner Aussage fortfahren.

Frage:

Schloß sich an den von Ihnen geschilderten Vermerk ein weiterer Verfügungspunkt an und welchen Inhalt hatte dieser gegebenenfalls?

Antwort:

Ein weiterer Verfügungspunkt kam zunächst nicht. Vielmehr mußte ich zur Rücksprache beim Ref.-Leiter versprechen und seine Entscheidung herbeiführen. Dabei nahm ich Akte und Vermerk mit.

Noch zur Antwort:

Nach der Entscheidung des Ref.-Leiters mußte ich mit meiner Stenotypistin die weitere Bearbeitung je nach der Entscheidung des Ref.-Leiters vornehmen.

Frage:

Herr Kuback, gingen Sie auf die von Ihnen geschilderte Weise mit jeder einzelnen Akte zum Ref.-Leiter zur Rücksprache, taten dies die übrigen Sachbearbeiter auch und verfahren Sie so während der gesamten Zeit Ihrer Zugehörigkeit zum Ref. IV C 2?

Antwort:

Ich mußte mit jeder neuen Akte, in der eine Entscheidung über die Verhängung der Schutzhaft zu treffen war, beim Ref.-Leiter vorsprechen.

Meiner Erinnerung nach mußten die anderen Sachbearbeiter ebenso verfahren.

Soweit ich mich erinnern kann, ist während meiner Tätigkeit bei IV C 2 von mir so verfahren worden.

Frage:

Wieviele Neueingänge, in denen über die Verhängung der Schutzhaft zu befinden war, entfielen täglich durchschnittlich auf Ihre Rate und wie lange dauerten jeweils Ihre täglichen Rücksprachen in diesen Sachen bei dem Ref.-Leiter?

Antwort:

Die Zahl der Neueingänge war sehr unterschiedlich. Es kam vor, daß eine Rate am Tag vier bis fünf Eingänge ^{oder gelegentlich auch mehr} hatte - Anträge auf Schutzhaftverhängung moine ich -, während eine andere Arbeiterate überhaupt keinen Neueingang dieser Art aufzuweisen hatte. Die Rücksprachen beim Ref.-Leiter nahmen durchschnittlich täglich etwa eine halbe Stunde in Anspruch.

Frage:

Rechne ich richtig, wenn der Ref.-Leiter dann bei 12 Sachbearbeitern täglich allein mit derartigen Rücksprachen 6 Stunden befaßt war?

Antwort:

- Von nun an ausschließlich selbst diktiert -:

Es gab aber auch Tage, daß ich nicht zur Rücksprache ging, weil es nicht notwendig war.

Frage:

Herr Kubsch, ich darf Sie darauf hinweisen, daß keiner der bisher vernommenen Sachbearbeiter des Ref. IV C 2 über eine derartige Übung des Vortrags jeder einzelnen Schutzhaftsache beim Ref.-Leiter etwas ausgesagt hat. Haben Sie hierzu eine Erklärung?

Antwort:

Soweit ich mich erinnere, bleibe ich bei dem von mir Gesagten, bitte aber zu bedenken, daß diese Vergänge 21 bis 30 Jahre zurückliegen, also ein Irrtum durchaus möglich ist.

Frage:

Hatten Sie nach der von Ihnen geschilderten Rücksprache aufgrund der Entscheidung des Ref.-Leiters dann noch eine Verfügung abzusetzen? Wenn ja, welchen Inhalt hatte diese?

Antwort:

Falls eine Inschutzhaftnahme erfolgte, gab mir der Ref.-Leiter den Tenor für die Schutzhaftbegründung, sofern es sich um einen schwierig gelagerten Fall handelte. Bei verschiedenen anderen Begründungen gab es schablonenhafte Begründungen, die in den Dienstbesprechungen von dem Ref.-Leiter bekanntgegeben und von den Sachbearbeitern notiert wurden.

Frage:

War daneben noch zu verfügen, in welches KL der Betroffene einzuweisen war?

Antwort:

Ja. Diese Verfügung gab der Ref.-Leiter gleich mit der Begründung mit, sofern es nicht im Antrag der Stapostelle nach dem örtlichen Bereich sowieso schon feststand.

Frage:

Von welchen Gesichtspunkten hing die Wahl des Einweisungs-lagers ab ?

Antwort:

Es ging bis zur Einteilung der KL in verschiedene Lagerstufen nach dem örtlichen Bereich der Stapostello.

Bei einer Dienstbesprechung wurde uns später ein Erlaß bekanntgegeben, wonach die Konzentrationslager in Stufen eingeteilt worden sind.

Frage:

Herr Kubach, meinen Sie den Ihnen hier aus Dok.bd. 7 Bl. 6/7 vorgelegten Erlaß des Cdsipo vom 2.1.1941 betr. Einstufung der KL?

Antwort:

Ja, das wird er gewesen sein. Ich erinnere mich, daß er in einer Dienstbesprechung bekanntgegeben wurde.

Frage:

Gab es für jüdische Schutzhäftlinge in der späteren Zeit eine Sonderregelung hinsichtlich des Einweisungs-lagers?

Antwort:

In den ersten Jahren war auch für Juden der örtliche Bereich maßgebend. Ich erinnere mich, daß in Dienstbesprechungen - Zeitpunkt unbekannt - gesagt worden ist, daß von jetzt ab Einweisungen von Juden nach Auschwitz zu erfolgen haben.

Frage:

Meinen Sie hiermit die Ihnen soeben aus Dok.bd. 7 Bl. 17a/18 vorgelegten Erlasse des RSHA IV C 2 vom 2.10. und 5.11.1942 betr. Einweisung jüdischer Häftlinge?

Antwort:

Inhaltlich entsprechen die mir vorgelegten Erlasse den diesbezüglich in der Dienstbesprechung vom Referatsleiter gegebenen Anweisung.

Frage:

Wurde in der Folgezeit nach diesen Erlassen verfahren?

Antwort:

Im allgemeinen ja, sofern nicht ein Sonderfall gegeben war,

Noch zur Antwort:

M.h. nicht besondere Umstände vorlagen, die eine Einweisung in das KL Auschwitz nicht geboten erscheinen ließen.

Frage:

Welcher Art waren derartige Sonderfälle ?

Antwort:

Das waren m.E. solche Fälle, in denen bestimmte Kreise oder prominente Persönlichkeiten Einfluß darauf nahmen.

Frage:

Waren derartige Fälle häufig, und haben Sie selbst die Einweisung eines jüdischen Schutzhaftlings in ein anderes KL als in das KL Auschwitz als Bevorzugung empfunden ?

Antwort:

Nur vereinzelt, ich kann mich nur ganz allgemein an diese Fälle erinnern.

Der Vorzug bestand darin, im örtlichen Bereich seines Wohnortes untergebracht zu werden und es leichter war für die Angehörigen eine Besuchserlaubnis wahrzunehmen.

Frage:

Wurde überhaupt Angehörigen von jüdischen Häftlingen eine Besuchserlaubnis erteilt, können Sie sich an derartige Fälle in der ^{Zeit} ab 1941 erinnern ?

Antwort:

Ab 1941 kann ich mich ^{nicht} an derartige Fälle erinnern.

Frage:

Wie wurde die vollständige Schutzhaftverfügung aktenmäßig weiterbehandelt ?

Antwort:

Die Schutzhaftverfügung und der ausgeschriebene Schutzhaftbefehl wurden dem Ref.-Leiter zugeleitet. Dieser zeichnete die Verfügung ab und setzte unter die Schutzhaftverfügung und den abzusendenden und den bei den Akten verbleibenden Schutzhaftbefehl den Faksimilestempel. Die Aktenmappe war auf Ref.-Leiter, die Absendestelle und wieder zum Referat gestellt.

Noch zur Antwort:

Mit Aktenmappenmeine ich die^{dannals} bei uns üblichen Weisermappen.

Frage:

Hatte die vollständige Schutzhaftverfügung in der Zeit ab Mai 1940 den Wortlaut wie die mir hier aus Dok.bd. 1, Bl. 38/39 u. 175/176 vorgelegten Fernschreiben ?

Antwort:

Soweit ich mich erinnere, treffen die Formulierungen inhaltlich zu.

Ich erinnere mich daran, daß in den letzten Jahren die Inschutzhaftnahme von den Stapoleitstellen erfolgte, denn das Schutzhaftreferat hatte in diesen Fällen nur ihr Einverständnis und die Bestätigung zu geben.

Frage:

Welche Aufgaben hatten Sie hinsichtlich der Haftprüfungen wahrzunehmen ? Können Sie sich daran erinnern, daß für einige Häftlingsgruppen von einem bestimmten Zeitpunkt an keine formellen Haftprüfungen mehr durchgeführt wurden ?

Antwort:

In erster Linie wurde ein Führungsbericht vom Lager angefordert. Die Akten gingen dann mit dem Führungsbericht zum Sachreferat zur Stellungnahme. Wenn nach dem Führungsbericht gegen eine Entlassung nichts einzuwenden war, und das Sachreferat keine Bedenken erhob, ging ich mit dem Vorgang zum Ref.-Leiter, um eine Entscheidung herbeizuführen. Wenn der Führungsbericht gut war und das Sachreferat gegen eine Entlassung war, ging ich zu Dr. B e r n d o r f f zur Rücksprache. Entweder ging der Ref.-Leiter damit zu M ü l l e r oder es wurde ein neuer Haftprüfungstermin festgelegt. Wenn der Führungsbericht nicht gut war und das Sachreferat für eine Entlassung, der Ref.-Leiter ebenfalls einer Entlassung zustimmte, wurde der Vorgang M Ü L L E R zur Entscheidung vorgelegt. Wenn sich das Lager wie auch das Sachreferat gegen eine Entlassung ausgesprochen hatte, mußte ich auch eine Rücksprache beim Ref.-Leiter wahrnehmen.

Noch zur Antwort:

In dieser Form wurde etwa bis zum Kriegsausbruch verfahren. In der späteren Zeit kann ich mich nicht mehr im Einzelnen erinnern, in welcher Form die Haftprüfungstermine wahrgenommen wurden.

Es ist möglich, daß für die im KL Mauthausen einsitzenden Häftlingen die asozial u. kriminell sehr verbelastet waren, eine derartige Anweisung ergangen ist. Mit aller Bestimmtheit kann ich mich jedoch daran nicht mehr erinnern. Meiner Erinnerung nach wurden Haftprüfungstermine in allen Einzelschutzhaftvergangen bis Kriegsende durchgeführt.

Frage:

Konnten die Sachbearbeiter im Ref. IV C 2 selbständig eine Entlassung verfügen?

Antwort:

Nein, ausgeschlossen.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang noch daran, daß in einer Dienstbesprechung der Ref.-Leiter Außer: MÜLLER habe ihm vorgeworfen, daß das Ref. keine Schutzhaftabteilung ist, sondern eine Entlassungsabteilung sei, weil die vorgelegten Entlassungsanträge zu zahlreich wären.

Frage:

Herr Kubach, hatten Sie selbst ein Dienstsiegel in Verwahrung?

Antwort:

Ja, seit etwa 1942 wurde mir ein Dienstsiegel zur korrekten Aufbewahrung übergeben. Davor hatten nur der Ref.-Leiter, K e t t e n h o f e n oder F e u s n e r ein Dienstsiegel. Ich bekam das Dienstsiegel, damit nicht die beiden Erstgenannten dauernd durch den Gebrauch des Siegels gestört wurden. Ich habe es nur deshalb bekommen, weil ^{bei} mir als Altem Soldat die Gewähr bestand, daß damit kein Mißbrauch getrieben werden konnte.

Frage:

Hatten Sie den Gebrauch des Siegels zu überwachen und welcher Art waren die Schreiben, die mit dem Ihnen übergebenen Dienstsiegel

Frage zur Frage:

gesiegelt werden durften ?

Antwort:

Ich kann mich heute nicht mehr daran erinnern, ^{ob} mir besondere Anweisungen gegeben worden sind.

Im einzelnen kann ich das nicht mehr angeben, welche Schriftstücke zu siegeln waren.

Frage:

Würden Sie bitte dazu Stellung nehmen, wieso die Ihnen aus Ihrem Ph Bl. 36 vorgelegte Entlassungsverfügung v. 28.6.1943 lediglich Ihre Unterschrift trägt?

Antwort:

Zunächst ist mir die Unterschrift auf diesem Schreiben unerkärllich. Es kann vielleicht so gewesen sein, daß die Entlassung im Vergang angeordnet war und es sich hier lediglich um die Benachrichtigung des Lagers handelte, weil ich vielleicht annehme, der Ref.-Leiter und sein Stellvertreter nicht anwesend war und die Entlassung sofort erfolgen sollte.

Frage:

Welche Schriftstücke, die an andere Stellen gingen, durften Sie als Sachbearbeiter im Schutzhaftreferat selbst unterzeichnen ?

Antwort:

Führungsberichts-anforderungen, Stellungnahmen des Sachreferats einholen, Beantwortung von Anfragen u. Gesuchen von Privatpersonen durch Kartenvordruck mit dem Inhalt, daß das Gesuch eingegangen ist und bearbeitet wird und zu gegebener Zeit weitere Nachricht gegeben wird, Nachfragen bei Stapostellen über den Stand einer Angelegenheit, wie z.B. auf dem mir hier aus meinem Ph Bl. 18 sowie aus Dok.bd. 1, Bl. 31 vorgelegten Schreiben.

Frage:

Wieso durften Sie das Ihnen aus Dok.bd. 1, Bl. 180 vorgelegte Schreiben v. 18.6.1942 unterzeichnen ?

Antwort:

Es muß jedenfalls im Referat eine diesbezügliche Anweisung des Ref.-Leiter getroffen worden sein. Mir ist überhaupt unerkklärlich, daß ich so etwas unterschrieben habe. An den Vorgang selbst kann ich mich nicht erinnern, es kann sich nur um einen vereinzeltten Vorgang gehandelt haben, da ich mich an derartige Abschiebungen nicht erinnern kann.

- Die Vernehmung wird um 12.50 Uhr zur Einnahme des Mittagessens unterbrochen.

Fortsetzung der Vernehmung gegen 13.50 Uhr. -

Frage:

Herr Kubsch, was ist Ihnen noch über die Sterbemitteilungen beim Ableben eines Schutzäftlings in Erinnerung?

Antwort:

Wir erhielten für jeden Einzelfall ein Schreiben, meist dürfte es sich um Vordrucke gehandelt haben. In diesen Schreiben waren Personalien, Todestag u. Ursache angegeben.

Schreiben des KL sowie ärztliche Befunde des Lagerarztes, wie sie mir hier aus den Akten der Stapo Düsseldorf Bl. 16 bis 18 betr. Peter STEINER vorgelegt wurden, habe ich nicht in Erinnerung. In den ersten Jahren meiner Tätigkeit ~~ist~~ hatten wir bei Todesfällen die Angehörigen zu benachrichtigen. Später hatten wir dies nicht mehr zu tun.

An eine listennäßige Benachrichtigung über das Ableben jüdischer Schutzäftlinge kann ich mich auch nach Vorlage des Erlaßes betr. Meldeverfahren bei Todesfällen in KL v. 21.11.1942 aus Dek.bd. 7, Bl. 21/22 nicht erinnern.

Ich kann mich auch auf Vorhalt nicht daran erinnern, ob die Akten nach dem Eingehen von Todesmitteilungen von uns aus dem an der Einweisung beteiligten Sachreferat zur Kenntnisnahme und alsdann der Zentralregistratur zur Ablage übersandt wurden. Weiter kann ich mich nicht daran erinnern, ob der Ref.-Leiter die Todesmitteilungen vorgelegt bekam.

Frage:

Herr Kubsch, an welche mitgeteilten Todesursachen können Sie sich noch erinnern und haben Sie an deren Richtigkeit geglaubt?

Antwort:

Als Todesursachen waren beispielsweise angegeben:
Lungenentzündung, Herzschwäche, Typhus, Fleckfieber u.
akute Darmkrankung.

Ich erinnere mich auch daran, daß ich gelegentlich gelesen
habe, daß ein Häftling auf der Flucht erschossen wurde oder
auf der Flucht durch Berühren des Elektrozaunes getötet wurde.
Es ist mir Erinnerung, daß ich einmal ein Bild sah, das
einen Häftling in einem Zaun hängend darstellte. Auf dieser
Fotografie war ein Weg eingezeichnet, der den Fluchtweg dar-
stellen sollte.

An eine Formulierung Freitod durch Elektrozaun erinnere ich
mich in diesem Zusammenhang nicht.

Vor dem Krieg kamen zwar auch Todesmitteilungen, sie waren aber
nicht so häufig. Nach Kriegsbeginn waren sie zahlreicher.

Ich kann nicht sagen, ob die Zahl der Todesmitteilungen im
fortschreitenden Verlauf des Krieges immer größer wurde.

Wenn mir eine größere Anzahl Todesmeldungen - etwa sechs bis zehn -
auf einen Schlag auf den Tisch kamen, habe ich von mir per-
sönlich aus gewisse Zweifel an der Richtigkeit der mitgeteilten
Todesursachen gehabt. Gesprochen habe ich darüber aber mit
niemandem.

Abgesehen von irgendwelchen Epidemien meine ich, daß mir kein
Lager durch häufigere Todesmitteilungen auffiel.

Ich meine mich zu erinnern, daß aus dem KL Mauthausen des
öfteren Todesmeldungen kamen, auf denen als Todesursache "auf
der Flucht erschossen" angegeben war.

Mir ist Erinnerung, daß die Todesmeldungen der einzelnen
Lager zeitweise anschwellen oder abnehmen. Ich kann in diesem
Zusammenhang kein KL namentlich nennen.

Frage:

Ist Ihnen damals aufgefallen, ob b. w. welche Häftlingskate-
gorien in den KL eine besonders geringe Lebenserwartung hatten?

Antwort:

Soweit ich mich erinnere, halte ich es für möglich, daß Juden
im KZ schlechter behandelt wurden als andere Häftlingsgruppen

Noch zur Antwort:

und somit eine geringere Lebenserwartung dort hatten. Ich möchte ohne mich auf diese Zahl festlegen zu können aus der Erinnerung heraus meinen, daß etwa 10 % der eingewiesenen Häftlinge Juden waren. Dagegen möchte ich mit dem gleichen Vorbehalt meinen, daß etwa ein Drittel der eingehenden Todesmeldungen auf Juden entfiel.

Frage:

Sind von IV C 2 aus Häftlinge in das KL Lublin eingeliefert worden ?

Antwort:

Ich habe zwar möglicherweise etwas von einem KL Lublin gehört; jedoch wurden in dieses von uns aus keine Häftlinge eingeliefert.

Frage:

Herr Kubsch, Ihnen sind sieben aus der sogen. Opferkartei verschiedene Karteikarten auszugsweise bekanntgegeben worden, wonach jüdische Schutzhäftlinge mit dem Anfangsbuchstaben des Nachnamens "C, D u. E" in ein KL verbracht und dort binnen einer Frist zwischen einem Tag und sechs Monaten verstarben. Darüber hinaus sind Ihnen aus dem Korherr-Bericht - Bl. 50/51 Dok.bd.7 die dort enthaltenen Zahlenangaben bekanntgegeben worden, wonach von den in die KL eingelieferten jüdischen Schutzhäftlinge unter Ausklammerung des KL Lublin bis zum 31.12.1942 rund 88 % verstorben waren. Wollen Sie hierzu Stellung nehmen ?

Antwort:

Ich kann nur sagen, daß ich derartige Zahlenstatistiken nie gesehen habe. Es ist mir bei Eingehen einer Todesmeldung auch mal aufgefallen, daß ein Häftling nach kurzem Lageraufenthalt verstorben ist. Dies betraf jedoch Häftlinge allgemein und nicht speziell jüdische Häftlinge.

Frage:

Herr Kubsch, Ihnen sind sieben die Aussagen von früheren Registratoren und drei ehem. Sachbearbeiter des Ref. IV 02 aus Bd. V Bl. 86 bis 88 u. 208/209, Bd. VII Bl. 141, 168, 171/172 sowie aus Bd. VIII, 200/201 jeweils soweit Blau-
klemm er auszugsweise vorgelesen worden. Haben Sie im Hinblick auf diese Aussagen Ihren eigenen Angaben etwas hinzuzufügen?

Antwort:

Ich kann mich jetzt aufgrund dieser Verhalte daran erinnern, daß ich wohl in der Registratur mal eine derartige Liste mit Todesmeldungen gesehen habe, und daß wir Todesmitteilungen vorgelegt bekamen, die auf Papierstreifen standen und auf DIN A 5 -Bogen aufgeklebt waren.

Dieser Art Todesmitteilungen betrafen nach meiner Erinnerung vorwiegend Juden.

Hinsichtlich des Schicksals jüdischer Schutzäftlinge hatte ich damals dieselben Bedenken wie meine Kollegen nach deren mir hier vorgelesenen Aussagen, daß es dabei nicht mit rechten Dingen zugehen konnte. Ich habe dienstlich nichts davon erfahren, daß Juden massenweise ausgerettet werden sollten. Gerüchte hierüber habe ich gehört. Daß da etwas nicht stimmte, konnte man aus den Todesmitteilungen und Listen schließen.

Frage:

Wie war Ihre damalige Einstellung gegenüber der jüdischen Bevölkerung?

Antwort:

Die NS-Parolen über das Judentum hielt ich für überspannt und übertrieben. Ich selbst hatte nichts gegen die Juden einzuwenden. Bis 1933/34 hatte ich einen jüdischen Hausarzt Dr. Koslowski.

Die ganzen schäbigen Begründungen, mit denen von den Stabsstellen die Inhaftnahmen von Juden beantragt worden waren, empfand ich als unmenschlich. Ich identifizierte mich mit diesen

Noch Antwort:

Begründungen nicht; jedoch war ich wegen meiner Dienststellung gezwungen, solche Vorgänge zu bearbeiten.

Ich sah keine Möglichkeit, da-rum herumzukommen. Zu Dr. B e r n d o r f f bzw. allgemein zu Vorgesetzten konnte ich darüber nichts äußern, da ich sonst mit einer Maßregelung zu rechnen gehabt hätte. Nach meiner Überzeugung wäre ich selbst in ein KL gekommen, wenn ich die Durchführung der mir übertragenen Arbeiten verweigert hätte.

Dr. B e r n d o r f f ließ einmal ~~in einer Dienstbesprechung~~ durchblicken, daß eine Stenotypistin in ein KL eingewiesen worden ist, die sich geweigert hatte, Vernehmungsniederschriften zu schreiben. Dies war meinem Kollegen R o g g o n und mir bedeutet worden, als wir einmal nicht wie die übrigen Sachbearbeiter versahentlich entgegen der Anordnung des Ref.-Leiters ~~keine~~ Sonnabendnachmittag-Arbeit geleistet hatten. Dies geschah in Zusammenhang mit der Aufarbeitung von Akten, die K ü n n e nicht hatte Bewältigen können.

Frage:

Haben Sie konkrete Versuche unternommen, vom Ref. IV C 2 wegzukommen oder sagte Ihnen Ihre dortige Tätigkeit als Sachbearbeiter zu.

Antwort:

Etwa 1940 meldete ich mich bei dem damaligen Personalreferenten Z i m m e r m a n n und bat um meine Freistellung zwecks Verwendung bei der Wehrmacht. Ich glaube T u n k war mit mir oder hat sich zu einem anderen Zeitpunkt mit dem gleichen Wunsch an Herrn Z i m m e r m a n n gewandt. Auf jeden Fall haben wir beide darüber gesprochen und waren uns einig, diesfalls vorstellig zu werden.

Z i m m e r m a n n lehnte eine Freistellung mit der Begründung ab, die innere Front sei genau so wichtig, wie die militärische Front und jeder Polizeibeamte habe seinen Posten dort auszufüllen, wo er hingestellt wird. Ein schriftliches Gesuch von IV C 2 wegzukommen habe ich nie eingereicht. Ich hatte mich aus dem RSHA gemeldet, weil der Gestapo in der Bevölkerung ein Makel anhaftete, der auf deren politische Methoden zurückzuführen war,

Noch Antwort:

die allgemeinen Rechtsbegriffe nicht immer entsprechen.

Als ich ins Schutzhaftreferat kam, war ich zunächst kasterniert, daß ich als Verwaltungsbeamter so völlig sachfremde Arbeiten ausführen sollte. Als ich dann sah, daß ich aus dem Schutzhaftreferat nicht wegkommen konnte, habe ich mich mit dem Gedanken daran gewöhnt, daß sonst SS-Männer dort hingekommen wären, die ihre Arbeit insbesondere hinsichtlich der Einweisungen und Entlassungen nicht beamtenmäßig, sondern rein politisch ~~bee~~ verrichtet hätten. Ich hatte das Gefühl, daß ich, ebenso wie meine beamteten Kollegen, dagegen ein Sicherheitsventil war. Das habe ich mir jedenfalls zu meiner Beruhigung meines eigenen Gewissens einbildet.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch auf den Seite 12 der Vernehmungsniederschrift von mir geschilderten Fall BERGMANN verweisen.

Über das Schicksal der ehem. Angehörigen des Ref. IV C 2 - G i e s e n, Kurt H a r d e r, K o t t e n h o f e n, K o s c h a t e, K u n n e, S p i e c k e r u. STOBEN habe ich nach Kriegsende nichts gehört.

Zu G i e s e n möchte ich bemerken, daß dieser die Referatskassette sowie die noch in seinem Besitz befindlichen Mariktenderwaren bei unserer Trennung noch in der Gegend von Karlobad an die anwesenden Referatsangehörigen aufgeteilt hat.

Der auf Bild 56 abgebildete R e i p o r t ist mir nicht bekannt; ich kann mich nicht darauf besinnen, daß dieser jemals im Schutzhaftreferat gearbeitet hätte.

Ich kann mich nicht daran erinnern, daß in Prag jemals eine Aktion über die Entlassung sozialdemokratischer Häftlinge stattgefunden hätte.

Frage:

Herr Kabsch, haben Sie Ihrer vorstehenden Aussage noch irgend-
etwas hinzuzufügen?

Antwort:

Ich darf nochmals ausdrücklich betonen, daß ich gegen Juden nichts hatte. Hierzu darf ich noch folgendes anführen:

Meine erste Frau ist 1947 verstorben. Ich heiratete 1950 ihre Schwester, die bis etwa 1938 mit dem Juden HEYMANN in Brandenburg an der Havel verlobt war. Sie mußte ihre Verlobung zur damaligen Zeit lösen. Ferner möchte ich noch anführen, daß meine zweite Frau bis 1930 in jüdischen Geschäften als Direktrice tätig war und von 1953 an bis 1960 mit einer früheren jüdischen Kollegin, die sich im Ausland aufhielt, einen freundschaftlichen Briefwechsel unterhielt.

Mir ist anheim gestellt worden, über meine heutige Vernehmung und insbesondere über meine Einlassung zu keinen ehem. Angehörigen des Ref. IV C 2 etwas verlauten zu lassen, um den Verdacht der Verdunkelungsgefahr zu vermeiden.

Geschlossen: *Selbst* gelesen ~~.....~~, genehmigt, Unterschrieben:
Ugell
Stiller *Paul Kuhn*

Ra.

Raulitz

Lebenslauf

=====

Am 18. Januar 1898 bin ich in Ossig, Kr. Guben, als 7. Kind des Tischlermeisters Paul Kubsch und seiner Ehefrau Karoline, geb. Lantzke, geboren. Ich bin evgl.-luth. Religion. Vom 6. bis zum 14. Lebensjahr besuchte ich die Volksschule in Sommerfeld N/L. Nach der Schulentlassung war ich in der Tischlerei meines Vaters beschäftigt.

Militärdienstzeit

Am 7. September 1914 trat ich als Kriegsfreiwilliger und Kapitulant in die Militärvorbereitungsanstalt des Gardekörps in Potsdam ein. Nach abgeschlossener Ausbildung wurde ich zum Garde-Ersatz-Batl. in Döberitz versetzt. Von hier rückte ich am 1. Februar 1915 mit dem Res. Inf. Reg. 261 an die Ostfront aus. Im Dezember 1916 an die Westfront verlegt, gehörte ich dem Regiment bis zum 29. Sept. 1918 an. An diesem Tage geriet ich in englische Gefangenschaft, aus der ich am 30. Sept. 1919 zurückkehrte. Ich war zweimal verwundet. Danach gehörte ich bis zum 18. August 1920 dem Reichswehr-Gren. Reg. 10 in Frankfurt/a. O. zuletzt als Unteroffizier an. Auf eigenen Wunsch wurde ich nach Aufhebung der Dienstverpflichtungserklärung entlassen.

Polizeidienstzeit

Vom 1. Oktober 1920 bis 30. April 1921 war ich bei der Landesgrenzpolizei Osten als Wachtmeister a. P. eingestellt. Infolge Auflösung der Dienststelle wurde ich entlassen. (Entente-Verbot)

Am 23. Mai 1921 trat ich als Wachtmeister in die Schutzpolizei Berlin, Pol. Abtl. Köpenick, ein. Von hier wurde ich im August 1923 an die Polizeischule Brandenburg/Havel versetzt, wo ich bis März 1928 als Sport- und Hilfslehrer, seit dem 1.1.1927 mit dem Dienstgrad eines Pol. Hauptwachtmeisters tätig war. Während meiner Dienstzeit absolvierte ich neben verschiedenen Fachlehrgängen auch die Mittel- und Oberstufe der Polizei = berufsschule und legte 1926 die Abschlußprüfung B II (Polizeiabitur) mit gutem Erfolg ab. Da dem Antrag meines Lehrabteilungsleiters, Pol.-Major von Holy, mich als Offz.-Anwärter zur höheren Polizeischule Eiche zuzu = lassen, wegen Überalterung und Fortfall der Übergangsbestimmungen nicht entsprochen werden konnte, wurde ich wunschgemäß am 1.12.1927 unkündbar angestellt und gleichzeitig zur Schutzpolizei Berlin versetzt, blieb jedoch noch bis März 1928 zur Polizeischule abgeordnet. Von diesem Zeitpunkt an war ich im 258. Pol.-Revier in Berlin-Kaulsdorf-Biesdorf als Wacht = habender und Ermittlungsbeamter tätig.

Aufgrund eines Rd. Erlasses des Preuß. Ministers des Innern bewarb ich mich 1930 um Zulassung zum mittleren Polizeiverwaltungsdienst. Daraufhin wurde ich 1932 zur Polizeiverwaltung Berlin einberufen und nach bestandener Prüfung am 1. Oktober 1933 als Polizeisekretär angestellt. Ich war in den Abtl. IV u. V des Polizeipräsidiums tätig und wurde im Oktober 1933 von Amts wegen zur Abtl. I A (Politische Polizei) versetzt, wo ich die Druck = schriften- und Hinterlegungsstelle verwaltete. Nachdem ich seit Juni 1935 an einem Vorbereitungslehrgang teilgenommen hatte,

hatte, legte ich im Dezember 1936 die Prüfung für den gehobenen Polizeiverwaltungsdienst ab. Am 1. Januar 1937 zum Polizeiinspektor ernannt, wurde ich am 1.6.1937 zum Hauptamt Sicherheitspolizei versetzt, da dort Mangel an Verwaltungsbeamten bestand. Zunächst war ich in der Personalstelle und Kasse Beschäftigt und kam nach einigen Monaten zur Abtl IV-Schutzhaftstelle, der ich bis Kriegsende angehörte.

Am 1. Mai 1940 zum Polizeioberinspektor befördert,

am 1. Juli 1942 zum Regierungsoberinspektor ernannt.

Die Dienststelle wurde November 1943 aus luftschutzmässigen Gründen nach Prag verlagert. Von hier flüchtete ich Mitte Mai 1945 per pedes nach Gera in Thüringen.

Seit dem 9. November 1941 war ich Parteianwärter der NSDAP, Eine aktive parteipolitische Tätigkeit habe ich nie ausgeübt. Vor 1933 gehörte ich dem Preuß. Polizeibeamten-Verband und danach bis Kriegsende dem Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamten an. Durch den sog. Angleichungserlaß des Chefs der Deutschen Polizei und RFSS war ich als SS-Hauptsturmführer eingestuft.

In Gera/Thür. wurde ich im September 1945 infolge einer Denunziation von den Sowjetrussen festgenommen. Bei den nächtlichen Vernehmungen wurde ich als Militarist und Gestapo-Kapitän bezeichnet und schwer mißhandelt. Mitte Oktober 1945 transportierte man mich mit anderen Häftlingen in das Konz. Lager Buchenwald. Seit etwa Juni 1949 war ich dort in einer Isolierbaracke untergebracht, weil ich an Tbc-Dystrophie und Furunkelrose erkrankt war. Aus dem gleichen Lager wurde ich am 26. Januar 1950 entlassen. Ich hielt mich zunächst in Berlin-West auf und kam nach einem 5 wöchigen Krankenhausaufenthalt im März 1950 über die Flüchtlingsstelle Bln. Charlottenburg in das Durchgangslager Uelzen-Bohldamm. Von hier wurde ich am 29. März 1950 in den Raum Goslar eigewiesen.

Meine Bemühungen, im Rahmen des G 131 eine Anstellung zu erhalten, waren erfolglos. Seit meiner Entlassung aus dem Lager stand ich in ärztlicher Behandlung bzw. Beobachtung, wobei festgestellt wurde, daß neben der Tbc-Erkrankung noch ein Herzmuskelschaden sowie ein Lungenemphysem und eine chron. Stauungsbronchitis vorlagen. Infolge dieses Krankheitszustandes bin ich nur noch beschränkt arbeitsfähig. Auf meinen Antrag wurde ich wegen Dienstunfähigkeit am 1. November 1953 in den Ruhestand versetzt.

Seit dem 5. Juni 1926 war ich mit Hildegard, geb. Voigt, verheiratet. Meine Frau ist 1947 verstorben. Mein Sohn Hans-Eckart, geb. 13.5.28, hält sich z.Zt. in Australien auf. Im Dezember 1950 habe ich meine 2. Ehe geschlossen.

Auszeichnungen:

1915 Eis. Kr. II. Kl., 1918 Eis. Kr. I. Kl., 1918 Verwundet. Abzeichen, 1920 Dienstauszeichnung III. Kl., 1921 Ungar. Krgs. Erinngs. Med., 1934 Ehrenkreuz für Frontk., 1936 Olympia-Med., 1942 Verdienstkreuz nach 25 jäh. Dienstzeit. 1924 Dtsch. Turn-u. Sportabzeichen, 1937 Grundschein und 1938 Leistungsschein der Dtsch. Lebensrettungsgesellschaft.

Ich versichere pflichtgemäß, daß die vorstehenden Angaben der Wahrheit entsprechen.

Paul Richter

Regierungsoberinspektor a.D.

Dr.med.Guischard
Facharzt für Lungenkrankheit
Tel.3722
Astfelder Str.43

Abschrift

Anlage 2 zum Vernehmungsprotokoll
Kubsch, Paul
Goslar, den 24.9.1953

210

Herr Paul Kubsch, geb.18.1.1998, wohnhaft in Langelsheim, Wolfshagener Str.592 Reg.Oberinspektor z.Wv.leidet an einer deutlich meßbaren Leistungsminderung von Atmung und Kreislauf, die nach den Ergebnissen der Herzfunktionsprüfung und den röntgenologischen und elektrocardiographischen Untersuchung Folge eines mässig schweren Herzmuskelschadens (Schenkelblock links) ist.

Das nicht sehr vergrößerte Herz ist links hypertrophiert, auch die beiden Vorhöfe sind nicht von normaler Form. Die Aorta ist breit und pulsiert nur flach. Der Blutdruck ist etwa normal, steigt nach Aufstehen an, fällt nach Belastung aber unter den Ausgangswert ab. Ein Hochdruckleiden besteht nicht. Die Atmung ist beschleunigt, nach 3 Minuten erreicht sie den Ausgangswert dennoch nicht wieder. Der Puls ist langsam und regelmässig, wie bei dem vorhandenen Stauungsemphysem zu erwarten.

Die Beschwerden des Patienten bestehen in nächtlichen Anfällen von Angina pectoris, Atmungsbeschwerden, brennendem Gefühl in den Bronchien sowie Husten und Auswurf. Patient will vorzeitige Pensionierung beantragen und bittet mich daher um Bericht über die seit 1950 hin durchgeführte Beobachtung. Ohne einer etwaigen gutachtlichen Untersuchung eine Richtung geben zu wollen, bringe ich hiermit zum Ausdruck, daß ich Patienten für dauernd berufsunfähig seit Rückkehr aus Gefangenschaft halte und zumindest auch invalide im Sinne des Gesetzes.

G u i s c h a r d II